STUTTGART IM DRITTEN REICH

PROLOG

Politische Plakate der späten Weimarer Republik

Eine Ausstellung
des Projekts Zeitgeschichte

Ausstellungsreihe

STUTTGART IM DRITTEN REICH

PROLOG

Politische Plakate der späten Weimarer Republik

Eine Ausstellung des
Projekts Zeitgeschichte

Ausstellungsgestaltung:
Michael Molnar

«Kultur unterm Turm»
Eberhardstrasse 61a

Täglich ausser Montag 10 bis 17 Uhr
Freitag 10 bis 20 Uhr

Herausgeber: Projekt Zeitgeschichte
im Kulturamt der Landeshauptstadt Stuttgart, 1982

Redaktion: Dr. Karlheinz Fuchs
Collage: Michael Molnar
Plakate: Bibliothek für Zeitgeschichte, Stuttgart

Fotos: Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn
Bundesarchiv, Koblenz
Fotonachlass Krämer, Stuttgart
Lithos: Cannstatter Repro
Herstellung: Dr. Cantz'sche Druckerei, Stuttgart-Bad Cannstatt
Printed in Germany 1982

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader 16

Inhaltsverzeichnis

OB Manfred Rommel	Vorwort	Seite 7
Karlheinz Fuchs	Einleitung	9
Bernd Burkhardt	Fünf politische Lebensläufe aus dem Stuttgart vor der Machtergreifung	
	Clara Zetkin	13
	Kurt Schumacher	20
	Reinhold Maier	25
	Eugen Bolz	32
	Wilhelm Bazille	38
	Plakate Nr. 1–81	
	Collage	203
	Erläuterungen zu den Plakaten	205
Walter Nachtmann	Wahlkampfmittel und Wahlkämpfe in Stuttgart 1928–1933	223
Thomas Schnabel	Von Bazille bis Mergenthaler. Parteien und Wahlen in Württemberg 1928–1933	240
	Literaturverzeichnis	263

Dass der Untergang der Weimarer Demokratie und ihre Ablösung durch Hitlers Gewaltherrschaft zu einer Katastrophe führte, für die es in der Geschichte kein Beispiel gibt, weiss heute jeder, der es wissen will.
Wie aber kam es dazu?
Auf was müssen wir achten, um die Wiederholung eines solchen Vorganges auszuschliessen?
Wie konnte es geschehen, dass Hitler zur Macht kam und dass seine Herrschaft 12 Jahre, bis zur Eroberung Deutschlands durch alliierte Truppen, Bestand hatte?
Wie war es möglich, dass Menschen sich von Hitler verführen liessen, dass die Menschen sich gefallen liessen, was die NS-Herrschaft ihnen zumutete? Ein umfangreiches Schrifttum beschäftigt sich mit diesen Themen: Der verzweifelten Lage Deutschlands vor 1933. Der bitteren Not der Arbeitslosen. Dem verlorenen Ersten Weltkrieg und dem Gefühl nationaler Demütigung. Den sozialen Ungerechtigkeiten. Dem Verfall der Autorität der Demokratie. Den totalitären politischen Kräften, deren Einfluss in dem Masse zunahm, in dem das Vertrauen in die Demokratie abnahm. Dann, nach 1933, mit dem Terror, den Konzentrationslagern, der beschämenden Judenverfolgung. Mit der alles vernebelnden, vertuschenden, auf eine teuflische Art genialen NS-Propaganda. Mit der Organisation der Nationalsozialisten, die alle Bereiche durchdrang. Dem letzten Endes erfolglosen Widerstand politischer Gegner des NS-Regimes. Dem von Hitler ausgelösten Krieg, der schliesslich zur Rechtfertigung von allem und jedem herhalten musste. Den furchtbaren Opfern, die anderen Völkern, aber auch dem eigenen Volk auferlegt wurden. Aber dieses Schrifttum reicht nicht aus. Wir wollen diese schreckliche Zeit so dokumentieren können, dass ein anschauliches Bild der Verhältnisse entsteht. Wir schulden der jungen Generation, aber auch den kommenden Generationen Auskunft. Die Landeshauptstadt Stuttgart möchte in sechs Ausstellungen Dokumente sprechen lassen. Sie möchte es damit vor allem jungen Mitbürgern erleichtern, sich diese ihnen so fremde und schwer begreifliche Zeit besser vorstellen zu können.
Die Ausstellungen wenden sich an alle. Ich bitte die Mitbürger der Stadt, weiteres Material zur Verfügung zu stellen. Sie tragen dazu bei, dass aus den bösen Erfahrungen wenigstens für die Zukunft Lehren gezogen werden können. Der Prolog der Ausstellungsreihe soll uns die Stimmung fühlen lassen, die während der Weltwirtschaftskrise in Deutschland herrschte. Damals errangen die Nationalsozialisten ihre Wahlerfolge und die SA eroberte die Strassen. Wer die Werbung der Parteien in den schnell aufeinander folgenden Wahlkämpfen verfolgt, sieht, wie die Feinde der Demokratie mit ihrem Aufruf zum Kampf die Argumente verdrängen, wie der Appell an Vernunft und Moral ersetzt wird durch den Appell an böse Instinkte, an den «inneren Schweinehund», wie es Kurt Schumacher im Reichstag formuliert hat.
Mögen diese Ausstellungen dazu beitragen, vor allem drei Einsichten zu festigen:

1. Die parlamentarische Demokratie ist, bei allen Mängeln, die beste aller Staatsformen.
2. So schwierig die Verhältnisse auch immer werden mögen, die Bürger müssen dafür kämpfen, dass die nach 1945 neu entstandene deutsche Demokratie nie wieder preisgegeben wird.
3. Die Chancen eines Volkes, sich von einer einmal etablierten totalitären Herrschaft selbst befreien zu können, sind gering.

Stuttgart, im Juli 1982

Karlheinz Fuchs

Zur Einstimmung: Bemerkungen zur Plakatauswahl

Eine Betrachtung des Dritten Reichs, die sich an den Brennpunkten München und Berlin orientiert, verdrängt die Tatsache, dass der Nationalsozialismus kein Produkt der Metropolen war. Der Prolog zu dem Ausstellungszyklus «Stuttgart im Dritten Reich» setzt sich deshalb mit politischen Plakaten der späten Weimarer Zeit auseinander, die deutlichen Stuttgart-Bezug haben, weil es wichtig ist zu zeigen, dass sich die Geschichte des Dritten Reichs auch ausserhalb seiner Zentren München und Berlin vorbereitet hat. Geschichte schont die Provinz nicht, wenn auch die zeithistorische Forschung die Provinz lange genug geschont haben mochte, weil hier die Ergebnisse weniger spektakulär zu werden versprachen. So aber hat sich «draussen» viel zu lange die Legende halten können, der Nationalsozialismus sei von München ausgegangen und von Berlin verordnet worden – sonst aber habe man dieser Invasion so überrascht wie hilflos gegenübergestanden.

Stuttgart bot sich wegen des sogenannten Kabelattentats am 15. Februar 1933 (dazu das Plakat Nummer 65) besonders an: Kommunisten hatten während einer Hitlerrede in der Stadthalle das Übertragungskabel gekappt; die Behauptung, Hitler habe Stuttgart darauf gemieden, ist noch immer fester Bestandteil der mündlichen Überlieferung. In Wahrheit aber war Hitler allein 1933 noch zweimal hier. Ein einfaches Beispiel dafür, wie wichtig gerade lokalbezogene Zeitgeschichtsforschung ist, wenn es darum geht, Erkenntnisse zu vermitteln und nicht nur Legenden als die angenehmeren Wahrheiten zu pflegen. Nationalsozialismus hat sich also auch in Stuttgart ereignet – und auch schon vor 1933: die Begleitausstellung zu unserer Plakatdokumentation, die sich mit der Frühphase des Nationalsozialismus hier auseinandersetzen wird und Mitte Oktober eröffnet werden soll, belegt unter anderem, dass der Sitz der ersten ausserbayerischen Ortsgruppe der NSDAP in der Eugenstrasse 1 war, und dies bereits im Jahr 1920.

Die Plakate unseres Prologs können beweisen, dass sich der Nationalsozialismus während der Zerfallsphase der ersten deutschen Republik in Stuttgart ebenso schroff und gewalttätig gegen das «System» Weimar gab wie anderswo. Seine Plakate aus dieser Spätphase prophezeien ein gut Teil künftiger Politik. «Der Tag der Abrechnung kommt» (Nr. 69) ist eines der Ziele, das schon kurz nach der Machtergreifung gegen die Kommunisten und nach den Märzwahlen gegen die Sozialdemokraten und Gewerkschaften angegangen wird. Andererseits gehört der Hinweis «Juden haben keinen Zutritt» zu den Stereotypen der hier gezeigten NS-Plakate. Die Nachgeborenen hätten leicht richten, ist ein Satz, der einem immer wieder in der Auseinandersetzung mit den Älteren begegnet. Indes, wenn man allein die Stuttgarter NSDAP-Plakate von den Septemberwahlen 1930 bis zu den Märzwahlen 1933 wie hier in unserer Ausstellung vor sich sieht, mit ihren hasserfüllten Parolen und unzweifelhaften Gewaltankündigungen, bleibt einem da nicht die Frage: Habt ihr das nicht gesehen? Oder: Warum wolltet ihr es nicht sehn?

Wie sehr allerdings die Wahlkämpfe der späten Weimarer Zeit auf den blossen, oft austauschbaren Slogan heruntergekommen waren – «Arbeit und Brot» etwa für die KPD und SPD ebenso güt wie für die NSDAP – will die Ausstellung insgesamt dokumentieren. Als inszenatorisches Mittel für die Inflation der Parole steht deshalb eine Zusammenschau immer

Dr. Karlheinz Fuchs, Jahrgang 1943, Journalist und Historiker, leitet seit April 1980 das Projekt Zeitgeschichte.

wiederkehrender Schlagworte aus den Plakaten dieser Ausstellung in Form einer Collage; sozusagen eine optische Kakophonie, eine Montage jener krassen politischen Unvereinbarkeiten der letzten Tage dieser Weimarer Republik: Oft genug endgültige Worte ohne Pardon, ohne Zurück – «Skandal», «Verrat», «Lügner», «Schicksal», «Schluss jetzt», «du bist am Scheideweg», «der einzige Ausweg», «Nieder mit»... Eine Collage, die zeigen soll, wie die politische Vernunft in jenen Tagen zugrundegerichtet wurde.
Unsere Plakate, die aus den Beständen der Bibliothek für Zeitgeschichte in Stuttgart ausgewählt sind, entstammen zum grössten Teil dem ehemaligen Plakat-Archiv der Klettschen Druckerei. Die Textplakate mit Stuttgart-Bezug sind dabei oft Andruckexemplare, die dem Polizeipräsidium zur Zensur vorgelegt werden mussten, bevor sie in Serie gingen. Daher sind manche Stücke auch nicht von der optischen (drucktechnischen) Qualität, wie sie die Zeitgenossen erlebt haben dürften. Nur verdanken wir dem Umstand dieser archivierten Andruck- und Zensurexemplare, Textplakate zumeist und graphisch gewiss nicht so spektakulär wie inhaltlich, eine Fülle von Hinweisen über die Art der politischen Beeinflussung in der späten Weimarer Republik.
Von den mehr als 80 Katalog-Plakaten hat ein jedes seinen Stuttgart-Bezug: alle wurden sie hier gedruckt, bis auf zwei der Nationalsozialisten (Nummer 67 und 68), davon trägt das erste aber einen in Stuttgart verfertigten Zusatz: «Arbeiter der Stirn und der Faust. Gibt es euch zu denken, dass nur wir Nationalsozialisten von allen alten Parteien und deren Presse mit Lüge und Verleumdung wütend bekämpft werden?» Das andere, ein antisemitisches Artefakt, stammt zwar aus Bayreuth, trägt aber den Stempel des Stuttgarter Polizeipräsidiums, das offenbar nichts einzuwenden hatte. Wir dürfen also davon ausgehen, dass die Stuttgarter Bevölkerung in der Zeit zwischen den Septemberwahlen 1930 und den Märzwahlen 1933 eben diese Plakate auch vor Augen hatte. Insofern können wir diese Collage mit ihrem Bombardement von Drohungen und Versprechungen auch als den politischen Alptraum eines Stuttgarter Wählers jener Jahre begreifen.
Was zeigen uns die Plakate noch, welche Aufschlüsse können sie uns geben? Lassen wir es wegen der Wucht des Materials bei Bemerkungen, aus denen Sehhilfen werden könnten:
Was etwa im Gegensatz zu den Plakaten der NSDAP auffällt ist, dass die anderen «Extremen», die Kommunisten viel biederer, weniger polemisch und deshalb für die politisch Heimatlosen und Verbitterten wohl auch weniger wirksam argumentierten. Das mag damit Zusammenhängen, dass die KPD mit den Arbeitslosen und einem Teil der Arbeiterschaft einen festen Wählerstamm hatte, während die NSDAP es mit lautem Geschrei darauf anlegte, nicht nur einen verunsicherten Mittelstand auf ihre Seite zu ziehen, sondern auch die bisherigen Nichtwähler. Beides ist ja weitgehend gelungen.
Als die eigentliche Gegnerin der NSDAP, auch dafür sind diese Plakate ein augenfälliger Beleg, erweist sich die SPD, vollends nach Gründung der Eisernen Front im Jahr 1931; hier deutet allein das Emblem auf unversöhnliche Gegnerschaft: Die drei abwärts gerichteten Pfeile fallen über das Hakenkreuz her. Und die Verachtung für Adolf Hitler kulminiert in einer Karikatur, die dem Rassisten Hitler Gesichtszüge von unverhohlener Primitivität nachweist. «Ich verspreche alles und halte nichts!» heisst es da. «Der darf Deutschland nicht regieren» (Nr. 35).
Dennoch wirken die plakativen Mittel der SPD bescheidener als die der NSDAP: Hier violett, dort blutrot, oft im unteren Teil des Plakats auch noch Glanzpapier. Hier neben der Polemik auch noch Argumentationen und Nachweise, dort der Versuch, Angst zu erzeugen oder, wie Kurt Schumacher dies 1932 in einer Reichtagsdebatte sagte: Der Nationalsozialismus sei ein ständiger Appell an den «inneren Schweinehund».

Die Parteien der «Mitte» zögerten mit dramatisch pointierten Aussagen. Die württembergische Idylle mit der aufgehenden Sonne hinter der Wurmlinger Kapelle gegen den latenten Bürgerkrieg links gegen rechts beim Zentrum, oder ein Scheideweg bei den Deutschen Demokraten (DDP) sind die Ausnahme; man vertraute auf den eingefahrenen Schriftzug (beim Zentrum) oder bei der DDP auf vertraute Namen wie Theodor Heuss und Reinhold Maier («Wähl eine Persönlichkeit durch Liste 8 – dein Kandidat Wirtschaftsminister Dr. Maier»; Nr. 41).

So hilflos wie makaber hört sich dann allerdings der den Deutschnationalen nachempfundene Slogan zur Landesversammlung der DDP am 6. Januar 1933 an: «Im Jahr 1933 durch nationale Demokratie zu Ruhe und Ordnung, zu Arbeit und Gesundung!» (Nr. 40). Gleichermassen politisches Allgemeingut ist der Appell der rechtsliberalen DVP zur Reichspräsidentenwahl 1932 an die «Angehörigen des nationalen Bürgertums»: «Durch die Tat, nicht durch Worte». Der hier wie andernorts pietistisch eingefärbte «Christliche Volksdienst», «evangelisch, vaterländisch und sozial», appelliert dagegen an die christliche Verantwortung: «In dieser Schicksalsstunde ist evangelischer Glaube nicht Privatsache, sondern gemeinschaftliche V erantwortung vor Gott und Volk» (Nr. 47). Aber auch die andere, zusammen mit der DVP entschieden schwarz-weiss-rote Partei, die DNVP, beruft sich aufs «Evangelische» und lädt die «christlich-nationale Einwohnerschaft Stuttgarts» zu einer Kundgebung mit dem Potsdamer Hofprediger Dr. Vogel, der als Referent zu dem Thema «Der Luthergeist und unsere Zeit» angekündigt wird (Nr. 56). Und der deutschvölkische, den Nationalsozialisten nahestehende «Alldeutsche Verband», wendet sich mit einem Vortrag über die «Verderblichkeit» des katholischen Zentrums vorzugsweise an die evangelischen Christen. Dies möge, pars pro toto, ein Beispiel dafür sein, wie sehr einzelne Gruppen von Parteien und Parteiungen umworben wurden. Das Werben um solche Adressatengruppen wie eben Christen, Arbeiter/Arbeitslose, Mittelstand/ Beamte, Jugend, Frauen sowie Nationalisten und Militaristen bildet deshalb einen eigenen Teil der Ausstellung, einfach, um zu zeigen, dass sich etwa die KPD vor allem an die Arbeitslosen und Arbeiter wendet, die SPD dazu noch an die Frauen, das Zentrum vorzugsweise an die katholischen Christen und die DNVP, die einen richtiggehenden Bismarck-Plakatkult betreibt, an die Monarchisten, an die Reaktionäre, die Antirepublikaner schlechthin; die NSDAP aber an alle genannten Gruppierungen.

Welche Aufschlüsse geben diese Plakate noch über Stuttgart?

Fast sämtliche wichtigen Politiker der Weimarer Zeit waren während der Wahlkämpfe jener frühen dreissiger Jahre auch hier. Thälmann von der KPD, Löbe (SPD), der Reichstagspräsident ebenso wie Reichskanzler Brüning (Zentrum) und sein Arbeitsminister Stegerwald (ebenfalls Zentrum), Hugenberg, der verhängnisvolle DNVP-Vorsitzende und alle bekannten Nationalsozialisten: Hitler, Goebbels, Göring, Röhm, Himmler und auch Gregor Strasser. Es war diese Stadt kein entlegenes politisches Terrain, schon gar nicht für die Nationalsozialisten.

Aber dies ist ein Gesichtspunkt, der uns bei der zweiten grossen Ausstellung des Zyklus, «Stuttgart und die Machtergreifung» interessieren soll, weil es da auch darum gehen wird, die Anstrengungen der Nationalsozialisten zu dokumentieren, diese Stadt in *ihren* Griff zu bekommen.

Geschichte, das sind keineswegs nur die in Gedächtnis und Ortsbildern bewahrten Freundlichkeiten, ein wichtiger Teil von ihr ist sicher der, an den wir uns nicht gern erinnern; für uns ist es die Hitlerzeit. Lokalgeschichte über diese Zeit betrieben, sie gar auszustellen, bedeutet aber den Nachweis, dass das Grauen, das der Nationalsozialismus gebracht hat, nicht erst im «fernen» Auschwitz beginnt, sondern bereits an einer Stuttgarter Plakatwand des Jahres 1930, wo ein blonder Teutone mit dem Vorschlaghammer auf

Juden und Sozialisten eindrischt – «Haut sie zusammen! Wählt Liste 9. Nationalsozialisten» (Nr. 66).

Für das Zustandekommen dieses Prologs haben wir zuerst dem Stuttgarter Gemeinderat zu danken, der uns sein Vertrauen geschenkt hat, aber auch der Bibliothek für Zeitgeschichte und hierbei besonders Professor Rohwer und Herrn Buck, die uns ein grosszügiges Arbeiten erlaubt haben. Wir hoffen, dass der Umstand, Teile ihres unschätzbaren Reichtums an Plakaten nun in diesem Rahmen ausgestellt zu sehen, Entschädigung bietet. Von Michael Molnar stammt die graphische Ausstellungsarbeit bis hin zur Collage. Ohne ihn wäre sicher vieles reine «Papierhistorie» geblieben.

Bernd Burkhardt

Fünf politische Lebensläufe aus dem Stuttgart vor der Machtergreifung

Bernd Burkhardt, Jahrgang 1951, Studium der Geschichte, Politik und Soziologie. Freier Journalist. Autor des Buches «Eine Stadt wird braun – eine Fallstudie über die Machtergreifung» (1980). Seit Sommer 1980 Mitarbeit am Projekt Zeitgeschichte.

Clara Zetkin

Clara Zetkin, die marxistische Theoretikerin und Vorkämpferin der Frauen-Emanzipation, verkörperte nach ihrem Eintritt in die KPD dort als ehemals international führende Sozialdemokratin die Tradition der Arbeiterbewegung. Während der Weimarer Republik war sie Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, zeigte sich aber bis zu ihrem Tod im Jahr 1933 nicht bereit, kritiklos der Parteilinie zu folgen. In Stuttgart lebte sie, nach dem Fall der Sozialistengesetze, von 1890 an zunächst als sozialdemokratische Redakteurin in der Rotebühlstrasse; ihre beiden Söhne waren Schüler des Karls-Gymnasiums. Später, als sie in einem Landhaus in Sillenbuch wohnte, war ihr Freundeskreis ein Zentrum der revolutionären Opposition in der SPD, aus dem viele, später führende, Kommunisten hervorgingen.

Clara Zetkin wurde am 5. Juli 1857 als älteste Tochter des Dorfschullehrers im sächsischen Wiederau geboren. Ihr Vater Gottfried Eisner, Sohn eines noch erbuntertänigen Taglöhners, unterrichtete in einem engen Schulraum über hundert Kinder, die meist aus Familien von Heimarbeitern stammten, die zu Hause als Weber und Strumpfwirker arbeiteten. Sie lebten in der ständigen Angst, durch die aufkommenden Fabriken ihre Arbeitsplätze zu verlieren. «Es war», so schrieb Clara Zetkin später, «eine Stimmung unter ihnen, wie sie in Gerhart Hauptmanns Webern dargestellt ist.»

Der Vater der Mutter, Jean Dominique Vitale, war auf der Offiziersschule in St. Cyr erzogen und als begeisteter Anhänger der Französischen Revolution der langjährige persönliche Adjutant des Kaisers Napoleon I. gewesen. Nach seinem Bruch mit Napoleon, dem er Verrat an den Idealen der Französischen Revolution vorwarf, wurde Vitale, nachdem er eine Leipziger Bürgerstochter geheiratet hatte, an der dortigen Universität Professor für romanische Philologie. In seinem Haus trafen sich wichtige Vertreter des Vormärz.

Die Mutter Claras, Josephine Eisner, führte als begeisterte Anhängerin der Revolution von 1848 zusammen mit dem

Clara Zetkin. Foto aus dem «Roten Stern», 1927.
(Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn)

Dorfarzt einen Zug Wiederauer Bauern nach Dresden, um 1849 den Aufstand dort zu unterstützen. Diese Haltung der Mutter bestimmte die Erziehung Claras, die schon als kleines Mädchen die Marseillaise konnte und ihre Takte gegen die Fensterscheibe trommelte. Ihr Elternhaus war ein regelrechter Debattierklub: ihr Vater, ein sozial eingestellter, strenggläubiger Protestant, kritisierte häufig die liberalen Auffassungen seiner Frau, die in dem kleinen Dorf einen Mädchen-Turnverein gründete, zu dessen ersten Mitgliedern ihre Tochter Clara gehörte.
Auch der Frauenverein ging auf ihre Initiative zurück. So knüpfte die Mutter Claras mit Luise Otto-Peters und Auguste Schmidt, damals grosse Namen in der deutschen Frauenbewegung, Kontakte. 1872 kam Clara Eisner als Studentin auf das Lehrerinnenseminar Auguste Schmidts nach Leipzig. Dieses Seminar des allgemeinen Deutschen Frauenvereins, der für die Gleichberechtigung der Frau kämpfte, war von der liberalhumanistischen Weltanschauung der Frauenbewegung geprägt.
Ein Freund ihres Bruders steckte ihr sozialdemokratische Zeitungen zu, in Leipzig, damals das eigentliche Zentrum der Sozialdemokratie, erschien der «Vorwärts», das Zentralorgan der Partei. Hier lebten auch August Bebel und Wilhelm Liebknecht, die führenden Köpfe der jungen Sozialdemokratie. Über ihre Studienfreundin Warwara, die Tochter eines wohlhabenden russischen Kaufmanns, lernte Clara Eisner in einem Zirkel russischer Studenten Ossip Zetkin kennen, der als Anhänger der revolutionären Volkstümlerbewegung von der zaristischen Polizei verfolgt, nach Deutschland hatte fliehen müssen. In seiner Begleitung besuchte sie zum erstenmal sozialdemokratische Versammlungen, im Leipziger Arbeiter-Bildungsverein fesselten sie die Vorträge Wilhelm Liebknechts. Im Juni 1878, wenige Monate vor den Sozialistengesetzen, die die sozialdemokratischen Organisationen in den Untergrund drängten, trat Clara Eisner der jungen Sozialdemokratischen Partei bei.

Nach erfolgreichem Examen Hauslehrerin in der Familie eines reichen Unternehmers, warf sie dem Familienoberhaupt in einer Auseinandersetzung vor, dass er seine Frau wie eine Sklavin halte. In ihrer politischen Aktivität sammelte sie Geld für die verbotene Partei, verteilte illegale Flugblätter und nahm an getarnten Treffen teil. Im Spätsommer 1880 wurde Ossip Zetkin während einer Versammlung, auf der August Bebel über den ersten illegalen Parteitag der SPD berichtet hatte, verhaftet und in die Schweiz abgeschoben. Clara folgte ihm bald nach Zürich, der Zentrale der emigrierten Sozialdemokraten. Hier half sie beim Drucken sozialdemokratischer Literatur, die sie dann über die deutsche Grenze schmuggelte.

Im November 1882 – in Paris – nahm sie den Namen Zetkin an, ohne Ossip zu heiraten, weil sie sonst ihre deutsche Staatsbürgerschaft verloren hätte; ein Jahr danach kam ihr Sohn Maxim, zwei Jahre später Konstantin – genannt Kostja – zur Welt.
Die junge Familie lebte kümmerlich unter einem Dachboden und war ständig Kunde des Pfandhauses. Eine alte Kommunardin hütete die Kinder, während Clara Zetkin mit Deutschstunden und Übersetzungen die Familie über Wasser hielt. Bei der Beerdigung eines Arbeiterführers brach nach einem Polizeieinsatz eine Panik aus; viele Menschen wurden zu Tode getrampelt. Clara Zetkin fiel unter dem Säbelhieb eines Polizisten in Ohnmacht.
In Paris kam Clara Zetkin mit den unterschiedlichen Tendenzen der Arbeiterbewegung in Berührung, denn im Gegensatz zu Deutschland hatte sich der Marxismus noch nicht als herrschende Theorie der französischen Sozialisten durchsetzen können. Regelmässig schrieben Clara Zetkin und ihr Mann Beiträge für die Zeitung «Le Socialiste», der von Paul Lafarque, dem Schwiegersohn von Karl Marx, herausgegebenen Wochenzeitung. Die Wohnung der Zetkins entwickelte sich zu einem Treffpunkt für die aus allen Teilen Europas stammenden Emigranten.

Während eines Besuchs in Leipzig trat sie 1886 in den Lauben der Schrebergärten und in Arbeiterwohnungen zum erstenmal als Rednerin für die immer noch verbotene Sozialdemokratische Partei auf. Wieder in Paris veröffentlichte sie eigene Artikel unter dem Namen ihres Mannes, denn selbst in der sozialistischen Presse hatten weibliche Autoren mit Vorurteilen zu kämpfen. Die ersten Veröffentlichungen unter ihrem eigenen Namen beschäftigten sich dann auch mit der Frauenfrage. Im Jahr 1888 starb ihr Mann Ossip nach einer schweren Lähmung.
Einige Freunde kamen und gingen. Ich erlebte alles wie im Traum. Klar, bewusst war mir nur das Eine, Furchtbare, Unfassbare: Ossip stirbt. Abends, nach acht Stunden, standen Herz und Atem still. Es war mir, als müsse auch mein Leben stillstehen... Ich bin damals nur durch die Kinder zum Leben zurückgekommen und namentlich durch den Sozialismus, meine Arbeit als revolutionäre Kämpferin.

Als einzige Frau wirkte sie als einer von elf Sekretären bei der Organisation des Internationalen Sozialistenkongresses 1889 in Paris mit, der zur Gründung der zweiten Sozialistischen Internationale führte. Gegen Ende des Treffens ergriff sie das Wort:

Die Sozialisten müssen wissen, dass bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung die Frauenarbeit eine Notwendigkeit ist... Die Sozialisten müssen vor allem wissen, dass auf der ökonomischen Abhängigkeit oder Unabhängigkeit die soziale Sklaverei oder Freiheit beruht. Diejenigen, welche auf ihr Banner die Befreiung alles dessen, was Menschenantlitz trägt, geschrieben haben, dürfen nicht eine ganze Hälfte des Menschengeschlechts durch wirtschaftliche Abhängigkeit zu politischer und sozialer Sklaverei verurteilen. Wie der Arbeiter vom Kapitalisten unterjocht wird, so die Frau vom Manne; und sie wird unterjocht bleiben, solange sie nicht wirtschaftlich unabhängig dasteht. Die unerlässliche Bedingung für diese ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit ist die Arbeit ...
Die Arbeiterinnen sind durchaus davon überzeugt, dass die Frage der Frauenemanzipation keine isoliert für sich bestehende ist, sondern ein Teil der grossen sozialen Frage... Ohne Beihilfe der Männer, ja, oft sogar gegen den Willen der Männer, sind die Frauen unter das sozialistische Banner getreten...

Nach dem Fall der Sozialistengesetze zog Clara Zetkin nach Stuttgart, damals Sitz des von Wilhelm Dietz geleiteten Sozialdemokratischen Parteiverlags, der die von Karl Kautsky redigierte Zeitschrift «Die Neue Zeit» herausbrachte, für die Clara Zetkin nun arbeitete. Die beiden Buben, die ein Kauderwelsch aus Deutsch, Russisch und Französisch sprachen, hatten unter dem im kaiserlichen Deutschland geschürten Franzosenhass zu leiden, ein Invalide des Deutsch-Französischen Krieges bedrohte sie mit seinen Krücken. Schon nach kurzer Zeit verstrickte sich Clara Zetkin in innerparteiliche Kontroversen: in ihren Augen fehlte vielen gemütlichen schwäbischen Genossen der nötige Kampfgeist.
Weihnachten 1891 erschien die erste Nummer der «Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen», die Clara Zetkin als verantwortliche Redakteurin 25 Jahre lang leitete. Als Redakteurin dieses Sprachrohrs der Frauenemanzipation sollte Clara Zetkin eine der führenden Sozialdemokraten Europas werden. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 sprach sie nahezu auf jedem Parteitag und auf jedem internationalen Kongress der Sozialdemokraten. Auf dem Internationalen Kongress 1893 in Zürich stimmte Clara Zetkin für eine Resolution zur Frauenfrage, die zur Grundlage der sozialdemokratischen Parteien wurde: Acht-Stunden-Tag für die Arbeiterinnen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Urlaub für Schwangere und junge Mütter sowie Gleichstellung der Frau in den Arbeitsschutzgesetzen waren die zentralen Forderungen.

In den Theoriedebatten um die «revisionistische» Position Eduard Bernsteins, der wesentliche Elemente des Marxismus zugunsten einer staatsbejahenden Reformpolitik opfern wollte, gehörte Clara Zetkin zu den Wortführern der Linken, die auf einer revolutionären Konzeption sozialdemokratischer Politik beharrten.
Im Jahr 1903 zog sie nach Sillenbuch um; ihr Gehalt war gestiegen und durch den Verkauf ihrer Broschüren war sie zu einem bescheidenen Wohlstand gekommen.
Das Sillenbucher Landhaus, das sie nun mit ihrem wesentlich jüngeren zweiten Mann, dem sozialkritischen Maler Friedrich Zundel bewohnte, entwickelte sich zum Treffpunkt nicht nur der Stuttgarter Linken. Am Rande des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart 1907 legte hier Lenin zusammen mit Vertretern der linken deutschen Sozialdemokraten die Marschroute für das Treffen fest. Auf diesem Stuttgarter Kongress wählten die Delegierten Clara Zetkin zur Sekretärin des neu entstandenen Frauensekretariats in der Sozialistischen Internationale; das entschiedene Bekenntnis zum Frauenwahlrecht war mit das wichtigste Resultat des Stuttgarter Treffens. Die zweite internationale sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen beschloss 1910 einen Antrag, dessen entscheidende Schlusspassage Clara Zetkin formuliert hatte:

Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauen wahlrecht dient. Die Forderung muss in ihrem Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassunggemäss beleuchtet werden. Der Frauentag muss einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.

In Württemberg, damals eine der Hochburgen des Revisionismus, sass Clara Zetkin seit 1910 als Vertreterin der Frauen in der Landesleitung der SPD.

Auch hier trat sie als Wortführerin der Linken auf, die sich hauptsächlich auf den Stuttgarter Ortsverein stützen konnte. Als sich der Ausbruch des Weltkriegs schon abzeichnete, richtete sie 1912 in Basel einen dramatischen Friedensappell an die Delegierten des ausserordentlichen Internationalen Kongresses:

Alles, was in uns lebt als persönlicher Ausdruck allgemeiner Menschheitsentwicklung, allgemeiner Kulturideale, empört sich, wendet sich schaudernd ab von dem Gedanken an die drohende Massenzerstörung, Massenvernichtung menschlicher Leben im modernen Kriege. Haben nicht alle diese Leben einst unter dem Herzen einer Mutter gelegen, sind sie nicht von einer Mutter in Leid und Freud betreut worden?... Sind es nicht die Söhne der werktätigen Massen, die getäuscht, verhetzt, verblendet gegeneinandergeführt werden, um einander abzuschlachten? Sie, die Brüder, Genossen sein sollten im Kampfe für die gleiche Freiheit!

Aber die Friedensresolution des Kongresses sollten genau so wenig nützen, wie die Artikel, die Clara Zetkin noch unmittelbar bei Kriegsausbruch im August 1914 in der «Gleichheit» veröffentlichte. Die Masse auch der Arbeiter reagierte mit hysterischer Begeisterung. Clara Zetkin, die zur winzigen Gruppe der Kriegsgegner gehörte, wurde schon am 2. August 1914 das Opfer einer Polizeiaktion, die sie im Brief an eine holländische Freundin schilderte:

... Heute morgen um fünf Uhr wurde ich aus dem Schlaf geklingelt. Es fand die erste grosse Haussuchung statt. Nach dem ganzen Um und Auf muss ich schliessen, dass ich unter dem Verdacht stehe, mit Russland gegen Deutschland zu konspirieren und russische Emissäre bei mir zu beherbergen. Und das, obgleich vielleicht niemand in Deutschland so leidenschaftlich und zäh in aller Öffentlichkeit gegen den russischen Zarismus kämpft, wie ich seit 30 Jahren. Dass solche Räuberphantasien möglich sind, beleuchtet Ihnen die Situation...

Nachdem der Stuttgarter Parteivorsitzende und Landtagsabgeordnete Friedrich Westmeyer als Redakteur der «Schwäbischen Tagwacht» die Billigung der Kriegspolitik durch die SPD-Reichstagsfraktion in der Tageszeitung der SPD kritisiert hatte, löste ihn auf Beschluss des Landesvorstands der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Keil ab. Heftige Konflikte waren die Folge: Bei einer Versammlung im Stuttgarter Gewerkschaftshaus Anfang Dezember 1914 provozierte Clara Zetkin mit dem Ausruf, dass sie bestimmte Mitglieder des Landesvorstands als Menschen nicht mehr achten könne, den Eklat: Der Landesvorstand und die empörten Gefolgsleute des rechten Flügels der Stuttgarter Sozialdemokraten, die in der Minderheit blieben, verliessen den Saal und gründeten wenig später einen eigenen Ortsverein, der auf der offiziellen Parteilinie lag. Damit war Stuttgart die erste Grossstadt Deutschlands, in der es wegen der umstrittenen Kriegspolitik zum offenen organisatorischen Bruch kam.

Im Frühjahr 1915 bereitete Clara Zetkin illegal in Bern eine Konferenz vor, die oppositionell gesinnte Frauen aus sozialdemokratischen Parteien der kriegsführenden Staaten Deutschland, England, Frankreich und Russland an einen Tisch führte. Dieses erste internationale Treffen der oppositionellen Kräfte in den einzelnen sozialdemokratischen Parteien während des Krieges führte zu einer Kontroverse zwischen dem in der Schweiz lebenden Lenin und Clara Zetkin. Der Führer der russischen Bolschewistischen Partei lehnte die Schlussresolution ab, sie wäre zu «pazifistisch» und nicht scharf genug in der Verurteilung der sozialdemokratischen Führer.

Nach der Berner Konferenz wurde Clara Zetkin in Karlsruhe unter der Anklage des Landesverrats verhaftet. Eine wachsende, von heftigen innerparteilichen Zwistigkeiten begleitete Solidaritätswelle, erreichte nach einigen Monaten ihre Freilassung. Clara Zetkin konnte nach wie vor die «Gleichheit», die bis zu ihrer Entlassung 1917 als Redakteurin einen klaren Antikriegskurs steuerte, leiten.

Nach der Gründung der Spartakus-Gruppe als Sammlung der entschiedenen revolutionären Opposition war ihre Mitarbeit zurückhaltend loyal, während sie der USPD Ostern 1917, die die Opposition der verschiedenen Richtungen zusammenschloss, beitrat.

Beim Zusammenbruch der Monarchie trat sie zum erstenmal nach Jahren am 9. November 1918 auf dem Stuttgarter Marktplatz vor der revolutionären Menge auf. Am Gründungsparteitag der KPD Ende 1918 in Berlin nahm Clara Zetkin nicht teil, sie blieb vielmehr bis zum März 1919 Mitglied der USPD, die sie als Abgeordnete in der verfassungsgebenden württembergischen Versammlung vertrat. Ein tiefer Schock war für Clara Zetkin die Ermordung ihrer langjährigen Freundin Rosa Luxemburg im Januar 1919. Dies führte zum endgültigen, auch emotionalen Bruch mit der regierenden Sozialdemokratie.

1920 wurde sie, inzwischen Mitglied der KPD, zusammen mit Paul Levi als Abgeordnete der damals zahlenmässig noch schwachen Partei in den Reichstag gewählt. Nach Auseinandersetzungen mit der russischen Führung der Kommunistischen Internationale (Komintern), verliess Clara Zetkin zusammen mit Paul Levi im Februar 1921 die Zentrale der KPD. Sie hatte für ein Minimalprogramm plädiert, während der linke Flügel sich für die Vorbereitung eines gewaltsamen Aufstandes einsetzte. Mit der blutigen Niederschlagung eines dilettantisch inszenierten Aufstandes im März 1920 in den KPD-Hochburgen Halle und Magdeburg erlitten mit dieser «März-Aktion» die Anhänger dieser «Offensiv-Theorie» eine vernichtende Niederlage.

Wegen seiner Kritik an dieser Putschaktion und dem wachsenden russischen Einfluss in der KPD wurde Paul Levi ausgeschlossen; er sollte später als SPD-Reichstagsabgeordneter der führende Kopf des linken SPD-Flügels werden. Lenin persönlich jedoch überredete Clara Zetkin, nicht mit der Partei zu brechen. Danach erneut Mitglied der KPD-Zen-

trale kritisierte sie im Oktober 1923 scharf den fehlgeschlagenen abenteuerlichen kommunistischen Aufstand in Hamburg. Nach dem innerparteilichen Durchbruch der Linken auf dem Frankfurter Parteitag im April 1924 erhielt sie dafür die Quittung: bei der Wahl der neuen Zentrale erhielt sie ganze fünf Stimmen. Damit präsentierte die KPD nicht, wie von der alten Zentrale geplant, Clara Zetkin, sondern Ernst Thälmann als kommunistischen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl 1925.
Schon im Juni 1923, noch vor dem Hitler-Putsch in München, trug Clara Zetkin in Moskau vor den Delegierten der Kommunistischen Internationale eine sehr differenzierte Analyse des Faschismus vor, bei der sie – das italienische Beispiel vor Augen – den «Faszismus» nicht nur, wie bis dahin üblich, als gewalttätige Form bürgerlicher Herrschaft, sondern auch als Sammelbecken sozial Gescheiterter interpretierte:

Tausendköpfige Massen strömten dem Faszismus zu. Er wurde ein Asyl für politisch Obdachlose, für sozial Entwurzelte, für Existenzlose und Enttäuschte. Und was sie alle nicht erhofften von der revolutionären Klasse des Proletariats und vom Sozialismus, das erhoffen sie als Werk der tüchtigsten, stärksten, entschlossensten, kühnsten Elemente aller Klassen. Auch sie müssen zu einer Gemeinschaft zusammengefasst werden. Diese Gemeinschaft ist für die Faszisten die Nation. Sie wähnen, dass der ernste Wille, sozial ein Neues, Besseres zu schaffen, machtvoll genug sei, alle Klassengegensätze zu überbrücken. Das Mittel für die Verwirklichung des faszistischen Ideals ist ihnen der Staat. Ein starker, ein autoritärer Staat, der gleichzeitig ihr ureigenstes Geschöpf und ihr williges Werkzeug sein soll. Hoch über allen Parteiunterschieden und Klassengegensätzen wird er thronen und die soziale Welt nach ihrer Ideologie, ihrem Programm gestalten. Es liegt auf der Hand, dass nach der sozialen Zusammensetzung seiner Gruppen der Faszismus auch Elemente einschliesst, die der bürgerlichen Gesellschaft ausserordentlich unbequem, ja gefährlich werden können.

Nachdem unter dem Vorsitzenden Ernst Thälmann die KPD endgültig ins sowjetische Schlepptau geraten war, spielte Clara Zetkin parteiintern nur noch eine zweitrangige Rolle, sie blieb jedoch ihr nach aussen stilisiertes Aushängeschild. Besonders die Komintern, die immer mehr zur Befehlszentrale Stalins degenerierte, stiess auf ihre harte Kritik. In einem Brief, den sie am 25. März 1929 an den französischen Kommunisten Jules Humbert-Droz schrieb, fällte sie ein vernichtendes Urteil über dieses Gremium, dem sie als Leiterin der «Internationalen Roten Hilfe» selbst angehörte:

Ich werde mich völlig einsam und deplaziertfühlen in dieser Körperschaft, die sich aus einem lebendigen, politischen Organismus in einen toten Mechanismus verwandelt hat, der an der einen Seite Befehle in russischer Sprache einschluckt und auf der anderen Seite diese Befehle in verschiedenen Sprachen ausspuckt.

1929 schien es fast so, als wollte sie zur neugegründeten Abspaltung «Kommunistische Partei Opposition (KPO)», der sich viele ihrer alten – auch Stuttgarter – Freunde angeschlossen hatten, überwechseln. In diesen Jahren lebte sie, fast erblindet, nicht mehr in Sillenbuch, sondern die meiste Zeit in Moskau. Bei den Auseinandersetzungen um den autoritären Kurs Josef Stalins gehörten ihre Sympathien seinem Gegenspieler Bucharin, dem Exponenten des rechten Flügels der sowjetischen KPdSU.
Als Alterspräsidentin des Reichstages, dem sie von 1920 bis zur Ausschaltung der Kommunisten 1933 ununterbrochen angehörte, eröffnete die gebrechliche Fünfundsiebzigjährige am 30. August 1932 sitzend den neugewählten Reichstag. Als Sprecherin der Partei, die keinen Finger rührte, um die Republik zu verteidigen und die noch vor Kurzem die Sozialdemokraten als «Sozialfaschisten» dif-

famiert hatte, appellierte sie nun an die Einheitsfront aller Werktätigen:

Das Gebot der Stunde ist die Einheitsfront aller Werktätigen, um den Faschismus zurückzuwerfen..., um damit den Versklavten und Ausgebeuteten die Kraft und die Macht ihrer Organisation zu erhalten, ja sogar ihr physisches Leben. Vor dieser zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit müssen alle fesselnden und trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen zurücktreten. Alle Bedrohten, alle Leidenden, alle Befreiungssehnsüchtigen gehören in die Einheitsfront gegen den Faschismus und seine Beauftragten in der Regierung! Die Selbstbehauptung der Werktätigen gegen den Faschismus ist die nächste unerlässliche Voraussetzung für die Einheitsfront im Kampfe gegen Krise, imperialistische Kriege und ihre Ursache, die kapitalistische Produktionsweise.

Nach der Wahl des Nationalsozialisten Hermann Göring übergab sie ihm als Reichstagspräsidenten die Leitung der Sitzung. Als die Nationalsozialisten die Macht ergriffen und die blutige Massenverfolgung der deutschen Kommunisten einsetzte, lebte die Todkranke in der Sowjetunion. Clara Zetkin starb am 20. Juni 1933 in Archangelskoje bei Moskau. An ihrem Trauerzug auf dem Roten Platz in Moskau beteiligten sich mehr als 400‘000 Menschen. Stalin und Molotow trugen die Urne, die an der Kreml-Mauer beigesetzt wurde.

Kurt Schumacher

Kurt Schumacher, 1930. (Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn)

Im Sommer 1945 spricht Kurt Schumacher in der Halle des Stuttgarter Bahnpostamts, versteckt hinter Karren und Paketen, vor einem kleinen Kreis Stuttgarter Sozialdemokraten. Illegal – denn politische Versammlungen Deutscher sind noch strikt von der amerikanischen Besatzungsmacht verboten. Als am Eingang amerikanische Militärpolizisten auftauchen, erhält Fritz Eberhard, der spätere Südfunkintendant, den Auftrag, sie abzuwimmeln. Eberhards Englischkenntnisse sind noch sehr frisch, im Mai ist er nach sechsjähriger Emigration aus Enland nach Stuttgart gekommen – die Militärpolizisten werden besänftigt. Schumacher, in dessen Hannoveraner Büro damals die ersten Fäden für den Wiederaufbau der Sozialdemokratie im Westen Deutschlands geknüpft werden, kann weiterreden.

Viele im Kreis der heimlich Versammelten lauschen einem alten Bekannten, denn schliesslich war Schumacher seit 1920 Redakteur der sozialdemokratischen «Schwäbischen Tagwacht». Als Vorsitzender des örtlichen Reichsbanners – des republikanischen Kampfverbandes – und später der Eisernen Front, hat er sich durch beissende Polemik und ätzende Rhetorik in Kundgebungen und Aufmärschen den Hass der Nazis zugezogen. Zehn Jahre KZ waren die Folge. Die Konzentrationslager Heuberg, Oberer Kuhberg bei Ulm und schliesslich Dachau sind die Stationen seines Leidensweges. Sie haben ihn körperlich gezeichnet, konnten ihn aber persönlich und politisch nicht brechen.

Durch dieses Schicksal hatte er die moralische Legitimation, um einen politischen Führungsanspruch anzumelden. Aber im Wettlauf um die Gunst der von Naziherrschaft und Krieg geprägten Wähler konnte sich bei der ersten Bundestagswahl 1949 der Christdemokrat Adenauer als Kanzler durchsetzen. Die politische Entwicklung der Nachkriegszeit, die Schumacher bis zu seinem Tod 1952 als Restauration bekämpfte, wurde von seinen Gegnern als Aufschwung euphorisch gefeiert. Sein entschiedener Kampf für die Wiedervereinigung und gegen alliierte Bevormundung wurde als neutralistischer Nationalismus angegriffen. Wie kaum ein anderer führender Sozialdemokrat personifizierte er das «Preussische» in seiner Partei. Mit diesem Odium behaftet, ist bei vielen Zeitgenossen in Vergessenheit geraten, dass der entscheidende Ort seiner Prägung als Parteipolitiker und Parlamentarier in der Weimarer Zeit Stuttgart war.

Das Haus seiner Eltern lag zwischen einer preussischen Kaserne und einem polnischen katholischen Kloster. Die meisten seiner Klassenkameraden waren Polen, von denen ihn eine tiefere Kluft trennte als von seinen jüdischen Spielkameraden: in dem kleinen westpreussischen Städtchen Kulm, 30 Kilometer entfernt von der alten deutschrussischen Grenze, die nach dem Versailler Vertrag von der Landkarte verschwinden sollte. Als Kurt Schumacher 1895 als Sohn eines wohlhabenden, zum Linksliberalismus der Fortschrittspartei neigenden Kaufmanns geboren wurde, konnte niemand ahnen, dass er eine legendäre Gestalt der Sozialdemokratie werden sollte. Zwischen der herrschenden Schicht der meist adligen preussischen Grossgrund-

besitzer und dem Gros der polnischen Landbevölkerung gab es nur den schmalen Puffer einer bürgerlichen und kleinbürgerlichen Zwischenschicht. Noch weniger fiel die Industriearbeiterschaft oder gar eine organisierte Arbeiterbewegung ins Gewicht. Bis an sein Lebensende gelang es Schumacher nicht, zu klären, ob es in seiner Heimatstadt überhaupt eine organisierte Arbeiterbewegung gegeben hatte.

Die erste Berührung des siebzehnjährigen Gymnasiasten mit der Sozialdemokratie war die Lektüre der aus dem fernen Berlin abonnierten «Sozialistischen Monatshefte» – des theoretischen Sprachrohrs der Revisionisten um Eduard Bernstein, der die offiziell herrschende marxistische Parteitheorie revidieren und die revolutionäre Konzeption zugunsten einer Strategie der schrittweisen sozialen Reform opfern wollte. Diese frühe Lektüre war die Folge liberaler väterlicher Pädagogik, die zwar das Interesse an Politik wecken, die Bestimmung des eigenen Standorts aber dem Sohn überliess.

Den Ausbruch des Weltkriegs erlebt Schumacher auf der Schulbank. Nach dem eilig abgelegten Notabitur meldet er sich freiwillig zu des Kaisers Fahnen, ging es doch darum, den reaktionären Zarismus zu schlagen – hier im westpreussischen Grenzland war in liberalen Kreisen der russische Herrscher stärker als anderswo die sinnbildliche Verkörperung finsterster Rückständigkeit. Begierig, endlich an der Front zu stehen, lässt sich Schumacher, getragen von der Woge patriotischer Kriegsbegeisterung, von der Artillerie zur Infanterie versetzen. Sein Wunsch findet eine makabere Erfüllung. Von einer Maschinengewehrgarbe niedergemäht und erst nach Stunden schwer verletzt aus dem Trommelfeuer geborgen, muss dem neunzehnjährigen der rechte Arm bis zur Achselhöhle amputiert werden.

Der Schock dieser Verwundung überschattete sein Studium, das der mit dem Eisernen Kreuz dekorierte Kriegsversehrte nach seiner Entlassung aus dem Lazarett begann. Dieses Kriegserlebnis und das Studium der Rechts-, Wirtschafts- und Staatswissenschaft in Halle, Leipzig und vom Frühjahr 1917 an in Berlin korrigierte das Weltbild des wohlbehüteten preussischen Gymnasiasten. Diese Städte waren Hochburgen der Opposition gegen die Reichstagsfraktion der SPD, die seit 1914 die Kriegskredite gebilligt hatte. Eine wachsende Zahl unzufriedener Genossen führte mit der Gründung der USPD 1917 zur Spaltung der Partei. Am 9. Januar 1918 im selben Monat, als in Berlin 180‘000 Munitionsarbeiter streikten, tritt Schumacher der SPD bei, schon bald wird er von Konrad Hänisch, einem Exponenten des «sozialpatriotischen» Flügels der Mehrheitssozialdemokratie gefördert.

Den Zusammenbruch des Kaiserreichs und die Novemberrevolution 1918 erlebte Schumacher als Vertreter des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten im Grossberliner Soldaten- und Matrosenrat. Im Arbeitsministerium, wo er anschliessend sechs Monate tätig war, lernte er Erich Rossmann kennen, einen führenden württembergischen Sozialdemokraten und Aktivisten des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Zuerst galt es für Schumacher, seine materielle Existenz zu sichern – denn seine Familie musste in Kulm, das bei Kriegsende an den wieder entstandenen Staat Polen abgetreten worden war, ihr gesamtes Vermögen zurücklassen. Zwischen Arbeit und politischer Aktivität legte Schumacher sein erstes juristisches Staatsexamen ab, sein Förderer Hänisch, inzwischen preussischer Kultusminister, vermittelte ihm an der Universität Münster einen Doktorvater.

Schumachers Dissertation sollte aber erst 1926 beendet werden, denn im Dezember 1920 kam Schumacher auf Empfehlung der Berliner Sozialdemokraten als Redakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung «Schwäbische Tagwacht» nach Stuttgart. Mit dem Herausgeber der «Tagwacht», dem prominenten Reichstagsabgeordneten Wilhelm Keil, verband ihn von nun an eine langjährige, oft von

Auseinandersetzungen erschütterte Beziehung. Denn der aus der Arbeiterschaft stammende Volksschüler Keil, der die meist intellektuellen Wortführer der linken Sozialdemokraten befehdete, betrachtete den jungen Akademiker bürgerlicher Herkunft mit Misstrauen. Schon bald macht sich Schumacher nicht nur als scharfzüngiger Leitartikler, sondern auch als temperamentvoller Redner in der Stuttgarter Parteiorganisation einen Namen. In Württemberg, wo seit 1920 die SPD, anders als in Preussen und im Reich, nicht mehr in der Regierung sass, konnte sich Schumacher als Kritiker der Landesregierung und damit in der Rolle des Oppositionellen profilieren.

An der Basis der zunächst von den Unabhängigen und später von den Kommunisten geschwächten württembergischen SPD regte sich Kritik an der bedächtigen, von Kompromissen bestimmten Politik der heimischen sozialdemokratischen Führer. Unzufriedenheit über die alte Garde äusserte sich hauptsächlich in der Parteijugend, deren Organisation in Botnang etwa geschlossen zu den Kommunisten überwechselte. Diese Parteijugend, wenig angesprochen sowohl von der Politik der alten Garde als auch von trockener marxistischer Theoptsächlich in der Parteijugend, deren Organisation in Botnang etwa geschlossen zu den Kommunisten überwechselte. Diese Parteijugend, wenig angesprochen sowohl von der Politik der alten Garde als auch von trockener marxistischer Theorie der Linken, sieht in ihm, dem eher gefühlsmässigen Politiker, eine fesselnde Leitfigur. – Obwohl Schumacher nicht mit dem unter Genossen üblichen vertrauten «Du» angeredet wird, sondern von Anfang an der «Doktor» ist. Auch sein Privatleben schirmte er von seinen Parteifreunden ab. Häufig verkehrte er mit «Bürgerlichen» in vornehmen Lokalen, mit Künstlern, Literaten und Journalisten.

Schon 1921 organisierte Schumacher Demonstrationen gegen die Nationalsozialisten. Mit Hilfe einer Geheimgruppe junger Sozialisten gelang es ihm, politische Freunde in ihre Reihen einzuschleusen. Bereits vor dem Münchner Hitlerputsch im November 1923 konnte er so eine Serie von Artikeln veröffentlichen. Vor seiner Wahl in eine Reihe von Gerichtsverfahren wegen Beleidigungen von Abgeordneten, Richtern und Polizeibeamten verwickelt, sind Schumachers Attacken auf Bazille in der Schwäbischen Tagwacht wegen «fortgesetzter Verleumdung» mit einer dreimonatigen Gefängnisstrafe quittiert worden. Ein nie vollstreckter Urteilsspruch, den die Sozialdemokraten als Ausdruck politischer Gesinnungsjustiz zurückwiesen. Immer wieder wies Schumacher im Dauerkonflikt mit Bazille, um dessen Nationalismus aufs Korn zu nehmen, auf dessen französischen Vater hin, sei's, dass er ihn als «Monsieur Bazille» anredete oder ihn als «Halbfranzosen» bezeichnete, um den Kontrast zwischen Bazilles französischer Herkunft und seinem gegen den «Erbfeind» Frankreich gerichteten Nationalismus zu ironisieren.
Seit 1925 war Schumacher Chef des Stuttgarter Reichsbanners, des hauptsächlich von der Sozialdemokratie getragenen Kampfverbandes der republikanischen Parteien. Die Auftritte des einarmigen Sozialdemokraten an der Spitze uniformierter Kolonnen des Reichsbanners und der sozialistischen Arbeiterjugend, untermalt von Trommeln und Trompeten, führten oft zu gewaltsamen Zusammenstössen – hauptsächlich mit Nationalsozialisten. «Die Prügel haben gesessen. Die Hunde heulen», beschrieb er 1925 ein Zwischenspiel dieser Art. Schumacher setzte auf die bewusst kalkulierte emotionale Wirkung dieser Demonstrationen:

Strikte Disziplin, grosse Zahlen und eine Menge schwarz-rot-goldener Fahnen verfehlten nicht, die Zuschauer suggestiv zu beeinflussen... Derartige Unternehmen flössen den republikanischen Organisationen Vertrauen ein, beeindrucken die Zuschauer und ermutigen sie, sich mehr für die Republik einzusetzen.

Schumachers politische Position in den späten zwanziger und frühen dreissiger Jahren ist nicht leicht zu bestimmen. Die «alte Garde», gegen die er opponierte, war ihm nicht zu rechts, sondern zu betulich. In seiner schliesslich 1926 abgeschlossenen Dissertation «Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie» grenzte er sich klar von der doktrinär-marxistischen Auffassung ab, dass der Staat im Kapitalismus lediglich das Instrument der herrschenden Klasse sei. Vielmehr vertrat er in seiner Doktorarbeit die Auffassung von der «höchsten Pflicht des deutschen Arbeiters», den Weimarer Staat zu lieben und zu verteidigen. Schumachers Kritik an der Sozialdemokratie war weniger an ihrer Theorie als vielmehr an ihrer behäbigen, oft von mausgrauem Bürokratismus bestimmten Praxis orientiert. Seine konfliktschwangeren Auftritte im Landtag kontrastierten mit parlamentarischer Alltagsroutine, füllten die Zuschauergalerie und zeigten eine starke öffentliche Wirkung.

Bei den Landtags- und Reichtagswahlen 1928 gelang es den Stuttgarter Sozialdemokraten, ihre 1924 erlittene Schlappe wettzumachen. Das Stuttgarter Ergebnis war ein persönlicher Triumph Schumachers. Während die Sozialdemokraten in Württemberg und im Reich zwischen drei und vier Prozent mehr Stimmen erringen konnten, gelang den Stuttgarter Sozialdemokraten ein Sprung von 17,9 auf 30,5 Prozent. Stolz konnte die «Tagwacht» berichten, dass 80 Prozent des Stimmenzuwachses in Württemberg aus Stuttgart kamen. Eine Bestätigung für Schumachers militanten Kurs; damit waren die Weichen für seinen weiteren Aufstieg gestellt. Im Konflikt um den im Gegensatz zu einem Wahlkampfversprechen von den sozialdemokratischen Reichsministern akzeptierten Bau des «Panzerkreuzers A» kritisierte Schumacher die Haltung der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder. In diesem Konflikt konnte er sich gegen seinen Kontrahenten Wilhelm Keil bei der Parteibasis durchsetzen. Die Entmachtung der alten Garde begann.

Im Jahr 1930 wurde Schumacher mit 34 Jahren Chef der Stuttgarter Parteiorganisation – im selben Jahr trat Keil als Herausgeber der «Schwäbischen Tagwacht» zurück; damit war Schumacher der Kopf des Blattes. Schliesslich wurde er im September 1930 in den Reichstag gewählt, für den er 1928 vergeblich kandidiert hatte. Schumachers Wahl fiel zusammen mit dem erdrutschartigen Erfolg der NSDAP.

Schumacher schloss sich einem Kreis jüngerer Sozialdemokraten um den Abgeordneten Carlo Mierendorff an. Er erkannte, dass den Massen die Hitler nachliefen, die Massen jener entgegengestellt werden mussten, die bereit waren, die Republik, die Demokratie zu verteidigen. Hitler war weder mit Programmen noch mit Theorien zu bekämpfen, sondern nur durch harte Auseinandersetzungen. Deshalb versuchte er die Gegner der NSDAP zu sammeln. Doch er scheiterte immer wieder am Unwillen der alten Garde, die sich in Württemberg allerdings auf dem parteiinternen Rückzug befand. Sein Büro «Schwabenland» sammelte Berichte über die Aktivitäten der Nazis und versuchte, über die Grenzen Württembergs hinaus gegnerische Aktionen zu koordinieren. Im Reichstag griff Schumacher die Nationalsozialisten in einer Form an, die auch manchen alten Parlametarier in den eigenen Reihen erschreckte. Sein berühmter Stegreif-Angriff auf Josef Goebbels am 25. Februar 1932, als er den Nationalsozialismus «einen Appell an den inneren Schweinehund» nannte und Goebbels als «vorlauten Zwerg, der aus seiner Hose gewachsen sei» attackierte, fand nicht den Beifall aller Fraktionskollegen.

Mit auf die Initiative Schumachers ging die Gründung der «Eisernen Front» zurück – der Zusammenfassung des Reichsbanners, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Arbeiter-, Turn--und Sportbundes. Die drei Pfeile, das Symbol der im Dezember 1931 gegründeten Eisernen Front, wurden binnen Kurzem zum sozialdemokratischen Er-

kennungszeichen schlechthin. Auf einer Kundgebung der Eisernen Front am 29. Juli 1932 in der Stuttgarter Stadthalle versprach Schumacher, im Fall der sozialdemokratischen Regierungsübernahme, die Nazis nicht an den Galgen zu hängen, sondern vielmehr in die Gummizelle zu sperren, wo sie hingehörten. Am 1. Februar 1933, zwei Tage nach Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, sprach Schumacher noch einmal auf einem Generalappell der Eisernen Front auf dem Stuttgarter Marktplatz. Sein letzter öffentlicher Auftritt war am 4. März 1933 in der Stadthalle, am Vorabend der letzten halbdemokratischen Reichstagswahl. Trotz der beeindruckenden Kulisse der Aufmärsche der Eisernen Front waren mit dieser Wahl die Würfel gefallen, sie besiegelten das Schicksal der Weimarer Republik und das nicht allzu ferne Ende legaler sozialdemokratischer Arbeit.
Am 23. März stimmte Schumacher mit der SPD-Fraktion in Berlin gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz. Noch am 10. Juni 1933 diskutierte er während der letzten Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion – vor dem endgültigen Verbot der SPD drängte Schumacher auf eine Selbstauflösung der Partei, um sich so besser auf die illegale Arbeit umstellen zu können. Aufforderungen, zu emigrieren, lehnte er ab.
Am 6. Juli um 5 Uhr morgens wurde Kurt Schumacher verhaftet und nach wenigen Tagen ins Stuttgarter Polizeigefängnis Hotel Silber transportiert. Kurze Zeit später im Konzentrationslager Heuberg traf er viele politische Freunde und auch mit ihm inhaftierte frühere Gegner.
Am 12. Juli 1933 berichtete die Stuttgarter NS-Presse über die Verhaftung Schumachers:

Mit Dr. Schumacher ist einer der schamlosesten sozialdemokratischen Hetzer ganz Deutschlands unschädlich gemacht worden. Mit einem an Hysterie grenzenden, verbrecherischen Hass bespie und verleumdete er nationalsozialistische Führer und die nationalsozialistische Bewegung. Kein Württemberger wird es je vergessen, wie der rote Obergenosse in öffentlichen Versammlungen und in der «Schwäbischen Tagwacht» vom Leder zog. Seine Anwürfe waren so abgrundtief gemein, dass Dr. Schumacher nicht mehr erwarten kann, als politischer Gegner, sondern nur noch kriminell bewertet zu werden.
Er war einer jener, deren Worte nicht gross genug waren, um die endgültige Vernichtung und Ausrottung des Nationalsozialismus von den verführten Arbeitermassen zu fordern. Bei jeder Gelegenheit forderte er zur Gewalt auf und stellte die brutale Vernichtung aller nationalsozialistischen Volksgenossen mit Waffengewalt in Aussicht. Wir sprechen nur den Wunsch der breiten Öffentlichkeit aus, wenn wir den Fall Schumacher der politischen Polizei einer Sonderbehandlung empfehlen, denn was dieser Parteigenosse auf dem Kerbholz hat, übersteigt die Grenzen alles Erträglichen...

Diese Verhaftung war der Beginn eines langjährigen Martyriums in der Hand der braunen Schergen. Bis aufs Skelett abgemagert wurde Schumacher 1943 aus dem Konzentrationslager Dachau nach Hannover entlassen, wo die Familie seiner Schwester lebte. Von der Aussenwelt isoliert, arbeitete er unter Polizeiüberwachung in einer Fabrik. Nach dem fehlgeschlagenen Attentat vom 20. Juli 1944 wurde er im Zuge von Massenverhaftungen, der sogenannten «Gitter-Aktion», in das Konzentrationslager Neuengamme verschleppt und nach einigen Wochen freigelassen. Als die amerikanischen Truppen näherrückten, tauchte Schumacher, um einer erneuten Verhaftung vorzubeugen, unter. Wenige Tage nach der Besetzung Hannovers, am 19. April 1945, zwei Tage, bevor die Franzosen in Stuttgart einmarschierten, organisierte Schumacher schon das erste Treffen Hannoveraner Sozialdemokraten.

Nachbemerkung:
Kurt Schumachers Schicksal während seiner Haft soll in der Ausstellung «Verfolgung und Widerstand» ausführlich behandelt werden.

Reinhold Maier

Reinhold Maier im April 1932. (Foto: Nachlass Eugen Krämer)

Reinhold Maier, der 1971 in Stuttgart gestorbene «Alte aus dem Remstal», gilt als Symbolfigur der Liberalen im Deutschen Südwesten. Der wegen seines trockenen Humors und schwäbischen Naturells äusserst populäre «Vater des Südweststaats», wurde unmittelbar nach Kriegsende Landrat in Schwäbisch Gmünd. Und schon im August 1945 ernannten ihn die amerikanischen Besatzungsbehörden zum Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden (damals Nordwürttemberg und Nordbaden). Sein Name ist mit dem Wiederaufleben des Liberalismus ebenso eng verknüpft wie mit den Konflikten um die Gründung des Landes Baden-Württemberg, desses erster Regierungschef er 1952 wurde. Seine politische Karriere begann er Anfang der zwanziger Jahre als Rechtsanwalt in Stuttgart. Politische Liberalität und Interessen der schwäbischen Wirtschaft bestimmten seine Position. Als letzter württembergischer Wirtschaftsminister vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten war Reinhold Maier während dieser Schicksalsjahre der Weimarer Republik eine Schlüsselfigur. Seine politische Laufbahn beendete er als Bundesvorsitzender der FDP (1957-1960).

Am 16. Oktober 1889 wurde Reinhold Maier in Schorndorf als Sohn des Stadtbaumeisters Gottlieb Maier geboren. Nach der Volksschule kam er auf die Lateinschule seiner Heimatstadt. Ein Klassenkamerad zeichnet ein drastisches Bild der dort üblichen pädagogischen Rituale:

Die Frage der körperlichen Züchtigung war damals noch kein Problem. Von der ‚halben' Tatze über den kleinen und grossen ‚Bärentanz' bis zur ‚Hosenspannetse' durfte man alle Grade durchkosten. Beim ‚Bärentanz' musste man mit einer Hand einen in der Mitte des Schulzimmers stehenden eisernen Pfosten umfassen und dann im Kreis herumspringen. Jedesmal, wenn man dabei am Herrn Präzeptor vorbeikam, bekam man mit dem spanischen Rohr eine ‚Saftige' auf die Kehrseite. Der Präzeptor hasste jegliche Verweichlichung und war sehr für spartanische Abhärtung. Als er einmal einen mit dem gefürchteten Griff über die Bank legte, um ihm die Hosen zu spannen, und dabei spürte, dass der Missetäter Unterhosen trug, war er empört: ‚Schämst Du dich nicht, Unterhosen zu tragen und so verweichlicht zu sein, ich bin über 70 Jahre alt und habe noch nie Unterhosen getragene Für Tintenkleckse im Heft gab es eine Strafe besonderer Art. Ein Plakat, auf dem als Silhouette eine grosse ‚Sau' gemalt war, wurde um den Hals gehängt.

Nach dem Abitur am Stuttgarter Dillmann-Gymnasium studierte Maier von 1907 bis 1911 in Grenoble und Tübingen Jura. Während seiner Referendarzeit, die ihn an das Amtsgericht im oberschwäbischen Ravensburg führte, beendete er 1914 seine Promotion. 1912 wurde Maier Mitglied der Freien Volkspartei, einer 1910 aus Deutscher Volkspartei, Freisinniger Volkspartei und Freisinniger Vereinigung gebildeten linksliberalen Partei.
Während einer Dampferfahrt auf dem Bodensee erfuhr er am 28. Juni 1914 von einem Hauptmann der österreichischen Garnison in Bregenz, dass der Thronfol-

ger der Doppelmonarchie in Sarajewo einem Attentat zum Opfer gefallen war. Trotz seiner Skepsis gegenüber dem Hurra-Patriotismus meldete sich Maier am 5. August 1914, wenige Tage nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs, freiwillig zum Hohenzollerischen Fussartillerie-Regiment Nr. 13 in Ulm: eine preussische Einheit – die preussischen Staatsangehörigen schworen den Fahneneid auf den preussischen König und deutschen Kaiser Wilhelm II. Die württembergischen Rekruten dagegen legten ihren Eid auf König Wilhelm II. von Württemberg ab. In Strassburg lernte der Rekrut von einem Unteroffizier die Eigenarten preussischer Exerzierkunst kennen: «Evangelische auf den Bauch, Katholische auf den Rücken!»
Die blutige Realität des Krieges erlebte Maier im Herbst 1914 an der Westfront. An seine Eltern schrieb er:

Heute früh kam ich durch einen Kirchhof mit vielen deutschen Soldatengräbern, ich fand darunter auch das Grab eines Diplomingenieurs, den ich kannte. Ein Dekansohn aus Backnang, der als Pionierleutnant gefallen ist. Ich sah dabei auch den ersten toten Franzosen. Er lag mit seinen roten Hosen und seinem blauen Waffenrock vollkommen angekleidet im Grab und muss jetzt warten, bis noch mehr kommen, ehe er zugeschaufelt wird.

Nach wenigen Tagen wurde die Einheit Maiers von Frankreich nach Russland und später nach Serbien verlegt, 1916 lernte er den festgefahrenen Stellungskrieg im Westen kennen. Im Mai 1917 wurde der mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnete Vize-Feldwebel zum Leutnant befördert. – Noch ein Jahr später spricht aus seinen Feldpostbriefen die Hoffnung auf einen deutschen Sieg:

Wir sind begierig, wann und wo der nächste grosse Schlag gegen die Franzosen und Engländer erfolgt. Wirsind alle fest überzeugt, dass auch dieses Unternehmen ein völliger Erfolg unserer Waffen sein wird.

Die ersten Nachrichten über revolutionäre Unruhen in der Heimat stiessen im November 1918 an der Front auf Unglauben. Die «unbegreiflichste aller Neuigkeiten, dass König Wilhelm II. von Württemberg im Begriff sei, die Landeshauptstadt zu verlassen», erreichte Maier erst, als seine heimkehrende Truppe sich dem Stuttgarter Stadtgebiet näherte. Geradezu symbolisch für den Zusammenbruch der Monarchie war, dass die revolutionären Soldaten die Offiziere des geschlagenen Heeres zwangen, ihre Kokarde an der Mütze und die Offiziersschulterklappen abzulegen:

In Stuttgart spät in der Nacht angekommen, eilte ich zu einer Fernsprechzelle im Mitteltrankt des Bahnhofs. Ein Landsturmmann mit aufgepflanztem Seitengewehr, Wachstuchmütze und unrasiert – ein Prolet in folio – hielt mich barsch an: ‚Kamerad mach deine Achselstücke weg und die Reichskokarde runter.' Ich konnte noch in die Telefonzelle eintreten, mein Widersacher blieb vor ihr stehen.

Mitte November 1918 ging Maier wieder nach Ravensburg, um seine durch den Krieg unterbrochene Referendarzeit zu beenden. Oberschwaben war damals alles andere als ein politisches Idyll, noch im August 1919 gab es in Ravensburg im Anschluss an Demonstrationen Tote und Verletzte. Im oberschwäbischen Mochenwangen trat Maier Anfang Dezember beim Wahlkampf für die Nationalversammlung (Januar 1919) als Redner der neugegründeten Deutschen Demokratischen Partei (DDP) auf, der sich in Württemberg die meisten Freisinnigen und grosse Teile der Nationalliberalen aus der Vorkriegszeit angeschlossen hatten. Im Juni 1919 legte Maier am Oberlandesgericht in der Stuttgarter Urbanstrasse sein zweites juristisches Staatsexamen ab. Noch im Prüfungssaal des wegen eines Prozesses gegen revolutionäre Kommunisten von Polizei abgeriegelten Justizpalastes erhielt Maier das Telegramm, dass er als Parteisekretär zum «Beauftragten der Deutsch-demokratischen Partei Ober-

schwabens» ernannt worden sei. Aber schon ein Jahr später wurde Maier Mitglied einer angesehenen Stuttgarter Anwaltskanzlei.
1924 wählten die Stuttgarter Liberalen Reinhold Maier zu ihrem Vorsitzenden. Im Mai desselben Jahres musste nach den Landtagswahlen der liberale Staatspräsident Johannes Hieber (DDP) zurücktreten. Die Politik der neuen Koalition aus Deutschnationalen, Bauernbund und dem in Württemberg ländlich geprägten Zentrum, dem ehemaligen Regierungspartner der DDP, stand im Gegensatz zu den Positionen der DDP, die sich auf die mittelständische Industrie, den Handel und das Gewerbe stützte. Besonders die Person des neuen deutschnationalen Staatspräsidenten Wilhelm Bazille, gleichzeitig Kultminister, der sich gegen die Einführung des 8. Volksschuljahres stemmte, war den Linksliberalen ein Dorn im Auge. Die DDP Württembergs trug ausgeprägt schwäbische Züge: Sie kämpfte gegen Zollmauern und machte sich für die Interessen ihres Anhangs, der exportorientierten württembergischen Industrie, stark. Im Gegensatz zur Reichsorganisation bekannte sich die württembergische DDP demonstrativ zum Föderalismus.
Nach den Neuwahlen zum württembergischen Landtag im Mai 1928 verfügte die bisherige Koalition nur noch über eine Mehrheit von einer Stimme im Landtag. Der Nachfolger des beim Wähler unpopulär gewordenen Bazille, der bisherige Innenminister und neue Staatspräsident Eugen Bolz, versuchte deshalb, die rechtsliberale DVP und die DDP als Koalitionspartner zu gewinnen. Die Bereitschaft der in Württemberg relativ schwachen DVP der Regierung Bolz beizutreten, setzte die DDP unter Zugzwang. Der Motor der Kräfte, die sich für einen Eintritt in die Regierung Bolz aussprachen, war Reinhold Maier, in der Zwischenzeit unter dem Heilbronner Fabrikanten Peter Bruckmann zum zweiten Vorsitzenden der Landespartei aufgestiegen.

1929 änderte sich Maiers Familienstand:

Unsere Hochzeit fand am 6. Februar 1929 in der Schlosskirche in Stuttgart statt. Die kirchliche Feier nahm Stadtpfarrer Albert Eisenwein vor, ein Mann unseres Zutrauens, in religiöser wie auch – als langjähriger demokratischer Abgeordneter im württembergischen Landtag – in politischer Hinsicht. Als Hochzeitstext hatten wir gewählt: «Meine Seele ist stille zu Gott, der mir hilft», Psalm 62, Vers 2. Es herrschte eine Eiseskälte und es schneite. Meine junge Frau und ich waren ein ungleiches Paar. Zunächst betrug der Altersunterschied dreizehn Jahre. Ich wohnte zwar schon lange in Stuttgart und verfügte über einen guten Ruf als qualifizierter Rechtsanwalt, war aber doch ein Mann «vom Lande», aus dem Remstal stammend, geblieben. Meine Frau kam aus einer kultivierten jüdischen Familie, die seit Jahrhunderten in Deutschland und seit Generationen in Stuttgart ansässig war.

Zwei Wochen nach dem Dreikönigstreffen am 6. Januar 1930, dem traditionellen Parteitag der schwäbischen Liberalen, stimmte am 19. Januar nach schweren Konflikten die Versammlung der Landes-DDP mit 105 gegen 97 Stimmen für den Eintritt in die Regierung Bolz. Die betont liberalen Köpfe in der Landespartei, der Exstaatspräsident Hieber, der Schriftsteller Johannes Fischer und der Fraktionsvorsitzende im Landtag Adolf Scheef, kritisierten diesen Schritt: Ihnen war der Klerikalismus des Zentrums und die antirepublikanische Haltung der Deutschnationalen suspekt. Der Senior der schwäbischen Liberalen, Friedrich Payer, unter Prinz Max von Baden Vizekanzler im letzten kaiserlichen Kabinett, ist daraufhin zusammen mit seiner Familie aus der DDP ausgetreten.
Noch am Abend nach der umstrittenen Abstimmung ernannte Staatspräsident Bolz Reinhold Maier zum neuen württembergischen Wirtschaftsminister. Bereits einige Monate zuvor hatte der Landesvorsitzende Bruckmann den Preis für den Regierungseintritt formuliert: Stärkere Bevorzugung von Handel, Gewerbe und In-

dustrie, sowie eine rasche Einführung des 8. Schuljahres. Zu den Schwerpunkten des neuen Wirtschaftsministers gehörte ein Arbeitsbeschaffungsprogramm: Maier plante die Elektrifizierung der Stuttgarter Vorortbahnen, den Bau neuer Bahntrassen und die Kanalisierung des Neckars. Diese Notstandsarbeiten fanden zunächst nicht den Beifall der Kabinettskollegen; Staatspräsident Bolz und der Finanzminister Alfred Dehlinger befürchteten eine zu starke Verschuldung. Maier, für den die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Vorrang hatte, konnte sich durchsetzen. Pläne der Reichsregierung, die 40-Stunden-Woche einzuführen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, stiessen jedoch auf seinen Widerspruch; er wurde damit zum Sprecher der württembergischen Industrie. Trotz des Gegensatzes zur Reichsregierung in dieser Frage machte Maiers Politik die württembergische Regierung zu einer wichtigen Stütze für die Politik des Reichskanzlers Heinrich Brüning.

Die Landtagswahl im April 1932 führte auch in Württemberg zu einem sprunghaften Anstieg des Nationalsozialismus. Nach einem Wahlkampf, in dem die Liberalen auf die Popularität Reinhold Maiers setzten, konnte die DDP in ihrer Hochburg Württemberg nur noch vier (1928: acht) Mandate erringen. Der Deutschnationale Abgeordnete Fritz Wider ergriff die Initiative, um eine neue «evangelische» Koalition zu bilden, die sich auf die NSDAP, die Deutschnationalen, den Bauernbund, den Christlichen Volksdienst und die DDP stützen sollte. Als Staatspräsident war ein Nationalsozialist vorgesehen, Maier wurde gleichzeitig das Wirtschafts- und Justizministerium angeboten. Die liberale Presse reagierte mit einem Sturm der Entrüstung; die Reichsleitung der DDP intervenierte in Stuttgart, und die Parteibasis reagierte auf die Pläne, die nur als Gerüchte an die Öffentlichkeit kamen, mit grosser Unruhe.

Der skandalumwitterte Kontakt mit den Nationalsozialisten konnte nie ganz geklärt werden. Im März 1933, als Maier einer Machtergreifung der Nazis in Württemberg im Wege stand, kam er in einer Rede auf die damaligen Angebote der Nationalsozialisten zu sprechen:

Am Freitag, dem 29. April 1932, vormittags 10.30 Uhr sind der Gauleiter der NSDAP, Murr und der heutige Landtagspräsident Mergenthaler auf meinem Amtszimmer erschienen und haben in Gegenwart meiner Parteifreunde mir das Wirtschaftsministerium unter einem nationalsozialistischen Staatspräsidenten angeboten, das Wirtschafts minis terium, wie sie betonten, weil sie mit meiner Arbeitsbeschaffungspolitik, meiner Mittelstandspolitik völlig einverstanden seien. Sie haben mir das Wirtschaftsministerium und das Justizministerium noch dazu angeboten!! Beide Herren haben dazuhin erklärt, dass dieser ihr württ. Regierungsbildungsplan mit Dr. Maier als Wirtschafts- und Justizminister die allergnädigste Zustimmung von Hitler gefunden habe! Ich bin kein Jota von meiner politischen und wirtschaftlichen Linie abgegangen. Ich habe mich nicht geändert! Geändert hat sich die nationalsozialistische Führung.

Gestützt auf den Artikel 29 der württembergischen Verfassung blieb die Regierung Bolz mit Reinhold Maier auch ohne parlamentarische Mehrheit im Amt. Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 1932 konnten in einem Artikel für die Weihnachtsausgabe der «Vossischen Zeitung» überzeugend belegen, dass Württemberg, im Vergleich zum Reich, weniger von der wirtschaftlichen Katastrophe getroffen war:

Württemberg hat in dem ganzen Ablauf der Krise erheblich weniger Arbeitslose gehabt als Reichsgebiete mit einem ähnlichen Grad an Industrialisierung. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter liegt aber keineswegs über dem Reichsdurchschnitt, sondern deckt sich mit ihm. Aber das Eigenartige ist, dass die Zahl der unterstützten Arbeitslosen eine wesentlich niedrigere ist: Im Oktober 1932 – bis tausend Einwohner – Hauptunterstützungsemp-

fänger in Württemberg: 6 – im Reich: 9. Krisenunterstützungsempfänger in Württemberg: 10 – im Reich: 18. Wohlfahrtserwerbslose in Württemberg: 11, im Reich 34.

Im November 1932 wurde Reinhold Maier ausserdem noch in den Reichstag gewählt. Der vergebliche Versuch der Nationalsozialisten, mit Hilfe der bürgerlichen Mitte die Regierung in Württemberg zu übernehmen, machte nun endgültig den Staatspräsidenten Bolz und den wortgewaltigen Wirtschaftsminister Maier zur Zielscheibe nationalsozialistischer Angriffe.
Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler hatte auch Maier unter dem braunen Terror zu leiden. Am 17. Februar 1933 inszenierten SA-Rollkommandos während einer Rede in Oberndorf eine blutige Schlägerei. Vier Tage später in Bruchsal verletzten die Schlagringe und Gummiknüppel der SA viele Besucher einer Wahlversammlung Maiers.
Am 2. März, drei Tage vor der Reichstagswahl, rechnete er in der Stuttgarter Liederhalle mit den Nationalsozialisten und den mit ihnen in der Kampffront «Schwarz-Weiss-Rot» verbündeten Deutschnationalen ab:

..Auf der parteipolitischen Tribüne von heute erscheint der preussische Major in der Kampffront Schwarz-Weiss-Rot. Der Feldwebel, der Unteroffizier einschliesslich des Gefreiten in len Figuren, welche der Nationalsozialismus uns vorsetzt...
Man nimmt den Mund voll mit hohen sittlichen Idealen, mit grossen nationalen Worten. Ja, man spricht vom lieben Gott. Adolf Hitler spricht vom lieben Gott und meint das liebe Geld...
.. Der Herrgott gehört in die Kirche, nicht in den Berliner Sportpalast!...
.. Die Nationalsozialisten setzen ihre Hoffnung auf Gewalt und Rechtsbruch – wir vertrauen auf das Gesetz md die Verfassung. Wir Schwaben vertrauen wieder einmal auf das, was Ludwig Uhland schon besang, auf das gute alte Recht...
.. Es gibt nur zwei Wege: Kampf, d.h. Krieg oder Verhandlung. Wer die Möglichkeit eines dritten Wegs dem deutschen Volke vorspiegeln will, handelt einfach unehrlich...
... Da trifft sich der Ungeist des Nationalsozialismus und die Herrschaftsgelüste des Preussentums...
...Dem schwäbischen Spiessbürger kommt erst der Verstand wieder, wenn wir das Interimstheater der Garnisonskirche von Potsdam hinter uns gebracht haben...

Zu diesem Scherbengericht über die Regierung Hitler schrieb die «Neue Zürcher Zeitung» am 5. März, dem Tag der Reichstagswahl:

... Wenn die Zwölfmillionen-Partei Hitlers mit ihren Versammlungen von 20‘000 Menschen paradiert, so war hier eigentlich noch mehr zu staunen, dass diese schwäbischen Demokraten weit über 1’000 Personen in den Saal der Stuttgarter Liederhalle gezogen hatten. Maier ist dabei keiner jener politischen Tenöre, wie sie heute die Menge anlocken. Er ist ein simpler, nüchterner Redner, der mit seinem ausgesprochen schwäbischen Tonfall, seiner kleinbürgerlichen Gewissenhaftigkeit, seinen demokratischen Allüren einer norddeutschen Zuhörerschaft Anlass zu Spott und Schnoddrigkeiten geben müsste. Hier in Stuttgart findet er den richtigen Ton für die Kaufleute, die Handwerker, die Arbeiter, die intellektuelle Jugend, die sich ihr Bekenntnis zu Recht und Gesetz, ihre Freiheitshoffnung immer noch bewahren...
...Schöne warme Worte findet der Minister für das unzerstörbare Freiheitsgefühl des deutschen Südens – und der Saal erhebt sich, als er endet, zu einer stürmischen, lange dauernden Ovation...

Obwohl dank einer Listenverbindung mit den Sozialdemokraten nach der Wahl wieder fünf DDP-Abgeordnete im Reichstag sassen, besiegelte der Schock über den Wahlsieg der Koalition Hitler-Hugenberg das Schicksal der Liberalen. In seinem Buch «Bedrängte Familie» schildert Maier im Abschnitt «Mitkämpfer» eine Begegnung mit Kurt Schuma-

cher, mit dem ihn, trotz politischer Differenzen eine persönliche Beziehung verband:

Zwei Tage nach der Reichstagswahl, also am Dienstag, dem 7. März 1933, suchte mich Dr. Schumacher nach Tisch in meiner Wohnung auf. Für den Abend jenes Tages war eine öffentliche Versammlung der Stuttgarter SPD im Saalbau Dinkelacker angesetzt, damals einer der Hauptschauplätze erregter parteipolitischer Auseinandersetzungen. Die Polizeigewalt war schon in der Hand der Nationalsozialisten. Erfragte mich um Rat, ob eine solche Versammlung noch praktisch durchführbar sei. Wir besprachen das Problem nach allen Seiten und kamen übereinstimmend zu dem traurigen Ergebnis, dass die Schlacht um die Freiheit verloren sei.

Bei der Wahl des Gauleiters der württembergischen NSDAP, Wilhelm Murr, zum neuen Staatspräsidenten, gab auch Reinhold Maier zusammen mit seinen Fraktionskollegen am 15. März im Landtag weisse Stimmzettel ab. In der entscheidenden Abstimmung über Hitlers Ermächtigungsgesetz im Reichstag stimmten die fünf DDP-Abgeordneten allerdings für die diktatorische Vollmacht. Fraktionsintern plädierten Theodor Heuss und der Parteivorsitzende Hermann Dietrich für eine Ablehnung. Mit dem Hinweis auf drohende Rechtsbrüche begründete Maier am 23. März 1932 vor dem Plenum des Reichstags die Haltung seiner Fraktion:

Meine sehr verehrten Frauen und Männer! Namens der Abgeordneten der Deutschen Staatspartei habe ich folgende kurze Erklärung abzugeben: Das deutsche Volk hat am 5. März eine absolute Mehrheit der Rechten in den Reichstag gewählt und damit seinen Willen bekundet, die Führung seines Staates der gegenwärtigen Regierung anzuvertrauen. Wir hoffen und wünschen, dass das deutsche Volk unter der jetzigen Leitung seinen seit vierzehn Jahren zäh und opfervoll geführten Kampf um Freiheit und Wiedererstarken der deutschen Nation erfolgreich zu Ende bringen möge. Wir fühlen uns in den grossen nationalen Zielen durchaus mit der Auffassung verbunden, wie sie heute vom Herrn Reichskanzler hier vorgetragen werden ...
Wir vermissen in dem vorliegenden Gesetzentwurf, dass den verfassungsmässigen Grundrechten des Volkes und den Grundlagen der bürgerlichen Rechtsordnung keine ausdrückliche Sicherung vor Eingriffen gegeben wurde. Unantastbar müssen vor allem bleiben die Unabhängigkeit der Gerichte, das Berufsbeamtentum und seine Rechte, das selbstbestimmende Koalitionsrecht der Berufe, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung, Die Freiheit von Kunst und Wissenschaft wie ihrer Lehre. Diese Werte, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind Grundelemente jedes Gemeinschaftslebens in einem geordneten Rechtsstaat. Gerade sie wurden durch die Verfassung von Weimar aus der alten deutschen und aus der alten preussischen Tradition gerettet, und sie dürfen heute wie vor vierzehn Jahren nicht gefährdet werden. Im Interesse von Volk und Vaterland und in der Erwartung einer gesetzmässigen Entwicklung werden wir unsere ernsten Bedenken zurückstellen und dem Ermächtigungsgesetz zustimmen.

Nach seinem Rücktritt als Wirtschaftsminister arbeitete Maier bis zum Kriegsende wieder als Rechtsanwalt in Stuttgart, von den nationalsozialistischen Machthabern argwöhnisch beobachtet und immer wieder schikaniert...

Nur allzu oft war ich zur Geheimen Staatspolizei geladen. Die Methode der Ladung vollzog sich so: am Freitag oder Samstag lag die in barschem Ton gehaltene Aufforderung, am Montag bei der Gestapo (Hotel Silber) zu erscheinen, im Briefkasten. Man war also über den Sonntag auf die Folter gespannt, was nun werde. Ausgerüstet mit einem Zahnbürstchen für den Fall, dass sie einen nicht wieder fortliessen, ging man dann hin...

Nachbemerkung:
Das Schicksal Reinhold Maiers und seiner Familie: Seine jüdische Frau Gerta und die beiden Kinder Magda und Georg konnten noch im August 1939, wenige Tage vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, nach England entkommen, soll in der Ausstellung «Verfolgung und Widerstand» dokumentiert werden. Maiers Erlebnisse in den Bombennächten der beiden letzten Kriegsjahre werden in der Ausstellung «Stuttgart im Krieg», mit einem Ausblick auf das politische Wirken Reinhold Maiers in der unmittelbaren Nachkriegszeit gezeigt.

Eugen Bolz

Eugen Bolz um 1930.
(Bundesarchiv Koblenz)

Berlin, den 21.12.44

Meine liebste Frau und Tochter!

Eine tieftraurige Botschaft habe ich Euch für Weihnachten und Neujahr. Unerwartet war heute Verhandlung in meiner Sache. Ich wurde zum Tode verurteilt! Einziehung meines Vermögensteils. Ich mache noch heute ein Gnadengesuch an den Reichsjustizminster. Ich will das letzte versuchen. Aber ich habe wenig Glauben. Was ich gefühlt habe, kam. Erbarmungslos. Ich habe mich innerlich, religiös in Monaten darauf eingestellt. Ich muss von Euch und vom Leben Abschied nehmen. Euch zu verlassen ist mir schwer. Ich bitte euch, nehmt es hin als das mir von Gott bestimmte Kreuz. Ich habe wenigstens die Gnade, vorbereitet zu sterben und vielleicht einer bösen Zeit zu entgehen. (Dieser Satz wurde von der Zensur gestrichen.) Wie ich von der Verhandlung kam, fand ich Euere lieben Weihnachtspakete, das Deine, das von Luise und Frida und das von Adolf. Welche Güte und Fülle. Welcher Gegensatz! Allen Dank! – Frau und Tochter! Verzeiht mir meine Schwachheiten und Fehler. Behaltet mich in gutem Andenken. Ich hoffe Euch an einem besseren Ort wiederzusehen. Einstweilen herzliche Grüsse und Küsse

Dein Eugen. Dein Vater.

Zusammen mit zehn anderen prominenten Gegnern der Nazi-Diktatur wurde Eugen Bolz am 23. Januar 1945 im Zuchthaus Berlin-Plötzensee hingerichtet. Die amtliche Sterbeurkunde datierte die Hinrichtung auf 15.46 Uhr.
Im Januar 1943, als sich die Köpfe der Verschwörung in der Berliner Wohnung von Jakob Kaiser unter der Leitung Karl Goerdelers die Kabinettsliste für den Fall eines erfolgreichen Attentats auf Hitler festlegten, wurde Eugen Bolz als Innenminister vorgesehen. Bolz, der ehemalige württembergische Staatspräsident, war damit der ranghöchste Politiker der Weimarer Republik, der zum engsten Kreis der Verschwörer vom 20. Juli 1944 gehörte.
Von einem Gestapo-Spitzel denunziert und nach dem fehlgeschlagenen Attentat am 12. August in Stuttgart verhaftet, wurde Eugen Bolz in das berüchtigte Gefängnis des Reichssicherheitshauptamtes in der Berliner Prinz-Albrecht-Strasse transportiert und schliesslich im Konzentrationslager Ravensbrück gefangengehalten. Bei den brutalen Verhören immer wieder gefoltert, musste seine Frau die blutbeschmierten Kleidungsstücke, die sie aus der Haft geschickt bekam, waschen. Augenzeugen berichten, dass Eugen Bolz vor dem Volksgerichtshof durch sein ruhiges, souveränes Auftreten selbst den tobsüchtigen Gerichtspräsidenten Freisler verunsicherte. Wie der Attentäter von Stauffenberg besuchte auch Eugen Bolz ein Stuttgarter humanistisches Gymnasium. Von seiner Jugendzeit bis zur endgültigen Verhaftung ist der Werdegang von Eugen Bolz aufs Engste mit Stuttgart verknüpft.

Im katholischen Bischofsstädtchen Rottenburg wurde Eugen Bolz am 15. Dezember 1881 als Sohn eines Kolonialwarengrosshändlers geboren. Die politische

Gesinnung des katholischen Vaters äusserte sich darin, dass er dem liberaldemokratischen Abgeordneten Holzherr für die Wahlkampftouren der Jahre 1888 sein Pferdefuhrwerk zur Verfügung stellte. Für Eugen Bolz sollte es eine bleibende Erinnerung werden, dass er an einer Wahlversammlung als Zwölfjähriger ein paar Würste bekommen hatte. Selbst im katholischen Rottenburg hatte sich damals der politische Katholizismus noch nicht etabliert. Im Wahlkreis Reutlingen-Tübingen-Rottenburg konnte sich noch bei der Reichstagswahl 1893 der liberale Demokrat Friedrich Payer behaupten, während der spätere Vorsitzende des württembergischen Zentrums, Adolf Gröber, als Zählkandidat auf der Strecke blieb. Aber bereits zwei Jahre später wurde 1895 formell ein württembergischer Landesverband der Zentrumspartei gegründet. Nach einer heftigen Pressefehde war der mit Vater Bolz befreundete liberale Abgeordnete zum Rücktritt gezwungen und nach einer Neuwahl von einem Abgeordneten der katholischen Sammlungsbewegung abgelöst worden.

Von der Rottenburger Lateinschule aus schickten die Eltern den vierzehnjährigen Eugen Bolz aufs Stuttgarter Karlsgymnasium. Den Rektor dieser Stuttgarter Eliteschule, den national-liberalen Bismarck-Vereher Gottlob Egelhaaf, sollte Bolz bei seiner späteren politischen Arbeit vieder treffen: in der Weimarer Zeit sass der Pädagoge und Historiker Egelhaaf für die rechtsliberale Deutsche Volkspartei im württembergischen Landtag.

Dr. Johannes Hieber, der spätere württembergische Staatspräsident, unterrichtete am Karlsgymnasium Evangelische Religion und vertrat die Nationalliberalen im Reichs- und im Landtag.

Unmittelbar neben dem Karlsgymnasium redigierte seit 1896 Willhelm Keil die sozialdemokratische «Schwäbische Tagwacht». Der frühzeitig politisch interessierte Schüler des humanistischen Gymnasiums Bolz besuchte regelmässig Schulunterricht im katholischen Gesellenhaus, die Schrift des Vorkämpfers der katholischen Soziallehre des Bischofs Ketteier über «Freiheit, Autorität und Kirche» prägte das frühe politische Weltbild von Eugen Bolz. Der junge Katholik stand der pathetischen Bismarck-Verehrung und der alldeutschen Überheblichkeit seiner vorwiegend protestantischen Umgebung skeptisch gegenüber. Für das bestandene Abitur mit einer Reise in die benachbarte Schweiz belohnt, warf Bolz in Genf vor dem Denkmal J.J. Rousseaus begeistert seine Schülermütze hoch.

Sein Jura-Studium in Tübingen war noch von den atmosphärischen Nachwehen des Kulturkampfes geprägt, sehr schnell wurde Bolz in der farbentragenden katholischen Verbindung Guestfalia aktiv. Damit war er im Carteilverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen organisiert – einem Dachverband, aus dem der politische Katholizismus seinen Nachwuchs rekrutierte. Während kurzer Gastsemester in Bonn und Berlin studierte Eugen Bolz bei den damals führenden Juristen Heinrich Dernburg und Franz Liszt. Wieder in Tübingen legte er zusammen mit seinem späteren Ministerkollegen und Schulfreund aus Rottenburg Joseph Beyerle 1905 das erste juristische Staatsexamen ab. Als Freiwilliger leistete er seine einjährige Dienstzeit bei einem Feldartillerie-Regiment in Ulm ab. Obwohl damals der Titel eines Reserve-Offiziers fast selbstverständlich zum Status eines jungen Akademikers gehörte, stand Bolz als überzeugter Katholik dem Ehrenkodex des Offiziers-Korps skeptisch gegenüber.

Nach dem Ende seiner Militärzeit trat Eugen Bolz als «Hilfsarbeiter» in die Dienste der Ulmer Staatsanwaltschaft – mit einem Tagessalär von 6,30 Mark. Im Februar 1911 wurde er schliesslich Assessor bei der Staatsanwaltschaft in der Residenzstadt Stttgart. Noch im selben Jahr nominierten ihn die Delegierten der Zentrumspartei in Ellwangen einstimmig zum Kandidaten des 13. Wahlkreises, dem die vorwiegend katholischen Oberämter Ellwangen, Aalen und Neresheim

angehörten. Bolz erreichte doppelt so viel Stimmen wie sein liberaler Kontrahent und kam am 12. Januar 1912 in den Reichstag. Damit war er der jüngste Abgeordnete seiner Partei, ja des Reichstags überhaupt. Im November 1912 wurde er als Vertreter seiner Heimatstadt Rottenburg in den württembergischen Landtag gewählt.

Wenige Tage nach dem Ausbruch des 1. Weltkriegs wurde Bolz wieder in seine alte Ulmer Garnison eingezogen, daneben setzte er nach wie vor seine parlamentarische Arbeit fort. Die Kriegsbegeisterung der ersten Monate war allerdings bald verflogen, seinem Tagebuch ist folgende Notiz zu entnehmen: «Am 2. Dezember 1914-2. Sitzung des Reichstags. Bewilligung weiterer fünf Milliarden. Anstelle der Hurra-Stimmung vom August ernste Zuversicht unter Erkenntnis eines langen Krieges.»
Im Frühjahr 1915 wurde der zum Leutnant beförderte Eugen Bolz mit seinem Regiment an die Westfront verlegt. Gefechtspausen nützte der Artilleriebeobachter zur Lektüre pazifistischer Literatur. In seinen Feldpostbriefen sind Eindrücke davon festgehalten:

... Schützengraben, Drahtverhaue, Stallungen voller Pferde, Feldküche an Feldküche... Mein Quartiergeber bringt mir Berta von Suttner ‚Die Waffen nieder'. Mir eine willkommene Lektüre, nachdem die edle Wienerin kurze Monate zuvor ihre Friedensarbeit mit dem Weltkrieg belohnt sah und ins Grab sank. Gedanken über den Wahnsinn des Krieges und sein Elend – das taugt nichts... Frühling und Krieg – Aprikosen, Kirschen und Pflaumen blühen. Schwalben nisten neben unserer Beobachtungsstelle... die Natur wandelt ihre Bahnen – die Kultur mordet und brennt, zwecklos, schonungslos.

Diese Kriegserlebnisse führen Bolz auch im Reichstag in einen scharfen Gegensatz zur Eroberungspolitik der Alldeutschen, der Vaterlandspartei und der Konservativen: «Das Schwert allein führt aus dem Krieg nicht heraus.»
Im November 1918 wird Eugen Bolz, der auch als Offizier sein Mandat behielt, unmittelbarer Augenzeuge der von ihm abgelehnten Revolution: «Die beiden ersten Tage waren so, wie man sich eine Revolution nach berühmtem Muster vorstellt. Ein Drittel Vernunft und guter Wille, ein Drittel Verbrechen und ein Drittel Fastnacht.»
Der Gegner der Revolution sollte jedoch bald als Mitglied der Weimarer Nationalversammlung auf Reichsebene und in der verfassungsgebenden württembergischen Versammlung zu einer Schlüsselfigur im neu entstandenen republikanischen Volksstaat Württemberg werden. Nach einer kurzen Zeit als Amtsrichter in Stuttgart schlägt ihn im Herbst 1918 seine Partei als Nachfolger des verstorbenen Zentrumspolitikers Johann Baptist von Kiene vor: Bolz wird Justizminister im Kabinett des sozialdemokratischen Staatspräsidenten Wilhelm Blos. Damit sollte Bolz bis zur «Machtergreifung» in Württemberg im März 1933 auf der Regierungsbank bleiben. Als Justizminister (1920-1923), als Innenminister 1923-1933), für kurze Zeit (1924) Finanzminister und schliesslich seit 1928 als Staatspräsident.
Bolz galt in dieser Zeit eher als Exponent des rechten Flügels seiner Partei, das Bündnis mit den Deutsch-Nationalen lag ihm mehr als die «Weimarer Koalition» mit den Liberalen und den Sozialdemokraten. Immer wieder hatte er Kontroversen mit den Wortführern des linken Zentrumsflügels, etwa mit dem Freiburger Joseph Wirth auszufechten. Im März 1930, angesichts der beginnenden Weltwirtschaftskrise und der Ohnmacht der letzten parlamentarisch gestützten Reichsregierung unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller schreibt Bolz, der – obwohl württembergischer Regierungschef –, nach wie vor im Reichstag sitzt, aus Berlin an seine Frau:

Ich schreibe während einer Fraktionssitzung: Zölle, Steuern, Regierungsumbildung. Was wird heute Abend sein: Keiner

weiss es, jeder fühlt die Schwäche und Ohnmacht. Ohnmacht unseres ganzen Regierungssystems. Ich bin längst der Meinung, dass das Parlament die schweren innenpolitischen Fragen nicht lösen kann. Wenn ein Diktator für 10 Jahre möglich wäre – ich würde es wünschen...

Als Innenminister und Staatspräsident zögerte Bolz jedoch nicht, mit drakonischer Härte gegen die zunehmende Radikalisierung vorzugehen. Nach blutigen Strassenkämpfen wurden im Frühjahr 1931 Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel in Württemberg verboten. Vor dem Landtag zeichnete der Staatspräsident ein optimistisches Bild der politischen Lage:

Ich glaube, wir haben in Württemberg nichts zu fürchten. Wir haben die Kraft, auch bei politischen Verwicklungen Herr zu bleiben, und wir haben den Willen dazu, die ganze staatliche Macht einzusetzen. Ich möchte aber bitten, nicht nervös zu werden. Die politischen Bewegungen, die wir erleben, werden sich auch überschlagen. Ich habe die Überzeugung, dass weder die kommunistische Bewegung uns über den Haufen rennen wird noch die nationalsozialistische. Auch letztere Bewegung wird von selbst wieder abflauen, wenn die Leute lange genug ihre Sprüche dem Volk vordoziert haben. Ich gebe zu, dass in Württemberg die nationalsozialistische Welle noch einen gewissen Auftrieb erfährt, aber ich habe die feste Überzeugung, dass der scharfe Kampf, den wir gegenwärtig gegeneinander führen, seine Wirkung nicht verfehlen wird... Ich möchte die Hand dafür ins Feuer legen, dass die württembergische Polizei im Ernstfall nicht versagt und dass die Regierung nicht davor zurückschreckt, das letzte Mittel zu ergreifen, um Gehorsam zu erzwingen; und wenn der, der den Befehl geben soll, versagt, dann wird er zuerst zum Teufel gejagt.

Nach dem erdrutschartigen Wahlerfolg der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 nahm das Zentrum auf Reichsebene Verlandlungen mit den Nationalsozialisten auf, um die Möglichkeiten einer Kooperation mit der NSDAP zu erforschen. Dabei vertrat Eugen Bolz für kurze Zeit den erkrankten Parteiführer Ludwig Kaas. Über die Gespräche mit Hitler am 30. August schrieb er an seine Frau:

Die erste Reichstagssitzung ging glatt vorüber. Das wird nicht ohne Eindruck bleiben. Gestern vormittag waren wir (Joos, Schäffer und ich) bei Hitler. Mein Eindruck über Hitler ist ein besserer als ich vermutete. Seine Ausführungen waren konsequent und klar und seine Auffassungen decken sich im Allgemeinen mit den unseren.

Aber diese Kontakte sollten eine Episode bleiben. Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 attackierte Bolz am 12. Februar in Ulm vor dem Parteitag des württembergischen Zentrums das Bündnis der Deutsch-Nationalen und der Nationalsozialisten:

Wir haben das Gefühl, dass in dieser neuen Regierung der Geist von Potsdam, der preussisch-militärische Geist wieder lebendig geworden ist. Was wir an diesem Geist von Potsdam tadeln, ist das, was Sie im Krieg alle persönlich erfahren haben, das ist die Überspannung der Aufgaben, die Überspannung im Denken, das ist die Uferlosigkeit und Sinnlosigkeit. Das ist der Geist, der im Kriege nicht rechtzeitig den Frieden gesucht hat. Das ist der Geist, der den Krieg bis zum Weissbluten geführt hat und der uns in die fürchterliche Niederlage hineingeführt hat. Das ist der Geist, der die ganze Welt erobern wollte, der seine Aufgaben überspannt hat, der zum Zusammenbruch führte, das ist der Geist, der in Wirklichkeit die Ursache unseres heutigen Elends ist. Wir fürchten den Geist von Potsdam, er war im Krieg unser Unglück und scheint auch im Frieden unser Unglück zu werden. Und wir wehren uns gegen einen anderen Geist, den Geist Hugenbergs, der siegesfroh verkündet, dass es gelungen sei, das Zentrum auszuschalten. Das ist der preussisch-protestantisch-ostelbische Geist.

Durch Äusserungen dieser Art zog sich der württembergische Staatspräsident den Hass der neuen Reichsregierung zu. Die durch eine Sabotageaktion unterbrochene Rede Hitlers in der Stuttgarter Stadthalle am 15. Februar 1933 war mit Angriffen auf Bolz gespickt. Die Reichstagswahl am 5. März 1933 markierte das Ende der Ära Bolz in Württemberg. Am 8. März nachts um 10 Uhr taucht am Dienstsitz des Staatspräsidenten der von den neuen Herren zum Reichspolizeikommisar bestellte SA-Obergruppenführer von Jagow auf, um die Geschäfte zu übernehmen. Proteste des württembergischen Kabinetts beim Reichspräsidenten von Hindenburg erweisen sich als zwecklos: «Das bitterste in diesen Tagen ist, dass man das Vertrauen in seine nächste Umgebung verliert», notierte Bolz in diesen Tagen, wohl auch mit dem Blick auf die württembergische Polizei, die sich sofort an die Seite der neuen Machthaber stellte.

Formell löste der württembergische Landtag am 15. März mit der Wahl des Nationalsozialisten Wilhelm Murr zum neuen Staatspräsidenten den Zentrumspolitiker als Regierungschef ab. Wenige Tage später kämpfte Bolz in der Reichstagsfraktion des Zentrum an der Seite Heinrich Brünings als Vertreter der Fraktionsminderheit gegen das Ermächtigungsgesetz für das Regime Hitlers. Unter schweren inneren Kämpfen stimmte auch Bolz, die Zentrumsführung hatte Fraktionszwang angeordnet, dem Blankoscheck für die braune Diktatur zu. Vor der Abstimmung beschreibt Bolz seinen inneren Zwiespalt:

Berlin, 22.3.1933... Hier ringen wir, jeder für sich, mit der Stellungnahme zu dem unerhörten Ermächtigungsgesetz. Das Für und Wider kann ich nicht schreiben. Die Zwangslage wird uns wohl zu einer Zustimmung bringen. – Auch diese Schreckenszeit wird vorübergehen. – Morgen wird wohl die Entscheidung fallen... Ich schreibe jetzt nicht mehr vor meinem Kommen.

Schon wenige Monate später nehmen die Nationalsozialisten eine Grussadresse, die Eugen Bolz als Vertreter der kurz vor ihrer Auflösung stehenden deutschen Zentrumspartei vor dem Parteitag der österreichischen christlich-sozialen Partei in Salzburg verlesen hatte, zum Anlass, um den früheren Staatspräsidenten in «Schutzhaft» zu nehmen. Max Miller, der Biograph von Eugen Bolz, beschreibt die demonstrative Inhaftierung, die der Vorladung aufs Polizeipräsidium folgt:

«Am Montag (19. Juni) früh ging Bolz noch zur Kirche und dann nach dem Frühstück ganz allein zum Polizeipräsidium im früheren Hotel Silber (Dorotheenstrasse 10). Beim Abschied sagte er seiner Frau: ‚Du wirst sehen, ich komme nicht zurück. Ich werde es zu ertragen wissen. Sei auch Du ruhig!'

Vor dem Polizeipräsidium kam es dann zu üblen und beschämenden Ausschreitungen, wie sie in damaliger Zeit nicht ungewöhnlich, aber für Stuttgart doch neuartig waren. Um die Mittagszeit begann sich der Platz vor dem Gebäude mit jungen Leuten, die offenkundig herbeordert waren, und mit nie fehlenden Neugierigen zu füllen. Wohleingeübte Sprechchöre stiessen die Rufe aus: «Heraus mit dem Landesverräter», «Nieder mit dem Landesverräter», «Landesverräter sollen aufgehängt werden». Immer mehr Menschen wurden herbeigezogen, so dass auch die anschliessenden Plätze dicht gefüllt waren, immer lauter und häufiger wurde das Geschrei, immer stärker die Spannung und Erregung. ‚Gegen ein Viertel vor 13 Uhr', berichtet ein Augenzeuge, ‚öffneten sich plötzlich die Türen des Gebäudes und Bolz erschien auf der Schwelle, hinter ihm SA- und SS-Führer. Festen und ruhigen Blickes überschaute er die Masse auf der Strasse. Wie gebannt hielt sie einige Augenblicke inne und selbst die wüstesten Schreier schwiegen. Da stand nun der Mann, den sie als Landesverräter beschimpft hatten, aufrecht und unerschrocken, gleichsam fragend: Was habt ihr gegen mich vorzubringen? Selbst in dieser Stunde imponierte er ihnen noch. Erst als er das bereitgestellte Polizeiauto bestieg, brach

die Furie los. Die Menge drängte mit wüstem Geschrei heran. Einzelne stiegen auf die Trittbretter, schrien und spuckten den im Wagen sitzenden Altstaatspräsidenten an und schlugen ihn mit Fäusten. Da die Lage bedrohlich wurde, zog einer der SA-Führer die Pistole und hob sie wie zum Schutz gegen die Angreifer. Die das Auto Umdrängenden wichen zurück – und der Wagen konnte anfahren. Während er sich mühsam durch die dichte Menge kämpfte, wurde Bolz mit Pferdemist, faulen Eiern und Kohlestücken beworfen. Die Verfolger liessen erst ab, als der Wagen am Charlottenplatz vorbei in die Planie einbog und Richtung Schlossplatz davonfuhr. Es war ein bitter zu beklagendes Zeichen der Zeit, die alle Bande der Gemeinschaft löste und die Schranken der Anständigkeit niederriss, dass unter der demonstrierenden Menge auch Personen erblickt wurden, die einst Bolz durch mancherlei Bindungen nahegestanden waren und nun, der fanatischen Hetze, verletzter Eitelkeit oder dem Ärger über abgeschlagene Wünsche folgend, am ehrlosen Treiben des Pöbels sich beteiligten oder doch mit Behagen zuschauten.

Der Leiter der Politischen Polizei teilte im Auftrag des Innenministers Frau Bolz am Fernsprecher mit: «Die Haltung der Menge verlangt, dass Ihr Mann in Schutzhaft – so nannte man die rechtswidrige Freiheitsberaubung – genommen wird. Sie können ganz ruhig sein, es geschieht ihm nichts. Er wird in starker Bedeckung nach Hause gebracht. Warten Sie mit dem Essen! Nach Tisch wird er dann auf den Asperg gebracht.» Bolz wollte meiner Frau ähnlich wüste Szenen vor dem eigenen Haus ersparen und bat, sofort nach dem Asperg gefahren zu werden. Das letzte Stück des Wegs mr Festung musste er zu Fuss gehen, [nsassen zweier Privatwagen, die der Eskorte gefolgt waren, benützten die Gelegenheit, Bolz erneut zu belästigen und sich in Verwünschungen gegen das alte System, als dessen Vertreter der frühere Staatspräsident angesehen wurde, Luft zu machen.»

(Aus: Max Miller: Bolz – Staatsmann und Bekenner, Stuttgart 1951 S. 457-459)
Nach der Intervention prominenter Fürsprecher, darunter der katholische Bischof von Württemberg, Johannes Baptista Sproll, kam Eugen Bolz nach einigen Wochen wieder auf freien Fuss. Die erste Zeit nach der Haft verbringt er in der Abgeschiedenheit des Klosters Beuron.

Nachbemerkung

Die Widerstandsarbeit von Eugen Bolz im Kreis um Stauffenberg und Goerdeler, seine Verhaftung, der Prozess vor dem Volksgerichtshof und seine Hinrichtung wird in der Ausstellung «Verfolgung und Widerstand» gewürdigt werden.

Wilhelm Bazille

Wilhelm Bazille als württembergischer Staatspräsident (1924-1928). (Bundesarchiv Koblenz)

Wenn diese Schrift ganz oder teilweise erscheint, dann ist sie eine Stimme aus dem Grabe. Sie ist im Wesentlichen in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 geschrieben, als ich glaubte, dass mein Leben zu Ende gehe. Unmittelbar nach meinem Tode sollte sie als Warnung vor einer Politik der Unbesonnenheit veröffentlicht werden. Aber mein Leben war noch nicht zu Ende, als sogleich nach der Reichstagswahl vom März 1933 die nationalsozialistische Revolution ausbrach. Damit ist die künftige Entwicklung vorgeschrieben. Der auswärtige Krieg ist nun nicht mehr zu verhindern. Deutschland droht in Zustände hineinzutreiben, die denen des Dreissigjährigen Krieges gleichen werden. Die Schrift kommt zu spät und kann vorläufig nicht veröffentlicht werden.

Diese Sätze stammen aus der Feder Wilhelm Bazilles, von 1924 bis 1928 württembergischer Staatspräsident, danach bis zur Ablösung durch die Nazis im März 1933 württembergischer Kultminister. Die Denkschrift mit dem Titel «Die deutsche und die europäische Tragödie» liegt heute noch im Stuttgarter Hauptstaatsarchiv – unveröffentlicht. Nach jahrelanger Krankheit und schweren Depressionen setzte Bazille 1934 seinem Leben ein Ende.

Wilhelm Bazille ist 1874 als Sohn eines aus Savoyen eingewanderten Werkmeisters in Esslingen geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft wurde er Beamter in der Königlich-württembergischen Landesverwaltung. Zur Zeit der Monarchie war er als führender Kopf der Jungliberalen Bewegung in der Nationalliberalen Partei aktiv. Gegen Ende des Ersten Weltkriegs, den er als Chef der deutschen Zivilverwaltung in der von deutschen Truppen besetzten belgischen Provinz Limburg erlebte, trat er der 1917 gegründeten Vaterlandspartei bei. Diese Sammlung der alldeutschen und konservativen Rechtskräfte bestand entgegen der Reichstagsmehrheit, die für einen Verständigungsfrieden votierte, auf einem annexionslüsternen Siegfrieden.
Nach dem Sturz des letzten württembergischen Königs zählte Wilhelm Bazille zu den Gründern der württembergischen Deutschnationalen – der Bürgerpartei, als deren Vertreter er in die verfassungsgebende Versammlung des neu entstandenen Volksstaates Württemberg gewählt wurde. Von 1920 bis 1924 bekämpfte er als Chef der deutschnationalen Opposition im württembergischen Landtag die Regierung des der DDP angehörenden liberalen Staatspräsidenten Hieber. Als aggressiver Gegner der Weimarer Republik machte er sich in republikanischen Kreisen unpopulär. Theodor Heuss charakterisierte Wilhelm Bazille in seinen Erinnerungen:

Er war der Sohn eines Franzosen, der eine Schwäbin geheiratet hatte, dazu war nichts zu bemerken – aber wir ärgerten uns ganz einfach, wie er in pompöser, wenn nicht gar bombastischer Art sich als Interpret eines aggressiven deutschen Nationalismus gab.

Über die Jungfernrede Bazilles vor dem Deutschen Reichstag am 20. Juni 1921 schrieb der Zentrumspolitiker Eugen Bolz an seine Frau:

Du kennst ja seine aufgeblasene Manier, wenn er mit leicht gehobenem Kopf und halb geschlossenen Augen eine Hand wie zum Segnen ausgestreckt, seine furchtbaren Worte säet. Erfolg: Ununterbrochene Heiterkeit.

Dieses vernichtende Urteil hinderte Eugen Bolz und das württembergische Zentrum aber nicht, nach den Landtagswahlen im Mai 1924 zusammen mit dem «Vaterländisch-Völkischen Rechtsblock» der Deutschnationalen und dem württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund eine neue Regierung zu bilden, an deren Spitze der Deutschnationale Bazille stand; Bolz blieb Innenminister. Das beharrliche Opponieren Bazilles gegen die von Hieber geplante Verwaltungsreform wirkte in den Reihen der Zentrumsfraktion und führte zum Koalitionswechsel der katholischen Sammlungsbewegung.
Noch im Sommer 1922 begründete Bazille als Sprecher der deutschnationalen Reichstagsfraktion die Ablehnung des Republikschutzgesetzes, die dabei gefallenen antisemitischen Äusserungen lösten im republikanischen Lager Empörung aus. Aber schon im August 1924 schwenkt der neue Staatspräsident auf einen real-politischen Kurs ein: der zur Beendigung des Ruhrkampfs und zur Lösung der Reparationsfrage entwickelte Dawes-Plan wird von ihm als Sprecher einer starken deutschnationalen Minderheit im Reichstag bewilligt. Ohne die Ratifizierung dieses Vertrags und ohne die Abweichler um Bazille hätte die junge Republik nicht die Chance gehabt, sich ökonomisch zu stabilisieren und die internationale Isolation zu durchbrechen. Dies hielt ihn nicht davon ab, lie Novemberrevolution 1918 ganz offiziell im Württembergischen Staasanzeiger vom Dezember 1924 a1s «Fluch» zu verdammen. Bedingt durch sein Auftreten blieb sein Ruf a1s nationalistischer Politiker ungebrochen, wobei in der Öffentlichkeit übersehen wurde, dass er nicht zuletzt unter dem Einfluss des verbündeten Zentrums auch in seiner Amtsführung auf eine gemässigtere Linie eingeschwenkt war.
Bei den Landtagswahlen im Mai 1928 ging die Zahl der deutschnationalen Sitze um die Hälfte auf vier Mandate zurück. Bei der geschmälerten Basis der bisherigen Koalition musste der umstrittene Bazille dem neuen Staatspräsidenten Eugen Bolz weichen, blieb aber unter ihm Kultminister. Im März 1929 tauchten in der Presse Gerüchte auf, dass Bazille nach Berlin abgeschoben werden sollte – seine Person stand einer Öffnung der Koalition für die beiden liberalen Parteien DVP und DDP im Wege. Aber auch ohne den Rücktritt Bazilles traten die Liberalen der Regierung Bolz bei: eine massive Parteikrise bei der DDP war die Folge. Der Senior der schwäbischen Liberalen, der Stuttgarter Friedrich Payer, verliess unter heftigem Protest gegen den Eintritt in eine «reaktionäre Regierung» seine Partei. Der frühere Staatspräsident Johannes Hieber fand bittere Worte für Bazille: «Bazille ist der reaktionärste Kultminister im ganzen Reich, mit ihm kann man nicht an einen Tisch sitzen.» Besonders die langjährige Weigerung des Kultministers Bazille, die allgemeine Schulpflicht von sieben auf acht Jahre auszudehnen, bestärkte diesen Ruf.
Überraschenderweise geriet Bazille innerparteilich in die Opposition, nachdem Alfred Hugenberg 1928 auf Reichsebene den Vorsitz der Deutschnationalen übernommen hatte. Hugenberg, mit den Deutschnationalen seit 1928 im Reichstag auf der Oppositionsbank, verbündete sich, um den Young-Plan zu Fall zu bringen, 1929 im «Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren» mit den Nationalsozialisten, die so als eine bisher verschwindende Minderheit aus der Isolation gerieten und beim deutschnationalen Bürgertum salonfähig wurden. Hugenbergs Generalangriff auf die Republik, seine Ablehnung der Brüningschen Steuergesetze im Frühjahr 1930, folgten 28

deutschnationale Abgeordnete, darunter Wilhelm Bazille, nicht.
Der offene Bruch war die Folge: für die Reichstagswahlen im September 1930 kandidierte die von Wilhelm Bazille geführte «Nationale Volksgemeinschaft» erfolglos als Splittergruppe auf Liste 17. «Reformen mit Hindenburg... oder Revolution und Krieg...» war in seinem Aufruf drei Tage vor der Wahl zu lesen. In der am Anfang zitierten Denkschrift nannte er den deutschnationalen Wegbereiter des Nationalsozialismus, den Pressezaren Hugenberg, einen «beschränkten Doktrinär» und «absoluten Despoten nach asiatischem Vorbild». Scharf verurteilte er Hugenbergs Pakt mit den Nationalsozialisten: «Das Zusammengehen der Deutschnationalen mit den Nationalsozialisten vom Jahr 1929 ab riss die Schranken nieder, die vorher zwischen diesen und der bürgerlichen Welt aufgerichtet waren.»
Nach seinem Bruch mit den Deutschnationalen blieb Wilhelm Bazille, dank der Rückendeckung durch den württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund bis zum Sturz des Kabinetts Bolz durch die Nationalsozialisten im März 1933 weiterhin Kultminister. Politisch in den Hintergrund gedrängt, löste ein hartnäckiges Kopfleiden bei Bazille schwere Depressionen aus. In den Monaten vor seiner Ablösung als Minister erhielt die Sekretärin den Auftrag, regelmässig unter einem Vorwand das Büro zu betreten: mehrmals sass Bazille mit der Pistole in der Hand am Schreibtisch.
Nach seinem Tod veröffentlichten die neuen nationalsozialistischen Machthaber Württembergs im «Württembergischen Staatsanzeiger» vom 3. Februar 1934 folgenden Nachruf:

In seiner politischen Tätigkeit stand Dr. Bazille von Anfang an in scharfem Gegensatz gegen den durch die Revolution geschaffenen Staat der Weimarer Verfassung, dessen Schäden er früh erkannte und mit Energie und Tatkraft bekämpfte. Besonders als Führer der Rechtsopposition im württembergischen Landtag hat er einen entschiedenen Kampf gegen das jetzt überwundene System geführt. Der Herr Ministerpräsident hat, zugleich im Namen des Württembergischen Staatsministeriums, der Witwe seine herzliche Anteilnahme ausgesprochen und die Verdienste des Verstorbenen um Württemberg gewürdigt.

Das rote Stuttgart marschiert aus den Stadtteilen zum **Karlsplatz**

Sammelplätze: 5[30] Uhr Gablenberg, Ostheim, Gaisburg, Neckarvororte: Ostendplatz / Cannstatt, Münster: Kursaalallee / Westen, Botnang: Ecke Gutenberg- und Hasenbergstraße / Heslach, Kaltental, Vaihingen: Marienplatz / Altstadt: Wilhelmsplatz / Feuerbach, Zuffenhausen: Pragwirtshaus

Sonntag, 10. Juli, nachm.

Antifaschistisches Treffen

im Waldheim Sillenbuch zu Ehren des 75. Geburtstages der Revolutionärin **Clara Zetkin**

Ansprache, Musik, Theatervorführungen / Anschließend

Fackelzug zum Marktplatz

KPD. Groß-Stuttgart

Solidaritätstag 1931

der

IAH

für Arbeit, Brot und Freiheit

Massenkundgebung

am Samstag, 13. Juni, abends 8 Uhr, im Saalbau Dinkelacker, Hohenstaufenstraße

Programm: Musik, Gesang, sportliche Darbietungen, Rote Spieltruppen. Ansprache: Dr. Hermann Meng

Solidaritäts- und Kinderfest

am Sonntag, den 14. Juni, im Waldheim Sillenbuch. Reichhaltiges Programm, große Tombola, für Kinder unentgeltlicher Film und Bewirtung. DasTragen der Plakette berechtigt zum freien Eintritt in beide Veranstaltungen

Für die Neckarvororte im Waldheim Hedelfingen

Internationale Arbeiterhilfe

Nachstehende Organisationen fordern ihre Mitglieder zum Besuch auf: Internationaler Bund der Opfer der Arbeit und des Krieges / Revolutionäre Gewerkschaftsopposition / Rote Hilfe / Verband proletarischer Freidenker / Erwerbslosenausschuß / Naturfreunde-Opposition / Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit / Kampfbund gegen Faschismus / Komitee werktätiger Frauen / Bund der Freunde der Sowjetunion / Sängervereinigung Westen / Kommunistische Partei / Kommunistischer Jugendverband / Marxistische Arbeiterschule

Für die Sowjetgemeinde

Wo der Kapitalismus herrscht:

Tausende von Betrieben stillgelegt. 22000 Bankrotte. Allg. Produktionsrückgang
Die Arbeitslöhne bis zu 60 Prozent unter das Existenzminimum gefallen
Fünf Millionen Erwerbslose und vier Millionen Kurzarbeiter in Deutschland
Aushungerung und vollständiger Ruin der gesamten schaffenden Bevölkerung

Wo der Kommunismus regiert:

Tausende von Betrieben wurden neu erbaut. Allgemeine Produktionssteigerung
Die Arbeitslöhne um 40 bis 50 Prozent über die Vorkriegslöhne gestiegen
Keine Arbeitslosen mehr. 2800000 Arbeiter im Jahr 1931 neu in der Produktion
Steigender Wohlstand des gesamten werktätigen Volkes in der Sowjet-Union

Wählt!

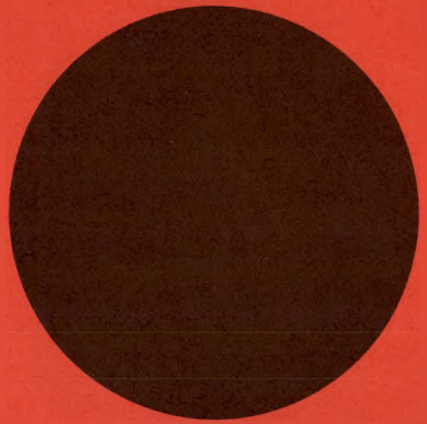
Brot, Freiheit [illegible]alismus

Kommunisten aufs Rathaus!

Welchen Heldentod

wünschen Sie zu sterben?

Druckerei AG., Stuttgart — Verantw. P. Dehn, Stuttgart



Bomben auf Berlin!

„Lustige" Kriegsandenken!

Das Rüstungs-Ungeheuer!

Diese sensationellen Artikel finden Sie neben **Feuilleton, Roman, politische Wochenschau, Sport, Radio, Hof u. Garten, Stuttgarter Neuigkeiten u. dergl.** in der reich-illustrierten Wochenzeitung

Erhältlich ab Donnerstag nachmittag an allen Kiosken und beim Verlag, Stuttgart Geißstraße 4

Einzel-Nummer, 16 Seiten nur 15 Pfennig

Schwäb. Echo

9. März, abends 8 Uhr, spricht in der Stadthalle

der Kandidat des Kampfes um Brot, Freiheit und Sozialismus gegen Kapitalsbankrott und Faschismus, der Kandidat der roten Einheitsfront und des roten Sieges

Ernst Thälmann

Eintritt 50 Pfg., Erwerbslose (nur gegen Ausweis an der Abendkasse) 25 Pfg.

Kommunistische Partei Deutschlands

Blutiger Naziterror im Preußenlandtag

Antifaschistische Aktion der Arbeiterklasse gegen die Lakaien des Geldsacks

Darüber spricht am Dienstag, 31. Mai, 8 Uhr, im Dinkelacker-Saal

Wilhelm Kerff

Mitglied des Preußischen Landtags

Eintritt 30 Pfennig
Erwerbslose (nur an der Abendkasse gegen Ausweis) 15 Pfg.

Kommunistische Partei

Antikriegskundgebung

Es spricht
Reichstagsabgeordneter

Eintritt 50 Pfg. * Erwerbslose 30 Pfg.
Saalöffnung abds. 7 Uhr

am Freitag, den 31. Juli 1931, abends 8 Uhr

in der Liederhalle

Theo Neubauer, Berlin

über: „Kapitalsoffensive und Interventionsgefahr gegen die Sowjet-Union und der Kampf des werktätigen Volkes um Arbeit, Brot und Freiheit"

Kampfmusik des Arb.-Musikvereins Stuttgart u. Auftreten der Spieltruppe „Rote Einheit" Cannstatt

Antikriegskomitee Groß-Stuttgart

Der Kapitalismus

bringt Hunger und Krieg

Der Kommunismus

der einzige Ausweg

Darüber spricht der vor kurzem aus der Sowjetunion zurückgekehrte,
ehemalige Stadtpfarrer und Führer der religiösen Sozialisten

Eckert

7. April, abends 8 Uhr, in der

STADTHALLE

Eintritt 40 Pfg., Erwerbslose (nur an der Abendkasse) 20 Pfg.

Kommunistische Partei

Internationaler Frauentag

Kampftag der schaffenden Frauen gegen Hunger und Not für Freiheit und Brot!

Kundgebung, Freitag, 4. März,

abends 7.30 Uhr, im Saalbau Dinkelacker

Programm: Ansprache, musikalische und sportliche Darbietungen, verschiedene Aufführungen

Eintritt 40 Pfennig
Erwerbslose 20 Pfennig

Kommunistische Partei Deutschlands
Komitee werktätiger Frauen

„Frauen in Not“

Ausstellung über die Lage der arbeitenden Frau vom 29. Febr. bis 6. März (Rotebühlstr. 40, Hths.). Regelmäßige Abendveranstaltungen. Tageskarte 20 Pfg., für Erwerbslose 10 Pfg. Dauerkarte 60 Pfg., für Erwerbslose 30 Pfg.

Herausgeber: Maria Walter, Stuttgart. Druck: Druckerei-AG., Stuttgart.

Kundgebung

der Stuttgarter Arbeiterschaft in der

Stadthalle

Donnerstag

2.

März

abends

8 Uhr

Es spricht **Wilhelm Pieck** MdR., Berlin

Eintritt 40 Pfg., Erwerbslose 20 Pfg.

Einh.-Ausschuß der Antifasch. Aktion, KPD. u. KJV. Groß-Stuttgart

Verantwortlich: W. Bechle, Stuttgart — Druck: Druckerei-VB., Stuttgart

Wählt Kommunisten Liste 3

10

3 Sept.
abds. 8 Uhr

In der Stadthalle

zur 25. Wiederkehr der Gründung der Jugendinternationale u. zum 18. Internat. Jugendtage. Zum 25jähr. Jubiläum des Sozialisten-Kongresses in Stuttgart 1907

Internationales Massenmeeting

Es sprechen internat. Redner,

Vertreterin des ZK. des KJVD. und Albert Buchmann, MdR., Bezirksleiter der KPD. Württemberg

Aufführung:

Von New-York bis Schanghai

Ein Antikriegsstück von Dr. Friedrich WOLF

Masseneinmarsch der Jungkommunisten, Arbeitersportler, der Betriebe und des proletarischen Massenschutzes

Eintritt 40 Pfg.
Erwerbslose 20 Pfg.

Kommunistischer Jugendverband
Kommunistische Partei, Bezirk Württemberg

Internat. Kundgebung

am Freitag, den 21. August, abends ½8 Uhr

Saalbau „Wulle", Neckarstr.

Redner:

Dr. Aug. Thalheimer Berlin

Mourer-Frankreich Kammer-deputierter

Bringolf-Schweiz Nationalrat

Thema:

Kapitalistischer Niedergang oder sozialistischer Aufbau?

Deutsch-franz. Verständigung, für wen und gegen wen?

Abrüstungs-Schwindel und der Kampf um den Frieden

Alle Frauen u. Männer der werktätigen Bevölkerung sind eingeladen

Eintrittsgeld: 30 Pfg., Erwerbslose 15 Pfg.

K.P.D.-Opposition, Ortsgruppe Stuttgart

Ernst Klett, AG. Plakatdruck, Stuttgart

Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands

ORTSGRUPPE STUTTGART

Öffentliche Versammlung

am Freitag 22. Januar, abends 8 Uhr im Saalbau Wulle, Neckarstraße

Unser Genosse

Hans Ziegler Breslau

M. d. R. (früher Mitglied des Württ. Landtages) spricht über das Thema:

Kampf oder Untergang des Proletariats

Freie Aussprache

Eintritt zur Deckung der Unkosten 30 Pfg. Arbeitslose (unter Vorlegung der Stempelkarte) 15 Pfg.

Verantwortlich: E. Dombach, Stgt.-Kaltental, Fischerstr. 16.

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

Gegen den Faschismus!

Eiserne Front oder proletarische Einheitsfront!

Darüber sprechen in der

Antifaschistischen Kundgebung

am 18. Februar, 20 Uhr im Saalbau Wulle, Neckarstr.

Erich Hausen
von der KPD (Opposition)

Fritz Rück
von der SAPD Berlin

Freie Aussprache!

Eintritt 20 Pfg.

Antifaschistisches Kartell Stuttgart (KPD-Opposition, SAPD Ortsgruppen Stuttgart, Freigewerkschaftliche Opposition

Verantwortlich: Max Hammer, M. d. L., Stuttgart.

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

14

Die

Eiserne Front

eint alle freiheitliebenden Volkskräfte zum entschlossenen Kampf

gegen den Faschismus

Am Sonntag, den 21. Februar, vormittags 11 Uhr spricht

Nationalrat Deutsch Wien
der Führer des Republikanischen Schutzbunds Deutsch-Österreichs in einer

Kundgebung

aller Verbände der Eisernen Front in der Stadthalle

mit verbunden ist der Einmarsch der Reichsbannerformationen und der Hammerschaften

Saalöffnung ½10 Uhr

Eintritt 30 Pfg., Arbeitslose 10 Pfg.

Vorverkaufsstellen: Buchhandlung Schwäbische Tagwacht, Friedrichstr. 15
Zigarrenhaus Eckle, Tübingerstr. 71
Zigarrenhaus Kösel, Stiftstr.
Zigarrenhaus Beck, Cannstatt, Marktstr. 8
Arbeitersportzentrale, Kanzleistr. 35
sowie alle Funktionäre der Arbeiterbewegung

Die Eiserne Front

Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund / Sozialdemokratische Partei Arbeiter-Sport-Kartell / Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold / Allg. Freier Angestellten-Bund (AFA) / Allg. Deutscher Beamtenbund Republikanischer Reichsbund

Verhängnisvoller Irrtum auf der Königstr.!

Wo die Schulstraße in die Königstraße mündet, beim Schuhhaus Strohm, dort passiert dieser verhängnisvolle Irrtum vielen.

Die herrlichen, seit Jahrzehnten berühmten Strohm-Schuhe waren früher einmal teuer und ein Privileg der Gutsituierten. Jetzt aber gibt Strohm seine herrlichen Schuhe zu jedem annehmbaren Preis weg im Total-Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe.

Bedenken Sie: Die so guten wundervollen Strohm-Schuhe erhalten Sie jetzt schon zu Preisen wie 2.85, 4.85, 6.85, 8.85 usf. Es sagt wahrlich genug, wenn das Schuhhaus Strohm gewissermaßen

von Tausenden gestürmt

wurde und fast ein lebensgefährliches Gedränge entstand. Noch haben Sie die Auswahl unter unzähligen von prächtigen, eminent haltbaren Strohm-Schuhen im Schuhhaus Strohm, Königstrasse 25.

16

Herausgeber: Helmut Strohm, Stuttgart, Königstr. 25

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

Wer rettet das Volk

vor der kapitalistischen Hungerkatastrophe?

Faschismus oder Kommunismus?

darüber spricht am 27. 2. 31.

um 1/2 2 Uhr, im Lokal Schwabenbräu

gen. Chef Redakteur Sperle

aus Halle a. S.

Werktätige aller Schichten!

Von der Beantwortung dieser Frage hängt das Schicksal des arbeitenden Volkes in Deutschland ab. **Kommt darum alle!**

Eintritt 20 Pf. Freie Aussprache Eine [illegible]

Ortsgruppe Bad Mergentheim der KPD.

Bezirk Württemberg

Druck: Druckerei-Genossenschaft e. G. m. b. H., Stuttgart. Verlag: Josef Schlaffer, MdR., Stuttgart.

Großkampftag!

Thema: Kommunismus oder Faschismus?

HITLER

spricht: „Der Unternehmer der die Verantwortung für die Produktion trägt, der schafft auch den Arbeitern das Brot. Mit welchem Recht verlangen diese Leute Anteil am Besitz, oder gar an der Leitung."

(Auseinandersetzung mit Strasser am 22. Mai 1930)

REMMELE

wird mit diesen Youngknechten die große Auseinandersetzung auch in Stuttgart durchführen.

Die Führer der beiden Richtungen der Nazis sind aufgefordert sich vor den Arbeitern zu verantworten und haben ihr Erscheinen zugesagt. (Redezeit 45 Minuten.) Absolute Sicherheit ist selbstverständlich.
Die Reden werden durch Groß-Lautsprecher auch in den Garten übertragen.

Donnerstag
4. Sept.
in der Liederhalle
abends 8 Uhr

Eintritt 30 Pfg. / Erwerbslose 10 Pfg. Karten in der Arbeiterbuchhandlung, Expedition der Südd. Arbeiter-Zeitung und bei den Funktionären **KPD., Bezirk Württemberg.**

Druck: Druckereigenossenschaft, e. G. m. b. H.

Warum nicht Thälmann?

Was sagen die Kommunisten?

Manuilski, der geistige Führer der kommunistischen Internationale, hat in der Plenarsitzung dieser Internationale vom 15. Dezember 1931 erklärt:

> **„In dem gegenwärtigen Abschnitt der Entwicklung der deutschen Revolution ist Hitler unser unzweifelhafter Bundesgenosse. Man muß Hitler seinen Weg gehen lassen, denn zur Macht gelangt, wird er zunächst die sozialdemokratische Parteiorganisation und den sozialdemokratischen Polizeiapparat zerschlagen."**

Die Kommunisten fördern also mit ihrer Kandidatur Thälmann bewußt Hitlers Machtstreben, genau so wie sie am 9. August mit Hitler, Seldte und Hugenberg zusammen in Preußen das Kabinett Braun-Severing stürzen wollten.

Was sagt die Schwerindustrie?

Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"**, das Blatt der schwerindustriellen Scharfmacher, sagt über die Rolle der Kommunisten bei der Reichspräsidentenwahl am 22. Februar folgendes:

> **„Die Kommunistische Partei ist praktisch eine wertvolle Hilfstruppe des Bürgertums."**

Am 29. Februar schreibt dieselbe Unternehmerzeitung:

> **„Herr Thälmann, der Kandidat und Reitergeneral einer auswärtigen Großmacht, scheidet als ernsthafter Bewerber aus. Seine und seiner Partei geschichtliche Aufgabe besteht ausschließlich darin, das Proletariat Deutschlands zu spalten u. zu schwächen."**

Werktätiges Volk!

Keine Stimme für Thälmann, denn Hitler darf nicht siegen!

Wähle Hindenburg!

Herausgeber: Ernst Schüttle, Friedrichshafen, 13. Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

Die Kampfleitung der Eisernen Front

Wozu

Nazi wählen?

Die **Nazi laufen aus dem Württembergischen Landtag davon,** wenn es brenzlig wird und ihre Schwindeleien und Versprechungen entlarvt werden. So haben sie es in Bremen und in anderen Landtagen auch gemacht.

Aus dem Reichstag sind die Nazi dreimal geflohen.

Weil diese Kriecher vor der Entente nicht wagten, zu ihrem eigenen Antrag zu stehen, den Youngplan aufzuheben.

Weil diese Soldknechte des Kapitals verbergen wollten, daß sie gegen das Tarifrecht und die Sozialpolitik sind.

Weil diese Diener der Fürsten und Beauftragten der Hohenzollern verschleiern wollten, daß sie gegen die notwendige und gerechte Fürstenenteignung sind.

Im Württembergischen Landtag hat der Nationalsozialist **Mergenthaler** bei den Kämpfen um den Youngplan dieselbe **Zentrumsregierung gerettet,** die im Reichsrat **für die Annahme des Youngplans** eintrat. Buberei, Geschimpfe, Gebrüll und Geplärr, das Parlament als Stätte niedrigster Ausschreitungen ist das Ergebnis der Wahl nationalsozialistischer Abgeordneter. **Sachlich** leisten sie noch weniger als die **Kommunisten,** die im Württembergischen Landtag auch keine Rolle mehr spielten.

Durch Wahl von **Nazi** und **Kommunisten** wird die Volksvertretung arbeitsunfähig und verliert jedes Ansehen.

Die Bürokraten regieren und machen, was sie wollen, ohne nach Arbeitern und Bauern, nach Mittelstand und Beamten zu fragen.

Der Württembergische Landtag muß arbeitsfähig bleiben, darf nicht krakeelen, sondern soll etwas leisten für das Volk.

Wählt Sozialdemokraten Liste 1

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart
Herausgeber: Erwin Schöttle, Stuttgart, Friedrichstr. 12

Und wo bleiben die Arbeiter?

Was wird mit den **Beamten** und **Angestellten**, den **Handwerkern** und kleinen **Kaufleuten**? Was geschieht mit allen diesen Kreisen und ihren Familien?

In Württemberg herrscht der Bürgerblock

Alle wirtschaftlichen Interessen werden von der Regierung Bolz-Bazille vertreten. Nur die Lebensnotwendigkeiten der breiten Massen, die **Bedürfnisse der Konsumenten achtet man nicht.** Die Wünsche der **großen Landwirte** sind Trumpf. Man beschneidet zwar die Löhne und die Sozialleistungen, man hat aber nichts dagegen, daß die Lebensmittelpreise steigen.

Nationalsozialismus ist schlimmste Brotverteuerung

Die Nationalsozialisten versprechen zwar in den Städten und Industriegebieten billige Lebensmittel. Die **wahren Absichten** haben die Nazi enthüllt, als sie in ihrer führenden ostelbischen Parteizeitung, der **„Preußischen Zeitung"** Nr. 64 vom 30. März 1932, erklärten:

> **„Es muß endlich Schluß gemacht werden mit der Politik des Preisdrückens und der Unsicherheit auf dem Brotgetreidemarkt. Der Landwirtschaft kann nur geholfen werden durch laufend ansteigende Preise. Nur hohe Preise haben lange Arme. Nur mit hohen Preisen kann man den Hebel in der Landwirtschaft ansetzen, um alles Getreide herauszubekommen."**

Eine starke nationalsozialistische Fraktion im Württembergischen Landtag wird den Konsumenten und dem arbeitenden Volk also den **Brotkorb noch höher** hängen. Das bringt Not und Elend, denn dieselben Leute sind auch **gegen Sozialpolitik und Arbeitslosenunterstützung**, gegen Sozialfürsorge und anständige Entlohnung.

Es wird Zeit, daß auch die Interessen des Arbeitsvolks im Landtag berücksichtigt werden!

Wählt Sozialdemokraten Liste 1

Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Ulmer, Stuttgart, Friedrichstraße 12
Druck: Buchdruckerei Arbeiterpresse, Stuttgart

Am Freitag 15. Juli

abds. 8 Uhr spricht in der

Stadthalle

der Führer
der Sozialdemokratie im Reichstag

Dr. Breitscheid

gegen Judas Hitler und die Barone, für ein Deutschland der Freiheit u. des Friedens

Eintritt ..... 30 Pfg.
Erwerbslose 10 Pfg.

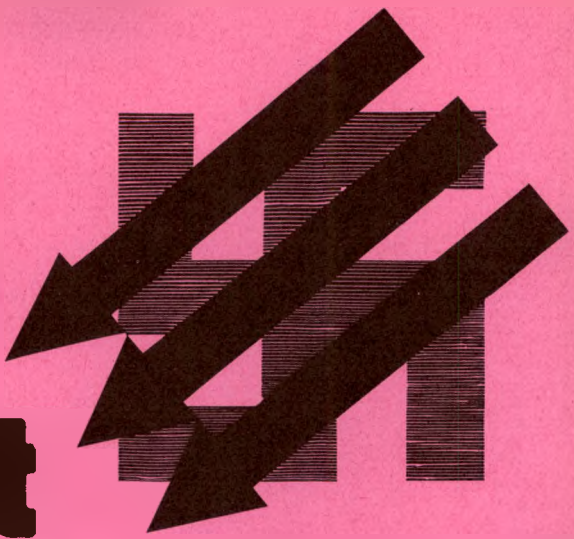
Vorverkauf:

Buchhandlung der Schwäb. Tagwacht, Friedrichstr. 15
Zigarrenhaus Edde, Tübingerstraße 71
Zigarrenhaus Koestel, Elchstraße
Zigarrenhaus Beck, Cannstatt, Marktstraße 8
Hutgeschäft Ißler, Böblingerstraße 75
Arbeitersportzentrale, Kanzleistraße 33
Auf den Gewerkschaftsbüros und bei den Vertrauensleuten der Arbeiterbewegung

Kampfleitung der Eisernen Front

Verantwortlich: Erwin Schöttle, Stuttgart
Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

Jetzt erst recht!



Erkämpft die Entscheidung!

Das arbeitende Volk von Stuttgart erhebt seine Stimmen

gegen Willkür und Verfassungsbruch

Freitag, den 22. Juli, abends 8 Uhr

Cannstatt: Schwabenbräu
Heslach: Leichts Saalbau
Östl. Bezirke: Schlachthaussaal
Prag: Englischer Garten
Münster: Linde
Gaisburg

Samstag, den 23. Juli, abends 8 Uhr

Degerloch: Krone
Wangen: Lamm

Sonntag, den 24. Juli, abends 8 Uhr

Botnang: Botnanger Waldhaus

Seid zur Abwehr bereit!

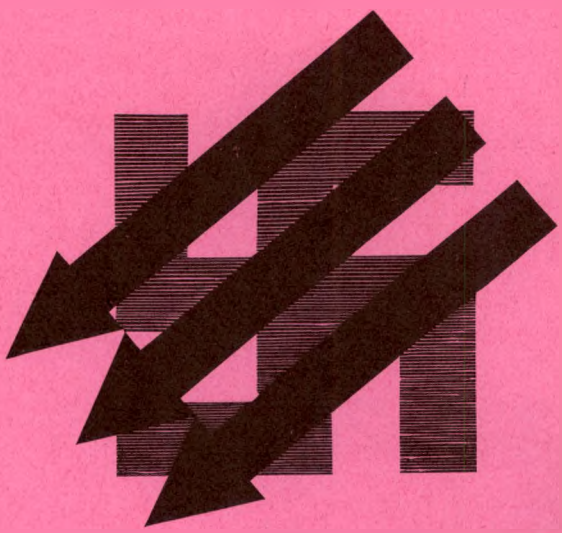
Es lebe die Freiheit!

Kampfbund der Eisernen Front

Generalappell

Für Donnerstag
den 28. Juli
abends 8 Uhr
in der

Stadthalle



ruft die „Eiserne Front"

die gesamte freiheitliche Bevölkerung Stuttgarts zu einer gewaltigen

KUNDGEBUNG

Alle Stimmen für Liste 1

Aufmarsch der **Hammerschaften** der Gewerkschaften, des **Reichsbanners,** der Hundertschaften der **Sportler,** der Sozialistischen **Arbeiterjugend**

Ansprachen der württ. Spitzenkandidaten **Wilh. Keil, E. Roßmann, Dr. Schumacher**

Mitwirkung der Arbeitersänger und der Roten Schar

Das Philharm. Orchester spielt ab 7 Uhr

An diesem Tage zeigt die Arbeiterschaft Stuttgarts ihre Geschlossenheit und Stärke, demonstriert die gesamte Bevölkerung **gegen** Verfassungsbruch und Hitlerterror

Eintrittspreis 30 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.

Vorverkauf: Buchhandlung der Schwäb. Tagwacht
Zigarrenhaus Eckle, Tübingerstr. 71
Zigarrenhaus Köstel, Eichstr.
Zigarrenhaus Beck, Cannstatt, Marktstr. 6
Hutgeschäft Isler, Böblingerstr. 75
Arbeitersportzentrale, Kanzleistr. 33
Bei den Gewerkschaftsbüros und bei sämtlichen Funktionären der Arbeiterorganisationen

Freiheit!

Kampfleitung der Eisernen Front

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

Wir greifen an!

Die Eiserne Front veranstaltet am

Donnerstag 22. Sept.

abends 8 Uhr einen

Massenprotest

gegen **innere** und **äußere politische Abenteuer**

gegen **neues Völkermorden**

gegen **Junker-Diktatur** und **Lohnraub**

s sprechen in der

STADTHALLE

S. Grumbach Paris

der Führer der französischen Sozialisten im Kampf um die Verständigung mit Deutschland

Erich Roßmann

M. d. R., der Führer der deutschen Kriegsopfer

Mitwirkende:

Arbeitersänger, Sprechchor „Rote Schar" der S.A.J., Spielmannszüge des Reichsbanners

Werktätige heraus! Erhebt euch einmütig gegen die euch drohenden Gefahren!

rkte 30 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.
rverkaufsstellen: Zigarrenhaus Eckle, Tübingerstr. 71; Zigarrenhaus Hästel, Richstr.
parrenhaus Koch, Cannstatt, Marktstr. 8; Buchhandlung der Schwäb. Tagwacht, Friedrichstraße 13; Arbeitersportzentrale, Kanzleistr. 33; Hutgeschäft Ihler, Böblingerstr. 75
d allen Gewerkschaftsbüros und bei allen Funktionären der Arbeiterbewegung

Kampfleitung der Eisernen Front

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

Das ist einmal eine schöne

Arbeiterpartei!

Alle abgetakelten Herzoge, Fürsten, Prinzen, Generale, alle Großgrundbesitzer und Schwerindustriellen, alle Kriegs- und Inflationsgewinnler preisen die Nationalsozialisten. Jetzt hat sogar der

frühere Kronprinz für Adolf Hitler

unter Bruch seines Ehrenwortes seine Stimme erhoben und für Hitler als Reichspräsidenten plädiert.

Was denken die Nazi über die Arbeiter?

Nachstehend Aeußerungen nationalsozialistischer Führer:

Professor Fritz Dehn im „Völkischen Beobachter" vom 3. 4. 31:

„Die **Arbeitslosen-Unterstützung macht arbeitsscheu.** Man kann schon von einer Arbeitsflucht reden."

Dr. Schöningk-Kettendorf auf der Reichstagung des Nationalsozialistischen Aerztebundes am 6. Dezember 1931:

„Die **Sozialversicherung schwächt und schädigt** das Volk in seiner moralischen und seelischen Gesundheit und Widerstandskraft, züchtet **körperliche Schwächlinge und seelische Lumpen**".

Landtagsabg. Merk im badischen Landtag:

„Es ist heute **nicht** angebracht, daß wir für **Krüppel und Sieche Millionen** ausgeben".

Landtagsabg. Falk auf dem Plauener Bezirkstag der N.S.D.A.P.:

„Die **Sozialrentner sind Faulenzer und Spitzbuben,** die in den Wald gehen und Holz stehlen. Sie kollern bis früh um 4 Uhr im Wirtshaus herum und klopfen Skat".

Und diese gehässigen Feinde und Verleumder soll das arbeitende Volk wählen? Nein, es soll die

Nazi davonjagen!

Die Kampfleitung der Eisernen Front Stuttgart.

Der Feind will Hitler!

Die Nationalsozialisten behaupten, Deutschlands politische und wirtschaftliche Befreiung bringen zu können. Tatsächlich aber ist der Nationalsozialismus das größte Hindernis für den deutschen Wiederaufstieg. Alle unversöhnlichen Feinde Deutschlands, die Nationalisten und Rüstungsindustriellen, die Militaristen und Eroberungspolitiker in den früheren feindlichen Ländern wollen Adolf Hitler.

Der **schlimmste Deutschenhetzer** in Frankreich, der Senator **Coty,** schreibt im **„Figaro"** vom 18. März:

> **„Das Interesse Frankreichs verlangt, daß die Hitlerleute den Sieg davontragen. Hitler, das bedeutet die Revanche, die lärmend gepriesene und sofortige Revanche. Hitler ist eine Warnung für Europa.**

Das ist die offene und schamlose Unterstützung der deutschen Gegenrevolution.

Siegreich wollen wir Frankreich schlagen..

so sangen einst nur verhetzte Nationalisten. Jetzt hetzt auch die KPD zum Kriege. Ihr **Zentralkomitee** erklärt:

> **Ein kommunistisches Deutschland wird den Schandvertrag von Versailles zerreißen, es allein wird im Bündnis mit dem befreiten Millionenvolk der Sowjetunion jeden Anschlag Frankreichs, Polens und anderer Imperialisten auf Deutschland zu vereiteln wissen. Werktätige in Stadt und Land, stärkt daher unsere revolutionäre Freiheitsarmee im Kampf gegen Versailles.**

Mit der Hetze gegen die Sozialdemokratie, mit den blöden nationalistischen Parolen

unterstützt die KPD nur Schleicher u. Papen!

Wählt Sozialdemokraten

Liste **2**

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

Montag, den 24. Oktober, abends ½8 Uhr

Stadthalle

Der frühere Präsident
des Reichstags

LÖBE

spricht für

Frieden
Freiheit und
Sozialismus

Konzert ab 7 Uhr

Mitwirkung: Philharmonisches Orchester, Arbeitersänger und Rote Schar

Saalöffnung ½7 Uhr

Eintritt 30 Pfg., Arbeitslose 10 Pfg.

Kampfleitung der Eisernen Front

Nazi halten kein Versprechen!

Früher hieß es:	Und jetzt:
»Keinerlei Kompromisse mit Papen und Hugenberg« (Hitler am 7. November 1932)	Intime Regierungskoalition
Die Papen'schen **Notverordnungen** werden in 24 Stunden aufgehoben	Kein Gedanke mehr daran
In 24 Stunden sollte die **Arbeitslosigkeit** zurückzugehen beginnen	Die Arbeitslosigkeit und die Bankerotte wachsen
Die **Zinsknechtschaft** wird gebrochen	Das Reichskabinett lehnt Zinssenkung ab
Die **Banken** werden sozialisiert	Ablehnung aller Experimente im Bankwesen
Die **Börse** ist die Quelle allen Übels	**Die Börse darf nicht beunruhigt werden**
Kapitalverschiebung muß mit dem Tode bestraft werden	Wird nicht mehr davon gesprochen
Aufsichtsratstantiemen werden nicht mehr bezahlt	**Keinerlei Eingriffe in Eigentumsrechte**
Höchstgehalt von 12000 Mark für die Beamten	Die Forderung ist vergessen
Die privaten **Rieseneinkommen** sind zu senken	**Die Großkapitalisten beherrschen die Nazis**

Nationalsozialismus ist Volksbetrug!

Wählt Liste 2 Sozialdemokratie!

Kämpft

alle mit uns für die

Freiheit!

Die Nazi wissen keinen Ausweg aus Elend und Krise. Hilflos kapitulieren sie vor dem Großkapital. Dafür versuchen sie

den Marxismus totzulügen!

Den Wahlkampf führen die Nazi nur mit

Lüge! Verleumdung Einschüchterung!

Wir beugen uns nicht!

Jetzt erst recht: Liste 2

Sozialdemokraten

Abrechnung

mit allen Feinden
der Freiheit

Am **Samstag** abends 8 Uhr
spricht in der

Stadthalle

Dr. Schumacher

bei dem großen **Generalappell**

der Eisernen Front

Jeder aufrechte Mann, jede freiheitlich gesinnte Frau erscheint.

Eintritt 30 Pfg. Erwerbslose 10 Pfg.

Kampfleitung der Eisernen Front

Vorverkaufsstellen: Zigarrenhaus Eckle, Tübinger Straße 71; Zigarrenhaus Beck, Cannstatt, Marktstraße 8; Zigarrenhaus Köstel, Eichstraße; Zigarrenhaus Weiß, Möhringer Straße 72; Zigarrenhaus Hahn, Senefelderstraße 72; Arbeitersportzentrale, Kanzleistraße 35; Buchhandlung der Schwäbischen Tagwacht; Hutgeschäft Jäler, Böblinger Straße 75; bei allen Funktionären der Arbeiterbewegung und bei den Gewerkschaftsbüros.

Die ★ Kommu-Nazi 卐

Kommunisten und Nationalsozialisten kämpfen gemeinsam. In den württembergischen Wahlversammlungen streiten sie Seite an Seite. Der gleiche Terror, die gleichen Lügen, die gleiche Hetze, der gleiche Haß eint sie. Beide erfüllen den gleichen Zweck:

Die Einheit der Arbeitenden zu stören

und so selbst das Mögliche und Erreichbare unmöglich und unerreichbar zu machen. Den Nutzen davon haben Kapital und Reaktion.

Beide waren sie gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung,
beide haben bei der Verteidigung der sozialen Errungenschaften versagt,
beide haben stets durch ihre Irrsinnstaktik der politischen und sozialen Reaktion die Arbeit erleichtert,
beide untergruben Republik und Demokratie, **beide** nützen nur den Feinden des arbeitenden Volkes.

Das Großkapital weiß, was es an seinen Kommu-Nazis hat

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das führende Organ der schwerindustriellen Scharfmacher, schreibt:

„Die **Kommunisten** haben für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. müssen **verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird,** sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleisch der Sozialdemokratie wirken. In zweiter Linie kann vielleicht die **Hitlerbewegung** den Sozialdemokraten Wähler abnehmen."

Das größte Blatt des tschechischen Großbesitzes meint:

„Die **Kommunisten** läßt man einfach toben, um sie dann glatt zu überstimmen. Mit den **Sozialdemokraten** aber muß man verhandeln und beim Verhandeln muß man immer etwas zugeben."

Die Kommunisten haben dem Faschismus den Weg bereitet

So war es in Ungarn, wo der blutige Horthyfaschismus auf die Komödie proletarischer Diktatur folgte, so in Italien, wo Mussolinis Aufstieg erst nach der kommunistischen Besetzung der Betriebe erfolgte, so in Bayern, wo die Hitlerbewegung nur durch die Räterepublik möglich wurde. Darum:

Wer kommunistisch wählt, wählt nationalsozialistisch

卐 **Schluß damit!** ★

Wählt Sozialdemokraten Liste 1

bei Kleft, Abt. Photodruck, Stuttgart

„Wir grüßen den neuen Krieg"

verkündeten die Nationalsozialisten am Jahrestag des Kriegsausbruchs. (Sächs. Beobachter vom 2. 8. 30)

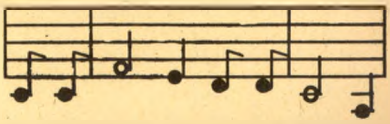
„Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen"

brüllen die ahnungslosen verhetzten Nachläufer.

Im Weltkrieg klang eine andere Melodie . . .

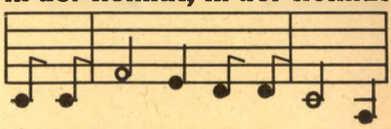
Wo waren die Leute, die heute mit Gregor Strasser so tun, als ob sie im Ernst verlangen würden: „Jeder Volksführer, jeder Minister, jeder Abgeordnete muß während des Weltkrieges Frontsoldat gewesen sein!"

In der Heimat, in der Heimat



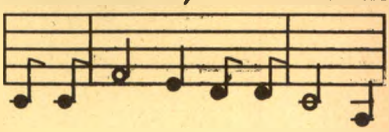
Wo waren die nationalsozialistischen Führer? Wo Minister Frick, wo Graf Reventlow, wo Großmaul Göbbels, wo Dr. Feder, wo Knüppel-Kunze, wo Dr. Ley, Schemm, Kube, wo all die blutrünstigen Hetzer, die so freigebig waren mit dem Blut – der andern.

In der Heimat, in der Heimat



Wo waren die Kriegshetzer in Uniform und Zivil, wo die Eroberungspolitiker, wo Vaterlandsparteiler, Rüstungs-Industrielle und Prozentpatrioten, die Geldgeber der Nationalsozialisten?

In der Heimat, in der Heimat



Dort werden sie einst wieder alle sein, werden sich wohl und sicher fühlen, wenn sie die jungen Deutschen in Tod und Verderben des Giftgaskrieges schicken, wenn das deutsche Volk mit seiner Existenz die Kosten dieser Verbrecherpolitik zahlen muß. Dann werden die Künder des „Dritten Reiches" getreu ihrem Wahlspruch handeln:

Beim Angriff hinten und beim Durchgehn vorn

Darum

Deutschland erwache!

Jage die Nazis zum Teufel!

Liste

Wähle sozialdemokratisch 1

...rmann Kurtz, Akt. Plakatdruck, Stuttgart

Das 卐 ist Deutschlands Untergang!

Die

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

ist

nicht national

Auch die **roheste und widerlichste Judenhetze** hilft nicht darüber hinweg, daß Faschisten und Kapitalisten anderer Länder dieser Partei näher stehen als die deutschen Volksgenossen, daß sie den Anschlußgedanken schmählich verraten und **Mussolini zuliebe die Südtiroler Deutschen beschimpft und verlassen** hat. Es waren **Nationalisten**, die darum Hitler zuriefen:

> „Die **zynisch freche Art**, mit der Sie, Herr Hitler, über das Schicksal der Südtiroler Deutschen hinweggehen, hat in allen wirklich völkisch gesinnten Kreisen bitteren Schmerz und hellste Empörung hervorgerufen. **Vor allem mangelt Ihnen die allerbescheidenste Sachkenntnis**, um über derartige politische Fragen sprechen zu können."

nicht sozialistisch

Alles sozial tuende Geschrei kann nicht verbergen, daß **die Nationalsozialisten vom Großkapital und Großgrundbesitz ausgehalten** werden, daß sie **gegen Sozialpolitik** und Arbeitslosenversicherung sind, daß ihr **Sozialismus nur Phrase**, eitel Lug und Trug ist, daß ihre Partei nach den Worten ihres einstigen Abgottes (Kapitänleutnant **v. Mücke**) **„völlig vom Geld abhängig, zerrottet und korrupt"** ist. **Hitler selbst** bekennt, daß **„nicht der Sozialismus, sondern die deutsche Herrenmoral Kernstück des Programms"** ist und erklärt

> „**Mit welchem Recht** verlangen die Arbeiter und Angestellten Anteil am Besitz oder gar an der **Leitung der Betriebe?** Der **Unternehmer**, der die Verantwortung für die Produktion trägt, der **schafft auch den Arbeitern Brot.** Gerade unseren großen Unternehmern kommt es nicht auf das Zusammenraffen von Geld an, auf Wohlleben usw., sondern es ist die **Verantwortung** und die **Macht.** Sie haben sich auf Grund ihrer **Tüchtigkeit** an die Spitze gearbeitet und auf Grund dieser **Auslese, die wiederum nur die höhere Rasse beweist, haben sie Recht zu führen.** Daß man nun einen unfähigen Regierungsrat oder einen **Betriedsrat, der von nichts eine Ahnung hat**, mitreden läßt, das wird sich jeder Wirtschaftsführer verbitten."

nicht Arbeiterpartei

Das ist eine schöne Arbeiterpartei, die auf die Arbeiterbewegung losknüppelt, **an deren Spitze Prinzen und Adelige, abgetakelte kaiserliche Exzellenzen, Generale und Offiziere, Geheimräte, Industrielle und Junker** stehen. Das richtige Urteil fällt der beste Kenner des Faschismus, **Mussolini selbst**, wenn er schreibt:

> „**[illegible] genügt**, sich die Namen der Führer der Nationalsozialisten anzusehen, **lauter Würdenträger aus der wilhelminischen Zeit.** Es sind Vertreter der **Militärkaste**, die Generationen hindurch Deutschland mißregierte, die es **in die Katastrophe von Versailles** führte und die jetzt versucht, den politischen Boden und die wirtschaftliche Macht **wiederzuerlangen.** Käme der deutsche Faschismus an die Macht, so müßte er aus **Mangel an Ideen die Rückkehr Wilhelm II. verlangen.**"

Hitler der Führer?

Ohne Ideen und Wissen, ohne Können und Klarheit ist er nur ein Aufpeitscher primitiver Instinkte der Dummen, kein Führer. **Denselben Hitler**, den Fanatiker des rassereinen Germanentums, der sich selbst in kindischer Selbstvergötterung „den besten Deutschen" nennt, kennzeichnet der ihm politisch nahestehende alldeutsche Rassehygieniker Professor Dr. **v. Gruber** als **Rassenbastard** wie folgt:

> „Gesicht und Kopf **schlechte Rasse, Mischling.** Niedere fliehende Stirn, unschöne Nase, breite Backenknochen, kleine Augen, dunkles Haar. Gesichtsausdruck nicht eines in aller Selbstbeherrschung Gebietenden, sondern der eines **wahnwitzig Erregten.** Wiederholtes Zucken des Gesichtsmuskels. Am Schluß seiner Rede Ausdruck begnadeten **Seibstgefühls.**"

Nieder mit dieser Partei der Lüge, der Hetze!

Zerschlagt das 卐

Wählt Sozialdemokraten Liste 1

Ich verspreche alles und halte nichts!

Der darf nicht regieren

Wählt Sozialdemokraten Liste 1

Verantwortlich: Erwin Schöttle, Stuttgart • Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

Gegen
Volks-
Verhetzung u.
Zerstörung
Für
Ordnung
Aufbau und
Christl. Kultur
Wählt
Zentrum
Liste 2
Herausgeber Württ. Zentrumspartei Stuttgart
PROPAGANDA STUTTGART

Wählt wieder Zentrum

Die Partei für Volksrecht und soziale Ordnung

LISTE 4

Herausgeber: E. Reuter, Württ. Zentrumspartei, Stuttgart

PROPAGANDA STUTTGART
Druck: J. F. Steinkopf, Stuttgart

Kundgebung der Zentrumspartei

am Montag 31. Oktober 1932, abends 8 Uhr

in Stuttgart, im Dinkelackersaal

Eingang Tübinger- und Hohenstaufenstr.

in Cannstatt in der Wilhelma

Es sprechen: Ministerpräsident

Dr. Held München

Landtagsabg. Domkapitular

Dr. Kaim

Justizminister

Dr. Beyerle

Eintrittspreise: Res. Sitzplatz 1 Mk., Off. Sitzplatz 50 Pfg., Arbeitslose und Schwerkriegsbeschädigte 30 Pfg.

Kartenvorverkauf in den Buchhandlungen Kepplerhaus, Tübingerstr. 45; Geiger, Tübingerstr. 23; Hager, Hauptstätterstr. 36; Moser, Bismarckplatz 5; Frey, Cannstatt, Charlottenstr. 40

Herausgeber: J. Stehle, Bismarckstr. 38

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

Reichskanzler

Dr. Brüning

spricht zur Hindenburgwahl

am Dienstag, den 5. April, abends 8 Uhr in der

Stadthalle

Kartenverkauf:

Lindemannsche Buchhandlung, Stiftstr. 7
Hagersche Buchhandlung, Hauptstätterstr. 38
Keplerhaus, Tübingerstr. 48
Buchhandlung Geiger, Tübingerstr. 23

Hindenburg-Ausschuß Groß-Stuttgart

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

Im Jahr 1933
durch nationale Demokratie
zu Ruhe und Ordnung
zu Arbeit und Gesundung!

Oeffentliche Landes-Versammlung

der Deutschen Demokratischen Partei Württembergs

am Freitag, den 6. Januar, vorm. 11 Uhr (Saalöffnung 10.30 Uhr) im Festsaal der

Liederhalle Stuttgart, Büchsenstraße 59

Es werden sprechen:

Geheimrat Dr. **Bruckmann** M. d. L.

Frau **Else Urlaub**
Direktorin, Nürnberg

Wirtschaftsminister Dr. **Maier** M. d. R. u. L.

Reichsfinanzminister a.D. **Dietrich** M. d. R.

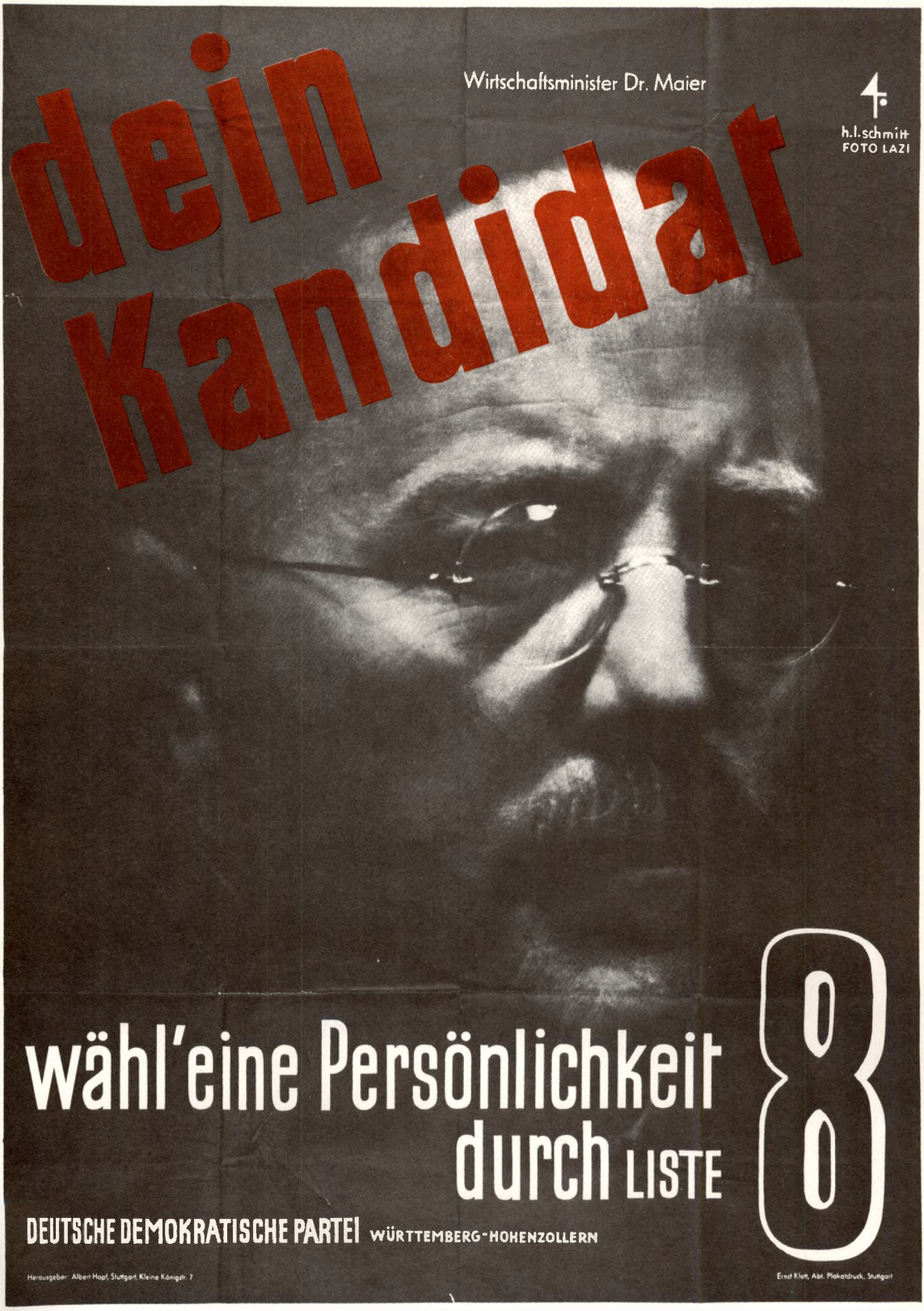
Jedermann ist freundlichst eingeladen / Eintritt frei!
Numerierte Sitzplätze zu Mk. 1.— bei der Geschäftsstelle Kleine Königstr. 7III oder an der Tageskasse.

Nationalsozialisten haben keinen Zutritt!

Deutsche Demokratische Partei Württemberg

Albert Kapf, Stgt., Kl. Königstr. 7.

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart


dein Kandidat
Wirtschaftsminister Dr. Maier
h.l.schmitt
FOTO LAZI
wähl'eine Persönlichkeit
durch LISTE
8
DEUTSCHE DEMOKRATISCHE PARTEI WÜRTTEMBERG-HOHENZOLLERN
Herausgeber: Albert Hopf, Stuttgart, Kleine Königstr. 7
Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

hans l. schmitt 33
Volksrecht
Willkür
du
bist am Scheideweg
wähle Liste 9
Deutsche Demokratische Partei
Württemberg und Hohenzollern
beginnend mit: Wirtschaftsminister Dr. Maier
Keine Stimme geht unserer Partei verloren
VERANTWORTLICH: ALB. HOPF KLEINE-KÖNIGSTR. 7. STUTTGART.
DRUCK: U. LEVI, STUTTGART.

Frauen, Euch geht es an!

Die Reichstagswahl

entscheidet über das Schicksal des deutschen Volkes, der deutschen Frau!

Ihr wollt, daß jede Gewaltanwendung bei weltanschaulichen und politischen Auseinandersetzungen unterbleibt!
Ihr wollt, daß — um des Volkes willen — an der verantwortlichen Mitarbeit der Frauen im politischen Leben festgehalten wird!
Ihr wollt, daß das Recht der deutschen Staatsbürgerin auf Beruf und Erwerb unangetastet bleibt!

Darum, Frauen,

die Ihr mehr als die Hälfte der Bevölkerung bildet,

wählt nur Parteien, die Gewalt und Bürgerkrieg ablehnen und für die Erhaltung des inneren und äußeren Friedens arbeiten!
wählt nur Parteien, die die politische Gleichberechtigung der Frau anerkennen u. sich für ihre Mitarbeit im Parlament einsetzen!
wählt nur Parteien, die für die Rechte der Frau im Berufsleben eintreten!

Frauen, greift ein, ehe es zu spät ist!

Groß-Stuttgarter Frauen-Ausschuß

Herausgeber: Rechtsanwältin Wald, Paulinenstr. 37.
Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

Unser Mann bleibt Hindenburg!

Deutsche Volkspartei

Herausgeber: Stadtrat Alfred Krämer

Propaganda Stuttgart

Wirtschaftspolitische Kundgebung

am Dienstag, 25. Oktober, abds. 8 Uhr
im Haus des Deutschtums, Charlottenplatz 1

Redner:

Reichstagsabgeordneter

Dr. Hugo

Bochum

Zu dieser Kundgebung sind alle Angehörigen des nationalen Bürgertums eingeladen, die mithelfen wollen — **durch die Tat, nicht durch Worte** — an der Ueberwindung der Wirtschaftsnot mitzuarbeiten.

Deutsche Volkspartei

Groß-Stuttgart ◆ Der Vorsitzende: Stadtrat A. Krämer

Verantwortlich: Stadtrat A. Krämer

Ernst Klett, Akt. Filialdruck, Stuttgart

Evangelischer Christ!

Wer nicht wählt, überläßt den andern das Feld! Er verhilft damit dem Gegner zur Mehrheit und trägt die volle Verantwortung für seine Taten.

Lasse Dich nicht irre machen!

Der Christliche Volksdienst

ist evangelisch, vaterländisch und sozial.

Wählt darum seine Liste Nr. 11

Staege, Stuttgart-Botnang.

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

Evangelische Kundgebung des Christlichen Volksdienstes

am Dienstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr
im **Gustav-Siegle-Haus**

Der Ruf an das evangelische Volk in Deutschlands Schicksalsstunde

Nr.

8

Redner: **Simpfendörfer** M. d. R.
Bausch M. d. R.

Unseliger Bruderkrieg droht unser Volk in zwei feindliche Heerlager aufzuspalten

In dieser Schicksalsstunde ist evangelischer Glaube nicht Privatsache, sondern gemeinschaftliche Verantwortung vor Gott und Volk.

Eintritt frei!
Politische Gegenkundgebungen nicht zugelassen

Wählt Liste Nr. 8 Christlicher Volksdienst

47

Herausgeber: Stange, Brenaq

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

Gegen eine neue Inflation!

kämpft Liste

9

Für Schutz der Schaffer und Sparer!
Für Schutz des Eigentums!
Für Freiheit und Recht im Innern und nach außen!

Darüber sprechen in

öffentlicher Volks-Versammlung

Samstag 16. April, abds. 8 Uhr, im Saalbau Wulle

Landtagsabg. **Bauser** Justizrat **Brink** Berlin

Freitag 22. April, abds. 8 Uhr, Liederhalle (Konzertsaal)

Graf v. Posadowsky

M. d. L., früherer kaiserlicher Staatssekretär

Volksrecht-Partei

Herausgeber: Hermann Graf, Stuttgart, Langestr. 18.
Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

Bund der Frontsoldaten, Ortsgruppe Stuttgart

Oeffentliche

Versammlung

in Feuerbach / Stahl'scher Saal
am Montag, 11. Jan., 20[15] Uhr

Es spricht über

Gewerkschafts-Bonzentum oder Aufstieg durch die Stahlhelm-Selbsthilfe

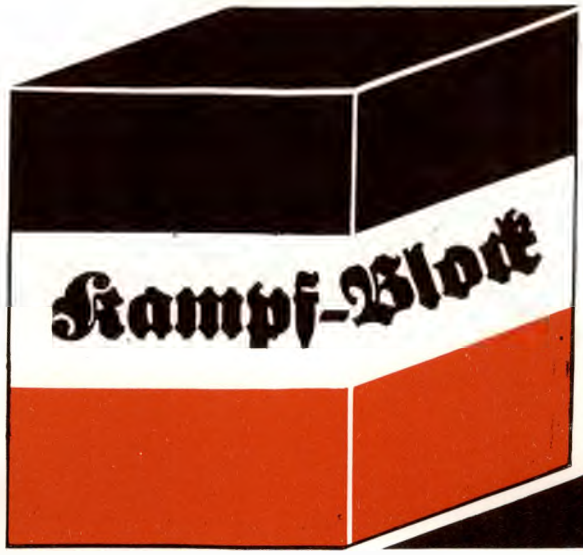
Jedermann, insbesondere **die arbeitende Bevölkerung** in Feuerbach und Umgebung ist eingeladen. Eintritt frei

Postschließfach 252 Stuttgart

der nationale Arbeiterführer Kamerad **Fritsch** aus Pforzh
Sachbearbeiter beim Landesamt Baden-Württemberg

Herausgeber: J. W. Kling, Gansstatt. Im Geiger 29

Ernst Klett, Abt. Pla stdruck, Stuttgart



Am Donnerstag 10. März, 20.15 Uhr, wird sich im Festsaal der Liederhalle

der Präsidentschaftskandidat des
Kampf-Blocks Schwarz-Weiß-Rot

Oberstleutnant a. D.

Düsterberg

2. Bundesführer des „Stahlhelm"

der Stuttgarter Bevölkerung vorstellen.

Ferner spricht der deutschnationale Reichstagsabg.

Dr. Kleiner

Beuthen (Oberschl.)

Die gesamte Stahlhelm-Kapelle

einschl. des Spielmannszuges – unter Leitung von Musikdirektor Walter – spielt ab 19.45 Uhr

Saalöffnung 19.30 Uhr

Eintritt 50 Pfg. / Eine Anzahl num. Karten zu Mk. 1.— / Schwerkriegsbeschädigte, Studenten und Erwerbslose gegen Ausweis 30 Pfg. **nur an der Abendkasse / Karten-Vorverkauf:** Deutschnationale Volkspartei, Schellingstr. 4; Stahlhelmheim, Ulrichstr. 1; Weise's Hofbuchhandlung, Fürstenstr. 1; Buchhandlung Clausnitzer, Hospitalstr 13; Buchhandlung Ruckhäberle, Cannstatt, Königstr 54

Spenden für den Kampfschatz an die Städt. Sparkasse Girokonto Nr. 2010 und an Schellingstr. 4, Fernruf 213 41

Verantwortlich: Dr. Wilm. M. d. R., M. d. L.

Ernst Klett, Abt. Photodruck, Stuttgart

Stadthalle Stuttgart

Donnerstag 4. September, 8 Uhr

Hugenberg spricht!

Eintritt 30 Pfennig, Kriegsbeschädigte frei!
Eine Anzahl bevorzugter Plätze zu Mk. 1.–
Vorverkauf nur Schellingstr. 4, Erdgeschoß
Fernruf 215 43

Deutschnationale Volkspartei

(Württ. Bürgerpartei)

Liste 2

Druck: Stuttgarter Neues Tageblatt, Stuttgart

Zerreißt die Fesseln

mit Liste 2

Deutschnationale Volkspartei

OFFSET-DRUCK J.F. STEINKOPF, STUTTGART

Deutschnationale Volkspartei (Württ. Bürgerpartei) Kreis Stuttgart

Mittwoch, den 6. April, abends 8 Uhr, im Festsaal der Liederhalle

Bismarck-Feier

Redner:
Generalsuperintendent

D. Klingemann-Bonn

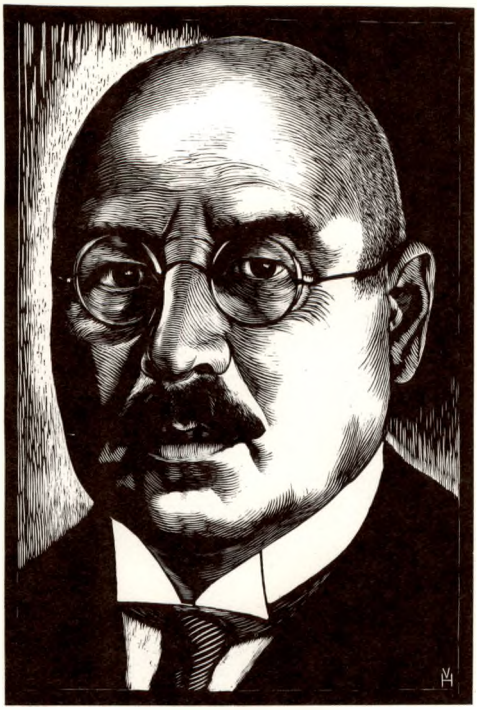
Mitwirkend:

Der Vaterländische Gesangverein Ehrenfeld Leitung: Chormeister **Richard Arnold**

Die Stahlhelm-Kapelle unter Leitung von Musikdirektor **Walter**

Eintritt 50 Pfg., eine Anzahl numerierter Karten zu 1 Mk. (Schwerkriegsbeschädigte, Studenten und Erwerbslose gegen Ausweis 30 Pfg. nur an der Abendkasse). / Kartenvorverkauf: Deutschnationale Volkspartei, Schellingstr. 4, Weise's Hofbuchhandlung, Fürstenstr. 1, Buchhandlung Clausnitzer, Hospitalstr. 13, Buchhandlung Ruckhäberle, Cannstatt, Königstr. 54

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart



Finanzminister

Dr. Dehlinger

Dem Wohl des Volkes gilt mein ganzes Streben: Wir wollen frei auf freiem Boden leben!

Mitbürger!

Marxismus bedeutet Unterwerfung unter das Ausland, Verschwendung der Steuergelder, Niedergang der Wirtschaft und Arbeitslosigkeit

Mittelparteien bedeutet Halbheit und Zersplitterung, Fortsetzung der Erfüllungspolitik, Vernichtung des Mittelstandes

Nationalsozialismus bedeutet schrankenlose Parteidiktatur, Ausschaltung Andersdenkender, an Stelle des verderblichen Marxismus die große Gefahr des Staats-Sozialismus

Darum wählt

die **Sammelpartei** des Bürgertums aller Stände und Berufe,
die **Vorkämpferin** gegen die Tributversklavung,
die **Hüterin** des Mittelstandes und des Privateigentums,
die **Schirmerin** von Religion, Kirche und Schule, von Familie und Sitte

die Partei, die seit ihrer Gründung 1918 die Losung:

National, christlich, sozial

auf ihre Fahne geschrieben und stets darnach gehandelt hat:

die

Deutschnationale Volkspartei

(Württ. Bürgerpartei)

Liste

6

Bismarck

sagt über den Staatsmann:

„Wir ernten, was wir nicht gesät haben, und wir säen, was wir nicht ernten werden".

„Herr v. Papen erntet, was wir gesät haben". — Das ist der Wutschrei der **nationalsozialistischen Führer,** der Grund ihrer maßlosen Hetze gegen die Reichsregierung. Sie können es nicht ertragen, daß **andere den Ruhm ernten,** Deutschland von dem Young-Plan und von der rot-schwarzen Mißwirtschaft befreit zu haben.

„Uns ist es gleich, wer Deutschland rettet: die Hauptsache ist, daß es gerettet wird" — so sagt unser Führer Hugenberg.

Wir fragen: **Welche** Haltung ist **größer?** Welche ist **selbstloser?**

Welche ist **nationaler?**

Wer ist nach dem Bismarckwort der **größere Staatsmann?**

Wer verdient Euer **Vertrauen?**

Wählt Deutschnational Liste 5

Dr. Wider, Stuttgart

Kleh, Akt. Plakatdruck, Stuttgart

Mittwoch

2.

November

abends 8 Uhr im Festsaal der Liederhalle

Deutsch-evang. Kundgebung

Hofprediger Dr. Vogel

Potsdam

„Der Luthergeist und unsere Zeit"

Mitwirkung eines Posaunen-Chors

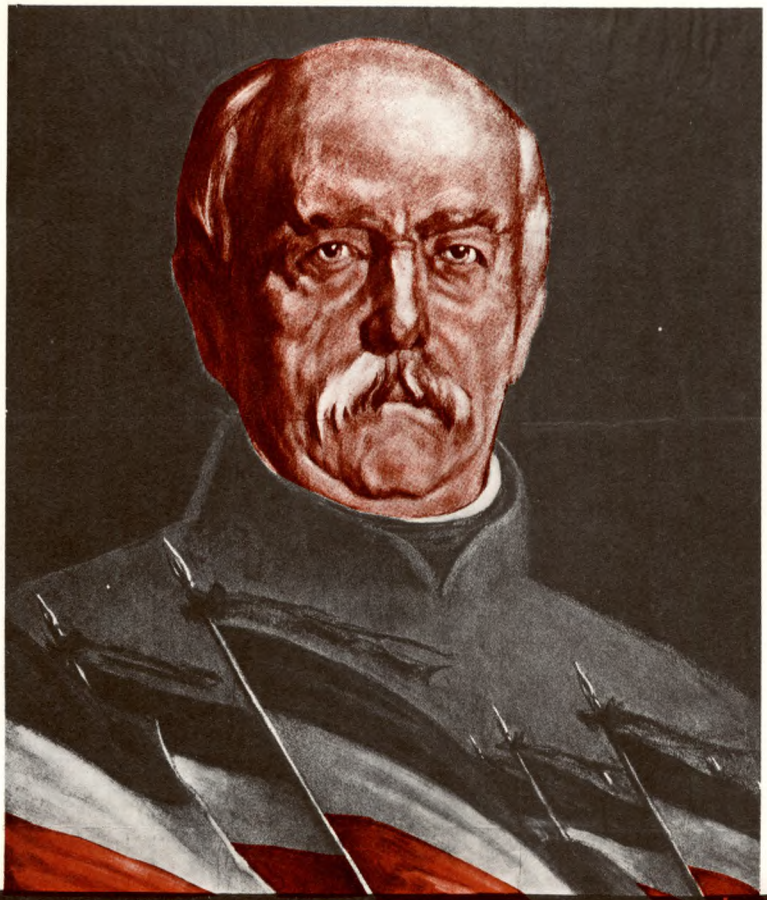
Eintritt frei!

Die christlich-nationale Einwohnerschaft
Stuttgarts wird hiezu freundlich eingeladen

Deutschnationale Volkspartei

(Württembergische Bürgerpartei)

Ernst Klett, Akt. Plakatdruck. Stuttgart



Volk, mach dich frei!

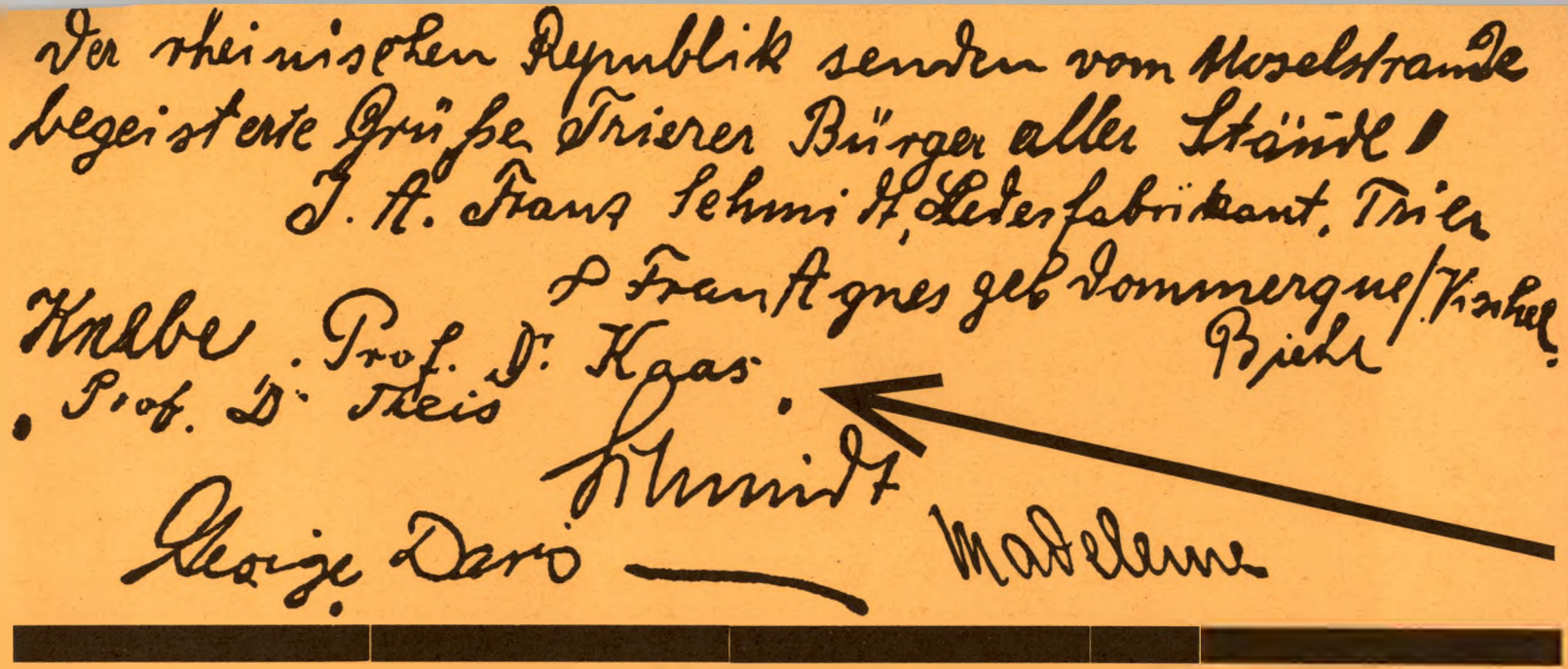
Wähle Deutschnational!

(Württembergische Bürgerpartei)

5

Liste

Bürger
wacht auf!
die Notglocke klingt
Sammelt Euch
in der einzigen Bürgerpartei, der
Deutschnationalen Volkspartei
Wählt Liste 5
J.F. STEINKOPF, DRUCKEREI, STUTTGART
HUGENDUBEL 32



Dieses Telegramm ist am 10. 3. 1919 aus **Trier** an den Zentrumsführer **Trimborn** geschickt worden.

Wer sind die deutschen Patrioten, die dieses Telegramm unterzeichnet haben?

Uns ist nur **einer** wichtig: Der Professor, jetzige

Prälat **Dr. Kaas**

der Vorsitzende der Zentrumspartei und **maßgebende Berater Brünings.**

Das sind die Führer des Zentrums!

Und dieses Zentrum wollen deutschgesinnte Männer und Frauen, bisherige Anhänger der zusammengebrochenen Mittelparteien wählen?

Nie! Es bleibt nur Liste **5**

Herausgeber: R. A. Lapple, Stuttgart.

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

Freitag, den 24. Juni, abends 8 Uhr im großen Saal des „Herzog Christoph", Christophstr. 11

Vortrag von Pfarrer i. R.

Th. Klett

über

Die Verderblichkeit des Zentrums

Zentrum und Marxismus / Zentrum und Nationalstaat
Zentrum und Katholizismus

Versäume niemand diesen Vortrag!

Jeder Deutsche muß ihn gehört haben!

Den Besuch empfehlen:
Deutschnat. Volkspartei
Stahlhelm
Nationalsoz. D. A. P.

Alldeutscher Verband
Ortsgruppe Stuttgart

Druck Klett, Abt. Buchdruck, Stuttgart

Warum bekämpft

Ludendorff

das Christentum?

Hierüber spricht in 4 öffentlichen Vorträgen im Rahmen einer T.B.-Schulungswoche **Hans Kurth,** München, Werbeleiter der Ludendorffs Volkswarte

I. **(Hauptvortrag)** am Freitag 24. Juni, abends 8 Uhr im **Saalbau Wulle**

Das Geheimnis der Priestermacht in Erziehung, Politik und Wirtschaft.

Wie verhält sich die evangelische Kirche gegenüber „Rom"?

Was fordert demgegenüber die Deutsche Gotterkenntnis?

Zu diesem Thema wird nur Geistlichen, als den berufenen Vertretern der Kirche das Wort erteilt. Die Geistlichen sind hiermit zu Aussprache eingeladen.

II. am Samstag 25. Juni, nachm. 2—5 Uhr im gelben Saal des **Bürgermuseums** Langestraße

Einführung in die Gedankenwelt der Deutschen Gotterkenntnis, mit besonderer Berücksichtigung der Kritik am Christentum.

III. am Samstag 25. Juni, abends 8 Uhr im gelben Saal des **Bürgermuseums** Langestraße

Der Seele Ursprung und Wesen nach der Weltdeutung Dr. Mathilde Ludendorffs, der Philosophin der Seele

IV. am Sonntag 26. Juni, abends 8 Uhr im **Bürgermuseum.** Langestraße

Die Vernunft in der Gottschau Dr. Mathilde Ludendorffs mit besonderer Berücksichtigung der Kindeserziehung im Sinne der Deutschen Gotterkenntnis.

Eintrittspreis für den einzelnen Vortrag 50 Pfg., Erwerbslose 20 Pfg.
Teilnehmerkarten für sämtl. Veranstaltungen RM. 1.50, Erwerbslose 50 Pfg.

Tannenbergbund e. V.

Herausgeber: v. Preuß. Staatsmin.

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

91

Volks-Kanzler

Adolf HITLER

der Führer der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung und des gesamten erwachenden Deutschlands

spricht

am Mittwoch, den 15. Februar 1933
abends 8.30 Uhr in der ausverkauften

Stadthalle

Die Rede wird auf dem Großsender Mühlacker sowie durch Lautsprecher auf den **Stuttgarter Marktplatz** übertragen. Eine halbe Stunde vor Beginn der Führer-Kundgebung gibt der Berliner Gauleiter und Reichs-Propagandaleiter

Pg. Dr. Goebbels

einen Tatsachenbericht über die Veranstaltung an die Rundfunkhörer.

Die kommende Wahl, die den Aufmarsch des deutschen Volkes dokumentieren soll, macht es jedem Volksgenossen zur Pflicht, den Mann zu hören, der jetzt die Geschicke Deutschlands bestimmt und entschlossen ist, mit neuen Mitteln und auf neuen Wegen Deutschland vom Druck der lähmenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Krise zu befreien.

Abends 7.30 Uhr beginnt ein großer Propaganda Marsch der SA. u. SS. Antreten 7.15 Uhr. Abmarsch 7.30 Uhr in der Jägerstraße. Spitze Bahnhofstraße. Der Zug führt zum Marktplatz durch folgende Straßen:
Bahnhofstraße, Hindenburgplatz, Schiller-, Neckar-, Landhaus-, Körner-, Wera, Olga, Wilhelmstraße über den Wilhelmsplatz in die Hauptstätterstraße, Leonhardsplatz in die Marktstraße zum Marktplatz: Eintreffen der SA. 8.15 Uhr.
Auf dem Marktplatz spielen 2 Musik Kapellen.

NSDAP., Kreisleitung Stuttgart

Stadt-halle

Samstag
den 19. März
abends 8 Uhr

Großer Aufmarsch

der Stuttgarter S.A. und S.G.

Es sprechen: Pg. **Röhm**

Stabschef der gesamten S.A.

Pg. **Himmler**

Reichsführer der S.G.

Pg. Graf **Helldorf**

Berlin, Gau-S.A.-Führer

Gesamte Leitung: Pg. v. **Jagow**

Gruppenführer Süd-West

Großer

Zapfenstreich

Eintritt 50 Pfg. und Mk 1.—, Erwerbslose, Werkstudenten und Kriegsbeschädigte 20 Pfg.

Vorverkauf: N.S.-Buchhandlung, Schloßstr. 41
N.S.-Geschäftsstelle, Kronenstr. 16
Zigarrenhaus Kurst, Wilhelmsplatz 1

Juden haben keinen Zutritt!

ausgeführt vom Spielmannszug und der verstärkten S.A.-Kapelle des Sturmbanns I/119 unter Leitung von Musikdirektor Franz. Gesang von 2000 S.A.-Männern unter Leitung von Pg. Gaißer

Wahl-Kund-gebung

am Samstag
den **12.** März
abends **8** Uhr
im Festsaal der
Liederhalle

Es sprechen: Pg. Dr. **Stroölin**

und Pg. Prof. **Mergenthaler**

M. d. L.

Thema:

Schluß jetzt! - Wer Hindenburg wählt,

wählt Brüning!

Das Volk will Arbeit

und Brot!

Eintritt 50 Pfg., Erwerbslose, Kriegsbeschädigte, Studenten 20 Pfg

Vorverkauf:
N.S.-Buchhandlung, Schloßstr. 41
N.S.-Geschäftsstelle, Kronenstr. 18
Zigarrenhaus Ruoff, Wilhelmsplatz 1

Juden haben keinen Zutritt

Verantwortlich für den Inhalt: Max M. K. Kronenstr. 18
Ernst Klett, Buch-Druckerei, Stuttgart

N.S.D.A.P., Ortsgruppe Stuttgart

Grosse Kundgebung

Heute in der Stadthalle

Montag 7. März, abends 8 Uhr

spricht Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald

über

Hindenburg

unser Reichspräsident

Wähler u. Wählerinnen erscheint in Massen

Eintritt frei!

Der Landesausschuß für die Hindenburg-Wahl

Stadthalle
Samstag
8 Uhr
spricht
GREGOR
STRASSER
Haut sie zusammen!
YOUNG PARTEIEN
Wählt Liste 9
National-Sozialisten
MJÖLNIR

Deutsches Volk

Du hast zu wählen

DIE BANKROTTEURE DER VERGANGENHEIT...

Andreas Stegerwald
Reichsminister a. D. Vorsitzender des Reichsverkehrsverbandes, Mitglied des Parlamentarischen Rates

Oskar Meyer
Reichsminister a. D. Mitglied des Parlamentarischen Rates

Rudolf Hilferding
Reichsminister a. D. Mitglied des Parlamentarischen Rates

Georg Bernhard
Chefredakteur a. D. Mitglied des Parlamentarischen Rates

Bernhard Weiss
Vizepräsident a. D. Mitglied des Parlamentarischen Rates

Emil Kadek Sobottka
Mitglied des Parlamentarischen Rates

Albert Grzesinski
Reichsminister a. D. Mitglied des Parlamentarischen Rates

oder

die Männer der Zukunft...

Bernhard Rust

Kurt Ullrich

Gregor Strasser

Franz Epp

Wilhelm Frick

Karl Litzmann

Adolf Hilfer
der Führer

Joseph Goebbels

Hermann Göring

Hans Schemm

Alfred Rosenberg

Her zu uns! Alle wählen LISTE 9

N.S.D.A.P. Hitler-Bewegung.

Arbeiter der Stirn und der Faust.
Gibt es euch nicht zu denken, daß nur wir

Nationalsozialisten

von allen alten Parteien und deren Presse mit Lüge u. Verleumdung wütend bekämpft werden?

Ernst Klett, Akt. Flugblattdruck, Stuttgart

Bonzen und Herrenklub mit dem Juden-

Mit dem schaffenden Volk Adolf Hitler, Liste 1

Oeffentl. Versammlung

am Dienstag 21. Februar, abends 8 Uhr im Saalbau

Dinkelacker

Eingang Hohenstaufenstraße

Es spricht Pg. Oberpostinspektor

Sprenger

M. d. R., Frankfurt a. M., Gauleiter des Gaues Hessen-Nassau-Süd und Reichsleiter der NS-Beamtenabteilung

über das Thema:

Der Tag der Abrechnung kommt!

Eintritt RM. .30.

Vorverkaufsstellen:

NS.-Buchhandlung, Schloßstr. 41
NS.-Geschäftsstelle, Goethestr. 14
Papierhandlung Rueff, Wilhelmsplatz 1
Zigarrenhaus Schöffel, Cannstatt, Königstr. 60

N.S.D.A.P., Kreisleitung Stuttgart

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

National-Sozialistische
Gastspielbühne

Berlin

Samstag 21. Mai, 8 Uhr
Liederhalle-Festsaal

„Der Wanderer"

von Pg. Dr. Goebbels

Redner: Pg. Dr. Wolter

Eintritt RM. 1. u. .60, Erwerbslose, Kriegsbeschädigte und Werkstudenten RM. —.40, Amtswalter, ehem. SA. und SS. RM. .30.

Vorverkauf: N.S.-Buchhandlung, Schloßstr. 41
N.S. Geschäftsstelle, Goethestr. 14
Zig.-Haus Rueff, Wilhelmsplatz 1
Buchhandlung Schöffel, Cannstatt, Königstr.

Juden haben keinen Zutritt!

N.S.D.A.P., Ortsgruppe Stuttgart
Goethestr. 14

Herausgeber: Maier. M. d. L., Goethestr. 14.

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

70

Riesen-Kundgebung

Am Samstag, den 22. Oktober, nachm. 5 Uhr spricht in der

Stadthalle

Dr. Goebbels

Eintritt: RM. 1. , RM. —.50.
Erwerbslose, Kriegsbeschädigte, Werkstudenten 20 Pfg.

Vorverkauf: NS Buchhandlung, Schloßstr. 41
NS.-Gauleitung, Goethestr. 14
Zigarrenhaus Rueff, Wilhelmsplatz 1
Zigarrenhaus Schöffel, Cannstatt, Königstr. 50
Buchhandlung, Rotebühlstr. 59

NSDAP., Kreisleitung Stuttgart.

Verantwortlich: Maier, M. d. L., Goethestr. 14.

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

71

Deutscher Sommer-Abend

im Garten der Silberburg
Sonntag 5. Juni, 6^{30} Uhr abends

Parteikapelle Franz mit Spielmannszug

Großer Zapfenstreich

Fackelzug

Gymnastische Vorführungen

Lampions-Umzug

mit anschließendem deutschem Tanz im Saal

Eintritt 50 Pfg., Erwerbslose, ehem. S.A. und S.S. gegen Vorzeigen des Ausweises an der Abendkasse 20 Pfg. • Vorverkauf: N.S.-Buchhandlung im Westen, Rotebühlstr. 59, Deutsche Buchhandlung, Schloßstr. 41, Zigarrenhaus Rueff, Wilhelmsplatz.

Bei schlechtem Wetter wird die Veranstaltung auf einen späteren Termin verlegt. Die Programme behalten ihre Gültigkeit.

N.S.D.A.P., Ortsgruppe Stuttgart, Bezirk Westen

Verantwortlich: Glaser, Silberburgstr. 167

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

Kampfbund für Deutsche Kultur

Kreisleitung Stuttgart

Freitag, den 11. November, abends 8 Uhr

Festsaal der Liederhalle

Deutscher Abend

Wagner-Gesänge und Ansprachen unter Mitwirkung von

Frau Maria

Rösler-Leuschning

mmersänger

Rudolf Ritter

Tenor

Kammersänger

Max Roth

Bariton

Am Flügel: **Walter Aigen**

Begrüßung im Namen des Kampfbundes für deutsche Kultur durch

Dr. Stroblin

Dr. K. Grunsky spricht über:

„Der deutsche Künstler als Mittler der deutschen Seele"

Kampfbund für deutsche Kultur
Kreisleitung Stuttgart

Eintrittspreise:

Reserv. Sitzplatz RM. 2.
nicht reserv. Sitzplatz RM. .80
Erwerbslose, Kriegsbeschädigte, Werkstudenten gegen Ausweis 30 Pfg

Vorverkaufsstellen:

Albert Auer, Calwerstr. 43
Berthold & Schwerdtner, Friedrichsstr. 51
Lausch & Zweigle, Königstr. 35
Sulze & Galler, Kanzleistr. 10
N.S.-Buchhandlung, Schloßstr. 11
N.S.-Geschäftsstelle, Goethestr. 14
Buchhandlung Rotebühlstr. 59
Papierhandlung Rueff, Wilhelmsplatz 1

in Cannstatt:

Buchhandlung Schoffel, Königstr. 60
ferner bei den Amtswaltern

Juden haben keinen Zutritt

Der Konzertflügel ist von der Firma Schiedmayer, Pianofortefabrik, Neckarstr. 12

Beamten-

Versammlung

Der Untergang des Beamtentums
Der Nationalsozialismus die Rettung

Hierüber spricht am Freitag 5. Febr., abends 8.15 Uhr
im **Stadtgartensaal** der Obersteuersekretär

Karl Linder

M. d. R., Frankfurt a. M.

Eintritt 50 Pfg.

Vorverkauf: N.S.-Buchhandlung, Schloßstr. 41
N.S.-Geschäftsstelle, Kronenstr. 18
und bei den Obmännern der Beamtengruppe

N.S.D.A.P., Ortsgruppe Stuttgart (Beamtengruppe)

Verantwortlich für den Inhalt: Max. Kronenstr. 18.

Druck: Karth. Adr. Württembergische Zeitungsverl.

74

Die Arbeiterschaft hat es satt,
sich von den politischen Bankrotteuren

der blechernen Front

noch tiefer ins Elend führen

Fort mit [illegible]ungs-

Fanatikern

Arbeiter! Her zu Hitler!

Hierüber spricht am Freitag 29. Januar, abends 8 Uhr im

Festsaal der Liederh. lle

unser Berliner Pg., der Monteur

Schuhmann

M. d. R.

Herr

Dr. Schumacher

vom Reichsbanner wird zum zweitenmal eingeladen
und ihm wiederum eine Stunde Redezeit zugesichert

N. S. D. A. P.
Ortsgruppe Stuttgart, Kronenstr. 18

Arbeiter her zu uns!

Öffentl. Versammlung

Freitag, den 5. Februar 1932, abends 8 Uhr, in der

Wilhelma Cannstatt

Redner: Pg.

Kiener

Gerberei Arbeiter, Balingen

Thema: **Arbeiterschaft und Nationalsozialismus — Die eiserne Front steht — Wir marschieren!**

Freie Aussprache!

Zur Deckung der Unkosten Eintritt 30 Pfg.
Erwerbslose gegen Ausweis 10 Pfg. Juden haben keinen Zutritt!

N.S.D.A.P.
Ortsgruppe Cannstatt

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

Herausgeber: W. Murr, M. d. R., Kronenstr.

Stadthalle

Dienstag
den 8. März
abends 8 Uhr

Es sprechen:

Adolf Hitler

und Pg. Hauptmann **Goering**

M. d. R., Berlin

Vorverkauf: N.S. Buchhandlung, Schloßstr. 41
N.S.-Geschäftsstelle, Kronenstr. 18
Zig.-Haus Rueff, Wilhelmsplatz 1

Juden haben keinen Zutritt!

Ab 7 Uhr spielt die
ges. S.A.-Kapelle

N. S. D. A. P.
Ortsgruppe Stuttgart, Kronenstr. 18

Adolf Hitler ist der Einpeitscher der sozialen Reaktion!

So lügen die **Bonzen der Sozialdemokratie und ihre knallroten Vetter aus der KPD.**

Einen Augenblick bitte! Aufgepaßt!

Wer hat den **Versailler Vertrag** unterschrieben und damit **jede soziale Lebensführung in Deutschland unmöglich gemacht?**
Wer hat die Unterschrift unter den **Dawes-Pakt** als den **„größten Sieg der internationalen Sozialdemokratie"** bezeichnet?
Unter **denselben Dawes-Pakt,** der dem deutschen Arbeitertum die **letzten Reste eines gesicherten Daseins und einer Bürgschaft für Arbeit und Brot** raubte?
Wer hat den **Achtstundentag** und das **Betriebsrätegesetz** außer Kurs gesetzt?
Wer hat die **sozialen Versicherungen** zu einer lächerlichen Farce herabgewürdigt?
Wer hat durch seine Politik die **Wirtschaft zum Erlahmen** gebracht und damit **7 Millionen Arbeiter brotlos gemacht?**
Wer hat durch **bornierte Fortsetzung der Tributpolitik** das **deutsche Bauerntum** dem internationalen Finanzkapitalismus unterworfen?
Wer hat durch eine **13jährige Verzichts-Politik** ein einst im Handel und Wandel blühendes **Reich verwüstet** und einem wirtschaftlichen Friedhof gleichgemacht?
Wer hat durch **Tolerierung des Brüning-Kabinetts** die **Löhne unter das Existenz-Minimum gesetzt?**
Wer hat den **Versicherungsgedanken** verfälscht, das **Tarifsystem gebrochen** und damit die **gesamte soziale Lebenshaltung des deutschen Volkes unter das Niveau jeder anderen Nation** heruntergesetzt?
War es die Sozialdemokratie oder war das Adolf Hitler?

Volksgenossen! Laßt Euch nicht belügen!

Adolf Hitler will das deutsche Volk in seiner **inneren Kraft** stärken, er will ihm seine **außenpolitische Freiheit** zurückgeben. Damit wird auch der **Weg gewiesen** zu einer **Wiederherstellung von Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland.**
Vom ersten Tage seines politischen Wirkens an lautet **Hitlers Parole:**

Für Freiheit, Arbeit und Brot!

Er hat diesem Prinzip in seinem 13jährigen **Kampfe wider das System** treu und unverbrüchlich gedient.
Er erklärte am 7. April in Riesen-Massendemonstrationen in Frankfurt, Darmstadt und Ludwigshafen:

„Seit 13 Jahren regieren nun das Zentrum und die Sozialdemokratie das deutsche Volk. Soziales Glück und soziale Wohlfahrt haben sie im Nov. 1918 versprochen. Das Ergebnis ist so, wie es kommen mußte.
Als ich vor einem Jahr 6 Millionen Arbeitslose prophezeite, wurde ich von diesen Parteien verlacht und als gewissenloser Hetzer hingestellt. Heute sind die 6 Millionen überschritten! Fast ⅓ der gesamten Erwerbstätigen Deutschlands ist arbeitslos! **Ich habe mit meiner Theorie, daß der Verlust der Freiheit zum Verlust der Arbeit führt, Recht behalten.** Ich sehe aber in der Verelendung des deutschen Arbeiters eine der schwersten Katastrophen nicht nur der Gegenwart sondern auch der Zukunft. Ich bin nicht Sozialist aus Mitleid, sondern aus Vernunft. Ich verstehe nicht, daß man eine Maschine pflegt, den Arbeiter aber glaubt mißachten zu können. Mein eigenes schweres Leben hat mich belehrt, daß es keinen Nationalismus geben kann, der nicht in Sorge aufgeht um das Wohl aller tätigen Menschen eines Volkes. Die Größe der Zukunft Deutschlands wird einmal davon abhängen, ob es gelingt, den deutschen Arbeiter zum tragenden Mitglied unserer nationalen Gesellschaft zu erheben. Ich kämpfe daher aus nationalem Egoismus für das Leben und die Existenz derer, die durch ihre Tätigkeit die Größe der Nation bedingen. Wehe, wenn der Arbeiter in politischer Verblendung die Wirtschaft zerstört! Wehe aber auch, wenn die Wirtschaft in unverständigem Egoismus den Arbeiter vernichtet. Ich trete ein für eine große und logische Korporation beider Faktoren. Ich habe mich deshalb schon vor 13 Jahren als Nationalsozialist bezeichnet, bin es heute und werde es bleiben, solange ich lebe."

Das ist Adolf Hitlers Wille und Weg!

Wählt Adolf Hitler!

Wer ist Illusions-Politiker?

Adolf Hitler, so schreien die **November-Parteien** und die ihnen hörigen Zeitungen.
Sie verschweigen dabei

1. daß sie im Sommer 1919 erklärten, der Versailler Vertrag sei erfüllbar,
2. daß sie im Sommer 1924 den Dawes-Vertrag für einen Silberstreifen am Horizont hielten,
3. daß sie der Meinung waren, man könne durch den Locarno-Vertrag mit Frankreich einen gerechten, ewigen Frieden abschließen,
4. daß sie, sowie

Dr. Brüning

und Herr **v. Hindenburg**

die Ansicht vertraten, der Young-Vertrag kurble die deutsche Wirtschaft an und beseitige die Arbeitslosigkeit.

Das waren Illusionen, nichts als Illusionen und das deutsche Volk hat dafür die Zeche bezahlen müssen, Adolf Hitler hat immer und überall vor diesen trügerischen falschen Vorspiegelungen gewarnt, nicht er ist verantwortlich für die deutsche Illusions-Politik, wie sie seit 1918 in unheilvoller Folge betrieben worden ist. Während die Männer des Systems das Volk täuschten und die deutsche Nation von einer Illusion in die andere führten, erhob

Adolf Hitler immer und überall seine mahnende Stimme und warnte vor den furchtbaren Folgen dieser verhängnisvollen Irrtümer. Man hat ihn verlacht und verhöhnt, aber nun steht die deutsche Nation vor dem blanken Nichts. Er hat vor der Entwaffnung, vor dem Versailler-Vertrag, vor dem Dawes-Pakt und dem Locarno-Abkommen gewarnt, er hat in breiter Form die Opposition gegen den Young Plan organisiert, er hat die Undurchführbarkeit der Notverordnungen vorgezeigt, er hat als Erster und Einziger die Gefahren der geistigen Bolschewisierung Deutschlands erkannt. Ist das, was er voraussagte, Illusion geblieben oder nicht vielmehr furchtbare Wahrheit geworden und haben sich nicht die Männer des Systems in allem, aber auch in allem getäuscht?
Wer hat nun das Recht, dem anderen Illusions Politik zum Vorwurf zu machen, Adolf Hitler oder das System?
Adolf Hitler selbst erklärte in Riesenkundgebungen in Düsseldorf, Essen, Münster:

„Wenn etwas für diesen Wahlkampf charakteristisch ist, meine Volksgenossen, dann ist es dieses, daß die Parteien des heutigen Regiments nicht auf eine einzige Leistung hinweisen können, die für sie sprechen würde, sondern ihre Zuflucht ausschließlich zu Lügen und Verleumdungen nehmen müssen. Vor 13 Jahren, vor 12 Jahren, vor 10 und 9 und 7 Jahren, vor dem Dawes-Pakt und dem Young-Plan, noch vor der letzten Notverordnung flossen sie über von Versprechungen. Jetzt können Sie nicht auf einen Erfolg hinweisen, sondern auf so furchtbare Enttäuschungen, daß sie nur kämpfen können, indem sie uns, ihre Gegner, verleumden. 13 Jahre haben sie Illusionspolitik getrieben und sind nun entlarvt. Der Ruin des deutschen Volkes beweist besser als jedes andere Geschwätz den Unsinn ihrer Theorien und politischen Ziele, die furchtbaren Illusionen ihres Handelns. Nun sollen wir plötzlich Illusionspolitiker sein. Zu dieser Behauptung hätten sie nur dann Recht, wenn das deutsche Volk, statt sie zu verjagen, ihnen abermals das Vertrauen schenken würde. Dann wäre unser Glaube an die Vernunft des deutschen Volkes eine Illusion. Ich bin aber überzeugt, daß auch hier trotz allem Lügen und Verleumden die Wahrheit endgültiger Sieger sein wird und das alte Bibelwort seine Geltung behält: Nicht an den Lügen und Verleumdungen, sondern an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Ihre Früchte heißen aber: Not, Elend, Zusammenbruch, Verschuldung, Volkszerfall und Volksverfall auf allen Gebieten."

So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Wer das Gegenteil behauptet, ist ein feiger Lügner und Verleumder.
Und nun entscheidet Euch, deutsche Männer und Frauen, wem Ihr das Schicksal des Reiches in die Hand geben wollt:
den Illusionspolitikern des Systems oder dem Mann, der seit 1918 unermüdlich die Wahrheit sagte, auch wenn sie bitter und fast unerträglich war.

Wählt Adolf Hitler

Druck: Ernst Klett, Akt. Plakatdruck, Stuttgart

Oeffentliche Kundgebung

Mittwoch 1. März, abends 8¼ Uhr in der

Stadthalle

Rechtsanwalt Pg. Dr.

Frank II

M.d.R., München, der 2. Vorsitzende im Untersuchungsausschuß des Reichstags

spricht über das Thema:

„Versetzt am 5. März dem Marxismus den Todesstoß — Wer Zentrum wählt — wählt Marxismus!“

Saalöffnung 6.30 Uhr. Ab 7 Uhr spielt die gesamte SA. Kapelle.

Die SA. vom Sturmbann I und II/119, H.J. (älterer Jahrgang), SS. und die in der Stadthalle keinen Dienst habenden Amtswalter treten am Wilhelmsplatz 7 Uhr an und marschieren 7.15 Uhr durch folgende Straßen: Katharinen- — Olga- — Wera- — Hack- — Stöckach- — Werderstraße in die Stadthalle.

Nach Schluß der Kundgebung Antreten der gesamten SA., SS., HJ., Amtswalter in der Neckarstraße. Die Zivilpersonen marschieren ebenfalls im Zug mit und zwar zwischen HJ. und der am Schluß marschierenden SS. Als Ordner haben die gesamten Amtswalter einzutreten.

Marsch durch die Neckar- — Schiller- — Konigstraße — Planie — Kirchstraße auf den Marktplatz. Dort Auflösung.

Eintritt: Ref. Stehplätze RM. 1. , nicht ref. RM. .50, Erwerbslose, Werkstudenten, Kurzarbeiter gegen Ausweis RM. .30.
Vorverkaufsstellen: NS. Buchhandlung, Schloßstr. 61, NS. Geschäftsstelle, Goethestr. 14, Papierhandlung Rueff, Wilhelmsplatz 1 Zigarrenhaus Schöffel, Cannstatt, Königstr. 50.
Für Kriegsbeschädigte sind besondere Plätze zum Preis von RM. .50 reserviert und sind in den oben angegebenen Verkaufsstellen zu haben.

NSDAP., Kreisleitung Stuttgart

Ernst Klett, Abt. Plakatdruck, Stuttgart

Auf zum Tag der erwachenden Nation!

Im gigantischen 14jährigen Ringen hat Adolf Hitler die Herrschaft des Marxismus in Deutschland gebrochen.

Die Fesseln sind gesprengt! Die Nation steht auf! Adolf Hitler soll regieren!

Jetzt naht die Stunde der Abrechnung!

Am Vorabend der letzten Entscheidung, 4. März 1933, wird der eherne Marschtritt der braunen Bataillone das deutsche Volk zum

Tag der erwachenden Nation

aufrütteln. Auf Plätzen, fernher und von den Bergen herab werden die Flammen der deutschen Freiheit auflodern.

Fahnen heraus! Massen heraus!

Von der blutenden Ostgrenze aus Königsberg wird das ganze Volk die Stimme des Reichskanzlers über alle deutschen Sender vernehmen!

Das Deutsche Stuttgart hört diese Rede bei der **Riesenkundgebung am Samstag, den 4. März** auf dem **Marktplatz.** Von 7.50 bis 8.30 Uhr spricht **Pg. Wilhelm Dreher,** M. d. R., Ulm. Ab 8.30 Uhr **Uebertragung** der Hitler-Rede durch **Groß-Lautsprecher.** Der Fackelzug kommt durch folgende Straßen:

Antreten 6.45 Uhr. Abmarsch vom Marienplatz, Marsch durch die Filder- — Lehen- — Tulpen- — Immenhofer- — Mozart- — Bopser- — Wilhelmstr. — Wilhelmsplatz — Katharinen — Olga- — Charlottenstr. — Charlottenplatz — Planie — Dorotheen- — Münzstr. zum Marktplatz. Eintreffen auf dem Marktplatz 7.50 Uhr.

N.S.D.A.P., Kreisleitung Stuttgart.

Erläuterungen zu den Plakaten

KPD, 75. Geburtstag von Clara Zetkin am 5. Juli 1932 **1**

Wenige Wochen vor den Reichtstagswahlen am 31. Juli 1932, die zu einem spektakulären Erfolg der Nazis führten, nahmen die Stuttgarter Kommunisten den 75. Geburtstag von Clara Zetkin zum Anlass, die Ehrung der Parteiveteranin mit einer antifaschistischen Demonstration zu verbinden. Die führende marxistische Theoretikerin und Vorkämpferin der sozialistischen Frauenbewegung lebte seit dem Fall der Sozialistengesetze im Jahr 1890 in Stuttgart, zunächst als Redakteurin der hier erscheinenden sozialdemokratischen Frauenzeitung «Die Gleichheit». Nach der Gründung der KPD übernahm sie eine Vielzahl von politischen Funktionen und hielt sich nur noch selten in ihrem Sillenbucher Haus auf. (Vergleiche dazu auch den Aufsatz über Clara Zetkin in diesem Katalog.)

KPD, Solidaritätstag 13. Juni 1931 **2**

Zum politischen Stil der kommunistischen Partei gehörten zentral organisierte Kampagnen, die reichsweit oder international, wie hier der Solidaritätstag der IHA (Internationale Arbeiterhilfe), organisiert wurden. Die Liste der aufrufenden Gruppierungen zeigen die Spannbreite der kommunistischen Organisationen. Viele sind als kommunistische Abspaltungen von ursprünglich sozialdemokratisch orientierten Vereinigungen der Arbeiterbewegung entstanden, so die «Naturfreunde-Opposition» oder die «Revolutionäre Gewerkschaftsopposition» (RGO).

KPD, Stuttgart, Gemeinderatswahl 6. Dezember 1931 **3**

Das kommunistische Plakat für die Gemeinderatswahl vom Dezember 1931 stellt der von der Weltwirtschaftskrise gezeichneten deutschen Wirtschaft die propagandistisch verklärten Verhältnisse in der Sowjetunion gegenüber.

KPD-Wochenzeitung «Schwäbisches Echo» **4**

Die kommunistische Wochenzeitung «Schwäbisches Echo» hatte wie die Redaktion der täglich erscheinenden «Süddeutschen Arbeiterzeitung» ihren Sitz in der Geissstrasse 4 beim Hans-im-Glück-Brunnen.

KPD Stuttgart – Reichspräsidentenwahl
1. Wahlgang am 13. März 1932

Einen Tag nach Adolf Hitler, dem Kandidaten der Nationalsozialisten kam Ernst Thälmann, der Vorsitzende der KPD als Präsidentschaftskandidat in die Stuttgarter Stadthalle. Wieder einen Tag später sprach in derselben Halle Theodor Düsterberg als Kandidat von Deutschnationalen und «Stahlhelm». Die alte Stuttgarter Stadthalle stand in der Werderstrasse auf dem Gelände des heutigen Süddeutschen Rundfunks. – Der Hamburger Transportarbeiter Ernst Thälmann trat 1903 der SPD bei. Nach der Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der bis dahin schwachen KPD trat Thälmann 1920 an die Spitze der Hamburger Kommunisten. 1925 übernahm er im Anschluss an schwere parteiinterne Konflikte den Vorsitz der KPD; im selben Jahr trat er als Bewerber bei den Präsidentschaftswahlen gegen Hindenburg an. Der Name Thäl-

mann ist eng mit der Stalinisierung der Kommunistischen Partei in Deutschland verknüpft. 1932 dann unterlag er Hindenburg aufs Neue bei den Präsidentschaftswahlen (zweiter Wahlgang: 10,2 Prozent für Thälmann und 53 Prozent für Hindenburg). Zwei Tage vor der Reichtstagswahl, am 3. März 1933, begann Thälmanns Leidensweg durch verschiedene Zuchthäuser und KZ's, im Sommer 1944 wurde er, wahrscheinlich auf persönlichen Befehl Hitlers, im Konzentrationslager Buchenwald ermordet.

KPD Stuttgart, 31. Mai 1931 **6**

Gewalttätige Auseinandersetzungen häuften sich nicht nur auf der Strasse, auch in den Plenarsälen der Parlamente kam es zu Schlägereien. Vorfälle dieser Art wurden propagandistisch ausgeschlachtet.

Antikriegskomitee Gross-Stuttgart,
13. Juli 1931 **7**

Solidarität mit der nach dem Bürgerkrieg und Interventionen fremder Mächte aussenpolitisch isolierten Sowjetunion, war ein in der KPD-Propaganda immer wieder auftauchender Begriff. Trotz der Bestimmungen des Versailler Vertrags, der einen Verzicht auf schwere Waffen und eine Begrenzung der Reichswehr auf 100'000 Mann vorsah, gab es immer wieder Skandale, als geheime Aufrüstungspläne der Reichswehr bekannt wurden. Bei dieses vertragswidrigen Rüstungsaktivitäten fand die Reichswehr in den zwanziger Jahren einen Partner in der Roten Armee. Das prokommunistisch orientierte Antikriegskomitee jedoch sah in diesen Aufrüstungsvorbereitungen in erster Linie eine Bedrohung der Sowjetunion.

KPD, Stuttgart, 7. April 1932 **8**

Der ehemalige Mannheimer Stadtpfarrer Eckert, ursprünglich ein führender Vertreter der mit der Sozialdemokratie sympathisierenden religiösen Sozialisten, wechselte im Herbst 1931 von der SPD zur KPD; ein aufsehenerregender Schritt.

KPD, Komitee werktätiger Frauen, Stuttgart 4. März 1931

Wie jedes Jahr veranstaltete die KPD mit ihrer Frauenorganisation auch 1932 eine Kundgebung anlässlich des traditionellen «Internationalen Frauentags», der auch heute noch gefeiert wird. Dieser Frauentag geht auf eine persönliche Anregung Clara Zetkins zurück.

KPD Stuttgart, Reichstagswahl,
5. März 1933 **10**

Diese Kundgebung mit Wilhelm Pieck (später der erste Staatspräsident der DDR), drei Tage vor den Reichstagswahlen am 5. März 1933, fiel dem Verbot zum Opfer. Gestützt auf die von Reichspräsident Hindenburg am 28. Februar unmittelbar nach dem Reichstagsbrand erlassene Notverordnung zum «Schutze von Volk und Staat», verbot die württembergische Staatsregierung sämtliche kommunistischen Versammlungen. Zeitungen, Flugblätter und Plakate wurden beschlagnahmt.

KPD Württemberg, 3. September 1932 **11**

Noch unter dem gemeinsamen Dach der Sozialistischen Internationale vor dem Ersten Weltkrieg, fand 1907 in Stuttgart ein internationaler Sozialistenkongress statt. Am 25. Jahrestag beriefen sich die verfeindeten Arbeiterparteien SPD und KPD in getrennten Kundgebungen auf die Tradition dieses Treffens. Zum Rahmenprogramm der kommunistischen Veranstaltung gehört das Stück des damals in der Zeppelinstrasse lebenden Arztes und Schriftstellers Friedrich Wolf «Von New York bis Schanghai».

KPO Stuttgart, 21. August 1931 **12**

Die kritiklose Anlehnung der KPD an das Modell Sowjetunion und die Bekämpfung der Sozialdemokratie als «Sozialfaschisten» führte am Ende der zwanziger Jahre zu parteiinternen Konflikten und Ausschlüssen. Die Gründung der KPD-Opposition im Jahr 1928 – kurz KPO genannt – war die Folge. Sie wollte die Kluft zwischen SPD und KPD überbrücken. Einer ihrer führenden Köpfe, August Thalheimer, war während des Ersten Weltkriegs und zur Zeit der November-Revolution in Stuttgart aktiv. Hier war die KPO stärker als in anderen Städten. Besonders unter den Metallarbeitern fand sie Anhänger. In Frankreich und in der Schweiz bildeten sich ähnliche kommunistische Splitterorganisationen.

SAP Stuttgart, 22. Januar 1932 **13**

Im Herbst 1931 spaltete sich die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) von der SPD ab. Die von vielen Anhängern des linken Flügels der Sozialdemokratie abgelehnte Tolerierung der Politik des Zentrumskanzlers Brüning war der ausschlaggebende Anlass. Der Bruch war am Ende auf eine Fülle von nicht mehr überbrückbaren theoretischen und praktischen Gegensätzen in der Partei zurückzuführen. Abgesehen von einzelnen Städten in Sachsen und Schlesien konnte die SAP kaum Fuss fassen. In Stuttgart blieb sie bedeutungslos.

SAP, KPO Stuttgart, 18. 2. 1932 **14**

Trotz der wachsenden Erfolge der NSDAP kam es zu keiner Annäherung zwischen KPD und SPD. Die «Splitter» der beiden Massenparteien, KPO und die SAP, versuchten dagegen zusammenzuarbeiten. Auf einer gemeinsamen Stuttgarter Veranstaltung im Februar 1932 trat für die SAP Fritz Rück auf, der im November 1918 als führender Vertreter des Spartakus-Bundes einer der wichtigsten Akteure der Revolution in Württemberg gewesen war.

Eiserne Front Stuttgart, 21. Februar 1932 **15**

Die Eiserne Front, im Herbst 1931 gegründet, fasste als Dachorganisation den republikanischen Kampfverband «Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold», den sozialdemokratisch orientierten Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ADGB und die übrigen mit der SPD sympathisierenden Organisationen der Arbeiterbewegung zusammen. Die Hammerschaften als Formation des ADGB, verdanken ihren Namen den kiloschweren Vorschlaghämmern, die sie als Erkennungszeichen bei Demonstrationen auf der Schulter mit sich trugen. Nationalrat Julius Deutsch war der Führer des Republikanischen Schutzbunds Deutsch-Österreich, der Kampforganisation der Österreichischen Sozialistischen Partei.

Der republikanische Schutzbund hatte im Gegensatz zur Eisernen Front eine stärker militärische Ausrichtung. Im Februar 1934 kam es zu blutigen Kämpfen zwischen dem Schutzbund und der austrofaschistischen Heimwehr des österreichischen Bundeskanzlers Dollfuss, die mit der Niederlage und der anschliessenden Verfolgung der österreichischen Sozialisten endete.

Schuhhaus Strohm, 1931 **16**

Geist und Ungeist der Zeit wurde auch kommerziell ausgeschlachtet, hier ganz offensichtlich von einem Spassvogel.

KPD, Ortsgruppe Cannstatt,
27. Februar 1931 **17**

Neben den vollständig gedruckten Plakaten gab es auf der unteren politischen Ebene auch sogenannte Einschreibeplakate, auf denen der Rahmen vorgedruckt war und die lokalen Hinweise für die jeweilige Veranstaltung von Hand eingetragen wurden.

KPD, Bezirk Württemberg, Reichstagswahl
14. September 1930 **18**

Hermann Remmele war von 1928 bis 1932 einer der führenden Männer der Kommunistischen Partei. In seiner Wahlkampfrede in Stuttgart ging er auf die Auseinandersetzung zwischen den Nationalsozialisten der pseudo-sozialistischen Gruppe um die Gebrüder Strasser und der NSDAP unter Hitler ein. Diese Spaltung bot der KPD die Möglichkeit, die angeblich sozialistischen Tendenzen in der NSDAP zu attackieren. Interessant an diesem Plakat ist, dass es in der «Farbe» der SPD erschien. – Als Konsequenz eines Machtkampfs mit Ernst Thälmann musste Remmele 1932 das KPD-Sekretariat verlassen. In der sowjetischen Emigration war er 1934 gezwungen, Selbstkritik zu üben. Nach seiner Verhaftung 1937 im Zuge der Stalinschen Säuberungen galt er als verschollen.

Eiserne Front, Stuttgart, Reichspräsidentenwahl,
1. Wahlgang, 13. März 1932 **1 9**

Neben den Angriffen auf Hitler bestimmte der Kampf gegen Thälmann die Wahlaussagen der SPD und damit auch der Eisernen Front. Die SPD hatte sich für eine Unterstützung der Wiederwahl Hindenburgs entschlossen, weil sie befürchtete, Hitler könne bei einer weiteren Aufsplitterung der Stimmen zum Reichspräsidenten gewählt werden. Sie versuchte deshalb, auch potentielle KPD-Wähler vor dieser Gefahr zu warnen.

SPD, Kreis Stuttgart, Landtagswahl 2 4. April 1932 **20**

Die SPD führte ihren Kampf zu den Landtagswahlen 1932 hauptsächlich gegen NSDAP und KPD, weil sie davon ausging, dass ein starker Stimmenanteil dieser beiden Parteien zu einem arbeitsunfähigen Landtag führen würde. Die Folge wäre in ihren Augen eine nicht mehr vom Parlament kontrollierte Regierung der Bürokratie gewesen, die nicht im Interesse der Arbeiter hätte liegen können.

SPD, Stuttgart, Landtagswahl 24. April 1932 **21**

Seit 1920, abgesehen von einem kurzen Zwischenspiel im Jahr 1923, war die SPD nicht mehr in der württembergischen Regierung vertreten. Wegen der Zusammensetzung des Landtags, insbesondere durch die starke Stellung des deutschnational orientierten Bauern- und Weingärtnerbundes, spielten die Fragen der Agrarpolitik eine wesentliche Rolle im Parlament. Die Probleme der Städte und ihrer Bevölkerung blieben dagegen zweitrangig. 1932 war es das Ziel der SPD, den Interessen der Industriearbeiter auch im Landtag wieder mehr Geltung zu verschaffen.

Eiserne Front, Stuttgart, Reichstagswahl 31. Juli 1932 **22**

Ein Höhepunkt des Wahlkampfs der SPD und der Eisernen Front war der Auftritt des Fraktionsführers der Sozialdemokraten im Reichstag, Rudolf Breitscheid, der sich gegen die konservative Präsidialregierung unter von Papen und die aufstrebende NSDAP Hitlers wandte. Erstmals erschienen auf den Plakaten die drei Pfeile der Eisernen Front als Symbol für die drei in ihr zusammengefassten Organisationen Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (republikanisch), Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund ADGB (sozialdemokratisch orientiert) und die übrigen mit der SPD sympathisierenden Vereine, vor allem die Arbeitersportler. Die Eiserne Front wurde in Württemberg am 13. März 1933 von den Nationalsozialisten verboten. Im August 1933 bürgerte die deutsche Reichsregierung den zunächst in die Schweiz und dann nach Frankreich emigrierten Breitscheid aus. Nach der Kapitulation Frankreichs 1940 interniert, wurde Breitscheid von der Polizei der Vichy-Regierung, die mit den Deutschen kollaborierte, an die Gestapo ausgeliefert. 1943 kam er im Konzentrationslager Buchenwald um.

Eiserne Front, Stuttgart, Reichstagswahl 31. Juli 1932 **23**

Zu dieser Reichstagswahl fanden in vielen Stadtteilen Versammlungen der Eisernen Front statt. Allein am Wochenende zwischen dem 22. und 24. Juli brachte sie es auf acht Veranstaltungen, bei denen sie gegen den «Putsch» Papens und Hindenburgs demonstrierten, die am 20. Juli die preussische Regierung des Sozialdemokraten Otto Braun mittels einer Notverordnung abgesetzt hatten. Der Slogan «Es lebe die Freiheit» hat hier einen direkten politischen Bezug.

Eiserne Front, Stuttgart, Reichstagswahl 31. Juli 1932 **24**

Den Abschluss des Wahlkampfs bildete eine Grosskundgebung in der Stadthalle, auf der die verschiedenen Organisationen der Eisernen Front noch einmal ihre Macht demonstrierten. Auch diese Veranstaltung stand noch ganz unter dem Eindruck der preussischen Vorgänge, die hier als Verfassungsbruch bezeichnet sind.

Eiserne Front, Stuttgart, 2 2. September 1932 **25**

Auch zwischen den Wahlen aktivierte die Eiserne Front ihre Mitglieder gegen die Politik der Reichsregierung unter Papen, die in ihren Augen mit den Interessen der Arbeiter nicht vereinbar war. Aussergewöhnlich an dieser Veranstaltung war der gemeinsame Auftritt von deutschen und französichen Sozialisten.

Eiserne Front, Stuttgart, vermutlich Juli 1932 **26**

In ihrem Kampf gegen die Nationalsozialisten hat die SPD die angebliche Arbeiterpartei NSDAP immer wieder angegriffen. Mit Zitaten führender Nationalsozialisten sollte deren arbeiterfeindliche Sozialpolitik belegt werden.

SPD, Stuttgart, Reichstagswahl 6. November 1932 **27**

Der Hauptgegner der SPD in diesem Wahlkampf war, wenigstens in Stuttgart, neben der NSDAP die KPD, da die Sozialdemokraten befürchten mussten, weitere Stimmen an die Kommunisten zu verlieren. Die Argumentation auf diesem Plakat richtet sich gegen die Haltung der KPD in der Frage des Versailler Vertrags, wobei die SPD der KPD vorwarf, ins nationalsozialistische Fahrwasser geraten zu sein.

Eiserne Front, Stuttgart, Reichstagswahl 6. November 1932 **28**

Mit der Rede von Paul Löbe am 24. Oktober 1932 in der Stadthalle begann für Stuttgart die heisse Phase des Wahlkampfs. Löbe war, mit einer kurzen Unterbrechung im Jahr 1924, von 1920 bis 1932 Reichstagspräsident. Bei den Wahlen im Juli 1932 übertrafen dann die Nationalsozialisten die Sozialdemokraten, die als stärkste Partei mit Hermann Göring den neuen Reichstagspräsidenten stellten. Während des Dritten Reichs zweimal inhaftiert, eröffnete Paul Löbe als Alterspräsident 1949 die Konstituierende Sitzung des Ersten Deutschen Bundestags.

SPD, Stuttgart, Reichstagswahl 5. März 1933 **29**

Nachdem Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt worden war, hatte die SPD die Möglichkeit, die hochtrabenden Versprechungen der NSDAP an der Regierungspraxis zu messen. Als «Volksbetrug» bezeichnete die SPD dabei nicht eingehaltene Versprechen wie etwa die Beibehaltung der Notverordnungen Papens, deren Aufhebung innerhalb von 24 Stunden angekündigt war.

SPD, Stuttgart, Reichstagswahl 5. März 1933 **30**

Die Wahlkampfaktivitäten der demokratischen Parteien wurden bereits im Februar sehr stark durch administrative Massnahmen behindert. Die SPD wollte sich keinesfalls dem Druck der NSDAP beugen. Daher der dramatische Appell an den Kampf für die Freiheit.

Eiserne Front, Stuttgart, Reichstagswahl 5. März 1933 **31**

Den Abschluss des SPD-Wahlkampfs bildete am 4. März 1933 ein Generalappell der Eisernen Front, auf dem Kurt Schumacher die Hauptrede hielt. Die Veranstaltung konnte zwar noch durchgeführt werden, der An- und Abmarsch der Teilnehmer in geschlossenen Formationen war jedoch verboten worden. Diese Kundgebung sollte für zwölf Jahre die letzte Veranstaltung der SPD und ihrer Organisationen in Stuttgart sein. An der Gründung der gegen den Nationalsozialismus gerichteten «Eisernen Front» hatte Kurt Schumacher, seit 1930 Stuttgarter SPD-Vorsitzender und Reichstagsabgeordneter, massgeblichen Anteil. Als entschiedener Gegner der NSDAP musste er seine Gesinnung mit jahrelanger KZ-Haft büssen. (Vergleiche dazu unseren Aufsatz zu Kurt Schumacher).

SPD, Stuttgart, Reichstagswahl 14. September 1930 **32**

Die SPD wertete den politischen Radikalismus der NSDAP und die antirepublikanische Haltung der KPD als eine Gefahr für die Demokratie und als Bedrohung der sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung. Mit diesem SPD-Plakat werden die Kommunisten beschuldigt, Wegbereiter der Nationalsozialisten zu sein: Hakenkreuz und Sowjetstern werden auf eine Ebene gestellt.

SPD, Stuttgart, Reichstagswahl 14. September 1930 **33**

Mit diesem Plakat kritisiert die SPD das militaristische Gehabe und die kriegerischen Töne der NSDAP. Sie erinnerte damit daran, dass der nationalsozialistischen Glorifizierung des «Frontkämpfers» zum Trotz viele führende Nationalsozialisten die Schrecken des Krieges nicht am eigenen Leib erfahren haben.

SPD, Stuttgart, Reichstagswahl 14. September 1930 **34**

Immer wieder versuchte die SPD die Schlagworte der NSDAP zu entlarven: Weder sei sie eine Arbeiterpartei, noch sei sie sozialistisch oder auch nur national, heisst es hier. Bemerkenswert, dass die Sozialdemokraten hier die Fraktur als den Schrifttyp der nationalsozialistischen Plakate übernehmen.

SPD, Stuttgart, Reichstagswahl 31. Juli 1932 **35**

Der seltenere Fall einer Karikatur als Plakatmotiv. Hitler erhielt bei diesen Wahlen im Reichsdurchschnitt 37 Prozent, in Stuttgart 27,2 Prozent der Stimmen.

Zentrum, Stuttgart, Landtagswahl 2 4. April 1932 **36**

Seit dem Sturz der Monarchie war das Zentrum an der württembergischen Regierung massgeblich beteiligt. Die katholische Sammlungsbewegung stellte mit Eugen Bolz seit 1928 auch den Staatspräsidenten. Im Vergleich zum Reich hatte das Zentrum in Württemberg eine deutlich konservative Ausprägung. Das zeigte sich vor allem seit 1924 im Regierungsbündnis mit den württembergischen Deutschnationalen. Der württembergische Grenzpfahl in der Mitte des Plakats als Symbol eines Bollwerks gegen den Radikalismus sollte sich jedoch als trügerisch erweisen: der deutschnationale Koalitionspartner des Zentrums stellte sich auch im württembergischen Landtag im März 1933 an die Seite der Nationalsozialisten.

Zentrum, Stuttgart, vermutlich Reichstagswahl
5. März 1933 **37**

Den Plakaten des Zentrums fehlt der Parolencharakter; ein Zeichen der starken konfessionellen Bindung der Wähler an ihre Partei, die so auf einen forcierten propagandistischen Aufwand verzichten konnte.

Zentrum, Stuttgart, Reichstagswahl 6. November 1932 **38**

Im überwiegend protestantischen Stuttgart war die Position des Zentrums relativ schwach; die Katholiken stellten nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung. Das Wahlergebnis dieser katholischen Volkspartei hielt sich während der ganzen Weimarer Zeit bei einem Stimmenanteil von zehn Prozent erstaunlich konstant. Öffentliche Veranstaltungen des Zentrums hatten Seltenheitswert. Der Hauptredner der Wahlkampfveranstaltung hier, der bayerische Ministerpräsident Held, gehörte der Bayerischen Volkspartei an, die mit dem Zentrum zwar zusammenarbeitete, zur Republik dagegen ein distanziertes Verhältnis hatte. Von ihrer konfessionellen Bindung abgesehen, stand die Bayerische Volkspartei den Deutschnationalen nahe.

Hindenburg-Ausschuss, Gross-Stuttgart, Reichspräsidentenwahl, 1. Wahlgang, 10. April 1932 **39**

Da Hindenburg bei seiner Wiederwahl zum Reichspräsidenten im ersten Wahlgang am 13. März äusserst knapp die absolute Mehrheit verfehlt hatte, musste am 10. April wieder gewählt werden. Der umstrittene Krisenkanzler Heinrich Brüning setzte sich bei seiner Deutschlandsreise am 5. April 1932 auch in Stuttgart für die Wiederwahl des Marschall-Präsidenten ein. Wenige Wochen nach Hindenburgs Wahlsieg fiel Brüning allerdings in Ungnade. Die Konsequenz seines Rücktritts war, dass die politische Labilität der Republik in jenen Jahren weiter zunahm und schliesslich in der Kanzlerschaft Adolf Hitlers endete. – Der promovierte Volkswirt Heinrich Brüning begann nach dem Ersten Weltkrieg, den er als Infanterieoffizier mitgemacht hatte, im Jahr 1920 seine politische Laufbahn als Geschäftsführer der Katholischen Christlichen Gewerkschaften, eine Funktion, die er bis zu seiner Ernennung zum Reichskanzler am 28. März 1930 ausübte. Damit löste Brüning, der seit 1924 als Abgeordneter des Zentrums im Reichstag sass, den Sozialdemokraten Hermann Müller ab. Müllers Kabinett der «Grossen Koalition» von der DVP bis zur SPD war die letzte Reichsregierung, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen konnte. Brüning dagegen musste mit Notverordnung des Reichspräsidenten nach Artikel 48a der Weimarer Verfassung ohne formelles Koalitionsbündnis regieren. Sein Konzept, der galoppierenden Krise mit Kürzungen der Löhne, Gehälter und sozialen Leistungen bei gleichzeitigen Steuererhöhungen Herr zu werden, war äusserst umstritten. Davon profitierten die Gegner der Weimarer Republik.

DDP, Landesverband Württemberg, 6. Januar 1933 **40**

Mit dem heute noch üblichen «Drei-Königs-Treffen» begann die liberale Deutsche Demokratische Partei Württembergs das politische Jahr 1933. Die Veranstaltung, auf der neben dem Landesvorsitzenden Peter Bruckmann auch der Vorsitzende der Reichsorganisation, Hermann Dietrich sprach, war gekennzeichnet vom Niedergang der einstmals starken DDP zur politischen Bedeutungslosigkeit. Ausserhalb Württembergs nannte sich die DDP «Deutsche Staatspartei». Die württembergischen Liberalen hatten sich 1930 geweigert, den Begriff «Staatspartei» mit zu übernehmen.

DDP, Landesverband Württemberg, Reichstagswahl 6. November 1932 **41**

Zu den Reichstagswahlen im November 1932 setzte die DDP auf die Popularität ihres Spitzenkandidaten Reinhold Maier, der seit Januar 1930 nach heftigen innerparteilichen Konflikten als

Vertreter der schwäbischen Demokraten im Kabinett des Zentrums-Staatspräsidenten Bolz Wirtschaftsminister war. Als einer von zwei Kandidaten der DDP wurde Maier am 6. November in den Reichstag gewählt. Nach dem Krieg war er der erste Ministerpräsident Württemberg-Badens und von 1952 bis 1953 der erste Ministerpräsident des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg. (Dazu auch unser Katalogbeitrag über Reinhold Maier.)

DDP, Landesverband Württemberg, Reichstagswahl 5. *März 1933* **42**

Die Märzwahlen des Jahres 1933 standen bereits unter dem Zeichen des braunen Terrors und waren damit kaum noch legal zu nennen. Wieder kandidierte Reinhold Maier an erster Stelle der Liste für Württemberg. Eindringlich versuchte die DDP ihren ehemaligen Wählern, nun meist Parteigänger der NSDAP, deutlich zu machen, mit welchen Gefahren die Demokratie konfrontiert sei. Die Schwächung der DDP war zu diesem Zeitpunkt schon so weit fortgeschritten, dass sie zur Wahl eine Listenverbindung mit der SPD eingehen musste, um überhaupt wieder im Reichstag vertreten zu sein. – Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 hatte die DDP in Stuttgart noch stolze 33,2 Prozent der Stimmen erhalten, im März 1933 war sie hier auf 3,1 Prozent zusammengeschmolzen.

Gross-Stuttgarter Frauen-Ausschuss, Reichstagswahl 31. Juli 1932 **43**

Eine Besonderheit des politischen Lebens war der Gross-Stuttgarter Frauen-Ausschuss, der sich überwiegend aus Frauen bürgerlicher Herkunft zusammensetzte. Man versuchte hier, die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau durchzusetzen und über frauenfeindliche Strömungen in den etablierten Parteien aufzuklären. Im Dezember 1931 kandidierte die Frauenliste für den Gemeinderat, konnte aber keinen Sitz erringen. Zur Reichstagswahl im Juli 1932 attackierten die Frauen die Vorstellungen der rechten Parteien, die sie wieder auf ihre traditionelle Rolle im Heim und am Herd festlegen wollten.

DVP, Stuttgart, Reichspräsidentenwahl 1932 **44**

Die rechtsliberale Deutsche Volkspartei einigte sich mit den Parteien der «Weimarer Koalition», SPD, Zentrum und DDP, auf die Unterstützung der Wiederwahl des bisherigen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Auch sie befürchtete einen Sieg Hitlers. Die monarchistisch eingefärbte DVP war damit die einzige reichsweite Partei, die den ehemaligen kaiserlichen Marschall sowohl 1925 wie auch jetzt unterstützte.

DVP, Stuttgart, Reichstagswahl, 6. November 1932 **45**

Die DVP hat nach dem Tod von Gustav Stresemann (1929), als Reichsaussenminister Konstrukteur der deutsch-französischen Verständigung, in der nun beginnenden Krise immer weniger Anklang beim Wähler gefunden. Mangelnde politische Orientierung und schliesslich ein Rechtsruck aus Hilflosigkeit kennzeichnen den Niedergang dieser Partei. Der DVP gelang es nicht, zwischen Republik und monarchistischem Erbe einen festen Standort zu finden. Trotz des schwarz-weiss-roten Anstrichs und markiger Appelle wie hier «durch die Tat, nicht durch Worte», verlor sie – auch in Stuttgart – fast alle Wähler an die Nationalsozialisten. Die auf dem Plakat angekündigte Kundgebung mit dem Reichstagsabgeordneten Dr. Hugo musste kurzfristig abgesagt werden.

CVD, Stuttgart, Reichstagswahl 31. Juli 1932 **46**

Eine württembergische Spezialität war der Christliche Volksdienst, eine zwar reichsweit auftretende orthodox-protestantische Partei, die aber ihre Wurzeln vor allem im schwäbischen Pietismus hatte. Nach Gewinnen bei den Wahlen der Jahre 1928 und 1930 in den evangelischen Landesteilen verlor er später den Grossteil seiner Stimmen an die NSDAP.

CVD, Stuttgart, Reichstagswahl 5. März 1933 **47**

Seit 1932 hatte der Christliche Volksdienst, beziehungsweise der Christlichsoziale Volksdienst (CSVD), wie er sich reichsweit nannte, schwere Verluste hinnehmen müssen. So gab es in Württemberg Pläne, nach den Landtagswahlen im April 1932 vorübergehend eine «evangelische» Koalition zu bilden, in der neben dem CVD die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und der mit ihnen verbündete Bauernbund sowie die DDP vertreten sein sollten. Diese Pläne richteten sich gegen die angebliche Machtstellung des württembergischen Zentrums. Auf der hier angekündigten Wahlversammlung – bereits nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler – sprachen die beiden führenden Köpfe des Volksdienstes in Württemberg: Paul Bausch und Wilhelm Simpfendörfer. Simpfendörfer war darüber hinaus Vorsitzender der Reichsorganisation.

Volksrechts-Partei, Stuttgart, Landtagswahl 2 4. April 1932 **48**

Zu den vielen Splitterparteien der Weimarer Republik gehörte auch die erzkonservative Volksrecht-Partei. Sie mobilisierte die Existenzängste des inflationsgeschädigten Mittelstands und forderte eine streng nach kapitalistischen Vorgaben ausgerichtete Politik.

Stahlhelm, Ortsgruppe Stuttgart, 11. Januar 1932 **49**

Die Organisation «Der Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten», wurde 1918 unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs von Franz Seldte gegründet. Politisch stand er zwischen der rechtsliberalen DVP und der konservativen DNVP. In der Spätphase der Weimarer Republik radikalisierte sich der Stahlhelm in seiner antirepublikanischen Haltung und wurde schliesslich zum Bundesgenossen der NSDAP. Im Gegensatz zu Norddeutschland war diese Organisation bis zum Ende der zwanziger Jahre in Württemberg relativ unbedeutend. Hier übernahmen die Kriegervereine die Pflege von monarchistischem Erbe und des militaristischem Denken. Bemerkenswert, dass der eigentlich elitäre «Stahlhelm» hier in der Arbeiterhochburg Feuerbach mit einem «Arbeiterführer» renommiert.

Kampfblock Schwarz-Weiss-Rot, Stuttgart, Reichspräsidentenwahl, 1. Wahlgang, 13. März 1932 **50**

Theodor Düsterberg, der 2. Bundesführer des «Stahlhelm», wurde 1932 von der Deutschnationalen Volkspartei und dem Stahlhelm, die sich zum «Kampfblock Schwarz-Weiss-Rot» zusammengeschlossen hatten, als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt. Ein Affront für den amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg, der Ehrenmitglied des Stahlhelm war. Die beiden Organisationen konnten sich vorher nicht mit der in der Habsburger Front (1931) verbündeten NSDAP auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen.

Durch die getrennten Kandidaturen von Düsterberg und Hitler ging die ohnehin schon belastete Habsburger Front in die Brüche und lebte erst im Januar 1933 wieder auf. Der mit zwei Millionen Stimmen hinter Hindenburg und Hitler weit abgeschlagene Düsterberg zog vor dem zweiten Wahlgang seine Kandidatur zurück.

DNVP, Stuttgart, Reichstagswahl 14. September 1930 **51**

Alfred Hugenberg, bereits im Kaiserreich Gründungsmitglied des antisemitischen, antiparlamentarischen und extrem nationalistischen Alldeutschen Verbandes, war als ehemaliger Generaldirektor bei Krupp nach dem Ersten Weltkrieg einer der Gründer der Deutschnationalen Volkspartei. Daneben baute er ein weit verzweigtes Wirtschaftsimperium auf, das grosse Teile der Presse und des Films kontrollierte und in den Dienst antirepublikanischer Propaganda stellte. 1928 zum Vorsitzenden der DNVP gewählt, gelang es ihm, den Teil seiner Partei auszuschalten, der gegenüber der Republik einen realpolitischen Kurs steuerte. Das von Hugenbergs DNVP 1929 mit dem «Stahlhelm» und den Nationalsozialisten eingeleitete Volksbegehren gegen den Young-Plan war zwar ein Fehlschlag, doch wurden durch dieses Bündnis die bis dahin isolierten Nationalsozialisten beim deutschnational gesinnten Bürgertum salonfähig. Ohne die Politik Hugenbergs hätten die Nazis bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 – am 4. September sprach Hugenberg hierzu in Stuttgart – nicht diesen unerwarteten Durchbruch erzielt.

DNVP, Stuttgart, Reichstagswahl 14. September 1930 **52**

Die Deutschnationalen operieren hier mit zwei Feindbildern: den beiden Arbeiterparteien und dem Versailler Vertrag, der hier in Gestalt des Young-Plans erwähnt wird, obwohl der Young-Plan die Reparationsverpflichtungen Deutschlands milderte. Der «Marxismus» und die «Fesseln von Versailles» waren während der ganzen Weimarer Republik ein propagandistisches Leitmotiv der Rechtskräfte.

DNVP, Stuttgart, 6. April 1932 **53**

Nach der erfolglosen Kandidatur Düsterbergs im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl (dazu das Düsterberg-Plakat unter Nummer 50) überliessen es die Deutschnationalen ihren Wählern, sich im Duell Hindenburg – Hitler für einen der beiden zu entscheiden. In dieser Phase politischer Abstinenz feierten die Stuttgarter Deutschnationalen Anfang April den 117. Geburtstag des am 1. April 1815 geborenen Fürsten Otto von Bismarck. Mit der Glorifizierung des «Eisernen Kanzlers» als Gründer des 1918 zusammengebrochenen Kaiserreichs, wurde Bismarck zum Inbegriff deutschnationaler Selbstdarstellung.

DNVP, Stuttgart, Landtagswahl 24. April 1932 **54**

Der Spitzenkandidat der Deutschnationalen, die sich hier im Land auch «Württembergische Bürgerpartei» nannten, war der Finanzminister Alfred Dehlinger. Als einziges Kabinettsmitglied der Regierung Bolz blieb Dehlinger noch nach der Machtergreifung im Amt. Trotz der deutschnationalen Angriffe gegen die Nationalsozialisten im Landtagswahlkampf von 1932 war die DNVP ein knappes Jahr später als Koalitionspartner der Nationalsozialisten, auch in Württemberg, ein tragendes Element der Machtergreifung.

DNVP, Stuttgart, Reichstagswahl 31. Juli 1932 **55**

Nach dem erzwungenen Rücktritt des Reichskanzlers Heinrich Brüning (Zentrum) am 30. Mai 1932 konnte sich der glücklose Nachfolger Franz von Papen bei den grösseren Parteien nur auf die Deutschnationalen stützen. Der Versuch, Papens parlamentarische Basis durch vorgezogene Neuwahlen am 31. Juli zu verbreitern, endete mit einem Fiasko. Aber selbst zur missglückten Hilfestellung für das «Kabinett der Barone» unter von Papen musste Bismarck als Kronzeuge herhalten.

DNVP, Stuttgart, Reichstagswahl 6. November 1932 **56**

In der Person des ehemaligen Hofpredigers Dr. Vogel aus Potsdam kamen zwei Elemente deutschnationaler Ideologie zusammen: Preussentum und deutscher Protestantismus. Die auf dem Plakat angekündigte Veranstaltung wurde allerdings durch die NSDAP massiv gestört, die während dieses Wahlkampfs in den Deutschnationalen ja ohnedies ihren Hauptgegner sah. Das hinderte beide Parteien allerdings nicht daran, wenige Wochen später und für viele überraschend eine Koalition mit Hitler als Reichskanzler zu bilden. (Dazu auch der Text zu Nummer 54.)

DNVP, Stuttgart, Reichstagswahl 6. November 1932 57

Immer wieder Bismarck: hier in den Farben des versunkenen Kaiserreichs. Der demonstrative Umgang mit Schwarz-Weiss-Rot im provozierenden Gegensatz zur schwarz-rot-goldenen Flagge der Republik war ein weiteres Stilmittel antirepublikanischer Agitation. Ausser den Deutschnationalen bekannte sich auch der «Stahlhelm», der ihnen nahe stand, und die rechtsliberale DVP zu den Farben der Monarchie.

DNVP, Stuttgart, Reichstagswahl 31. Juli 1932 **58**

Eines der vielen graphisch eindringlichen Plakate der DNVP, das bürgerliche Ängste wecken will: zu der Sturmglocke oder «Notglocke», wie es hier heisst, kommen Parolen, die in Verbindung mit dem Bildsymbol suggerieren, dem Bürgertum habe die letzte Stunde geschlagen, wenn es nicht endlich aufwache und sich sammle.

DNVP, Stuttgart, vermutlich Reichstagswahl 31. Juli 1932 **59**

Zu den Standardargumenten der DNVP gegen das katholische Zentrum gehörte auch der Vorwurf, eine vom Vatikan ferngesteuerte, national unzuverlässige Organisation zu sein. Hier wird der Versuch gemacht, den Zentrumsvorsitzenden, Prälat Dr. Kaas, in die Nähe der rheinischen Separatisten zu rücken, die nach dem Ende des Weltkriegs versucht hatten, eine an Frankreich angelehnte, selbständige «Rheinische Republik» zu gründen.

Alldeutscher Verband, Ortsgruppe Stuttgart, 2 4. Juni 1932 **60**

Der 1891 gegründete Alldeutsche Verband war einer der geistigen Wegbereiter des Nationalsozialismus. Ein grosser Teil seines Gedankenguts, etwa der Antisemitismus oder der kriegerische Drang nach Weltgeltung finden sich als ideologische Vorformen bereits bei den Alldeut-

schen. In der Weimarer Zeit kam es dann zu einer engen Zusammenarbeit zwischen NSDAP und diesem Verband: hier empfielt die Stuttgarter Ortsgruppe der NSDAP den Besuch einer alldeutschen Veranstaltung. Der damalige «Herzog Christoph» war übrigens von den frühen zwanziger Jahren an ein regelmässiger Treffpunkt rechter Gruppierungen.

Tannenbergbund, Stuttgart, 24.-26. Juni 1932 **61**

Erich Ludendorff, während des Ersten Weltkriegs Chef des deutschen Generalstabs, war zunächst neben Hindenburg der populärste kaiserliche Heerführer. Obwohl er selbst im September 1918 für einen Waffenstillstand eingetreten war, gehörte er später zu den eifrigsten Verfechtern der «Dolchstosslegende», wonach die Novemberrevolution für die militärische Niederlage verantwortlich gewesen sein sollte. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war Ludendorff *das* Idol der Rechtsradikalen. An der Seite Hitlers beteiligte er sich im November 1923 am fehlgeschlagenen Münchner Putsch. Zunächst noch Reichstagsabgeordneter für die deutschvölkische Freiheitspartei, gründete er nach der Trennung von Hitler den «Tannenbergbund», der seine Legitimation aus dem Kampf gegen die «Weltverschwörer» Freimaurer, Jesuiten, Marxisten und Juden zog. Mit dem Namen «Tannenberg» sollte an den «Schlachtenruhm» der deutschen Truppen im Ersten Weltkrieg erinnert werden; es war dies der grösste deutsche Sieg. Seine Väter waren Ludendorff und Max Hoffmann, wenn auch Hindenburg landläufig als der «Sieger von Tannenberg» galt; bei den Präsidentschaftswahlen von 1925 kandidierten die beiden Heerführer gegeneinander.

Landesausschuss für die Hindenburg-Wahl, 7. März 1932
Reichspräsidentenwahl, 1. Wahlgang, 13. März 1932 **62**

Das Zentrum kann als die Partei der Weimarer Republik gelten, die mit dem Typ Volkspartei im heutigen Sinn am ehesten vergleichbar ist. Zwar war sie konfessionell eingeschränkt, doch fanden sich nahezu alle Schichten der deutschen Katholiken in ihr zusammen. Der führende Exponent des Arbeitnehmerflügels war dabei Adam Stegerwald, von 1919 bis 1929 Vorsitzender des katholisch orientierten Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften und für kurze Zeit im Jahr 1921 preussischer Ministerpräsident. Als Gefolgsmann Brünings war er von 1930 bis 1932 Reichsarbeitsminister. Die überparteilich konzipierten Ausschüsse für die Hindenburgwahl wie hier der Landesausschuss, als dessen Redner Stegerwald in der Stadthalle auftrat, versuchten mit einem auf die Person Hindenburgs zugeschnittenen Wahlkampf vor allem die unentschlossenen Wähler der «bürgerlichen Mitte» anzusprechen. Wenige Wochen nach der Wiederwahl Hindenburgs fielen Stegerwald und Brüning beim Reichspräsidenten in Ungnade.

NSDAP, Ortsgruppe Stuttgart, 12. März 1932
Reichspräsidentenwahl, 1. Wahlgang 13. März 1932 **63**

Am Abend vor dem ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl beendete die Stuttgarter NSDAP in der Liederhalle den Wahlkampf mit einer Abschlusskundgebung. Ihr Fraktionsführer im Stuttgarter Gemeinderat, der Amtmann im Städtischen Gaswerk Karl Strölin sowie der bis dahin einzige nationalsozialistische Abgeordnete im württembergischen Landtag, Christian Mergenthaler, im Zivilberuf Mathematiklehrer an einem Cannstatter Gymnasium, traten hier im Kampf für den Kandidaten als Hauptredner auf. Strölin war während der Nazi-Herrschaft Oberbürgermeister von Stuttgart, Mergenthaler Mini-

sterpräsident und Kultminister. Der Hinweis «Juden haben keinen Zutritt» war auf nahezu allen Stuttgarter Veranstaltungsplakaten der NSDAP zu finden.

NSDAP, Ortsgruppe Stuttgart, 19. März 1932 **64**

Sechs Tage nach dem 1. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl kündigte die NSDAP wieder eine Veranstaltung an, diesmal mit «grosser» Besetzung. Hauptredner war einer der wenigen Duzfreunde Hitlers, der SA-Stabschef Röhm, damals noch Vorgesetzter des Reichsführers der SS, Heinrich Himmler. Wolf Graf von Helldorf war seit 1931 SA-Gruppenführer von Berlin-Brandenburg und von 1932 an Vorsitzender der NSDAP-Fraktion im Preussischen Landtag. Dietrich von Jagow, ehedem einer der führenden Angehörigen des württembergischen «Stahlhelm», wechselte am Ende der zwanziger Jahre zur NSDAP über, wo er als SA-Gruppenführer Südwest Karriere machte. Interessant ist das politische Schicksal dieser vier: Beim angeblichen Röhm-Putsch am 30. Juni 1934 war Himmler der Exekutor des Blutbads, dem neben dem SA-Chef Röhm viele andere Führer der unbequem gewordenen «alten Garde» aus der Kampfzeit zum Opfer fielen. Damit begann der Aufstieg des ehemaligen Landwirts und Hühnerzüchters Heinrich Himmler zum Herrscher über den nationalsozialistischen Unterdrückungsapparat, dem Millionen Menschen zum Opfer fielen. Graf Helldorf wurde 1933 Polizeipräsident von Potsdam und später von Berlin. Bereits 1938 aber knüpfte er Kontakte zum Widerstandskreis um Goerdeler. Für den Fall eines geglückten Attentats am 20. Juli 1944 hätte er die Machthaber in Berlin verhaften sollen. Am 15. August 1944 wurde er hingerichtet. Dietrich von Jagow trat 1933 als SA-Gruppenführer die Nachfolge von Helldorf an, nachdem er vorher für kurze Zeit Reichskommissar für die württembergische Polizei gewesen war. Zu der Veranstaltung hier musste Helldorf allerdings telegraphisch absagen, da in diesen Tagen Haussuchungen bei führenden SA-Leuten in Preussen stattfanden.

NSDAP, Kreis Stuttgart, Reichstagswahl 5. März 1933 **65**

Zwei Wochen nach seiner Ernennung zum Reichskanzler trat Hitler am 15. Februar 1933 in der ausverkauften Stuttgarter Stadthalle auf. Seine im Rahmen einer Wahlkampftournee gehaltene Rede wurde vom Rundfunk, den die neuen Machthaber sofort für ihre Zwecke einspannten, übertragen. In einem Hinterhof der Werderstrasse kappten Stuttgarter Kommunisten das Übertragungskabel. Diese erste Stuttgarter Widerstandsaktion nahm die Reichsregierung zum Anlass, der württembergischen Landesregierung noch vor den Reichstagswahlen im März einen Reichskommissar anzudrohen.

NSDAP, Reichstagswahl 14. September 1930 **66**

Beim Reichstagswahlkampf von 1930 spielte die Diskussion um den Young-Plan eine wichtige Rolle; allerdings war im Jahr zuvor der Rechtsblock aus DNVP, Stahlhelm und NSDAP in seiner Absicht gescheitert, den Young-Plan mit einem Volksbegehren zu Fall zu bringen. Der hier angekündigte Redner Gregor Strasser war als Exponent des vermeintlich sozialistischen Flügels der NSDAP, dem ursprünglich Goebbels angehörte, eine der besonders in Norddeutschland populären nationalsozialistischen Gestalten. Bis zu seinem Bruch mit der Partei im Dezember 1932 verwaltete Strasser das Amt des Reichsorganisationsleiters der NSDAP. Während des Röhm-Putsches wurde er, wie andere Gegner in den eigenen Reihen, ermordet.

NSDAP, Reichstagswahl 14. September 1930 **67**

Keine andere Partei der Weimarer Republik diffamierte ihre politischen Gegner so unbarmherzig wie die NSDAP, die hier ihre Feindbilder exemplarisch aufreiht: Parlamentarismus, Sozialismus und jüdisches Kapital als die Inbegriffe des verhassten «Systems» Weimarer Republik. Die antisemitische Komponente der NSDAP tritt hier, bereits im Jahr 1930, unverhohlen zutage. Bemerkenswert ist noch, dass an ein reichsweit verbreitetes Plakat aus der NSDAP-Zentrale in München ein in Stuttgart gedruckter Zusatz angeklebt wurde.

NSDAP, Reichstagswahl 6. November 1932 **68**

Mit 37 Prozent der Stimmen wurde die NSDAP bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 stärkste Partei. Durch den Verlust von über zwei Millionen Wählerstimmen gegenüber den Wahlen vom November 1932 schien damit für viele Zeitgenossen die Gefahr des Nationalsozialismus fürs erste gebannt. – Dieses Plakat spielt auf das Kabinett des Herrenreiters Franz von Papen an (von Juni bis Dezember 1932), der hier als ebenso «jüdisch durchsetzt» dargestellt wird, wie die Rennmannschaften selber – bis hin zur DNVP! Einzig die Nationalsozialisten sind «judenfrei» und damit rassenrein. Ein Plakat, das nur die Verhetzung zum Zweck hat. Die Zensurstelle des Stuttgarter Polizeipräsidiums nahm allerdings keinen Anstoss, so der Stempel auf der Rückseite, und gab es für den öffentlichen Aushang frei.

NSDAP, 21. Februar 1933 **69**

Unmittelbar nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 bauten die Nationalsozialisten ihre Machtposition aus. Schon nach wenigen Tagen wurde der Reichstag wieder aufgelöst, denn die Nationalsozialisten und die mit ihnen verbündeten Deutschnationalen hatten, als Hitler von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wurde, keine Mehrheit. Vor den entscheidenden Märzwahlen gaben sich die Nationalsozialisten betont siegessicher. Mit der unverblümten Prophezeiung der kommenden Diktatur wird der Oberpostinspektor, Gauleiter von Hessen-Nassau und Reichsleiter der nationalsozialistischen Beamtenabteilung, Jakob Sprenger, angekündigt. Unter den Beamten fanden die Nationalsozialisten unverhältnismässig viel Sympathisanten. Die «Abrechnung», wie sie hier angekündigt wird, war im Übrigen in Preussen und anderen Teilen des Reichs schon im Gang.

NSDAP, 21. Mai 1932 **70**

Joseph Goebbels ist als verhinderter Schriftsteller zur Politik gestossen. Sein Christusdrama «Der Wanderer» entstand zu Beginn der zwanziger Jahre, etwa zur selben Zeit wie sein Roman «Michael». Allerdings wurde dieses Stück weder gedruckt noch von bedeutenderen Bühnen aufgeführt. Nur Agitationsgruppen wie hier die «National-Sozialistische Gastspielbühne» brachten es zwischen 1930 und 1933 gelegentlich zur Aufführung.

\SDAP, Reichstagswahl 6. November 1932 **71**

Für diese Kundgebung am 22. Oktober 1932 bot die NSDAP-Kreisleitung Stuttgart den Starredner Joseph Goebbels auf, ein zuverlässiges Zeichen da-?ür, dass die heisse Phase des Wahlkampfs begonnen hatte.

NSDAP, Ortsgruppe Stuttgart, Bezirk Westen 5. Juni 1932 **72**

Diese «Deutschen Abende» des NSDAP waren das gesellige und propagandistisch nicht minder wirksame Pendant zu den politischen Kundgebungen. Es ging recht deutsch zu hierbei, insbesondere der Jazz war verpönt. Die Veranstaltung der NSDAP Stuttgart-West fiel in die Zeit des SA- und SS-Verbots, bei den Eintrittspreisen steht deshalb auch zu lesen: «ehem(alige) SA und SS gegen Vorzeigen des Ausweises an der Abendkasse 20Pfg.» Dies Verbot wurde allerdings bereits acht Tage später von dem neuen Reichskanzler von Papen als Zugeständnis an die NSDAP wieder aufgehoben.

Kampfbund für deutsche Kultur, Kreis Stuttgart, 11. November 1932 **73**

Der «Kampfbund für deutsche Kultur» gehörte zu den vielen Nebenorganisationen der NSDAP, die in ihren jeweiligen Bereichen nationalsozialistisches Gedankengut verbreiteten. Der «Kultur-Kampfbund», der diesen Stuttgarter Musikabend veranstaltet hat, propagierte die Säuberung von Kunst und Wissenschaft vom undeutschen Geist: «undeutsch» war dabei alles «Jüdische», alles «Kommunistische» und ebenso ausschliesslich alles «Moderne». Der als Redner angekündigte Karl Grunsky, ein Stuttgarter Musikschriftsteller und Vorsitzender der «Bruckner-Gesellschaft» hier, galt als notorischer Antisemit. Der Hinweis: «Juden haben keinen Zutritt» durfte beim «Deutschen Abend» nicht fehlen.

NSDAP, Ortsgruppe Stuttgart, 5. Februar 1932 **74**

Während der Weltwirtschaftskrise wurden unter der Regierung Brüning mehrmals die Beamtengehälter gekürzt. Dadurch gerieten viele Beamte, ohnehin eher von obrigkeitsstaatlichen Traditionen als republikanischen Überzeugungen geprägt, unter den Einfluss des Nationalsozialismus. Der als Redner angekündigte Frankfurter Obersteuersekretär Karl Linder, NSDAP-Mitglied seit 1932, war im Dritten Reich Oberbürgermeister von Frankfurt.

NSDAP, Ortsgruppe Stuttgart, 2 9. Januar 1932 **75**

Für jeden etwas: die NSDAP hatte zu jedem Berufsstand auch ihren passenden Referenten – für die Beamten den Oberpostinspektor oder Obersteuersekretär, für die Arbeiter, wie hier, einen Berliner Monteur. Die Absicht des Plakates ist evident – der Sozialdemokratie sollten Arbeiter abgeworben werden, – «Arbeiter! Her zu Hitler!» Man gab sich deshalb formal auch demokratisch und lud den SPD-Reichstagsabgeordneten Kurt Schumacher ein, der zugleich auch Chef der Stuttgarter Sozialdemokraten war. Als einer der Hauptaktivisten der «Eisernen Front», des Kampfverbandes der Sozialdemokratie, hier wie so oft von dem Nationalsozialisten als «blecherne Front» verunglimpft, verzichtete er allerdings auf einen Auftritt bei den Nazis. Trotz all solcher Bemühungen gelang es der NSDAP nicht, nennenswerte Teile der Arbeiterschaft zu gewinnen.

NSDAP, Ortsgruppe Cannstatt, 5. Februar 1932 **76**

Eine Woche später wurden auch in Cannstatt die von der Massenarbeitslosigkeit betroffenen oder bedrohten Arbeiter umworben. Bemerkenswert, wie die Nationalsozialisten ihre Eintrittspreise staffelten: «Erwerbslose 10 Pfennig», «Arbeiter 30 Pfennig», und auf den

Plakaten, die für die Beamten gedacht waren: «Beamte 50 Pfennig». Zum Vergleich: ein Facharbeiter verdiente, wenn er Arbeit hatte, durchschnittlich etwa eine Mark in der Stunde.

NSDAP, Ortsgruppe Stuttgart, Reichspräsidentenwahl
1. Wahlgang 13. März 1932 **77**

Das Reiseprogramm für die Veranstaltungen zur Reichspräsidentenwahl bewältigte Hitler mit dem Flugzeug. Seine «Deutschlandflüge» waren von enormer propagandistischer Bedeutung und wurden von Teilen der deutschen Grossindustrie finanziert. Insgesamt unternahm er drei solcher Flüge, alle im Jahr 1932, wobei ihn bereits der erste nach Stuttgart brachte. Zur Bedeutung dieses Deutschlandflugprogramms heisst es bei Martin Borszat in seinem Buch «Der Staat Hitlers» (dtv Band 4009): «Auch in technischer Hinsicht stellte die NSDAP dabei alles bisher Dagewesene in den Schatten. Die erstmalige Benutzung des Flugzeugs für den schnellen Propagandaeinsatz ermöglichte es Hitler, auf zwei einwöchigen Deutschlandflügen während der Wahlkämpfe im April 1932 in insgesamt 46 Städten... zu sprechen. Schon das Sensationelle dieser Propaganda... trieb Hunderttausende zu den Hitler-Kundgebungen und liess den Führer der NSDAP als die dynamischste Figur der deutschen Politik erscheinen.» Zu dieser Stuttgarter Veranstaltung am 8. März zum ersten Gang der Reichspräsidentenwahl ist noch zu sagen, dass Hitler erst mit grosser Verspätung hier eintraf und Hermann Göring solange den Einpeitscher der Massen spielte.

NSDAP, Reichspräsidentenwahl 10. April 1932 **78**

Ein Textplakat dieser Art, hier schon eher im Stil einer Wandzeitung, war dazu da, die Parteigenossen draussen mit dem jeweiligen «Denken» Hitlers vertraut zu machen: sie enthielten die Wahlkampfargumente für die Parteibasis. Die Aufmachung dieses Plakats ist recht geschickt: «Adolf Hitler ist der Einpeitscher der sozialen Reaktion!» Es suggeriert demnach eine nachfolgende Argumentation für Hitlergegner. Auch dies ist wieder eines der Plakate, das den Kampf jener «Arbeiterpartei» um den Arbeiter belegt.

NSDAP, Gau Württemberg-Hohenzollern,
Reichspräsidentenwahl, 2. Wahlgang, 10. April 1932 **79**

Wie das vorhergegangene ein Argumentationsplakat zur Reichspräsidentenwahl. Bemerkenswert ist die suggestive Ausschliesslichkeit, mit der hier gegen den politischen Feind polemisiert wird: «So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Wer das Gegenteil behauptet, ist ein feiger Lügner und Verleumder».

\SDAP, Kreis Stuttgart, Reichstagswahl 5. März 1933 **80**

Einen Monat nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und wenige Tage vor der Reichstagswahl am 5. März, die das Schicksal der Republik besiegelt hatte, legten die Nationalsozialisten in der Sprache ihrer Plakate unverblümt die Brutalität ihrer Absichten an den Tag. Dass die Drohung mit dem «Todesstoss» nicht nur überhitztes Wahlkampfgeschrei war, sollte sich am Werdegang des Redners Hans Frank erweisen. Er wurde wenige Tage später bayerischer Fustizminister und war von April an als «Reichsjustizkommissar» zuständig für lie Gleichschaltung des Rechts in den einzelnen Ländern. Nach dem Überfall mf Polen im Herbst 1939 stand Frank an der Spitze des «Generalgouvernenents», das aus dem zerschlagenen polnischen Staat eine deutsche Kolonie machen

sollte. Als einen der Hauptverantwortlichen für die deutsche Besatzungspolitik, die Millionen Polen das Leben kostete, verurteilte das Alliierte Militärtribunal Frank im Jahr 1946 zum Tode.

NSDAP, Kreis Stuttgart, Reichstagswahl 5. März 1933 **81**

Der Wahlsieg der Nationalsozialisten am 5. März führte nun auch in Württemberg endgültig zu ihrer Machtergreifung. «Der eherne Marschtritt der braunen Bataillone» dröhnte nun voll in den Strassen Stuttgarts – bei den zahlreichen Wahlen des Jahres 1932 dagegen waren Versammlungen unter freiem Himmel durch Notverordnungen reichsweit verboten. Überall im Reich veranstaltete die NSDAP am Vorabend des 5. März gewaltige Aufmärsche und Kundgebungen, während andere Parteien sich kaum mehr auf den Strassen sehen lassen durften. Unverhohlen wurde auch in Stuttgart den politischen Gegnern die «Abrechnung» angedroht. In den bereits nationalsozialistisch regierten Ländern des Reichs waren Verfolgung und Verhaftung schon an der Tagesordnung. – Im Anschluss an die Kundgebung auf dem Marktplatz zogen die Teilnehmer hinauf zum Bismarckturm, wo sie ein «Höhenfeuer» entzündeten. Nach dieser Wahl waren die Nationalsozialisten mit 33,8 Prozent der Wählerstimmen auch hier die stärkste Partei. Eine Woche danach konnte Wilhelm Murr, der Gauleiter der württembergischen NSDAP, in einem «Tagesbefehl» von der «Bewegung, die nun beginnt, Staat zu sein», sprechen.

Nachbemerkung zu den Plakaten

Der Plakatteil enthält etwa die Hälfte der in der Ausstellung gezeigten Stücke. Für die Auswahl war vor allem der Stuttgart-Bezug entscheidend. So fehlen im Plakatteil weitgehend die Exponate zu den Adressaten-Gruppen wie Arbeiter, Mittelständler, Christen, Frauen etc., die in der Ausstellung in Verbindung mit den Zwanziger-Jahre-«Typen» des Fotografen August Sander zwar eine synoptische Einheit bilden, sich aber als Komplexe im Katalog kaum hätten vermitteln lassen. Die Dokumentation der Stuttgarter Wahlkämpfe von 1930 bis 1933 hat deshalb die Auswahl für den Katalog bestimmt.

Walter Nachtmann

Wahlkampfmittel und Wahlkämpfe in Stuttgart 1928-1933

Walter Nachtmann, geboren 1952; Studium der Geschichte, Germanistik und Politik in Stuttgart; seit Sommer 1980 Mitarbeit am Projekt Zeitgeschichte.

Die Wahlkampfmittel

Die Wahlkämpfe in den letzten Jahren der Weimarer Republik unterschieden sich allein aus Gründen der technischen Entwicklung erheblich von den heutigen. Das Radio stand noch längst nicht in allen Wohnstuben und mit dem Fernsehen gab es gerade die ersten Versuche. Erstmals wurde der Rundfunk für die Wahlen des Jahres 1932 als Wahlkampfmedium eingeschaltet. Dabei gab es jedoch noch keine «Werbespots» im heutigen Sinn, man übertrug vielmehr die Reden einzelner Parteiführer, die sie irgendwo im Reich hielten. Da aber nur sehr wenige Personen einen Rundfunkapparat besassen, spielte diese Art der Propaganda kaum eine Rolle, und auch andere Wahlkampfmittel, wie sie die Parteileitungen den regionalen Organisationen anboten, etwa die Reden führender Persönlichkeiten oder Kampflieder, die auf Schallplatten aufgenommen waren, damit man sie in lokalen Versammlungen abspielen konnte, waren von untergeordneter Bedeutung. Als einziges «elektronisches» Medium spielte der Propagandafilm eine grössere Rolle. So liess die SPD zur Reichstags- und Landtagswahl 1928 einen Film mit dem Titel «Dein Schicksal – unser Schicksal» in den Versammlungen und in Kinos laufen. Die NSDAP kündigte 1932 auf Plakaten gross ihren sogenannten Bewegungsfilm «Tannenberg» an. Aber auch diese Art der Wahlwerbung, die in der deutschnationalen «Süddeutschen Zeitung» als « amerikanische Propagandamethoden» verächtlich gemacht wurden, blieben beim Kampf um die Wählerstimmen eher eine Randerscheinung, denn der Wahlkampf der Weimarer Republik fand hauptsächlich auf der Strasse, in den grossen Sälen und den Parteilokalen statt.

Daneben spielten die Zeitungen eine wichtige Rolle, denn unabhängigüberparteiliche Blätter wie heute gab es in der Weimarer Zeit kaum: jede Partei hatte ihre eigenen Zeitungen und andere, die sich in Privatbesitz befanden, bekannten sich offen zu einer Partei. So gab es auch im damaligen Stuttgart eine Vielzahl von Zeitungen, die für die meisten Menschen neben dem Gespräch die einzige Nachrichtenquelle waren. Die wichtigsten davon waren:

Süddeutsche Arbeiter Zeitung (SAZ) – KPD (Kommunistische Partei Deutschlands)

Schwäbische Tagwacht (STW) – SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)

Deutsches Volksblatt (DVB) – (Zentrum)

Stuttgarter Neues Tagblatt (SNT) – DDP (Deutsche Demokratische Partei)

Württemberger Zeitung (WZ) – Liberal und aus dem Hause des Neuen Tagblatt; mit der Arbeiterschaft als Adressatenkreis

Schwäbischer Merkur (SM) – DVP (Deutsche Volkspartei)

Christlicher Volksdienst (CVD) – CVD (Christlicher Volksdienst)

Schwäbische Tageszeitung (STZ) – Bauern- und Weingärtnerbund

Süddeutsche Zeitung (SZ) – DNVP (Deutschnationale Volkspartei)

NS-Kurier (NSK) –

NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei)

Welche Bedeutung man der Wirkung der Parteipresse während des Wahlkampfes beimass, verdeutlicht ein Aufruf an die Leser der «Schwäbischen Tagwacht» nach der Auflösung des Reichstags im Jahre 1928:

Die erste Wahlarbeit muss sein, die sozialdemokratische Presse zu verbreiten. An dieser Arbeit hat sich jeder Parteigenosse ohne Unterschied (zu) beteiligen. Sagt euren Freunden, Bekannten, Kollegen, dass sie sofort ein sozialdemokratisches Blatt bestellen müssen, wenn sie ihre Pflicht in dem nun beginnenden Kampfe erfüllen wollen.
(STW 2. 4. 28, S. 1)

Der «NS-Kurier» rief 1932 seine Leser in einer Ausgabe gleich zweimal auf:

Unbedingte Pflicht jedes einzelnen NS-Kurier-Lesers ist es, den NS-Kurier weiterzugeben oder in fremde Briefkästen zu stecken. Der NS-Kurier ist die beste Waffe gegen Lüge und Verleumdung im Reichstagswahlkampf.
(NSK 9./10. 7. 32, S. 3 und 11).

Anders gestaltete sich dagegen 1932 das Verhalten der beiden liberalen Zeitungen zu den Parteien, die ihnen nahestanden. Sowohl das «Stuttgarter Neue Tagblatt» als auch der «Schwäbische Merkur» hatten im März und April noch vehement die Kandidatur Hindenburgs zum Reichspräsidenten unterstützt. Aber als nach den Wahlniederlagen 1932 DVP und DDP nur noch den Charakter von Splitterparteien hatten, wurden auch «ihre» Zeitungen reservierter.
Noch wichtiger allerdings als die Zeitungen waren die «klassischen» Wahlkampfmedien: Flugblätter, Flug- und Kampfschriften wie auch Wahlkampfzeitungen wurden von den einzelnen Ortsgliederungen der Parteien an Passanten verteilt oder in die Briefkästen geworfen. In diesen Veröffentlichungen kommentierte man die tagespolitischen Ereignisse, legte die Forderungen und Vorstellungen der Partei dar und griff die politischen Gegner an. Besonders beliebt waren auf den Flugblättern und in den Wahlkampfzeitungen Karikaturen der Gegner, wobei diese Karikaturen (meist) im Zusammenhang mit dem Text standen.
Die Flug- und Kampfschriften, meist für 10 oder 20 Pfennig zu kaufen, hatten kaum einmal mehr Umfang als 20 Seiten und beschäftigten sich darin mit den politischen Vorstellungen der eigenen Partei oder griffen die Vorwürfe der anderen Seite auf und versuchten, sie zu entkräften. Eine andere Spielart war, dass Personen ihren politischen Richtungswechsel zu rechtfertigen versuchten, nicht ohne ihre alten Gesinnungsfreunde dabei kräftig anzugreifen.
Ein bedeutender Werbeträger waren natürlich auch die Plakate, bei denen man drei Arten unterscheiden kann: der eine, meist reichsweit verbreitete Teil bestand aus graphisch und psychologisch gut durchdachten Bildplakaten, die über die optische Identifikation den Wähler beeinflussen sollten. Die zweite Gruppe umfasste die reinen Textplakate, die allenfalls mit einem Parteiemblem als augenfälligem Reiz versehen waren. Sie hatten die Funktion, den Leser mit den Gedanken der Partei vertraut zu machen, den Parteimitgliedern selber aber eine Grundlage für Diskussionen zu geben, wie dies etwa aus einem Aufruf des NS-Kuriers vom 6. April 1932 an die Parteimitglieder hervorgeht:

Achtung! Ab heute hängt täglich ein neues Textplakat an der Plakatsäule. Parteigenossen! Diskutiert überall über den angegebenen Gedanken Adolf Hitlers.

Die dritte Gruppe setzte sich aus Veranstaltungsplakaten zusammen, auf denen zu den Kundgebungen der Parteien eingeladen wurde; in der Aufmachung waren sie den Textplakaten ähnlich, konnten aber auch einfacher gehalten sein. Eine spezielle Form waren die «Einschreibe-Plakate», in deren vorgedruckten Teil sich die jeweiligen Veranstaltungen von

Hand eintragen liessen. Sie wurden entweder von den Parteien selbst geklebt oder Firmen übernahmen diese Aufgabe. Darüber hinaus gab es aber auch noch Klebezettel, meist mit einem kernigen Spruch oder einem Parteiabzeichen; sie wurden auf allen möglichen Gegenständen sowie an Häusern, Mauern und Zäunen angebracht. Diese Klebezettelaktionen nahmen so überhand, dass sich das Stuttgarter Polizeipräsidium zur Reichspräsidentenwahl 1932 gezwungen sah, spezielle Streifen zusammenzustellen, die sich nachts auf die Jagd nach solchen Zettelklebekolonnen machten, die manchmal bis zu 200 Mann stark waren und ganze Häuser bei ihren nächtlichen Streifzügen durch die Stadt in Plakatsäulen verwandeln konnten
(SNT Nr. 161, 8.4.32).

Die wichtigsten Aktionen während der Wahlkämpfe waren die öffentlichen Versammlungen der Parteien in den grossen Sälen der Stadt oder auf den Strassen und Plätzen, insofern Versammlungen unter freiem Himmel nicht gerade durch Notverordnungen oder Erlasse der Polizeipräsidien verboten waren, wie fast immer während der Wahlkämpfe des Jahres 1932. Die drei Hauptorte für die Versammlungen und Massenkundgebungen der Parteien in Stuttgart waren die Stadthalle auf dem Gelände des heutigen Süddeutschen Rundfunks, die Liederhalle und der Dinkelackersaal in der Hohenstaufenstrasse. Aber in den letzten Wahlkämpfen der Weimarer Republik reichten selbst diese grossen Säle, die zwischen 3‘000 und 8‘000 Personen fassten, nicht mehr aus, um die andrängenden Menschenmassen unterzubringen. So wurde die Hitler-Rede am 15. Februar 1933 auf mehrere Plätze im Stuttgarter Stadtgebiet übertragen. Auch für die Kundgebungen Hitlers und Thälmanns zur Reichspräsidentenwahl war die Stadthalle für die jeweils 15’000 Zuhörer viel zu klein. Jede der grossen Parteien hielt mehrmals während eines Wahlkampfes solche Massenveranstaltungen ab, auf denen die führenden Parteifunktionäre aus dem Reich und dem Land sprachen. Mit diesen Massenkundgebungen war zugleich eine weitere beliebte Propagandamethode verbunden: die Deutschlandflüge oder Deutschlandreisen der führenden Parteirepräsentanten. In der Parteipresse wurde dann täglich über die jeweils letzte Station und die «Erfolge» dort berichtet. Daneben gab es noch für jede Wahl eine Reihe von Versammlungen, die von den einzelnen Ortsgruppen, Ortsvereinen oder Bezirksgruppen in ihren üblichen Versammlungslokalen und, wenn die zu klein waren, in grösseren Sälen abgehalten wurden. Dort sprachen dann die lokalen Parteiredner und warben für ihre Vorstellungen. Die örtliche Parteipresse berichtete in aller Regel sehr ausführlich über solche Veranstaltungen auf der untersten Parteiebene, die vor Wahlen einen fast inflationären Charakter bekamen. Allein in Stuttgart fanden zwischen dem 1. April 1931 und dem 24. April 1932 insgesamt 1938 Versammlungen politischer Parteien statt, wobei in diesen Zahlen noch nicht einmal die Versammlungen zur Oberbürgermeisterwahl im April 1931 enthalten sind. Anders als in Württemberg hielt in Stuttgart die KPD die meisten Veranstaltungen ab. Allein 1931 brachten es die Kommunisten auf 873 Versammlungen, gefolgt von der NSDAP mit 598 und der SPD mit 170. Die Aktivitäten der anderen Parteien lagen deutlich darunter: DNVP 82, Volksrechtspartei 44, Zentrum 43, Christlicher Volksdienst 37, DDP 18, DVP 9, Bauern- und Weingärtnerbund 7. Andere Organisationen waren insgesamt mit 57 politischen Veranstaltungen vertreten; Zahlen, die zeigen, dass die politische Aktivität hauptsächlich bei den radikalen Parteien lag, die sich auf eine aktive, an Aktionen ausgerichtete Mitgliederschaft stützen konnten. Dieser Masseneinsatz dürfte mit ein Grund dafür sein, dass die radikalen Parteien ihre Positionen ausbauen konnten, während andere, die kaum in der Öffentlichkeit erschienen, Niederlagen einstecken mussten. Bei solchen Versammlungen traten manchmal neben den Rednern auch Spielscharen auf, um mit szenischen Mit-

teln oder auch Sprechchören die Thesen zu verdeutlichen. Die wohl wichtigste Gruppe war dabei der von Friedrich Wolf geleitete «Spieltrupp Südwest», der für die KPD warb und dabei in kommunistischen Versammlungen wie auch allein auftrat. Die anderen Parteien, besonders SPD und NSDAP, gründeten ähnliche Gruppen, die jedoch nie an die Bedeutung des Spieltrupp Südwest heranreichten.
Eine andere Form der öffentlichen Wählerwerbung waren die *Propagandamärsche»* der Parteien oder deren Gliederungen. Solche Märsche führten in geschlossener Formation mit Fahnen und Kapellen durch die Strassen einzelner Wohngebiete und endeten meist mit Kundgebungen auf einem der grossen Plätze der Innenstadt oder in der Stadthalle. Oft kam es bei dieser Art der Parteiwerbung oder nach deren Abschluss zu Zusammenstössen mit den politischen Gegnern, die dann in blutige Strassenschlachten ausarteten. Im Mai 1931 führte ein solcher Propagandamarsch der NSDAP durch Heslach, für die Nationalsozialisten damals das «Rote Wedding Stuttgarts», zu derartig schweren Zusammenstössen, dass die württembergische Regierung die SA in Württemberg zeitweilig verbot. Die letzten Wahlkampfmittel am Wahltag selber waren die Wahlschleppdienste. Die Parteien beobachteten nämlich sehr genau, wer zur Wahl ging. Nichtwähler wurden daraufhin von Mitgliedern der Parteien aufgesucht oder man steckte ihnen ausgefüllte Zettel mit dem zuständigen Wahllokal in den Briefkasten, auf denen ihnen nahegelegt wurde, doch noch zur Wahl zu gehen und für die jeweils werbende Partei zu stimmen. Für Gebrechliche gab es dabei sogar einen besonderen Fahrdienst der einzelnen Parteien.
All diese Mittel wurden im Wahlkampf eingesetzt, wobei sich die Hauptaktivitäten auf die Samstage und die letzte Woche vor der Wahl konzentrierten. Der Hauptwahlkampftag war immer der Samstag vor der Wahl. Aus den Berichten der Zeitungen ist zu entnehmen, dass an diesem Tag die Strassen der Innenstadt regelmässig mit Flugblättern übersät waren.

Die Wahlkämpfe in Stuttgart

Die letzten Jahre der Weimarer Republik waren durch einen fast permanenten Wahlkampf gekennzeichnet. In der Zeit zwischen Mai 1928 und März 1933 fanden in Stuttgart nicht weniger als 12 Wahlen statt. Seit dem Dezember 1931 folgte fast ohne Pause eine Wahl der anderen: am 6. Dezember 1931 wurde die Hälfte des Gemeinderats neu gewählt, am 13. März und 10. April 1932 fanden die beiden Wahlgänge für die Reichspräsidentenwahl statt. 14 Tage später, am 24. April 1932, wurde der Landtag neu gewählt, am 31. Juli 1932, am 6. November 1932 und am 5. März 1933 waren Reichstagswahlen. All diese Wahlen fielen in eine sich verschärfende politische und wirtschaftliche Krise, die gleichzeitig zur Radikalisierung und Polarisierung der deutschen Gesellschaft führte. Die Wahlkämpfe verloren die Betulichkeit des Jahres 1928; sie wurden im wahrsten Sinne des Wortes zu Kämpfen, in denen sich die Gegner unerbittlich gegenüberstanden; zu einem demokratischen Dialog waren sie nicht mehr in der Lage.

Die Wahlen des Jahres 1928

Reichstags- und Landtagswahlen 20. Mai 1928

Das Jahr 1928 war sowohl wirtschaftlich als auch politisch das stabilste der Weimarer Republik. Nach der Inflation des Jahres 1923 und der Einführung der Rentenmark war es in Deutschland zu einem wirtschaftlichen Aufstieg gekommen, der breiten Kreisen, besonders der Mittelschicht, zu einem gesicherten Einkommen verholfen hatte. In diesen «Goldenen Zwanzigern» waren die Menschen, da es ihnen relativ gut ging, wenig an Politik interessiert, was sich auch in den Wahlbeteiligungen von 1928 niederschlug, die zu den niedrigsten während der Weimarer Republik gehörten. Auch die Wahlkämpfe des Jahres 1928 verliefen in die-

ser fast unpolitischen Sphäre.
Am 20. Mai war der Reichstag neu zu wählen. Dies wurde in vielen Ländern, so auch in Württemberg, mit den fälligen Landtagswahlen verbunden. Noch gab es dabei nicht, wie später üblich, die ständigen Schlägereien; lediglich bei einer Veranstaltung der Religiösen Sozialisten kam es zu einem Zwischenfall, als Nationalsozialisten unter Radau den Saal verliessen (STW 8.5.28). Die Parteien hielten ihre Versammlungen ab, verteilten ihre Flugblätter, klebten ihre Plakate und hofften, dass die Wähler ihre Politik gutheissen würden. Lediglich die SPD war vor dieser Doppelwahl im grösseren Stil aktiv und hielt allein in der Woche vom 12. bis 19. April sie in Stuttgart 20 öffentliche Wählerversammlungen ab. Dazu kamen noch Veranstaltungen der ihr nahestehenden Organisationen, die versuchten, Zielgruppen anzusprechen, die nicht von Vornherein zu den Wählern der SPD zählten, wie Beamte, Angestellte, evangelische und katholische Christen oder Jugendliche. In ihrer Argumentation griff die SPD, die sowohl im Reich als auch im Land in der Opposition stand, besonders die Politik der einzelnen Regierungen an und versuchte aufzuzeigen, dass die Politik der bürgerlichen Parteien nur auf den Schultern der Arbeiter und anderer Erwerbstätiger ausgetragen würde.
Der grosse Sieger beider Wahlen war dann auch in Stuttgart die SPD, die bei den Reichstagswahlen 6,9 und bei den Landtagswahlen sogar 12,8 Prozent hinzugewinnen konnte und mit 31 Prozent stärkste Partei hier wurde. Fast alle anderen Parteien mussten Verluste hinnehmen, wobei die Württembergische Bürgerpartei, die KPD und die NSDAP besonders stark verloren.

Gemeinderatswahl 9. Dezember 1928

Der Wahlkampf zu den Gemeinderatswahlen war dann noch betulicher, da die bürgerlichen Parteien kommunale Wahlen ohnedies als nicht sonderlich wichtig ansahen. Wie schon bei den Reichstagswahlen war auch hier die SPD der Sieger; sie gewann gegenüber 1925 wiederum 6,9 Prozent hinzu. Von den Verlusten stark getroffen wurden neben der DDP aufs Neue die Württembergische Bürgerpartei und die KPD. Kennzeichnend für die Wahl war die mit 52,3 Prozent äusserst schlechte Wahlbeteiligung. Lediglich die Gemeinderatswahl am 6. Dezember 1925 lag mit ihren 44 Prozent noch darunter.

Die Radikalisierung der politischen Atmosphäre nach Beginn der Weltwirtschaftskrise drückte sich besonders in den Wahlkämpfen aus. Waren sie 1928, von einigen Störungsversuchen abgesehen, noch ruhig verlaufen, so gehörten von 1930 an Saal- und Strassenschlachten zur Tagesordnung, nicht nur während der Wahlkämpfe, sondern auch in den Zeiten dazwischen. – Die Fäuste begannen die Argumentation zu ersetzen.

Sturz des Kabinetts Müller, Kabinett Brüning

Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen infolge der Wirtschaftskrise und die rückgängigen Steuereinnahmen der öffentlichen Hand führten zu einer Finanzkrise des Staates. Die berliner Regierungskoalition unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller konnte sich auf keine Lösung der Finanzprobleme einigen. Während die SPD eine stärkere Besteuerung der Höherverdienenden und eine Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung forderte, um die Unterstützung der Arbeitslosen zu sichern, war das Ziel der liberalen Parteien eine Senkung der Arbeitslosenunterstützung und ein Abbau der Sozialleistungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden, damit die Industrie nicht durch Steuererhöhungen belastet würde. Da im Kabinett kein Kompromiss gefunden werden konnte, trat die Regierung Müller daraufhin zurück und Hindenburg ernannte am 28. März gemäss § 48 der Reichsverfassung den Zentrumspolitiker Heinrich Brüning zum Reichskanzler. Brüning allerdings, der ein Minderheitenkabinett bildete,

konnte sich im Reichstag nicht durchsetzen, was Hindenburg wiederum veranlasste, den Reichstag aufzulösen und für den 14. September Neuwahlen auszuschreiben, wie er es Brüning versprochen hatte.

Reichstagswahl vom 14. September 1930

Nach dieser Auflösung entbrannte sofort der Kampf um die Wählerstimmen. Besonders aktiv traten die radikalen Parteien in Erscheinung, die 1928 kaum grösseren Einfluss hatten, da sie in der wirtschaftlich stabilen Lage ihre Anhänger nicht mobilisieren konnten. Ziel sowohl der KPD als auch der NSDAP war die Beseitigung des «Systems». Beide Parteien unterschieden sich jedoch stark in den Zielen, die sie anstrebten: Die NSDAP wollte Deutschlands Grösse wiederherstellen, den Versailler Vertrag aufheben und die Politik der «volksverräterischen Regierungen» seit 1918 beenden. Die KPD dagegen forderte die Errichtung der «Diktatur des Proletariats» und des Sowjetstaats unter ihrer Führung, damit die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten ein Ende habe.
Daraus ergaben sich auch die unterschiedlichen Ansprechpartner der beiden Parteien. Die NSDAP umwarb vor allem den Mittelstand und die national eingestellten Kreise der Arbeiter. Die KPD indes beschränkte ihre Wahlwerbung fast ausschliesslich auf die Arbeiter, das Wählerreservoir der SPD. Deshalb führte die KPD ihren Kampf in erster Linie gegen die SPD. In Anlehnung an ihre Analyse des Faschismus bezeichnete sie die SPD als «Sozialfaschisten» und warf ihr bis 1933 immer wieder den Verrat der Arbeiterinteressen vor. Gleichzeitig führte sie eine Kampagne für eine antifaschistische Aktionseinheit, um so hauptsächlich auf lokaler Ebene Anhänger und Mitglieder der SPD für sich zu gewinnen. Durch dieses zwiespältige Verhalten wurde die Spaltung der organisierten Arbeiterschaft, auch in deren Vereinen und Verbänden, noch vertieft.

Die SPD wiederum sah sich gezwungen, ihren Wahlkampf, der sich hauptsächlich gegen die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning richtete, auch gegen die radikalen Parteien zu führen. Sie erfand dazu den Begriff des «Komu-Nazi», mit dem sie die antidemokratischen Tendenzen in beiden Parteien angriff und ihre potentiellen Wähler warnte. Die anderen Parteien sahen in der NSDAP noch keine sonderliche Gefahr. Ihre vorrangigen Ziele während des Wahlkampfs waren die Bewältigung der Wirtschaftskrise und die Stärkung ihrer Wählerschaft, wobei es die unterschiedlichsten Vorstellungen gab. Der Wahlkampf in Stuttgart war der bisher erbittertste; nun kam es zum erstenmal zu Massenschlägereien zwischen den politischen Gegnern. Anders als im Reich brachte diese Wahl in Stuttgart noch nicht den lawinenartigen Sieg der NSDAP, wenn sie sich auch gegenüber 1928 von 2,5 auf 9,8 Prozent verbesserte, damit aber weder an den Erfolg in Württemberg noch an den im Reich heranreichte. Ihre Stimmen kamen hauptsächlich aus den bürgerlichen Parteien, die leichte Stimmenverluste hinnehmen mussten. Auf der anderen Seite konnte die SPD ihre glänzende Position von 1928 nicht mehr halten und verlor 5,6 Prozent der Stimmen, vor allem an die KPD, die ihre Wähler wieder zu mobilisieren verstanden hatte.
Der Grund für die hohen Stimmengewinne besonders der radikalen Parteien lag auch an der hohen Wahlbeteiligung im Vergleich zu 1928. Dies wird besonders deutlich, wenn man die absoluten Zahlen betrachtet: gegenüber 1928 gingen 30725 Wähler mehr zur Urne, dabei konnte die NSDAP 16812 und die KPD 8473 Stimmen hinzugewinnen, während die SPD lediglich 2783 Stimmen verlor. Dies zeigt, dass die Gewinne der radikalen Parteien aus dem Reservoir der Nichtwähler und der Jungwähler kamen, die von beiden intensiv umworben wurden.

Die Kommunalwahlen des Jahres 1931

Von den Wahlkämpfen her betrachtet war für Stuttgart das Jahr 1931 relativ ruhig. Zwar kam es zwischen den Wahlen immer wieder zu teilweise schweren Zusammenstössen der politischen Gruppen, die Wahlkämpfe selbst liefen dagegen meist ruhig ab, wenn auch hin und wieder Veranstaltungen massiv gestört oder gar gesprengt wurden. Es war ein Jahr der Kommunalwahlen: am 26. April die Oberbürgermeisterwahl und am 6. Dezember die Neuwahl der Hälfte des Gemeinderats. Anders als bei den Reichstagswahlen begann der Wahlkampf hier erst sehr spät; Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager, der wieder kandidierte, wurde dabe von der NSDAP heftig verleumdet, sonst aber von nahezu allen Parteien, angefangen bei der SPD bis zur DNVP, unterstützt wurde. Die NSDAP hatte den Stadtamtmann im Gaswerk, Dr. Karl Strölin, aufgestellt, die KPD den Reichstagsabgeordneten Ernst Torgier.

Zum ersten Mal wandte die NSDAP hierbei eine Taktik an, die dann auch für die Gemeinderatswahl im Dezember für Stuttgart bedeutsam werden sollte: Strölin zumindest versuchte, einen sachlichen Wahlkampf zu führen, ohne Lautenschlager anzugreifen, um damit leichter Stimmen aus dem bürgerlichen Lager zu bekommen. Strölin kommentierte diese Taktik in einem Entwurf zu seiner Autobiographie folgendermassen: «Ich wollte das Opfer der Beteiligung am Wahlkampf bringen, aber unter der Bedingung, dass er von unserer *Seite fair* geführt wurde. Das war damals dann, allerdings ganz gegen meinen Willen, nicht immer der Fall.»

Die Parteipresse und die anderen Agitatoren der Partei dagegen betrieben den üblichen «Terrorwahlkampf», indem sie verleumdeten, prügelten und ihre Gegner einschüchterten. Schwerpunkte der Wahlaussagen Strölins waren die Nöte des Mittelstandes, der durch die Wirtschaftskrise in starke Bedrängnis geraten war. Die NSDAP trat im Wahlkampf mit der Parole an «Wählt den Kandidaten des schaffenden Volkes, Dr. Strölin». Auch die Wahlkundgebungen Strölins verliefen nicht ungestört. Ein Mitarbeiter Strölins erinnert sich noch heute an eine Begebenheit in Botnang: «Als er damals in Botnang gesprochen hat als Oberbürgermeisterkandidat, da war ich auch dabei, da hat mich die Menschenmasse sehr nachhaltig beeindruckt. Botnang war eine kommunistische Hochburg und die Kommunisten hatten sich auch bei dieser Versammlung, die im Freien stattfand, zahlreich eingefunden und ein furchtbares Geschrei und Gegröle veranstaltet. Das hat mich getroffen und mich abgestossen und mir hat Strölin leidgetan, der versuchte, sich Gehör zu verschaffen, aber dann hauptsächlich niedergeschrien wurde.»

Leichter hatten es die Parteien, die sich für die Wiederwahl Lautenschlagers eintraten, denn ihre Argumentation beschränkte sich hauptsächlich auf die Leistungen, die Lautenschlager in seiner Amtszeit seit 1911 für die Stadt erbracht hatte. Da das Spektrum der Parteien extrem breit war, kam es zu leichteren Spannungen zwischen den Flügeln dieser «Koalition». Besonders die liberalen Parteien sahen es nicht sonderlich gern, dass Lautenschlager auch von der SPD unterstützt wurde.

Der kommunistische Kandidat Torgier forderte, wie es in der KPD üblich war, in erster Linie die Schaffung einer Sowjetgemeinde, in der die Interessen der Arbeiter im Mittelpunkt der Politik der Stadt stehen sollten. Die Wahl selbst brachte, keinesfalls überraschend, den Sieg Lautenschlagers, der 69,7 Prozent der Stimmen erhielt. Abgeschlagen folgten die Kandidaten der radikalen Parteien: Strölin erhielt 15,6 und Torgier 14,7 Prozent. Trotzdem war die NSDAP mit ihrem Ergebnis äusserst zufrieden. Hatte sie doch, was sie sich zum Ziel gesetzt hatte, ihren Stimmenanteil im Vergleich zur Reichstagswahl von 1930 um 5,8 Prozent übertroffen. Wie wichtig diese Wahl für die Nationalsozialisten war, lässt sich auch

Karl Lautenschlager (15.5. 1868 bis 6.12.1952), seit 1911 Oberbürgermeister von Stuttgart. Als Parteiloser von den Nationalliberalen aufgestellt. Nach der Revolution von 1918 auf der Seite des demokratischen Systems. 1921 und 1931 wiedergewählt. Am 9. Mai 1933 wegen Erreichens der Altersgrenze «offiziell» ausgeschieden, nachdem ihn die NSDAP schon vorher durch den Staatskommissar Strölin kaltgestellt hatte.

Karl Strölin wurde am 21.10.1890 in Berlin als Sohn eines württembergischen Offiziers geboren. Nach seiner Zeit als Berufsoffizier und seinem Studium schloss er sich 1923 der NSDAP an. 1925 Parteiaustritt, weil er sonst seine Beamtenstelle bei der Stadtverwaltung verloren hätte. 1931 Wiedereintritt. Am 16. März 1933 ernannte ihn Staatspräsident Murr zum Staatskommissar für Stuttgart. Von 1. Juli 1933 bis 22. April 1945 war er Oberbürgermeister von Stuttgart.

Ernst Torgier (* 25.4. 1893, Berlin), war seit 1924 Mitglied des Reichstags und dort im Fraktionsvorstand der KPD. 1933 wurde er wegen des Reichstagsbrands mit angeklagt, musste aber freigesprochen werden. 1935 schloss ihn die KPD aus, weil er sich 1933 den Nationalsozialisten gestellt hatte. Nach dem Krieg Eintritt in die SPD.

daran erkennen, dass am 24. April in der Stadthalle Hitler selbst in den Wahlkampf eingriff.

Die nächste Wahl stand seit Langem fest, denn nach der württembergischen Gemeindeordnung mussten alle drei Jahre die Hälfte der Gemeinderäte neu gewählt werden. Der traditionelle Termin dafür war in Stuttgart der erste oder zweite Sonntag im Dezember. 1931 gingen die Stuttgarter am 6. Dezember zur Wahl. Wie schon im April beschränkte sich die eigentliche Wahlkampfphase auf die letzte Woche vor den Wahlen, da man in den Parteien Kommunalwahlen nicht als sonderlich wichtig ansah. Anders als bei allen anderen Wahlen spielten in den Gemeinderatswahlkämpfen lokale Interessengruppen eine wichtige Rolle, da sie ihre Mitglieder und ihnen nahestehende Personenkreise aufforderten, nur bestimmte Kandidaten aus verschiedenen Parteien ihre Stimme zu geben. Dies wurde durch das Wahlrecht ermöglicht, das Kumulieren, also Stimmenhäufung bei einzelnen Kandidaten bis zu drei Stimmen, wie auch heute noch, zuliess.

Der Wahlkampf der Nationalsozialisten konzentrierte sich, neben den stereotypen Forderungen der Partei nach Abschaffung des Systems der «Katastrophen- und Bonzen-Politik» auf die Wirtschaftsprobleme. Im Zentrum stand die Parole «Gemeinnutz vor Eigennutz». Strölin definierte diese Forderung in einem Artikel, den das Stuttgarter «Neue Tagblatt» veröffentlichte, als «die Unterstellung der Einzelinteressen unter das Interesse der Nation». Darin sah er die «Synthese» zwischen dem «anarchistischen Wirtschaftsliberalismus» und dem «Bolschewismus, der die Eigeninteressen durch Zwang unterdrückt»
(SNT Nr. 560 v. 30.11.1931).

Die liberalen Parteien DDP und DVP sowie die konservative Volksrechtspartei hatten sich zu einer «Bürgerlichen Einheitsliste» zusammengeschlossen, die dafür eintrat, den Einfluss des Bürgertums und des Mittelstandes auf die Kommunalpolitik zu sichern. Ihr Ziel war die Beschränkung der Gemeindeausgaben auf das Notwendigste und die Unterstützung des Mittelstandes durch Auftragsvergabe der Gemeinde an Handwerk und Handel. Entschieden lehnten sie jeden Versuch der Einflussnahme des Staates auf die Wirtschaft ab. Ähnlich waren auch die Aussagen der DNVP, die jedoch, was die Ablehnung des «Systems» betraf, der NSDAP näherstand.

Die SPD stellte die soziale Sicherung der Erwerbstätigen und Erwerbslosen in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfs. Der zweite Schwerpunkt war der Kampf gegen NSDAP und KPD, die ihrerseits die SPD kräftig angegriffen hatten. Zu den wirtschaftlichen Überlegungen Ströhns nahm der Parteivorsitzende Otto Wels auf einer Kundgebung in der Stadthalle Stellung: «Alle blinden Feinde des Marxismus fordere er auf daran zu denken, dass der Kern der Lehre eigentlich eine Kontrolle der Gesellschaft über private Ausbeutungsbestrebungen sei» (SNT 4. 12.31 S. 5). Die KPD forderte, wie schon in den Oberbürgermeisterwahlen, die Sowjetgemeinde, in der die Entscheidungen an den Interessen der Arbeiterschaft und nicht an denen der Kapitalisten und Ausbeuter orientiert sei.

Der Wahlkampf selbst verlief wieder relativ ruhig, wenn es auch zu schweren Zusammenstössen zwischen dem Reichsbanner und der NSDAP im Anschluss an die Kundgebung mit Otto Wels kam, die zahlreiche Verletzte forderten. Der Samstag vor der Wahl verlief für die meisten überraschend ruhig. Lediglich in der Nacht zum Sonntag kam es zu vereinzelten Schlägereien zwischen politischen Gegnern.

Das Ergebnis der Wahl stimmte im Grossen und Ganzen mit dem Trend bei den vorhergehenden Wahlen überein. Der NSDAP gelang es erstmals, Vertreter in den Gemeinderat zu entsenden. Hatte sie 1928 nur 1,1 Prozent der Stimmen erhalten, so waren es nun 21,5 Prozent, die vor allem aus dem liberalen Lager kamen, das trotz der Einheitsliste Einbussen von 16,6 Prozent hinnehmen musste. Ihr Stimmenanteil sank damit von 27,7 auf 11,1 Prozent. Geringere Verluste hatte

Das «Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold» war eine Schutztruppe der republikanischen Parteien von Mitgliedern der SPD, des Zentrums und der DDP zur Verteidigung der Weimarer Republik gegründet. 3'000'000 Mitglieder, grösstenteils aus der SPD, die auch die Führungskräfte stellte. Nach der Machtübernahme Hitlers verboten.

die DNVP mit 2,4, der Christliche Volksdienst mit 0,9 und das Zentrum mit 0,6 Prozent.
Überdurchschnittlich hoch dagegen waren die Verluste der SPD mit 9,2 Prozent. Davon profitierten die KPD und die in Stuttgart relativ starke KPO, die zusammen 10,6 Prozent dazugewannen. Der prozentuale Unterschied zwischen SPD und KPD war auf 4,3 Prozent zusammengeschmolzen. Die Differenz zwischen dem kommunistischen Block (KPD und KPO) und der Sozialdemokratie betrug nur noch 0,3 Prozent.
Trotz dieser prozentualen Verschiebungen gewannen fast alle Parteien, betrachtet man die absoluten Zahlen, Stimmen hinzu. Obwohl die SPD 9,2 Prozent verlor, erhielt sie rund 6'000 Stimmen mehr als 1928. Lediglich die liberalen Parteien mussten auch einen spürbaren Rückgang der Wählerstimmen verzeichnen. Damit ist auch die Ursache für die gewaltige Stimmenverschiebung deutlich. Während 1928 die Wahlbeteiligung nur bei 52,3 Prozent lag, stimmten 1931 78,4 Prozent der Wahlberechtigten ab. In der wirtschaftlichen Krise konnten die radikalen Parteien ihre potentiellen Wähler, die 1928 zuhause geblieben waren, leichter mobilisieren.
Die NSDAP war nun also auch im Stuttgarter Gemeinderat mit 7 Sitzenvertreten.

Die Wahlkämpfe des Jahres 1932

Im Jahr 1932 steuerte die politische Polarisierung, die das Ende der ersten demokratischen Republik auf deutschem Boden brachte, ihrem Höhepunkt zu. Die Weltwirtschaftskrise erreichte im Winter 1931/32 mit über 6'000'000 Arbeitslosen einen neuen Höhepunkt. Auch die Zahl der Konkurse stieg, so dass sich in weiten Kreisen der Bevölkerung eine starke Existenzangst breitmachte.
Das Kabinett des Reichskanzlers Brüning regierte ohne parlamentarische Mehrheit, gestützt auf Notverordnungen des Reichspräsidenten, wie es der Artikel 48 der Weimarer Verfassung ermöglichte. Dazu kam das rapide Anwachsen der radikalen Flügelparteien NSDAP und KPD, die ihre Positionen seit 1930 in mehreren Ländern ausbauen konnten. In dieser verworrenen politischen und wirtschaftlichen Situation fanden 1932 in Stuttgart insgesamt fünf Wahlen statt.

Die verkehrten Fronten

Die Reichspräsidentenwahlen vom 13.3. und 10.4.1932

Im Frühjahr 1932 ging die erste siebenjährige Amtsperiode des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zu Ende. Hindenburg war 1925 als Kandidat des rechten Lagers, unterstützt von den Deutschnationalen, der DVP, den völkischen Gruppierungen einschliesslich der NSDAP und der Bayerischen Volkspartei, gegen den Kandidaten der eindeutig republikanischen Parteien SPD, DDP und Zentrum, Wilhelm Marx, zum Reichspräsidenten gewählt worden. Nun, sieben Jahre später, sah die Situation umgekehrt aus. Die erstarkte NSDAP stellte Adolf Hitler als eigenen Kandidaten auf. Die DNVP einigte sich mit dem Stahlhelm auf den gemeinsamen Kandidaten Duesterberg. Die KPD kündigte Ernst Thälmann, der sich bereits 1925 zur Wahl gestellt hatte, als ihren Kandidaten an. Durch diese Konstellation bestand die Gefahr, dass Hitler, falls sich die Parteien der «Weimarer Koalition» (SPD, DDP und das Zentrum) und die DVP nicht auf einen Kandidaten einigen könnten, Reichspräsident würde. Denn zur Wahl im zweiten Wahlgang genügte lediglich die einfache Mehrheit, während im ersten die absolute Mehrheit vonnöten war. Nach längerem Hin und Her gelang es schliesslich, den fast 85jährigen Hindenburg von der Notwendigkeit einer neuerlichen Kandidatur zu überzeugen. Die Parteien der «Weimarer Koalition», die zwar nicht mehr die Regierung miteinander bildeten, aber keinen Präsidenten Hitler wollten, unterstützten seine Kandidatur. Unter der paradoxen Voraussetzung, dass seine alten Wähler nun die Gegner Hindenburgs wurden und umgekehrt die alten Gegner

Erkennungszeichen des «Stahlhelm»

ihn jetzt als ihren Kandidaten ansahen, spielte sich der Wahlkampf für den ersten Wahlgang ab.
Der Wahlkampf zur Reichspräsidentenwahl fand nur im Saale und auf Plakaten statt, denn öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel waren während des Wahlkampfs durch eine Notverordnung verboten. Die wichtigsten Versammlungen setzten mit der letzten Wahlkampfwoche in der Stadthalle und der Liederhalle ein: Eröffnet wurde der Reigen durch Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald, der sich am 7. März in der Stadthalle für die Wiederwahl Hindenburgs einsetzte. Am 8. März hielt Hitler, ebenfalls in der Stadthalle, eine Rede, wo dann tags darauf Ernst Thälmann seine Positionen darlegte. Am 10. März schliesslich sprach der Kandidat der DNVP und des Stahlhelm, Duesterberg, im Festsaal der Liederhalle.
Von den Parteien, die Hindenburg unterstützten, wurden mit Ausnahme der SPD, die ihre eigene Argumentation hatte, die Überparteilichkeit und die Verdienste Hindenburgs herausgehoben. Über eine Rede des DVP-Reichstagsabgeordneten Morath im Stadtgartensaal berichtete der Schwäbische Merkur
(SM Nr. 55 v. 6.3.32 S. 5):

Der Vorstandstisch war behangen mit Fahnen in den Farben des alten Reiches, schwarz-weiss-rot, davor stand in der Mitte, umrahmt von Blattpflanzen, die Büste des Mannes, der heute noch an der Spitze des Deutschen Reiches steht und dem man um des deutschen Volkes willen wieder dazu verhelfen muss, das Oberhaupt des deutschen Staates zu bleiben, des Generalfeldmarschalls von Hindenburg. ... Er (Morath) stellte die Persönlichkeit dieses Volkshelden hinein in die Zeit und liess die Anwesenden das Wirken dieses deutschen Führers miterleben und so erkennen, welch ein ungeheures Positivum dieser Mann an der Spitze des Reiches für das deutsche Volk bedeutet. Über den Parteien ragt die gewaltige Gestalt des Reichspräsidenten von Hindenburg, dieses deutschen Edelmanns in des Wortes bester Bedeutung.

Das liberale «Neue Tagblatt» überschrieb am 9. März 1932 einen Artikel zur Wahl «Treuhänder des deutschen Volkes! Hindenburg kandidiert auf der Grundlage vollster Unparteilichkeit und Unabhängigkeit». Am Tag vor der Wahl wurde Hindenburg vom Tagblatt sogar zum «grössten Deutschen unserer Zeit» erhoben.

Anders dagegen argumentierte die SPD, die sich gegen die Vorwürfe der Kommunisten zur Wehr setzen musste, um ihre Entscheidung für Hindenburg verständlich zu machen. Die Sozialdemokraten sahen in der Unterstützung Hindenburgs nicht den Ausdruck ihrer politischen Vorstellungen, sondern die einzige Möglichkeit, einen Sieg Hitlers zu verhindern. Ihr Wahlkampf war nicht auf die Person Hindenburgs ausgerichtet, sie führten ihn vielmehr offensiv gegen Hitler und, wenn auch in einem geringeren Umfang, gegen Thälmann. So hiess es in einem ihrer Aufrufe: «Wer Hitler oder Thälmann wählt, gefährdet seine und seiner Familie Existenz».
Probleamtischer war die Argumentation der anderen Parteien, die eigene Kandidaten aufgestellt hatten. In einer Wahlkundgebung der DNVP Kreis Stuttgart begründete der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Wider die Motive für die Nominierung des Kandidaten Duesterberg:

Der Generalfeldmarschall hatte einst als eine seiner Hauptaufgaben eine politisch-moralische Säuberung sich zum Ziel gesetzt. Der Erfolg blieb ihm versagt... Internationale Abmachungen, die die Unterwerfungsparagraphen des Versailler Diktats noch verschärften, hat der Reichspräsident unterzeichnet. Der freiwillige Verzicht auf Elsass-Lothringen, die Verlängerung des Republikschutzgesetzes, das Kriegsgerätegesetz, die Schleifung der Ostfestungen, das Abkommen mit Polen und den Youngplan, alles hat er unterzeichnet ... Niemals hat der Mann, den wir Deutschnationalen, und wir allein, auf den Schild erhoben haben, unsere Politik auch nur andeutungsweise

durchgeführt. (SZ Nr. 52 3.3.32, S. 5.)

Duesterberg selbst sprach am 10. März in der Liederhalle. Wichtig für ihn war eine «Erneuerung der deutschen Wirtschaft, die Erhaltung des Mittelstandes und eine bewusste Rückkehr der Nation zu Gott, damit der deutsche Geist von 1914 wieder aufleben könnte»
(SZ Nr. 59 v. 11.3. 32, S. 13).
Die Aussagen zum Wahlkampf der NSDAP lassen sich auf den kurzen Nenner bringen: «Das System muss weg!»
In einem Aufruf heisst es dazu
(NSK Nr. 51 v. 2.3.32):

Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Deutsche Jugend! Nun ist die Stunde der Abrechnung gekommen. Hitler ist die letzte Hoffnung...

Am 13. März wird abgerechnet mit der jüdischen Pseudodemokratie.

Am 13. März wird abgerechnet mit dem scheinheiligen Zentrum und der Bayerischen Volkspartei.

Am 13. März wird abgerechnet mit den feigen spiessbürgerlichen Geldsackpatrioten.

Hitler wird siegen, weil das Volk seinen Sieg will!

In ihrer Argumentation versuchte die NSDAP alle gesellschaftlichen Gruppen und Schichten anzusprechen. Sie baute dabei hauptsächlich auf die Ängste der Deutschen. Hitler wurde als der einzig mögliche Retter in dieser Lage hingestellt.
Die KPD wusste, dass Ernst Thälmann nie die Chance hatte, Reichspräsident zu werden. Die Hauptargumentation ging so gegen die SPD, der man Verrat an den Arbeiterinteressen vorwarf, da sie sich dazu hergegeben latte, zur Wahl eines kaiserlichen Feldmarschalls aufzurufen. Das Ziel der KPD blieb weiterhin, wie es Thälmann auch in seiner Stuttgarter «Wahlkampfrede» ausdrückte, «die kommunistische Klassendiktatur ... der Bolschewismus allein könne auch Deutschland die nationale und soziale Befreiung bringen.» (SM Nr. 59 v. 11.3.32, ähnlich SNTv. 10.3.1932.)
Die Wahl am 13. März brachte keine Entscheidung. Hindenburg erhielt im Reich 49,6 Prozent der Stimmen, in Stuttgart dagegen bereits im ersten Wahlgang etwa 63 Prozent: die absolute Mehrheit. So war ein zweiter Wahlgang nötig, der auf den 10. April festgelegt wurde.
An dieser Entscheidung nahmen nur noch Hindenburg, Hitler und Thälmann teil. Die anderen beiden, Duesterberg und der obskure Betriebsanwalt Winter, der während des Wahlkampfs im Zuchthaus Bautzen eine Strafe verbüsste, zogen ihre Kandidaturen zurück. Die DNVP hatte beschlossen, sich auf die Landtagswahlen im April zu konzentrieren und nahm deshalb nicht mehr aktiv am Wahlkampf teil, sondern forderte zum Boykott auf.
Die Argumente für und wider die einzelnen Kandidaten waren längst ausgetauscht und änderten sich auch vor dem zweiten Wahlgang nicht. Wieder rollte eine Lawine von Wahlveranstaltungen über die Stadt. Klebekolonnen bepflasterten Häuser und Mauern mit Plakaten und Zetteln, Flugblätter wurden verteilt und Abzeichen verkauft. Das «Neue Tagblatt» über die letzte Phase vor dem zweiten Wahlgang
(SNT Nr. 165 v. 11.4.32 S. 5):

In der Hauptsache spielte sich der Wahlkampf in den ausgesprochenen Parteiblättern ab. Auch die Plakatsäulen lieferten hinreichend Lektüre. Mit dem Verteilen von Flugblättern war man, wie gesagt, recht zurückhaltend geworden, und auch die Zettelkleber hatten, nachdem sie und ihre Genossen durch saftige Strafen des Schnellrichters zur Vorsicht gemahnt worden waren, ihr nächtliches Treiben so ziemlich eingestellt.

Wie nach dem Ergebnis der ersten Wahl wohl kaum anders zu erwarten, wurde Hindenburg am 10. April 1932 wieder zum Reichspräsidenten gewählt. Dabei ist die Feststellung des «Schwäbischen Merkur» zur Beteiligung an der Wahl interessant:

Ein genaues Bild von der Wahlbeteiligung im Einzelnen lässt sich noch nicht gewinnen, es ist aber unverkennbar, dass in den ausgesprochen bürgerlichen Wahlbezirken verhältnismässig schwach abgestimmt wurde, während in den Industrievororten die Wähler ziemlich vollzählig, jedenfalls im Umfang der letzten Wahl, erschienen sind... (SM 12. 4. 1932.)

Hindenburg wurde demnach in Stuttgart von vielen Arbeitern gewählt.

Die Landtagswahl vom 24.4.1932

Das scheinbar harmonische Bild der Reichspräsidentenwahl, bei der die demokratischen Parteien noch gemeinsam Hindenburg unterstützt hatten, überdauerte den Wahltag nicht, denn in Württemberg und anderen Ländern des Reichs standen bereits 14 Tage später Landtagswahlen auf dem Programm, so dass der Wahlkampf sofort weiterging. An den Aussagen der einzelnen Parteien änderte sich wenig, da sie befürchten mussten, beim Wähler durch eine Änderung ihrer Politik auf Unverständnis zu stossen. Hauptslogan der NSDAP war: «Schlagt die Katastrophenpolitiker», eine Parole, mit der sie weiterhin gegen die Parteien und das System der Weimarer Republik anging. Für Württemberg stellte sie als Forderung heraus: «Das schwäbische Volk will deutsch sein und deutsch bleiben, will Ordnung, Freiheit, Frieden, Sauberkeit, Sparsamkeit. Dafür allein bürgt die nationalsozialistische Bewegung.» Ihre Ziele für eine nationalsozialistische Politik waren besonders auf den Mittelstand konzentriert: von den 19 Forderungen aus dem Wahlaufruf vom 14. April sprachen allein 10 mittelständische Probleme an. Allerdings musste die NSDAP, noch bevor der Wahlkampf richtig begonnen hatte, einen schweren Schlag einstecken: am 13. April wurden durch eine Notverordnung die SA, die SS und andere paramilitärische Organisationen der NSDAP im ganzen Reich verboten und aufgelöst.
Der Wahlkampf der SPD, die seit 1928 die stärkste Fraktion im Landtag war, richtete sich in erster Linie gegen die NSDAP, in der man, ähnlich wie Bolz, im Moment die grössere Gefahr für die Demokratie sah. Ihr Ziel war es, zum einen die Position im Landtag zu halten und so wenig Radikale wie möglich in das Landesparlament einziehen zu lassen, damit es wieder arbeitsfähig werde. Das andere SPD-Ziel: eine Veränderung der Sozialpolitik für die Arbeiter und Arbeitslosen in den industriellen Ballungsgebieten. Ihnen gegenüber war die Politik des deutschnationalen Finanzministers Dehlinger äusserst restriktiv. Die KPD bekämpfte weiterhin in erster Linie die SPD als Partei des Verrats an den Arbeitern.
Die anderen Parteien (Zentrum, DNVP, DDP, DVP und Bauernbund), die Stützen der Regierung Bolz im Landtag, versuchten in ihren Anzeigen und Versammlungen auf die geleistete Arbeit und die relative Stabilität hinzuweisen, die unter «ihrer» Regierung herrschte. Der einzige gravierende Unterschied zwischen diesen Parteien war die kontroverse Einstellung gegenüber den Nationalsozialisten. Während Bolz auf dem Ulmer Parteitag des Zentrums vom 20. März forderte, «die ganze Kampfkraft gegen die Nationalsozialisten einzusetzen» (SZ 21.3.32 Nr. 67), stellten die Deutschnationalen fest, dass sie sich «nur in den Kampfmethoden von den Nationalsozialisten unterschieden» (SZ Nr. 68 v. 22.3.32).
Die DVP äusserte dagegen während des Wahlkampfes Interesse an einer Zusammenarbeit mit der NSDAP:

Wären die Nationalsozialisten bereit, sich mit anderen Parteien auf dem Boden der Gleichberechtigung zu verständigen und hätten sich nicht besonders Nationalsozialisten und Zentrum (besonders Staatspräsident Dr. Bolz) in der Agitation so hoffnungslos auseinandergesetzt, so könnte Württemberg vielleicht ein Beispiel einer Zusammenarbeit auch mit ihnen bieten. (SM Nr. 89 v. 17.4.32 S. 5.)

Der Wahlkampf selber wurde, obwohl er nur zwei Wochen dauerte, mit riesigem Aufwand betrieben. Das «Neue Tagblatt»

überschrieb seinen Bericht darüber mit der Zeile «Trommelfeuer und Papierlawinen». Daraus einige Zitate, die etwas von der damaligen Atmosphäre ahnen lassen:

Wie immer war am Samstag der Grosskampftag. Die Wähler lagen unter einem Trommelfeuer von nie gesehenen Ausmassen. Alle möglichen Geschosse wurden verwendet, und auch an den Giftgasen der Verleumdung hat es nicht gefehlt. Unter dem Eindruck der Unzahl von Zetteln musste sich der Wähler nachgerade ganz «verzettelt» vorkommen. Schliesslich schenkte man dieser Art von Propaganda keine grosse Bedeutung mehr. Sehr ergiebig war wiederum die Lektüre der Plakatsäulen, denen es an allerlei originellen Ergüssen nicht fehlte. Kein schlechter Gedanke war es, als die Nationalsozialisten silberschimmernde Münzen unter das Volk der Wähler zu werfen begannen. Diese gleissenden Stücke waren zwar nur aus Aluminium und zeigten auf der einen Seite das Bild eines schwerterschwingenden jungen Mannes, der einer dreiköpfigen Schlange den Garaus macht, während auf der anderen Seite für Liste 10 Stimmung gemacht wurde. Weil aber die glänzenden Dinger nach etwas aussahen, wurden sie sehr begehrt...
Den gesamten Papierverbrauch kann man ungefähr ermessen, wenn man die Zahlen erfährt, die den Verbrauch an «Wahlpapier» einer einzigen Partei darstellen. Diese Partei, es ist eine der radikalen Parteien, soll für die Zwecke der Landtagswahl drei Waggon Papier zu je 15'000 kg bezogen und verwendet haben ... Aus diesen Papiermassen sind für jene Partei rund 3½ Millionen Flugblätter gedruckt worden.
(SNT Nr. 189 v. 25. April 1932 S. 5.)

Das Wahlergebnis zeigte dann auch in Stuttgart einen starken Anstieg der Radikalen im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen, während die SPD und die beiden liberalen Parteien grosse Verluste hinnehmen mussten. Dennoch blieben die Sozialdemokraten in Stuttgart mit 26,1 Prozent die stärkste Partei, während die NSDAP, die im Land zur stärksten Partei wurde, «nur» 23,7 Prozent der Stimmen erhielt.

Die Reichstagswahlen am 31. Juli und 6. November 1932

Nach der Landtagswahl hatte das «Stuttgarter Neue Tagblatt» noch gemeint, nach vier Wahlen in fünf Monaten sei es mit dem Wählen für dieses Jahr genug. Ein gewaltiger Irrtum, denn am 31. Juli und 6. November fanden noch zwei Reichstagswahlen statt.
Nach dem Sturz des Reichskanzlers Brüning am 30. Mai 1932 und der Bildung der konservativen Regierung unter Papen, die im Reichstag auf eine breite Ablehnung stiess, wurden auf den 31. Juli Neuwahlen für den Reichstag ausgeschrieben. Der Wahlkampf entwickelte sich dabei zu einem der härtesten während der Weimarer Republik. Bereits am 13. Juni hob die Regierung Papen mit einer Notverordnung das SA- und Versammlungsverbot wieder auf. Die süddeutschen Staaten hielten wenigstens das Versammlungsverbot noch aufrecht, das aber am 28. Juni für das ganze Reich aufgehoben wurde. Damit standen sich die verfeindeten politischen Akteure wieder auf der Strasse gegenüber und es dauerte nicht lange, bis die bürgerkriegsähnlichen Zustände, die man durch das Verbot einzudämmen gehofft hatte, wieder zur Tagesordnung gehörten. In Stuttgart war der Höhepunkt bereits am 2. Juli erreicht, als sämtliche grossen Parteien zu Demonstrationen aufriefen, die selbst noch friedlich verliefen; anschliessend jedoch kam es in verschiedenen Vororten, hauptsächlich aber in der Altstadt um den Leonhardsplatz herum und in der Esslinger Strasse zu schweren Auseinandersetzungen, die teilweise bis in die Morgenstunden dauerten. Die Polizei schritt ein und verhaftete etwa 100 Personen, die sich vor einem Schnellgericht zu verantworten hatten und dort teilweise bis zu sieben Monate Gefängnis erhielten. Bei diesen Auseinandersetzungen wurden mehrere Personen, die genaue Zahl wurde nie ver-

öffentlicht, zum Teil schwer verletzt. Bereits am nächsten Samstag (dem 9. Juli) fanden wiederum drei grosse Demonstrationen der NSDAP, der KPD und der Eisernen Front statt, die jedoch ohne grössere Zwischenfälle abliefen.

Nach dem «Blutsonntag von Altona», bei dem 12 Menschen durch Gewalttätigkeiten auf der Strasse ums Leben kamen, wurden wiederum sämtliche Versammlungen unter freiem Himmel verboten. Darauf kamen auch die anderen Propagandaformen wieder zur Geltung, die natürlich auch schon in der ersten Phase des Wahlkampfs angewendet wurden. Die NSDAP versuchte dabei mit allen Mitteln, ihre Position auszubauen: in ihre Propaganda zog sie nun alle Personenkreise ein, die Unmut am politischen System hatten. Umworben war weiterhin der Mittelstand und als Gruppen die Frauen, die Jugend, die evangelischen Christen und die Beamten, weil sie dort ihr Wählerpotential hatte. Die Argumente, nicht nur der NSDAP, sondern auch der anderen Parteien änderten sich kaum noch. Manche dieser Phrasen waren in der Zwischenzeit Allgemeingut geworden: die Slogans «Arbeit, Freiheit, Brot» oder «Arbeit und Brot» waren längst austauschbar.
Am schwersten hatte es die SPD, die zwar, wie schon bei den anderen Wahlen dieses Jahres, die NSDAP angriff, aber durch den Schlag Papens gegen die sozialdemokratische Regierung in Preussen am 20. Juli in erhebliche Schwierigkeiten kam. Ihr Ziel war, das weitere Vordringen der NSDAP zu stoppen und eine neue Politik im Reich gegen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise einzuleiten. Neu für Stuttgart waren an diesem Wahlkampf die Wahlreden im Rundfunk und die Fahnen, die aus den Fenstern gehängt wurden, um so die Parteipräferenz zu beweisen. Das «Neue Tagblatt» schrieb darüber ironisch:

Die Fahnen-, Flaggen- und Wimpelproduktion, ein bis dato wenig beachteter und darniederliegender Wirtschaftszweig, wird angekurbelt. Wenn das der einzige Erfolg ist, soll gegen dieses an sich unschuldige Bemühen vorerst nichts gesagt werden. (SNT Nr. 353 v. 1.8. 32 S. 5.)

Die Wahl selber brachte keine Entscheidung. Die NSDAP wurde stärkste Fraktion im Reichstag. Die SPD verlor weiter Stimmen an die Kommunisten, da viele Wähler mit der Tolerierungspolitik der SPD gegenüber Brüning nicht einverstanden waren. Die Ergebnisse in Stuttgart sahen allerdings wesentlich anders aus als im Reich und in Württemberg. So konnte die SPD gegenüber den Reichstagswahlen von 1930 sogar einen Stimmenzuwachs von 2,3 Prozent verbuchen und blieb hier mit 27,7 Prozent die stärkste Partei. Die NSDAP verbesserte ihr Ergebnis von 1930 um 17,4 auf 27,2 Prozent. Ihre Stimmengewinne kamen hauptsächlich aus dem liberalen Lager (DDP, DVP), das 13,9 Prozent verlor. Mit 3,3 und 1,7 Prozent waren sie allerdings zu Splitterparteien geworden. Die Verluste der anderen wie DNVP und Zentrum waren dagegen geringer.

Die Reichstagswahl am 6. November 1932

Weil die Zusammensetzung des Reichstags nach der Wahl am 31. Juli wiederum eine Mehrheitsregierung unmöglich machte, denn die beiden radikalen Parteien NSDAP und KPD hatten zusammen die Mehrheit, wurde der Reichstag noch einmal aufgelöst und Neuwahlen auf den 6. November festgesetzt. Dieser Wahlkampf, der von allen Parteien gegen die NSDAP geführt wurde, hatte jedoch seine Besonderheiten. Der frühere Kampf zwischen den Arbeiterparteien SPD und KPD und den bürgerlichen Parteien bis hin zur NSDAP trat nicht mehr in der vollen Schärfe hervor, denn zum Hauptgegner der NSDAP in diesem Wahlkampf wurden die Deutschnationalen, die sich entschieden gegen den «sozialistischen» Tendenzen in der NSDAP ausgesprochen hatten. Zwar blieben SPD und KPD vor

den Angriffen der NSDAP nicht verschont, aber trotzdem kam es etwa während des Wahlkampfs in Berlin beim Verkehrsarbeiterstreik zu einer Zusammenarbeit zwischen KPD und NSDAP, die im ganzen Reich beachtet wurde und bei der Wahlentscheidung eine wichtige Rolle spielte.
Der Wahlkampf in Stuttgart lief erstaunlich ruhig ab. Es kam kaum zu den aus früheren Wahlkämpfen bekannten Ausschreitungen. Lediglich eine Veranstaltung der Deutschnationalen mit dem früheren Hofprediger Dr. Vogel aus Potsdam wurde von Anhängern der NSDAP massiv gestört. Für diesen relativ ruhigen Verlauf, der mit den üblichen Mitteln geführt wurde, dürfte wohl ausschlaggebend gewesen sein, dass die Parteikassen nach den vier vorhergehenden Wahlen so gut wie leer waren. Die NSDAP rief ihre Mitglieder auf, die Parteifahnen aus dem Fenster zu hängen, da dies die billigste Propagandamethode sei. Ausserdem sah sie sich gezwungen, eine Wahlkampfumlage von einer Reichsmark je Mitglied zu erheben.
Das «Stuttgarter Neue Tagblatt» kommentierte den Wahlkampf so:

Beinahe die ganze Wahlpropaganda hat sich auf die vergangene Woche konzentriert. Und auch in diesen paar Tagen tobten sich die Wahlleidenschaften oder was man so nennt, meistens in den Versammlungssälen aus. Wenn nicht an den Plakatsäulen eine bildhaft deutliche Sprache geführt worden wäre – der Ton ist übrigens im Allgemeinen etwas milder geworden –, wenn nicht die Briefkästen mit jenen kernhaft und schlagwortkräftig geschriebenen Wahlflugblättern angefüllt gewesen wären, so hätte vielleicht mancher den Wahlsonntag verschlafen. (SNT Nr. 521, 7. 11. 32 S. 5.)

Diese Wahl brachte zum ersten Mal seit 1930 wieder Verluste für die NSDAP. Im Reich verlor sie über zwei Millionen Stimmen, blieb aber mit 33,1 Prozent weiterhin stärkste Partei. Vom Verlust der NSDAP profitierten hauptsächlich die DNVP, die 2,9 Prozent hinzugewann, sowie die kleinen liberalen Parteien. Auch die SPD musste Stimmenverluste hinnehmen; von ihr wanderten Wähler zur KPD. Ähnlich wie im Reich sahen diesmal auch die Ergebnisse in Stuttgart aus: während die Verluste und Gewinne von NSDAP und DNVP ungefähr der Grössenordnung im Reich entsprachen, war der Wähleraustausch zwischen SPD und KPD wesentlich stärker. Die SPD büsste 5,1 Prozent ihrer Stimmen ein; 4 Prozent davon gingen zur KPD, der Rest kam den Liberalen zugute. Durch die überdurchschnittlichen Verluste der SPD wurde die NSDAP erstmals stärkste Partei in Stuttgart.

Die Reichstagswahl vom 5. März 1933

Nachdem es Hitler am 30. Januar 1933 gelungen war, zum Reichskanzler ernannt zu werden, wurde drei Tage später der Reichstag erneut aufgelöst und die Wahlen auf den 5. März festgelegt. Von freien Wahlen konnte nicht mehr die Rede sein, da die Wahlkampfmöglichkeiten der einzelnen Parteien äusserst unterschiedlich waren. In Preussen, dem grössten Land des deutschen Reiches, herrschte Hermann Göring, der sehr schnell die politischen Aktivitäten der anderen Parteien einschränkte oder verbot.
Nicht so drastisch wie in Preussen verlief die Entwicklung anfangs in Württemberg und in Stuttgart, wo noch der Zentrumspolitiker Bolz als Staatspräsident amtierte. Die Beschränkungen trafen auch hier meist SPD und KPD, während die NSDAP ihren Propagandarummel uneingeschränkt inszenieren konnte. Sozialdemokratische und kommunistische Flugblätter, Plakate und Veranstaltungen wurden aus «Sicherheitsgründen» oder wegen «Beschimpfung des Reichskanzlers Adolf Hitler» verboten. Zeitungen wurden verwarnt oder wie die kommunistische «Süddeutsche Arbeiterzeitung» zeitweise verboten. Solchen Beschränkungen unterlagen die nationalsozialistischen Versammlungen nicht. Diese Praxis wurde nach dem Reichstagsbrand wesentlich verschärft. Auch in Stuttgart waren danach sämtliche kommunistischen Veran-

staltungen zu den Wahlen verboten, darunter eine Versammlung mit Wilhelm Pieck am 2. März in Stuttgart.
Die sozialdemokratische Abschlusskundgebung am 4. März wurde zwar nicht verboten, aber die Teilnehmer durften nicht mehr in geschlossenen Formationen zur Stadthalle ziehen. Zur selben Zeit marschierten «die braunen Kolonnen des erwachenden Deutschlands» durch die Stadt, hinauf zum Bismarckturm, wo «Höhenfeuer» entzündet wurden, und von dort wieder auf den Marktplatz. Seinen ersten Kulminationspunkt erreichte der Wahlkampf am 15. Februar, als der neue Reichskanzler Adolf Hitler auf einer Versammlung der NSDAP in der Stadthalle sprach. Die Rede sollte über den Rundfunk ausgestrahlt werden. Während Hitler sprach, gelang es allerdings zwei Kommunisten, das Sendekabel von der Stadthalle zum Telegrafenamt mit einem Beil zu durchschlagen, so dass die Rede nicht weiter übertragen werden konnte.
Am selben Abend fand zudem noch eine Versammlung der DNVP statt, während eine Protestkundgebung der KPD für diesen Tag, ebenso wie ein sozialdemokratisches Flugblatt verboten worden waren. In der Nacht vom 15. auf den 16. Februar kam es immer wieder zu Zusammenstössen zwischen KPD und NSDAP, bei denen geschossen wurde. Etliche Verletzte waren die Folge.
Im November 1932 noch hatten sich NSDAP und DNVP bis aufs Messer befehdet, nun aber standen sie Seite an Seite und kämpften wieder gegen das «verkommene System» von Weimar und für einen autoritären Staat. Gegen diese Vorstellungen richtete sich der Kampf der anderen demokratischen Parteien, besonders der SPD und des Zentrums, die nach der Ernennung Hitlers und den Vorkommnissen in Preussen mehr noch als 1932 die Demokratie gefährdet sahen. Sie konnten es nicht verhindern, dass bei den Wahlen am 5. März die von Hitler geführte Regierungskoalition aus NSDAP und DNVP die Mehrheit im Reich errang. Zu massiv waren die Repressionen in weiten Teilen des Reichs gegen SPD, KPD und andere «unliebsame» Parteien gewesen, zu mächtig war bereits der Propagandaapparat, den die neue Regierung zur Verfügung hatte.
Die Wahlergebnisse in Stuttgart entsprachen ungefähr diesem Trend. Die NSDAP konnte kräftige Stimmengewinne erzielen, blieb hier aber weit hinter ihrem Ergebnis im Reich zurück. Dafür gab es für die SPD, anders als im Reich und im Land, in Stuttgart Stimmengewinne.
Nach der Wahl folgten schnell die weiteren Schläge gegen das demokratische System der Weimarer Republik und bis Juli 1933 waren die Parteien, ausser der NSDAP, entweder verboten oder aufgelöst worden.

Das NS-Ankündigungsplakat für den Propagandafilm über die Schlacht bei Tannenberg (1914) vom 20. August 1932

Reichstagswahlen seit 1919

Kursivzahlen* = % *der gültigen Stimmen

Stuttgart (jetziges Gebiet)

Wahlvorschlag	5. 3. 33	6. 11. 32	31. 7. 32	(24. 4. 32)*	14. 9. 30	20. 5. 28
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	86 850 *33,8*	53 872 *23,2*	60 953 *27,2*	(51 747) *(23,7)*	22 587 *9,8*	4 847 *2,5*
Bauern- u. Weingärtnerbund	1 197 *0,5*	1 496 *0,6*	1 199 *0,5*	(1 947) *(0,9)*	2 644 [2] *1,1*	2 558 *1,3*
Deutschnationale Volkspartei	25 153 [4] *9,8*	24 477 *10,5*	17 064 *7,6*	(17 806) *(8,2)*	18 394 *7,9*	19 605 *9,9*
Christlicher Volksdienst	8 206 *3,2*	9 902 *4,3*	8 419 *3,8*	(8 740) *(4,0)*	12 351 *5,3*	— —
Volksrechtpartei	— —	2 516 *1,1*	2 087 *0,9*	(4 501) *(2,0)*	6 804 [3] *2,9*	9 786 *5,0*
Zentrumspartei	25 098 *9,8*	21 611 *9,3*	22 653 *10,1*	(21 455) *(9,8)*	19 615 *8,5*	15 020 *7,6*
Deutsche Volkspartei	3 436 *1,3*	6 757 *2,9*	3 831 *1,7*	(6 267) [1] *(2,9)*	42 999 *18,6*	18 778 *9,5*
Deutsche Demokratische Partei	7 983 *3,1*	9 764 *4,2*	7 284 *3,3*	(15 266) *(7,0)*		26 677 *13,5*
Sozialdemokratische Partei	60 825 *23,7*	52 502 *22,6*	62 178 *27,7*	(56 825) *(26,1)*	60 198 *26,0*	61 999 *31,4*
Unabhängige Sozialdemokrat. Partei	— —	— —	— —	— —	— —	— —
Kommunistische Partei	37 999 *14,8*	47 700 *20,5*	36 997 *16,5*	(33 392) *(15,3)*	38 414 *16,6*	29 334 *14,9*
Sonstige Parteien	89 *0,0*	1 775 *0,8*	1 595 *0,7*	(408) *(0,1)*	7 747 *3,3*	8 837 *4,4*
Gültige Stimmen	256 836	232 372	224 260	(218 364)	231 753	197 441
Wahlbeteiligung	*88,8*	*80,9*	*81,3*	*(77,1)*	*84,8*	*74,2*
Nichtwähler	31 403	53 325	49 216	63 627	39 946	69 221

* = Landtag.

[1] Einschließlich Volkskonservativer Vereinigung.

[2] Ohne Nationale Volksgemeinschaft (2 094 Stimmen).

[3] Einschließlich Christl. Sozialer Reichspartei.

[4] Kampffront Schwarz-Weiß-Rot.

Ausschnitt aus einer zeitgenössischen Aufstellung der Stuttgarter Reichstagswahl-Ergebnisse seit 1928 einschliesslich der Landtagswahlen vom 24. April 1932. Das «jetzige Gebiet» bezieht sich auf die Eingemeindungen Hofens (1929), Rotenbergs und Münsters (1931) sowie Zuffenhausens (1932). Quelle: «Stuttgarter Wirtschaftsberichte, Mitteilungen des Statistischen Amts der Stadt Stuttgart». Jahrgang 9, April 1933, Heft 1, Seite 11

Thomas Schnabel

Von Bazille zu Mergenthaler

Parteien und Wahlen in Württemberg 1928-1933

Nach der Niederlage des Deutschen Reichs im 1. Weltkrieg wurde das Königreich Württemberg zum freien Volksstaat. Obwohl der letzte württembergische König Wilhelm II. allgemein sehr beliebt war, konnte sich die Monarchie nach dem kläglichen Versagen der Hohenzollern im Reich und in Preussen sowie der Ausrufung der Republik in Berlin und Stuttgart natürlich auch in Württemberg nicht mehr halten.

Am 10. November 1918 bildete der Sozialdemokrat Wilhelm Blos die erste provisorische Regierung und veröffentlichte am 3. Dezember die Wahlordnung für die verfassunggebende Landesversammlung, die am 12. Januar 1919 gewählt wurde. Schon am 30. November 1918 hatte der König auf den Thron verzichtet. Insgesamt verlief die Revolution in Württemberg friedlich, besonders, wenn man sie mit den wochenlangen Kämpfen in Berlin und München vergleicht. Und dies, obwohl der Bruch innerhalb der Sozialdemokratie, der dann später in der Weimarer Republik zu den erbitterten Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterschaft führte, 1915 von Stuttgart ausgegangen war.

Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Landes- und Nationalversammlung im Januar 1919 konnten die drei Parteien, die sich vorbehaltlos für Republik und Demokratie einsetzten, im Reich und in Württemberg überwältigende Erfolge erzielen. So erhielten das Zentrum, das sich auf die katholische Bevölkerungsminderheit stützte, die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP), die in Württemberg vom mittelständischen Gewerbe und dem Handel sowie Teilen der Industrie und der Beamtenschaft gewählt wurde, und die SPD, die ihre grösste Anhängerschaft bei Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten hatte, zusammen über 80 Prozent der abgegebenen Stimmen und lagen damit noch deutlich über dem Reichsdurchschnitt. Diese Tatsache lässt sich bei allen Wahlen der Weimarer Republik beobachten: die sogenannten Weimarer Parteien erzielten in Württemberg zusammen immer bessere Ergebnisse als im Reich. Allerdings schnitten die einzelnen Parteien unterschiedlich ab. Während württembergisches Zentrum und württembergische DDP immer höhere Stimmenzahlen als im Reich erzielten, lag die SPD immer deutlich darunter. Nachdem am 25. September 1919 die neue Landesverfassung in Kraft getreten war, kam es im Juni 1920 zu den ersten Reichs- und Landtagswahlen. Hierbei erlitten die drei genannten Parteien, besonders DDP und SPD, verheerende Verluste. Während aber im Reich die Mehrheitsverhältnisse eine neue Regierungskoalition erforderten, war in Württemberg eine Fortsetzung der alten Koalition aus SPD, Zentrum und DDP möglich, die immerhin noch 55 von 101 Sitzen im Landtag innehatte. Wegen der Streitigkeiten zwischen den drei Parteien kam es aber zwischen 1920 und 1924 zu keiner dauerhaften Mehrheitsbildung, so dass das Minderheitskabinett aus DDP und Zentrum auf die Tolerierung der SPD oder anderer Oppositionsparteien angewiesen war. Endgültig scheiterte das Kabinett kurz vor Ablauf der Legislaturperiode 1924 an dem Versuch, einige Oberämter im Zuge einer Verwaltungsvereinfachung aufzuheben. Württemberg bestand damals aus 62 Oberämtern, deren Grenzen seit Anfang des 19. Jahrhunderts nicht mehr geändert worden waren.

Die Reichs- und Landtagswahlen vom Mai 1924 standen noch stark unter dem

Thomas Schnabel, Jahrgang 1952, Studium der Geschichte in Freiburg, arbeitet derzeit an einer Doktorarbeit über Wahlen im Württemberg der Weimarer Republik.

Eindruck des Krisenjahres 1923 (Ruhrbesetzung, Hitlerputsch, Inflation etc.) und brachten wieder einen starken Rechtsruck im Reich und in Württemberg. Zum erstenmal zogen drei Nationalsozialisten unter der Bezeichnung «Völkisch-Sozialer Block» in den Landtag ein, da nach dem Hitlerputsch 1923 in München die NSDAP verboten worden war. Ebenfalls zum erstenmal, aber mit 10 von 80 Mandaten erheblich stärker, trat auch die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) in den Landtag ein. Typisch für die württembergische Parteienlandschaft war, dass es beiden Flügelparteien während der gesamten Weimarer Republik nicht gelang, auch nur annähernd so viele Stimmen wie auf Reichsebene zu erhalten.

Nach dieser Wahl war eine Koalition aus Zentrum, DDP und SPD nicht mehr möglich. So kam es im Juni 1924 zu einer Mitte-Rechts-Koalition aus DNVP (Deutschnationale Volkspartei), die sich in Württemberg lange Zeit Bürgerpartei nannte und die alten Konservativen vor allem in den Städten repräsentierte, dem Bauernbund und dem Zentrum, wobei DNVP und Bauernbund eine gemeinsame Fraktion bildeten und mit 25 von 80 Abgeordneten auch die stärkste politische Einheit stellten, während das Zentrum mit 17 Sitzen die zweitstärkste Fraktion im Landtag hatte. Staatspräsident wurde der Deutschnationale Bazille, der auch das Kultministerium leitete. Finanzminister wurde der Deutschnationale Dehlinger. Innen- und Justizminister blieben Bolz und Beyerle vom Zentrum. Der Bauernbund, der mehr als doppelt so stark war wie die DNVP, begnügte sich mit dem Posten des Landtagspräsidenten für seinen Vorsitzenden Theodor Körner. Dieser württembergische Bauern- und Weingärtnerbund – auch eine Besonderheit der württembergischen Parteienlandschaft – war 1919 als Partei gegründet worden, nachdem er vor dem 1. Weltkrieg ein regionaler Ableger des Bundes der Landwirte gewesen war, einem sehr einflussreichen und mächtigen Interessenverband der Landwirtschaft. Er war die erfolgreichste, regionale, berufsständische Partei in der Weimarer Republik, zumindest unter den Parteien, die die Interessen eines bestimmten Berufsstandes, in diesem Fall der Landwirtschaft, vertraten. Es gab zwar auch in anderen Ländern, wie Bayern, Thüringen oder Baden regionale Landbünde. Sie erreichten aber niemals die Bedeutung des württembergischen Bauernbundes und wurden von 1930 an von der NSDAP fast vollständig zerrieben.

Die nächsten Landtagswahlen fanden wieder zusammen mit den Reichstagswahlen im Mai 1928 statt. Es waren die einzigen grossen Wahlen während der gesamten Weimarer Republik, die in einer Zeit ohne grosse innen- und/oder aussenpolitische Konflikte abgehalten wurden. Diese Wahlen brachten den Regierungsparteien – in Berlin und in Stuttgart regierten Mitte-Rechts-Koalitionen – empfindliche Verluste, besonders der DNVP unter Bazille. Sie verlor die Hälfte ihrer Stimmen und Mandate; eine Folge wohl der verfehlten Schulpolitik von Kultminister Bazille, der unter anderem auf Druck des Bauernbundes die Einführung des 8. Schuljahres in den württembergischen Volksschulen verhindert hatte. Dazu kam noch seine demagogische und gegenüber dem politischen Gegner unnötig verletzende Art, wie sie Landesbischof Wurm, selber von 1919 bis 1920 DNVP-Landtagsabgeordneter, in seinen Erinnerungen beschrieb.

Zwar hatte die DNVP auch im Reich etwa 30 Prozent ihrer Stimmen verloren, aber auch bei einem Vergleich des Landtags- und Reichstagswahlergebnisses in Württemberg wird klar, dass die DNVP-Verluste nicht allein mit dem Trend im Reich erklärt werden können. So verlor die DNVP bei den Reichstagswahlen in Württemberg von Mai 1924 bis Mai 1928 zirka 41 Prozent ihrer Stimmen, während es bei den Landtagswahlen fast 49 waren. Allerdings trat bei den Reichstagswahlen der evangelische Christliche Volksdienst (CVD) in Württemberg noch nicht auf, während er bei den Landtagswahlen auf Anhieb 3,9 Prozent der Stimmen und

3 Sitze im Landtag erhielt, die wenigstens teilweise von ehemaligen deutschnationalen Wählern stammten. Dafür spricht auch, dass die deutschnationale und bauernbündlerische Presse vor den Wahlen den CVD besonders scharf attackierte.

Die Verluste der DNVP waren in der Umgebung von Stuttgart überdurchschnittlich hoch. So sank die Partei in Ludwigsburg von 14,2 auf 5,7, in Backnang von 18,5 auf 7,4, in Besigheim von 8,6 auf 2,8, in Esslingen von 10,9 auf 4,6, in Stuttgart-Amt von 10,5 auf 4 und in Waiblingen von 16,9 auf 7,3 Prozent. Dagegen hielten sich die Verluste in den katholischen Oberämtern in relativ engen Grenzen, bei allerdings sehr geringen absoluten Stimmenzahlen. Nutzniesser waren neben dem CVD verschiedene kleinere bürgerliche Splitterparteien, wie Volksrechtspartei und Wirtschaftspartei.

Im Unterschied zur DNVP erlitt der Bauernbund nur bescheidene Verluste, die ihn zwei Prozent der Stimmen und einen Sitz im Landtag kosteten. Interessant ist beim Bauernbund die regionale Streuung der Verluste und vielleicht noch interessanter der Gewinne. Während die Hochburgen des Bauernbundes in den protestantischen Agrargebieten des früheren Neckar- und Jagstkreises, die etwa dem heutigen Nordwürttemberg entsprachen, sehr unterschiedliche Ergebnisse aufwiesen, die aber zusammengefasst leichte Verluste ergaben, konnte die Partei im katholisch-agrarischen Oberschwaben teilweise erhebliche Stimmengewinne auf Kosten des Zentrums erzielen, so etwa in Laupheim von 4,8 auf 8,3, in Leutkirch von 3,6 auf 10,5, in Tettnang von 4,8 auf 8,3 und in Waldsee von 9,9 auf 13 Prozent. Es war dem berufsständischen Bauernbund also gelungen, in die Hochburgen der Weltanschauungspartei Zentrum einzudringen, da der Anteil der Katholiken in diesen vier Oberämtern zwischen 86 und 96 Prozent schwankte. Das Zentrum erzielte bei diesen Wahlen das schlechteste Landtagswahlergebnis der Weimarer Zeit. Trotzdem konnte es seinen Besitzstand mit 17 Abgeordneten im Landtag wahren.

Ausserdem waren die Schwankungen der Stimmenzahlen von allen Parteien beim Zentrum am geringsten: Das beste Ergebnis im Wahljahr 1920 lag mit 22,5 Prozent nur um 2,9 Prozent über dem schlechtesten Resultat von 1928.

Bei der regionalen Verteilung der Verluste von 1928 ergibt sich folgendes Bild: In den überwiegend protestantischen Oberämtern konnte sich das Zentrum zumeist halten, oft sogar leichte Gewinne erzielen, bei einer absolut jedoch sehr geringen Stimmenzahl. In den katholischen Kerngebieten Oberschwabens und Ostwürttembergs musste das Zentrum dagegen zum Teil empfindliche Verluste hinnehmen. So sank es in Ellwangen von 80,8 auf 75,3 Prozent, in Biberach von 69,4 auf 63,4, in Leutkirch von 79 auf 66,6 und in Tettnang von 67 auf 54 Prozent. Diese Verluste kamen in den Agrargebieten vor allem dem Bauernbund zugute oder in Biberach zum Beispiel der Wirtschaftspartei, einer ansonsten in Württemberg unbedeutenden mittelständischen Interessenpartei.

Bei der Erklärung dieser Verluste fällt auf, dass 1928 die einzige Wahl war, die in eine relativ konfliktfreie Zeit fiel, während es bei den Wahlen von 1919, 1920, 1924 und 1932 immer um grundlegende politische Entscheidungen mit erbitterten Auseinandersetzungen ging, von der auch der Katholizismus direkt betroffen wurde. Insofern entfiel 1928 ein wichtiger Mobilisierungsfaktor für das Zentrum: die Gefahr für Glaube, Kirche oder Partei durch Extremisten von links und/oder rechts. Dies hatte in den katholischen Kerngebieten naturgemäss stärkere Auswirkungen als in der katholischen Diaspora, in der bei bewussten Katholiken ein sehr viel grösseres Identifizierungsbedürfnis mit einer katholischen Partei bestand, da man in einer protestantisch bestimmten Umwelt lebte.

Die rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP), die im Reich unter ihrem Vorsitzenden Gustav Stresemann eine bedeutende Rolle spielte, stand in Württemberg immer im Schatten der linksliberalen DDP. Sie erreichte zwar 1928 ein leichtes

Stimmenplus von 0,6 Prozent – erheblich weniger als sie vor der Wahl erwartet hatte –, konnte aber mit 5,2 Prozent der Stimmen nur etwas über die Hälfte der Stimmen der DDP auf sich vereinigen. In einigen Hochburgen wie Crailsheim, Esslingen und Tübingen musste sie sogar deutliche Verluste hinnehmen.

Die DDP, die 1919 ein Viertel der Wählerstimmen erhalten hatte, nahm in Württemberg wie im Reich von Wahl zu Wahl kontinuierlich ab. Während sie aber im Reichstag 1928 mit 4,9 Prozent der Stimmen nur noch eine bescheidene Rolle spielte, erreichte sie im württembergischen Landtag mit einem Anteil von 10,1 Prozent immerhin noch 8 von 80 Sitzen und war damit viertstärkste Partei. Ihre Hochburgen lagen ausschliesslich in den evangelischen Landesteilen. Während es der DDP aber 1919 kurzfristig gelungen war, auch in landwirtschaftlich dominierten Oberämtern eine vorherrschende Rolle einzunehmen, die sie von 1920 an dem neu auftretenden Bauernbund vollständig abtreten musste, konnte sie 1928 grössere Stimmenzahlen nur noch in Städten und industriell geprägten Oberämtern erzielen, wobei aber auch dort die Stimmen zumeist seit 1919 mehr als halbiert worden waren. Die Hochburgen der Partei mit mehr als 13 Prozent der Stimmen lagen in Balingen (21,4%), Besigheim (14,1%), Böblingen (13,7%), Heilbronn (13,7%), Ludwigsburg (14,7%), Neuenbürg (13,3%), Oberndorf (14,5%), Reutlingen (19%), Rottweil (20%), Tübingen (21,6%) und Stuttgart-Stadt (14,3%). Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der Blick auf die gleichzeitig abgehaltenen Reichstagswahlen. Die DDP schnitt ähnlich wie der Bauernbund bei Landtagswahlen immer besser ab als bei Reichstagswahlen. Besonders deutlich wird dies bei den Oberämtern Balingen, Rottweil und Tübingen, bei denen die DDP-Kandidaten Mauthe, Fabrikant in Rottweil, und Oberbürgermeister Scheef in Tübingen Stimmenzahlen erreichten, die weit über dem Reichstagswahlergebnis lagen. In Tübingen machte dies 1,8, in Balingen 3 und in Rottweil 3,7 Prozent aus.

Der Christliche Volksdienst (CVD) kandidierte 1928 zum ersten Mal bei Landtagswahlen, nachdem er zuvor nur mit mässigem Erfolg bei den Gemeinderatswahlen im Dezember 1925 aufgetreten war. Er erreichte auf Anhieb 3,9 Prozent der Stimmen und damit drei Sitze, also nur einen Sitz weniger als DVP und DNVP. Seine Hochburgen lagen in den evangelischen Oberämtern Backnang (7%), Calw (7,5%), Freudenstadt (12,5%), Kirchheim (7,3%), Leonberg (7,8%), Reutlingen (7%), Schorndorf (9,9%), Urach (7%) und Welzheim (11,5%). Die Gewinne gelangen wohl in erster Linie auf Kosten von DNVP und Bauernbund. So schrieb auch die grösste württembergische Tageszeitung, das der DDP nahestehende «Stuttgarter Neue Tagblatt» in einer Wahlbetrachtung, dass der Erfolg des CVD neben dem Verlangen nach mehr Anerkennung der sittlichen Grundsätze auch in der Politik, auf dem peinlich beschämenden Missbrauch der Religion bei der Wahlpropaganda der Bürgerpartei beruhte. Allerdings konnte sich der CVD nicht auf die evangelische Landeskirche stützen. Der damalige Prälat und spätere Landesbischof Wurm hatte sich in einem Briefwechsel mit dem Parteivorsitzenden Simpfendörfer sogar gegen den Christlichen Volksdienst ausgesprochen. Im Unterschied dazu wurde die Partei, die sich besonders für die Hebung der Volks- und Staatssittlichkeit und gegen den Alkoholmissbrauch einsetzte, von vielen evangelischen Pfarrern unterstützt.

Die übrigen bürgerlichen Parteien blieben mit zusammen 4,4 Prozent der Stimmen unbedeutend. Aber auch die NSDAP sank von 4 auf 1,8 Prozent und damit zur Bedeutungslosigkeit herab. Nur in Geislingen (7%, 1924: 10,2%) und Nagold (8,6%, 1924: 13,7%) konnte sie mehr als 5 Prozent der Stimmen erringen. Der völkische Spuk von 1924 schien in Württemberg nur kurz gewesen zu sein.

Strahlender Sieger der Landtags- wie auch der Reichstagswahl 1928 war die

SPD. Sie wurde zum ersten Mal seit 1919 mit einem Stimmengewinn von 7,8 Prozent wieder stärkste Partei im Landtag und übertraf sogar die Stimmenzahl von Bauernbund und DNVP zusammen. Dabei profitierte sie einerseits von den Verlusten der KPD, andererseits aber von dem Missbehagen an dem sogenannten System Bazille, das die bürgerlichen Wähler in grosser Zahl von der Wahlurne fernhielt und die Anhänger der SPD stark mobilisierte. Dafür spricht auch, dass die SPD besonders stark in den industriereichen Oberämtern zunahm, während sie in den landwirtschaftlich geprägten Gegenden sogar teilweise Verluste hinnehmen musste, so in Ehingen (-1,6%), Gerabronn (-1,4%), Hall (-0,2%), Laupheim (-1,6%), Münsingen (-0,5%) und Riedlingen (-0,4%).

Vergleicht man das Ergebnis mit den Reichstagswahlen vom Dezember 1924 und nicht mit den Landtagswahlen vom Mai 1924, so sieht das Bild für die SPD auf dem Lande noch trüber aus. Die «Schwäbische Tagwacht», die Zeitung der württembergischen SPD, schrieb in einer Wahlbetrachtung, dass 33 von insgesamt 61 Oberämtern (ohne Stuttgart-Stadt) die Erwartungen nicht erfüllt hätten und dass fast alle diese Oberämter überwiegend oder sogar rein agrarisch wären. Die SPD wurde also von der unzufriedenen Landbevölkerung nicht als wählbare Alternative zur bestehenden Regierung betrachtet, oder anders ausgedrückt: Für diese enttäuschten Wähler stellten die beiden demokratischen Oppositionsparteien SPD und DDP keine Alternative zu den regierenden Parteien dar.

Sehr viel besser sah es für die SPD in den Industrieregionen aus, in denen sie teilweise zweistellige Zuwachsraten erzielte. So in Aalen (+12,6%), in Esslingen (+14,5%), in Heidenheim (+12,7%), in Ludwigsburg (+13,3%), in Nürtingen (+12,7%) und in Stuttgart (+13,5%), wobei allein Stuttgart ein Drittel der neu gewonnenen Stimmen brachte. Über 40 Prozent der Stimmen erreichte die SPD aber wie schon 1924 wiederum nur in ihrer württembergischen Hochburg Heilbronn.

Im Unterschied zur SPD musste die KPD eine herbe Niederlage einstecken. Sie sank von 11,6 auf 7,4 Prozent. Der schlechte Zustand der württembergischen KPD zeigte sich besonders bei einem Vergleich mit dem Reich. Während die KPD im Reich von Dezember 1924 auf Mai 1928 1,6 Prozent dazugewann, verlor sie in Württemberg 0,9 Prozent. Dies hatte wohl in erster Linie innerwürttembergische Ursachen. So wurde ihr führender Kopf, Hans Stetter, 1924/25 politisch kaltgestellt und 1926 aus der Partei ausgeschlossen. Daraufhin sank die Partei personell und organisatorisch auf einen Tiefpunkt. Auch Ende 1927 hatte sie sich noch nicht erholt, wie ein Bericht der württembergischen politischen Polizei über eine Sitzung der kommunistischen Bezirksleitung und Landtagsfraktion zeigte. Ein Funktionär der Bezirksleitung rechnete mit höchstens sieben Mandaten bei der Landtagswahl (es wurden nur sechs) und beklagte die Passivität der Mehrzahl der Parteimitglieder, die im Gegensatz zu früher stünde, als in Württemberg sehr aktiv gearbeitet worden wäre. Anschliessend bezichtigten sich die Funktionäre gegenseitig der Faulheit und Unfähigkeit. Unter diesen Umständen konnte das schlechte Abschneiden der Partei nicht verwundern. Besonders hoch waren die Verluste in Aalen (-8,3%), Balingen (-8,8%), Esslingen (-8,5%), Heidenheim (-10,1%), Nürtingen (-8,8%), Reutlingen (-8,6%), Rottweil (-12,4%) und Tübingen (-9,3%). In all diesen Oberämtern hatte die SPD überdurchschnittlich hohe Gewinne; man kann also davon ausgehen, dass ein Grossteil der ehemaligen KPD-Wähler 1928 SPD wählte. Hochburgen mit über 10 Prozent blieben noch Backnang, Böblingen, Esslingen, Göppingen, Leonberg, Ludwigsburg, Nürtingen, Stuttgart-Amt und Stadt sowie Urach, alles relativ stark industrialisierte evangelische Gebiete im Umkreis von Stuttgart.

Nach der Wahl schienen die neuen Mehrheitsverhältnisse eindeutig auf eine

«Weimarer Koalition» aus SPD, Zentrum und DDP hinzudeuten, die mit 47 von 80 Sitzen im Landtag eine solide Mehrheit gehabt hätte. Als stärkste Partei forderte die SPD nach den Wahlen die Führung der parlamentarischen Geschäfte. Aber schon einen Tag nach der Wahl hatte die der DNVP nahestehende «Süddeutsche Zeitung» festgestellt, dass die Entscheidung und Verantwortung einzig und allein beim Zentrum liege.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Frage, ob auch Württemberg in der roten Flut, die wahrscheinlich das Reich überschwemmen wird, mit untertauchen soll. Man könnte sagen, auch Württemberg hat es nicht anders gewollt oder – nicht anders verdient. Man könnte sogar soweit gehen, dass sich Württemberg nach dem Wahlausfall offenbar nichts sehnlicher wünscht, als schon morgen von einem Berliner Oberpräsidenten regiert zu werden. Aber doch wäre eine solche Betrachtung allzusehr Ausfluss einer Verärgerung, die in der Politik keine Rolle spielen darf. Und so stellen wir als Ergebnis dieser Koalitionsbetrachtung lediglich fest, dass in Württemberg rechnerisch die Möglichkeit besteht, eine bürgerliche Regierungsmehrheit aufrecht zu erhalten.

Diese bürgerliche Regierungsmehrheit hätte aus einer Koalition von DNVP, Bauernbund, Zentrum und DVP bestanden, die aber mit ihren 41 von 80 Sitzen praktisch auf die Tolerierung durch den CVD angewiesen gewesen wäre. Ein zusätzliches Problem dieser Koalition hätte die Person Bazilles bedeutet, der von der DVP kompromisslos abgelehnt wurde.
Am 24. Mai 1928 trafen sich die Vorsitzenden von SPD und Zentrum, Keil und Beyerle, zu einem Gespräch über die Bildung einer Regierung, ohne allerdings danach noch in ernsthafte Koalitionsverhandlungen einzutreten. Schon am 8. Juni teilte Beyerle mit, «dass die Fraktion des Zentrums beschlossen habe, im Zusammenwirken mit den Parteien der Bürgerpartei und des Bauernbundes eine der späteren Erweiterung durch andere Parteien zugängliche Regierungsbildung vorzunehmen».
Die neue Regierung war im Prinzip die alte, nur die Position des Staatspräsidenten ging von Bazille auf Bolz über. Die Bildung dieser Minderheitsregierung lag sicher nicht im Interesse der Wähler, die gerade den konservativen Gruppen eine deutliche Abfuhr erteilt hatten. Diese Rechtsorientierung des Zentrums stiess nicht nur in Württemberg in weiten Kreisen auf Unverständnis, sondern auch im Reich, zumal das Zentrum im Reich, in Preussen und in Baden mit der SPD koalierte.
Wie schmal auch die parlamentarische Basis dieser Regierung war, zeigte sich bei der Wahl des Staatspräsidenten und den sich daran anschliessenden Misstrauensanträgen. Da im Unterschied zu heute keine absolute Mehrheit zur Wahl des Staatspräsidenten nötig war, genügten Bolz 39 von 80 Stimmen, um gewählt zu werden. Der daraufhin von der SPD eingebrachte Misstrauensantrag gegen die Gesamtregierung wurde mit 36 Ja-Stimmen (SPD, KPD, DDP), 40 Nein-Stimmen (Zentrum, DNVP, Bauernbund, CVD) bei vier Enthaltungen (DVP) abgelehnt. Den darauffolgenden Misstrauensantrag gegen Kultminister Bazille, der auch von der DVP unterstützt wurde, konnte die Regierungskoalition nur mit Hilfe der Geschäftsordnung überstehen, nach der Enthaltungen als Neinstimmen gezählt wurden. Dieser Antrag erhielt nämlich 40 Ja-Stimmen (SPD, KPD, DDP, DVP), 39 Neinstimmen (Zentrum, DNVP, Bauernbund, zwei Abgeordnete des CVD) und eine Enthaltung (CVD), wobei Bazille sogar noch für sich selbst stimmen musste, um nicht zu unterliegen. Eine solche Regierungsbildung führte natürlich zu einer starken Verbitterung innerhalb der SPD.
Was hat nun das Zentrum zur Weiterführung dieser parlamentarisch so schwachen Regierungskoalition bewogen? – Das württembergische Zentrum war sehr viel stärker als im Reich oder in Preussen landwirtschaftlich orientiert, woraus sich ein stärkerer Gegensatz zur SPD ergab.

Darüber hinaus setzte sich das Zentrum sehr stark für die Konfessionsschule und die Eigenständigkeit der Länder ein. Beides waren Punkte, die sich mit den mehr zentralstaatlich ausgerichteten und für eine Reform des Schulwesens eintretenden Parteien SPD und DDP schwerer verwirklichen liessen. Insgesamt war das württembergische Zentrum aufgrund seines starken agrarischen und des schwachen Arbeiterflügels sehr viel konservativer als im Reich. Damit erschwerten auch stärkere ideologische Gegensätze die Zusammenarbeit mit der keineswegs besonders revolutionären SPD in Württemberg. Nicht unerheblich dürfte für das Zentrum auch die Überlegung gewesen sein, dass dem Bauernbund bei einem Linksschwenk im katholischen Oberschwaben noch grössere Einbrüche als 1928 in die eigene Wählerschaft gelingen könnten, wobei es dem Bauernbund dann möglich gewesen wäre, aus der Opposition heraus gegen das Zentrum zu agitieren.

Die Begründungen, die im Landtag von Zentrum, DNVP und Bauernbund für die Regierungsbildung gegeben wurden, waren sehr dürftig. Bolz sprach in bezug auf das Wahlergebnis von unbewertbaren Zahlen und davon, dass das Wahlergebnis keine Verurteilung der Landespolitik der abgelaufenen Jahre darstelle. Zentrums- und Bauernbundssprecher rechneten immer wieder vor, dass die Wahl keinen Sieg der Linken und der Opposition bedeute, da die SPD weder Wähler aus der Mitte noch der Rechten gewonnen hätte und die grösste bürgerliche Oppositionspartei, die DDP, sogar Einbussen hätte hinnehmen müssen. Der Redner des Bauernbundes wies auch wieder darauf hin, dass die bisherige Koalition im Jahre 1924 die Regierung in schwerer Zeit übernommen und Ordnung in Verwaltung und Finanzen gebracht habe.

Trotz all dieser Argumente war die Regierungsbildung von 1928 nicht nur bei ihren Gegnern umstritten. Viele gingen davon aus, dass sich diese Regierung nur kurze Zeit halten könnte. Niemand hätte es damals wohl für möglich gehalten, dass diese Regierung nahezu unverändert bis 1933 im Amt bleiben sollte, zumal im März 1929 nach einem Urteil des Reichsstaatsgerichtshofs, der dem heutigen Bundesverfassungsgericht vergleichbar ist, Teile des württembergischen Wahlgesetzes für ungültig erklärt wurden.

Aufgrund dieses Urteils verteilte der württembergische Staatsgerichtshof die Sitze zugunsten der klagenden Volksrechtspartei, einer Interessenspartei der Inflationsgeschädigten und der NSDAP, im Juni 1929 neu, indem er dem Bauernbund, dem Zentrum und der SPD jeweils einen Sitz absprach und der Volksrechtspartei zwei sowie der NSDAP einen Sitz neu zuwies. Danach hatte die Regierungskoalition nur noch 35 Sitze, die Linke 27 Sitze, die DDP behielt ihre acht Sitze, die NSDAP hatte einen Sitz und die alles entscheidenden kleinen Mittelparteien besetzten nun neun Sitze.

Sehr viel bedenklicher für den Bestand der Regierung wurde aber im Laufe des Jahres 1929 die Diskussion um das Volksbegehren gegen den Youngplan, da hier Zentrum und DNVP unterschiedlicher Auffassung waren. Der Youngplan, die letzte Tat Stresemanns, stellte eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Revision des Versailler Vertrags dar. Er schrieb zwar wiederum hohe jährliche Reparationszahlungen von durchschnittlich zwei Milliarden Reichsmark auf insgesamt 59 Jahre fest, verbürgte aber gleichzeitig die wichtigen ausländischen Kredite, schuf Klarheit über die anfallenden Zahlungen und bot Aussichten auf künftige Verbesserungen. Noch wichtiger als die finanzielle Seite des Vertrags aber war die politische: Aufhebung der alliierten Kontrollen in Deutschland und ein Jahr später die Räumung des besetzten Rheinlands.

Gegen den Youngplan wurde ein Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren ins Leben gerufen, der von DNVP, Stahlhelm, einem konservativ-monarchistischen Wehrverband und der NSDAP zusammen geleitet wurde. Damit war die DNVP unter ihrem neuen Vorsitzenden Hugenberg ins anti-republika-

nisch-nationalistische Lager gewechselt, nachdem sich die Partei unter Hugenbergs Vorgänger Westarp bisher um einen gemässigt konservativen Kurs bemüht hatte.

Im September 1929 wurde dann ein Gesetzentwurf «gegen die Versklavung des deutschen Volkes» eingebracht, der unter anderem eine strafrechtliche Verfolgung des Reichskanzlers, der Reichsminister und der Bevollmächtigten des Reiches vorsah, sofern sie den Youngplan unterzeichnen würden. Die Auseinandersetzungen um den Youngplan führten sehr schnell zu einer Spaltung der DNVP in Anhänger und Gegner des neuen Hugenberg-Kurses. Dies hatte natürlich auch seine Auswirkungen in Württemberg. Während Bazille und sein Anhang Hugenberg sehr kritisch gegenüberstanden, traten der Parteivorsitzende Hirzel und der Landtagsabgeordnete Wider, der auf das Reichstagsmandat von Bazille spekulierte und es 1930 auch erhielt, für Hugenberg ein. Zwar stand auch Dehlinger auf Seiten Hugenbergs, aber er setzte sich nicht allzusehr für ihn ein und trat nicht aus der Regierung aus. Die Regierung selbst vermied mit allerlei Geschäftsordnungstricks, obwohl von der parlamentarischen Opposition gedrängt, eine Stellungnahme im Landtag.

Umso stärker agitierte die «Süddeutsche Zeitung». Trotzdem war das Ergebnis des Volksbegehrens vom 16.-29. Oktober 1929, bei dem sich die Gegner des Youngplans in Listen eintragen mussten, für ihre Initiatoren niederschmetternd. Nur 110553 Wahlberechtigte hatten sich eingeschrieben. Dies waren etwa 6,5 und somit weit weniger als die benötigten 10 Prozent, die übrigens auch im Reich nur knapp überschritten wurden.

Noch bedenklicher für die Betreiber des Volksbegehrens (DNVP, Bauernbund und NSDAP) musste aber sein, dass sich nicht einmal die Hälfte ihrer 286‘000 Wähler vom Mai 1928 zur Eintragung bewegen liess und in keinem Oberamt die Stimmenzahl von 1928 erreicht wurde. So schrieb denn auch der rechtsliberale «Schwäbische Merkur» Ende Oktober 1929, dass

sich die grosse Mehrzahl der Deutschnationalen und Bauernbündler – von den Nationalsozialisten darf man das ja nicht annehmen – der Politik, die ihren Parteien ja im Grunde von aussen her aufgedrängt worden ist, versagt hat. Und das ist all denen, die in diesen Tagen wilden Kampfes von den Volksbegehrlern so masslos angegriffen wurden, eine wirkliche innere Genugtuung. Wie wenige deutschnationale und bauernbündlerische Wähler stehen hinter dem Volksbegehren! Sind das alles auch laue Patrioten?

Die «Schwäbische Tagwacht» sprach von einer Pleite in Württemberg und einem Spiegelbild der Ohnmacht und kam zu dem Resümee, dass

der Effekt des Volksbegehrens also lediglich innerhalb des deutschen Nationalismus liegt. Der Radikalisierungsprozess ist gefördert worden, die Nationalsozialisten haben sich auf Kosten der Deutschnationalen in einem gewissen Rahmen gesund gemacht ... Der Auflösungsprozess der grossen Deutschnationalen Partei der Unehrlichkeit wird auch in Württemberg noch deutlicher werden.

Trotz dieser Schlappe agitierte die «Süddeutsche Zeitung» unverändert in den alten nationalistischen Bahnen weiter und forderte alle Volksgenossen auf, sich für ein besseres Einkommen und Auskommen dadurch einzusetzen, dass sie all ihr Sinnen und Trachten, all ihr Denken und Handeln abstellten auf den Kampf um das Lebensrecht der Nation. Aber auch diese Demagogie und ein verstärkter Einsatz des Bauernbundes konnten den Misserfolg des Volksentscheids am 22. Dezember 1929 nicht verhindern, obwohl die Ja-Stimmen auf 202 504 gesteigert wurden. Trotzdem lag der prozentuale Anteil in Württemberg immer noch um über 2 Prozent unter dem Reichsdurchschnitt. Allerdings gelang es für dieses Mal in fünf Oberämtern, die Stimmenzahl der Volksbegehrensparteien von 1928 zu übertref-

fen, und zwar in den vier ländlichen, evangelischen Schwarzwaldbezirken Freudenstadt, Herrenberg, Nagold und Sulz sowie im Oberamt Ulm. Interessant ist dabei, dass in allen fünf Bezirken die NSDAP dann bei der Landtagswahl 1932 überdurchschnittlich gut abschnitt und DNVP beziehungsweise Bauernbund überdurchschnittlich hoch verloren.
Der Appell an die nationalen Leidenschaften kam nur der radikalsten der drei Parteien zugute. So hoffte denn auch der «Schwäbische Merkur» auf eine Reinigung der politischen Atmosphäre, indem die Anhänger des Volksbegehrens die Konsequenzen daraus ziehen würden, dass ihr Weg nicht gangbar war, und das Zentrumsblatt erinnerte daran, dass das Ergebnis des Volksentscheids für DNVP und Bauernbund besonders unerfreulich war, da der Nationalsozialismus auch in Württemberg anzuwachsen begann und die geringe Stimmenzahl auf einen starken Rückgang der Anhängerschaft bei den konservativen Parteien schliessen liess. Doch das deutschnationale Organ liess sich von seinen nationalistischen Phrasen nicht abbringen, so dass man, wie der «Schwäbische Merkur» schrieb, den Glauben an eine Selbstbesinnung der Volksentscheidparteien verlieren musste. Fast prophetisch mutet rückblickend der Kommentar der Deutschnationalen nach dem Volksentscheid an, allerdings in einem anderen Sinn als es der Autor erhofft hatte, deshalb sei er hier ausführlich zitiert:

Die, die ihr Ja bei diesem Volksentscheid aussprachen, sind nur der Vortrupp. Hinter diesem Vortrupp formiert sich eine Armee, und zu dieser Armee strömen von Tag zu Tag mehr die Massen ...In die deutschen Dinge ist wieder politische Bewegung gekommen. Endlich beginnen auch die aufzuwachen, die, nachdem die ersten Stürme der Revolution äusserlich überwunden waren, sich beruhigt wieder aufs Bärenfell hingestreckt hatten. Endlich strömen die, fordernd und von neuem Willen beseelt, in die politische Arena zurück, die sich abseits gestellt hatten, weil ihr Kampf gegen falsche Richtungen der Politik allzu lange ergebnislos geblieben war und schon mehr wie ein Kampf gegen Windmühlen erschien. Der politische Wille in Deutschland ist wieder mobilisiert. Das ist eine Tatsache, die vielleicht das Ergebnis des Volksentscheids ist, das die weitgehendsten Folgen nach sich zieht. Der politische Wille in Deutschland ist nicht nur mobilisiert, sondern erfindet bereits auch die Formationen vor, mit denen der Vormarsch angetreten werden kann. Mit dem Volksentscheid ist nicht der Kampf an sich, sondern nur eine Kampfhandlung abgeschlossen. Andere werden folgen und das, was hinter uns liegt, sind dann nur Vorgefechte, die die Entscheidungsschlacht vorbereiteten. Zu dieser grossen und entscheidenden Schlacht, der Auseinandersetzung über das Wie der deutschen Politik nach innen und nach aussen, wird es in Deutschland früher kommen, als viele glauben.

Drei Jahre später war Hitler mit Hilfe der Deutschnationalen an der Macht! Dreieinhalb Jahre später wurden die Deutschnationalen von Hitler verboten!
Die Entscheidung über den Youngplan im Kabinett, in dem sich zwei Befürworter (Bolz und Beyerle) und zwei Gegner (Bazille und Dehlinger) gegenübersassen, fiel mit dem Eintritt von DDP und DVP in die Regierung Anfang 1930. Da Bazille ohnehin ein Gegner des Hugenbergschen Konfrontationskurses war und auch Dehlinger eine Kraftprobe im Kabinett vermied, wurde die Zustimmung der württembergischen Regierung zum Youngplan im Kabinett ohne Abstimmung festgestellt.
Schon bei der Debatte um die Regierungserklärung im Juni 1928 hatte der Zentrumsabgeordnete Bock erklärt, dass die Regierung für weitere Parteien offen sei. Dies war in erster Linie auf die DDP und DVP gemünzt und scheiterte zunächst an der Person des Kultministers Bazille. Seit dieser Zeit hatten aber auch Bestrebungen eingesetzt, eine Zusammenarbeit zwischen DDP und DVP zu erreichen. So wurde eine Abmachung getroffen, dass keine der Parteien ohne die

andere in die Regierung einträte. Im April 1929 fanden dann wieder Verhandlungen mit der Regierung statt, bei denen DDP und DVP ihre Forderungen gemeinsam stellten. Die Wirtschaftskreise in Württemberg, sowohl die Industrie als auch der Handel und das Handwerk, setzten sich für einen Regierungseintritt ein, der aber wieder an der Person Bazilles scheiterte. Im Oktober 1929 trat Bolz dann an den Vorsitzenden der DVP, den Bürgermeister von Lustnau, Rath, heran, um die Partei an die Regierung zu binden. Rath lehnte dies mit dem Hinweis auf das Bild vollkommener Uneinigkeit ab, das die Regierung zum Beispiel beim Youngplan biete. Aber schon Anfang November meinte der Generalsekretär der württembergischen DDP, Hopf, in einem Brief an Theodor Heuss, dass Rath zu ehrgeizig sei, um auf die Dauer den Lockungen von Bolz zu widerstehen. Kurz zuvor war allerdings bekanntgeworden, dass sich Bazille und Dehlinger doch in die Volksbegehrens-Liste eingetragen hatten. Bis dahin war man der Meinung gewesen, dass eine Abmachung innerhalb der Regierung getroffen worden sei, dass die Regierung als solche gegen das Volksbegehren nicht vorgehe, das Zentrum als Partei dagegen Stellung nehme und die beiden deutschnationalen Minister sich passiv verhalten und vor allen Dingen sich nicht einzeichnen würden.

Durch diese neue Sachlage sah die DVP das Lebenswerk ihres kurz zuvor verstorbenen Vorsitzenden Stresemann gefährdet, für den der Youngplan einen Schritt zur friedlichen Revision des Versailler Vertrages dargestellt hatte. Die DVP war demzufolge im November 1929 bereit, auch ohne die DDP in ein Kabinett Bolz-Bazille einzutreten. So drohte der DDP die Gefahr, allein neben den Sozialdemokraten und den Kommunisten in der Opposition zu verbleiben. Dem DDP-Vorsitzenden Bruckmann erschien dies sehr schädlich, da grosse Erfolge als Oppositionspartei in Württemberg nicht zu erzielen waren. Zudem erklärte der einflussreiche Vorsitzende der württembergischen Handwerker und DDP-Landtagsabgeordnete Henne, dass er unter den Bedingungen einer Opposition die Wirtschaftspartei in Württemberg nicht mehr aufhalten könne. Ausserdem fiele der gewerbliche Mittelstand in Scharen von der Partei ab, ähnlich wie Handel und Industrie. Im Übrigen hatte sich der Hauptgegner der Liberalen, Bazille, 1929 sehr stark zurückgehalten, so dass seine Person als einziger Hinderungsgrund eines Regierungseintritts der DDP zunehmend an Gewicht verlor. Überzeugend erscheint auch das Argument des Landesvorsitzenden Bruckmann, dass die Ziele der Demokraten auf wirtschaftlichem, aber auch auf kulturellem Gebiet viel eher in der Regierung als in der Opposition durchzusetzen waren.

Trotzdem blieb der Regierungseintritt innerhalb der DDP umstritten. Besonders kritisiert wurde auch die Art der Diskussion und der /Beschlussfassung in den Gremien, bei denen die Stuttgarter Ortsgruppe als eifrigste Verfechterin des Eintritts besonders bevorzugt wurde. So fiel auch die Entscheidung am 19. Januar 1930 auf einem Vertretertag mit 105 gegen 97 Stimmen zugunsten des Regierungseintritts äusserst knapp aus. Obwohl man vereinbart hatte, die Entscheidung des Vertretertages zu akzeptieren, kam es nach diesem Beschluss zu einer grossen Anzahl von Parteiaustritten auch prominenter Mitglieder, etwa des früheren Vizekanzlers Payer. Wie wenig später auch bei einer DDP-Vorstandsdebatte in Berlin am 8. Februar 1930 klar wurde, stritten sich bei diesem Konflikt die «Wirtschafts»-Politiker mit den «Kultur»- beziehungsweise «Schul»-Politikern. Die einen erhofften sich wirksame Interessenvertretung in einer wirtschaftlich sehr kritischen Zeit, während es die anderen für unmöglich hielten, sich mit dem reaktionärsten Kultusminister Deutschlands an einen Tisch zu setzen. Allerdings wurde der Streit um die Person Bazilles, der 1930 aus der DNVP austrat und bis 1933 kaum noch in Erscheinung trat, bald durch die Weltwirtschaftskrise verdrängt. Da der neu eingetretene Wirtschaftsminister der DDP, Reinhold Maier – die

DVP stellte in der Regierung einen Staatsrat –, bei Industrie, Handwerk und Handel einen sehr guten Ruf genoss und sich bis zu seiner Absetzung im März 1933 durch die Nationalsozialisten zusammen mit der übrigen Regierung trotz der Weltwirtschaftskrise sein hohes Ansehen bewahren konnte, brachte der Regierungseintritt für die DDP insgesamt sicherlich keinen Schaden, sondern trug eher zu ihrer relativen Stabilität in Württemberg bei. Darüber hinaus hatte aber auch die württembergische Regierung mit 48 von 80 Sitzen wieder eine solide Mehrheit im Landtag. Diese landespolitischen Probleme wurden aber bald von äusseren Konflikten überlagert.

Am 24. Oktober 1929, dem sogenannten «Schwarzen Freitag», brachen an der New Yorker Börse die Aktienkurse zusammen. Dieser Tag gilt als Beginn der Weltwirtschaftskrise, obwohl gerade in Deutschland die Wirtschaft während der ganzen Weimarer Republik, mit nur kurzzeitigen Ausnahmen, von Krisen erschüttert wurde. Die Agrarkrise hatte sogar schon Mitte der Zwanziger Jahre begonnen, verschärfte sich dann aber in den Jahren 1929-1933 noch ungemein. Auf dem Höhepunkt der Krise im Jahr 1932 waren in Deutschland mehr als sechs Millionen Menschen arbeitslos und das zumeist bei öffentlichen Unterstützungssätzen, die kaum das Existenzminimum deckten.
An der sich verschärfenden wirtschaftlichen Lage zerbrach auch Anfang 1930 die letzte parlamentarisch gebildete Reichsregierung der Weimarer Republik unter dem sozialdemokratischen Kanzler Hermann Müller. Äusserer Anlass war ein Streit zwischen DVP und SPD über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung, die durch das rapide Ansteigen der Arbeitslosenzahlen in finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Die nachfolgende Regierung des Zentrumspolitikers Brüning hatte keine Mehrheit im Parlament mehr, sondern stützte sich auf das Vertrauen des Reichspräsidenten von Hindenburg und den Artikel 48 der Weimarer Verfassung, der dem Reichspräsidenten das Recht gab, Massnahmen bei Störungen von Sicherheit und Ordnung unter Umgehung des Reichstags zu ergreifen. Dieser konnte allerdings die Massnahmen mit Mehrheitsbeschluss wieder ausser Kraft setzen. Bis 1933 brachte es keine Regierung mehr zu einer parlamentarischen Mehrheit; es waren vielmehr «Präsidialkabinette», die fast ausschliesslich mit Notverordnungen aufgrund des Artikels 48 regierten. Im Juli 1930 hob eine negative Mehrheit von SPD, KPD, DNVP und NSDAP im Reichstag eine Notverordnung von Brüning auf, worauf dieser das Parlament auflöste und für den 14. September Neuwahlen ausschrieb.
Zu diesem Zeitpunkt gab es schon über drei Millionen Arbeitslose im Reich, in Württemberg dagegen erst knapp über 60‘000. Damit stellte Württemberg bei einem Bevölkerungsanteil von über 4 Prozent des Reichs nur etwa 2 Prozent der Arbeitslosen; die Arbeitslosenquote war also nur halb so hoch wie im Reich. Württemberg Überstand wegen seiner ausgewogenen Industrie-, Sozial- und Siedlungsstruktur sowie seiner vergleichsweise stabilen politischen Verhältnisse die Weltwirtschaftskrise am besten von allen deutschen Ländern. Vor dem Hintergrund und dem Versagen der demokratischen Parteien im Reichstag fand nun die Reichstagswahl im September 1930 statt. Sie brachte im Reich ein lawinenartiges Anwachsen der bis dahin unbedeutenden NSDAP, die sich von 2,6 auf 18,3 Prozent steigern konnte. Gleichzeitig stieg die KPD von 10,6 auf 13,1 Prozent, während die konservativen, liberalen und Splitterparteien von ca. 40 auf ca. 29 Prozent sanken, das Zentrum trotz Stimmengewinne aufgrund der starken Zunahme der Wahlbeteiligung prozentual leicht zurückging und die SPD bei Einbussen von 5,3 mit 24,5 Prozent der Stimmen zufrieden sein musste. Gewonnen war durch diese Wahl nichts. Das Parlament kam nun erst recht zu keiner Mehrheitsbildung, das internationale Ansehen und die Kreditwürdigkeit

Deutschlands hatten schweren Schaden genommen.
Wie sah nun das Ergebnis im vergleichsweise stabilen Württemberg aus? Die NSDAP erzielt mit 9,4 Prozent ihr schlechtestes Wahlergebnis in allen 35 Wahlkreisen Deutschlands und die KPD blieb mit ebenfalls 9,4 Prozent erheblich unter dem Reichsdurchschnitt. Während beide Parteien zusammen im Reich fast ein Drittel der Stimmen erhielten, reichte es in Württemberg nicht einmal zu einem Fünftel. Auch die konservativen und liberalen Parteien hielten sich besser. Sie sanken prozentual von etwa 47 auf annähernd 40 Prozent und waren damit mehr als doppelt so stark wie die beiden Flügelparteien zusammen. Absolut gewannen sie in Württemberg sogar ein paar Tausend Stimmen dazu, während sie im Reich über zwei Millionen Stimmen verloren hatten.
Aber auch SPD und Zentrum erzielten Stimmengewinne. Während sie bei der SPD nicht ausreichten, um die gestiegene Wahlbeteiligung auszugleichen und ihr Anteil von 23,6 auf 20,1 Prozent fiel, konnte das Zentrum seine Stimmenzahl um über ein Viertel steigern und wurde mit nunmehr 21,6 zu 20,4 Prozent im Jahr 1928 wieder stärkste Partei in Württemberg.
Verlierer der Wahl waren in erster Linie DDP und DVP, die sich zu einer Einheitliste zusammengeschlossen hatten und trotzdem von 15 auf unter 10 Prozent sanken, dann aber auch DNVP und Bauernbund, die von 23,5 auf 16,7 Prozent zurückgingen, womit deutlich wurde, dass die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten beim Volksbegehren gegen den Youngplan nur der NSDAP genützt hatte. Die Hochburgen der NSDAP in Württemberg, in der sie über 15 Prozent der Stimmen gewann, waren: Nagold (22,8%), Sulz (19,9%), Ulm (19,3%), Calw (17,9%), Gerabronn (17,9%), Geislingen (17,8%), Neuenbürg (16%), Kirchheim (15,3%) und Maulbronn (15,2%): In sieben der neun Bezirke lag der Anteil der Katholiken weit unter dem Landesdurchschnitt, in den beiden anderen nur knapp darüber.
In sechs der neun Bezirke waren überdurchschnittlich viele Erwerbstätige in der Landwirtschaft tätig und in ebenfalls sechs von neun Bezirken gab es weniger Arbeiter unter den Erwerbstätigen als im Landesdurchschnitt. Allerdings hat in Württemberg nicht die NSDAP die grösste prozentuale Zunahme erreicht; sie wurde noch vom CVD, der sich inzwischen in Christlich-Sozialen Volksdienst (CSVD) umbenannt hatte, übertroffen, der sich von 1,2 auf 6,5 Prozent der Stimmen steigern konnte.
Die Ursache für die relative Schwäche der Extremisten sah die württembergische politische Polizei in den geordneten Verhältnissen und der gleichmässig ruhigen Abwicklung der öffentlichen Dinge, die seit einigen Jahren in Württemberg zu verzeichnen sei.

Die hiesigen Hetzer und Demagogen haben daher ihren Agitationsstoff in der Hauptsache von ausserhalb der württembergischen Landesgrenze bezogen. Diese Anleihe bei ausserwürttembergischen Missständen hat auf die hiesigen Hörer naturgemäss nicht die gleiche Wirkung zu verzeichnen, wie wenn sich die Hörer durch unmittelbare praktische Anschauung selbst ein Bild von diesen Missständen zu machen in der Lage wären.

Bezeichnend für die noch relativ ruhigen Verhältnisse in Württemberg war auch, dass während des gesamten Wahlkampfes in Stuttgart keine Versammlung oder Kundgebung einer Partei verboten oder aufgelöst wurde. Ebensowenig wurden Druckerzeugnisse, Zeitungen, Flugzettel oder Plakate beschlagnahmt oder verboten, da alle Parteien «die gesetzlichen Vorschriften respektiert und allen polizeilichen Anweisungen Folge geleistet» hatten.
Da die Erfolge der NSDAP in Württemberg also vergleichsweise bescheiden ausgefallen waren, bemühte sich die Partei nun verstärkt um Anhänger, denn vor dem September 1930 zählte sie nicht einmal 3’000 Mitglieder (zum Vergleich: die SPD hatte allein in Stuttgart am 31.12.

1929 über 4‘900 Mitglieder). Es gelang auch, nach den Wahlen zahlreiche Ortsgruppen neu zu gründen und einige Mitglieder zu gewinnen, doch blieb Württemberg bis 1933 unterrepräsentiert.
Um die Jahreswende 1930/31 konnte die NSDAP dann allerdings nach langem Bemühen eine Tageszeitung in Stuttgart gründen, den «NS-Kurier», der trotz erheblicher finanzieller Schwierigkeiten die nächsten beiden Jahre Überstand, um dann nach der «Machtergreifung» mit Hilfe der Partei zur grössten württembergischen Tageszeitung zu werden. Bis 1933 aber wurde der «NS-Kurier» selbst von Parteigenossen sehr wenig gelesen, wie die Zeitung immer wieder beklagte, da die heimischen, bürgerlichen Tageszeitungen interessanter, informativer und besser gemacht waren. Mit ähnlichen Problemen hatten übrigens auch die Kommunisten bei ihrer «Süddeutschen Arbeiterzeitung» zu kämpfen.
Nachdem der Reichstagswahlkampf noch ohne grössere Zwischenfälle abgelaufen war, gab es dann im November 1930 auch in Stuttgart das erste Todesopfer bei einer politischen Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Der Tod eines schwer verletzten Kommunisten schien kurzfristig noch einmal die örtlichen Parteileitungen zur Besinnung zu bringen. Aber die Volksverhetzung liess sich nicht mehr eindämmen. Die politischen Auseinandersetzungen wurden nicht mehr mit Worten, sondern mit Fäusten, Schlagstöcken, Stuhlbeinen, Biergläsern und anderen «Wurfgeschossen» ausgetragen.
Das Jahr 1931 war dann immer mehr von der sich verschärfenden Wirtschaftskrise mit ihren zunehmenden Arbeitslosenzahlen, den Geschäftszusammenbrüchen und der Bankenkrise bestimmt sowie von der Unfähigkeit der Politiker, die Krise politisch und mit demokratischen Mitteln zu meistern. Wenn auch die Regierung Brüning nun mit der Tolerierung der SPD im Reichstag relativ ungefährdet regieren konnte, war sie trotzdem weder willens noch in der Lage, Entscheidendes gegen die Wirtschaftskrise zu unternehmen, etwa mit Arbeitsbeschaffungsprogrammen, so dass die radikalen Parteien und ihre Privatarmeen immer mehr Zulauf erhielten; die täglichen Saalschlachten und Strassenkämpfe begannen zur Gewohnheit zu werden.
Auch in Württemberg nahm 1931, trotz stabiler Regierungsverhältnisse und relativ günstiger Wirtschaftslage, die Gewalttätigkeit der politischen Auseinandersetzung zu. In der Sylvesternacht 1930/31 wurde ein Nationalsozialist in Stuttgart bei einer Messerstecherei getötet. Am 31. Januar kam es in Nagold während einer KPD-Veranstaltung zu einem Handgemenge und einer Schiesserei, bei der mehrere Personen verletzt wurden. Am 1. Februar ereignete sich in Backnang vor einer Wirtschaft eine Schiesserei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten mit mehreren Verletzten. Am 21. Februar entwickelte sich in Stuttgart eine wüste Schlägerei zwischen Nazis und Reichsbannerleuten (das Reichsbanner war eigentlich eine republikanische Schutztruppe von SPD, Zentrum und DDP, bestand aber fast ausschliesslich aus SPD-Leuten), die auch noch zu einem Nachspiel im Landtag führte. In dieser Art ging es von nun an weiter bis in den März 1933, als dann die Gegner der Nazis in die Schutzhaftlager abtransportiert wurden und die Parteiarmee der NSDAP, die SA, zur Hilfspolizei aufstieg.
Wahlen fanden in diesem Jahr in Württemberg nur auf Gemeindeebene statt. Am 26. April 1931 wählte man in Stuttgart den Oberbürgermeister neu. Alle Parteien, mit Ausnahme von KPD, NSDAP und Volksrechtspartei, hatten sich auf den bisherigen Amtsinhaber Dr. Lautenschlager geeinigt, der dann auch mit 69,5 Prozent der Stimmen gewählt wurde. Der NSDAP-Kandidat und spätere Oberbürgermeister im Dritten Reich, Dr. Strölin, der auch von der Volksrechtspartei unterstützt wurde, erhielt 15,6 Prozent, während sich der KPD-Kandidat, der Reichstagsabgeordnete Torgier, mit 14,6 Prozent zufriedengeben musste.

Die Radikalisierung hatte sich zwar seit September 1930 fortgesetzt, aber nur die NSDAP schlug in diesem Fall Kapital daraus. Die KPD musste dagegen einen Stimmenrückgang hinnehmen, was mit Sicherheit an den beiden Kandidaten Strölin und Torgier lag.

Am 6. Dezember 1931 fanden in Württemberg Gemeinderatswahlen statt, bei denen im dreijährigen Turnus jeweils die Hälfte der Gemeinderäte neu gewählt wurde. Die radikalen Parteien entwickelten eine rege Werbetätigkeit, was auch damit zusammenhing, dass eine immer grössere Zahl von Arbeitslosen von den Fürsorgeaufwendungen der Gemeinden leben musste, da die staatliche Unterstützung nur wenige Monate gewährt wurde. Folglich verlagerten sich die meisten Probleme, die mit den sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise zu tun hatten, auf die Ortsebene. Andererseits waren auf der Gemeindeebene auch die radikalen Parteien sehr viel mehr gezwungen, konkrete und praktische Politik zu treiben, ohne sich andauernd auf Ideologie und Phrasendrescherei zurückziehen zu können, wie dies im Reichstag oft genug geschah. Damit ergaben sich aber zwangsläufig für viele Kommunalpolitiker, besonders aus den Reihen der KPD, dauernde Konflikte mit der «reinen Lehre». So hiess es auf einer Bezirksarbeiterkonferenz der KPD am 20. September 1931, dass die Kommunalpolitik in der Partei eine Schande sei. 75 Prozent der jetzigen kommunistischen Gemeindevertreter müssten abtreten, da sie ihre Aufgaben schlecht erfüllt hätten. Es sollten nur solche Genossen aufgestellt werden, die mindestens zwei Jahre aktiv in der Partei mitgearbeitet hatten und von der Bezirksleitung bestätigt worden waren. Darüber hinaus hatten ein Drittel der Kandidaten Frauen zu sein. Die Wahlen sollten zum «roten Volkssturm» auf die Rathäuser werden.

Die «Süddeutsche Arbeiterzeitung» bemühte sich im November fast täglich um Wählerstimmen mit Schlagzeilen wie «Kommunisten aufs Rathaus, denn: Deutschland wird frei – wenn der Sozialismus siegt», «Gegen die Reichen – fürs Schaffende Volk! Kommunisten aufs Rathaus!» oder «Rote Kommunen schaffen Arbeit und Brot».

Auch die NSDAP überzog das Land mit einer Unzahl von Wahlveranstaltungen. Ihre Wahlparolen erschienen regelmässig im «NS-Kurier»:

Nein! Es ist genug! Duldet nichts mehr! Wehrt Euch! Den Gemeindevertretungen wird in den kommenden Auseinandersetzungen entscheidende Bedeutung zukommen. Die Gemeinderäte dürfen künftig nicht mehr die willfährigen Instrumente einer wahnsinnigen Erfüllungs- und Verelendungspolitik sein, sie müssen erfüllt sein von nationalem Verantwortungsbewusstsein und wahrer sozialer Gerechtigkeit. Darum hinweg mit den Volksverrätern von rechts und links! Hinweg mit den «unpolitischen» unfähigen Interessentenhaufen. Wählt die Vertreter des schaffenden Volkes, die unbeirrt, unbeugsam und kompromisslos das Ziel verfolgen, Arbeit und Brot für ihre Mitbürger zu schaffen nach dem Grundsatz des erwachenden Deutschlands Gemeinnutz vor Eigennutz. Wählt Nationalsozialisten!

Der allerorten angekündigte Sturm auf die Rathäuser wurde dann eher zu einem «Stürmle» und die roten und braunen Rathäuser gab es in Württemberg auch nach den Gemeinderatswahlen nicht. Die Stärkung der radikalen Flügelparteien war nur in den Städten deutlich sichtbar, während die Politisierung des Wahlkampfs auf dem Lande misslang, da hier in den meisten Dörfern keine Parteilisten aufgestellt wurden. Grössere Erfolge in den Städten erzielt die NSDAP in Ludwigsburg (5 von 15 Sitzen), Tübingen (4 von 14) und Ulm (7 von 22), während sie in Stuttgart nur 7 von 30, in Heilbronn und Esslingen nur 3 von 15 und in Reutlingen gar nur 2 von 15 Gemeinderatssitzen erobern konnte. In einigen evangelischen Kleinstädten waren die Erfolge allerdings überzeugender, so in Neuenstadt a. K. (4 von 6), Öhringen (3 von 8), Magstadt/Oberamt Böblingen (3 von 7), Leonberg (3 von 8), Gaildorf (3

von 7), Giengen a. d. Brenz (4 von 8), Kuchen a. d. Fils (3 von 6), Nagold (3 von 8), Balingen (3 von 8), Winterlingen/Oberamt Balingen (3 von 7) und Sulz (3 von 7).

Vergleichbare Erfolge konnte die KPD nicht aufweisen, obwohl es auch ihr gelang, in den meisten Städten ihre Stimmen- und Mandatszahlen zu vermehren, besonders in Ulm, Esslingen und Schwenningen. Trotzdem wirkte sich die Radikalisierung in den Gemeindeparlamenten nicht so sehr aus, da ja nur die Hälfte der Gemeinderatsmitglieder neu gewählt worden war.

1932 begann dann auch Württemberg in verstärktem Masse unter der Weltwirtschaftskrise zu leiden, die im Februar 1932 mit mehr als sechs Millionen Arbeitslosen ihren Höhepunkt in Deutschland erreichte. Die zunehmende Verelendung und Verunsicherung weitester Bevölkerungskreise heizte die politische Stimmung noch stärker an. Immer mehr Deutsche sahen eine Lösung der Krise nur noch in den umstürzenden Programmen der Linken und Rechten. In dieser aufgepeitschten Atmosphäre fanden in Württemberg zwischen Mitte März und Anfang November 1932 nicht weniger als fünf grosse Wahlen statt; am 13. März und 10. April die beiden Wahlgänge um die Reichspräsidentschaft, am 24. April die Landtagswahlen sowie am 31. Juli und 6. November Reichstagswahlen.

Die erste Wahl hätte eigentlich gar nicht stattfinden sollen, da die Regierung dem 85jährigen Hindenburg einen Wahlkampf ersparen wollte. Durch Verfassungsänderung sollte die Amtszeit des Reichspräsidenten einfach um wenige Jahre verlängert werden. Dies scheiterte am Widerstand der Rechten. So kam es, dass der Kandidat der Rechten von 1925, Hindenburg, von einem überparteilichen Wahlausschuss unterstützt wurde, hinter dem alle demokratischen Parteien, die Gegner von 1925 also, standen. Dagegen stellte die Rechte zwei eigene Kandidaten auf, nämlich Hitler für die NSDAP und den Stahlhelmführer Duesterberg für die DNVP. Dazu kamen noch der Kommunist Thälmann und der völlig bedeutungslose Betriebsanwalt Winter. Nachdem Hindenburg im ersten Wahlgang die notwendige absolute Mehrheit nur knapp verfehlt hatte, kam es am 10. April zum 2. Wahlgang, aus dem Hindenburg mit 19,3 Millionen Stimmen gegenüber Hitler mit 13,4 Millionen und Thälmann mit 3,7 Millionen Stimmen als eindeutiger Sieger hervorging.

In Württemberg fiel der Wahlsieg Hindenburgs noch sehr viel deutlicher aus. Schon im 1. Wahlgang erreichte er 58,5 Prozent der Stimmen, während sich Hitler mit 25,4, Thälmann mit 10 und Duesterberg mit 5,8 Prozent begnügen mussten. Im 2. Wahlgang konnte sich Hindenburg in Württemberg sogar noch einmal deutlich auf 63,1 Prozent steigern, ebenso wie Hitler, der auf 29,3 Prozent kam. Dagegen musste Thälmann deutliche Einbussen hinnehmen und sich mit 7,6 Prozent begnügen. Man könnte diesen zweiten Wahlgang auch als Volksabstimmung über die radikalen Parteien bezeichnen. Hier erteilten die Württemberger den Radikalen eine glatte Abfuhr. Fast zwei Drittel der Bevölkerung stimmten gegen sie. Nur in 17 von 62 Oberämtern verfehlte Hindenburg die absolute Mehrheit und in 12 davon erreichte Hitler die höchste Stimmenzahl. Alle 12 waren Hochburgen des Bauernbunds, der keine Wahlempfehlung für seine Anhänger herausgegeben hatte, da es interne Differenzen darüber gab. So unterstützte der Bauernbundvorsitzende Körner öffentlich die Kandidatur Hindenburgs, während der Reichstagsabgeordnete des Bauernbunds, Stauffenberg, für Hitler eintrat. Die evangelische Landbevölkerung, jahrelang durch die nationalistische Agitation gegen die Weimarer Republik und die sie tragenden Parteien verhetzt, wandte sich nun konsequent der Partei zu, die versprach, dieses System und dessen Träger zu vernichten.

Nur 14 Tage später mussten die Wähler über die Vergabe der Landtagssitze entscheiden. Mit einem gewissen Stolz meldete die von Konservativen geleitete württembergische politische Polizei,

dass sich bei aller gegenseitiger Erbitterung die Wahlkämpfe im Allgemeinen gerade noch im Rahmen dessen gehalten haben, was sich unter Berücksichtigung der Zeitverhältnisse vom polizeilichen Standpunkt aus noch als tragbar bezeichnen lässt.

Besonders hervorgehoben wurde auch, «dass ungesetzliche Schärfe oder unversöhnliche Gehässigkeiten ... fast ausschliesslich nur bei auswärtigen Rednern oder bei von auswärts eingeführtem Schriftgut beobachtet werden» konnte. Bei den beschlagnahmten und verbotenen Schriften hatte es sich ebenso fast ausschliesslich um von auswärts importiertes Propagandamaterial gehandelt.
Diese relativ geringe Gewalttätigkeit ist um so höher zu bewerten, wenn man bedenkt, dass es zwischen dem 6. Dezember 1931 und dem 24. April 1932 über 12 300 angemeldete öffentliche Versammlungen politischer Parteien und Vereinigungen in Württemberg gab, davon allein über 5‘000 zwischen dem 10. April und 24. April 1932, also in den letzten beiden Wochen vor der Landtagswahl. Die NSDAP hielt 1‘395 der 5‘000 Versammlungen ab, die Sozialdemokraten 815, die Kommunisten 692, der Bauernbund 639 und das Zentrum 522. Erheblich weniger veranstalteten die DNVP (254), die DDP (252) und der CSVD (239). Alle übrigen Parteien und Vereinigungen erreichten nicht einmal 100.
Der grosse Gewinner dieser Wahl war zweifellos die NSDAP, die ihren Anteil von 1,8 im Jahr 1928 auf 26,4 Prozent im Jahr 1932 steigern konnte und damit stärkste Partei im Lande wurde. Allerdings blieb sie deutlich unter dem Stimmenanteil Hitlers vom 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Eine Erklärung dafür liefert ein Polizeibericht, wonach

die Möglichkeiten hemmungsloser Opposition der württembergischen NSDAP einer bürgerlichen Regierung gegenüber nicht gegeben waren. Infolgedessen hat sich auch bei aller Schärfe gegenseitiger Kritik die Gegnerschaft zu der aufstrebenden Partei und ihren an der Regierung beteiligten Gegenspielern im Allgemeinen in gemässigten Grenzen gehalten. Die nationalsozialistische Agitation war in ihrer Grundhaltung meist mehr defensiv als offensiv.

Daran ist sicher richtig, dass es der NSDAP einfacher fiel, Wähler gegen Regierungen mit linker Beteiligung wie in Preussen zu mobilisieren. Andererseits sind die Auseinandersetzungen des Bauernbundes mit der NSDAP von kaum noch zu überbietender Schärfe, da die NSDAP besonders in Bauernbundshochburgen überwältigende Erfolge erzielte und anstelle des Bauernbunds in praktisch allen evangelischen, landwirtschaftlich geprägten Oberämtern eine dominierende Stellung einnahm. Nur noch in vier Oberämtern konnte der Bauernbund seine dominierende Stellung bewahren, nämlich in Brackenheim, Marbach, Münsingen und Vaihingen.
Die Schwerpunkte der NSDAP lagen im Nordosten Württembergs, so in Gerabronn (52,9%), Gaildorf (43,3%), Öhringen (41,1%), Crailsheim (40,5%) und Backnang (40%), sowie im Schwarzwaldkreis mit Nagold (45,7%), Neuenbürg (42%), Sulz (41,6%) und Calw (40%). In den grösseren Städten des Landes mit mehr als 10’000 Einwohnern blieb die NSDAP etwas unter dem Landesdurchschnitt. Am besten schnitt die Partei in Ulm mit 38,1 Prozent ab, dann kamen ihre alten Hochburgen Kirchheim u.T. (35,5%) und Geislingen (35,2%), sowie Ludwigsburg und Tübingen mit 34,6 und 33,8 Prozent. Dagegen musste sich die Partei in Stuttgart mit 23,7, in Heilbronn mit 22,1, in Reutlingen mit 19,1, in Gmünd mit 17,7 und in Böckingen, das erst 1933 nach Heilbronn eingemeindet wurde, sogar mit 10,1 Prozent begnügen. In Industriestädten mit einer traditionell starken Arbeiterbewegung schnitten die Nationalsozialisten bedeutend schlechter ab als in evangelischen Städten mit hohem Angestellten- und Beamtenanteil. Noch wichtiger war aber der Konfessionsfaktor. In allen überwiegend katholischen Oberämtern blieb die NSDAP deutlich unter dem Landesdurchschnitt.

Am schlechtesten fielen die Ergebnisse in den Oberämtern Ellwangen (11,2%), Saulgau (12,8%), Waldsee (13,2%), Leutkirch (14%) und Neresheim (14,5%) aus, Gebieten mit einem Katholikenanteil zwischen 79 und 96 Prozent. In den Hochburgen der NSDAP lag dagegen der Katholikenanteil weit unter dem Landesdurchschnitt von 30,9, zumeist sogar unter 10 Prozent. Dies lag daran, dass sich die NSDAP in katholischen Gegenden in erster Linie mit dem Zentrum, einer Weltanschauungspartei auseinanderzusetzen hatte, die nicht primär die Interessen einer Klasse oder Berufsgruppe, sondern einer Konfession vertrat. Ausserdem hatten sich die katholischen Bischöfe sehr massiv gegen den Nationalsozialismus ausgesprochen. Auf Gemeindeebene waren oftmals die Geistlichen auch die Vorsitzenden der örtlichen Zentrumspartei und in Württemberg und im Reich stellte das Zentrum den Regierungschef. Dazu kam noch, dass die organisatorisch in Württemberg ohnehin relativ schwach vertretene NSDAP in katholischen Oberämtern kaum präsent war und zudem noch oft von Angehörigen der evangelischen Minderheit geführt wurde.

So gelang es dem Zentrum trotz der grossen Krise, vielleicht aber auch gerade deswegen, seinen Stimmenrückgang von 1928 wieder wettzumachen und relativ, bei gestiegener Wahlbeteiligung, nahezu das Ergebnis von 1924 zu erreichen. Grössere Verluste musste das Zentrum nur in drei Oberämtern hinnehmen. Am stärksten war der Rückgang im Oberamt Spaichingen mit knapp 10 Prozent. Dieses Oberamt war von der Auflösung bedroht, nachdem der Reichssparkommissar in einem Gutachten über Einsparungsmöglichkeiten in der öffentlichen Verwaltung Württembergs festgestellt hatte, dass Spaichingen aufgrund seiner geringen Bevölkerungszahl und seiner schwachen Wirtschaftskraft nicht lebensfähig sei. Der nationalsozialistische Spitzenkandidat Mergenthaler versprach nun, bei einem Wahlsieg der NSDAP das Oberamt nicht aufzuheben, was das Zentrum Stimmen kostete. In der Oberamtsstadt Spaichingen selbst, die unter dem Wegzug der Behörden am meisten zu leiden gehabt hätte, erreichte die NSDAP 28,6 Prozent (im Oberamt nur 16,6%) und das Zentrum kam bei einem Katholikenanteil von 90,7 v. H. auf nur 31 Prozent der Stimmen, während es im gesamten Oberamt immerhin noch 57,4 Prozent waren. Da sich aber der Bauernbund gegen jede Oberamtsauflösung wandte, kam es vor 1933 zu keiner Verwaltungsreform mehr. Die Auflösung des Oberamts Spaichingen besorgten dann pikanterweise die Nationalsozialisten mit der Verwaltungsreform von 1938.

Trotzdem war die «Zentrumstreue» der Katholiken in Württemberg sehr viel höher als im übrigen Reich oder insbesondere auch im benachbarten Baden. So erreichte das Zentrum im Reich bei einem leicht höheren Katholikenanteil während der ganzen Weimarer Republik zwischen drei und sieben Prozent weniger Stimmen als in Württemberg und in Baden, wo fast doppelt so viel Katholiken lebten wie in Württemberg, nur etwa 50 Prozent mehr Stimmen. Dies lag auch daran, dass der Wählerstamm des Zentrums überwiegend in der Landwirtschaft tätig war und das Zentrum auch eine massive Interessenpolitik im Agrarbereich auf Landesebene praktizierte.

Der zweite Gewinner der Wahl war die KPD, die sich um 2 Prozent auf 9,4 Prozent steigern konnte, wobei sie allerdings immer noch über 7 Prozent von der SPD trennten. Der KPD-Gewinn fiel, trotz der hohen Arbeitslosigkeit, wohl deshalb so bescheiden aus, weil im Januar 1932 wieder eine Säuberung in der Partei stattgefunden hatte, der diesmal die Spitze der Bezirksleitung zum Opfer fiel. Unter Leitung von Walter Ulbricht, dem Vertreter des Zentralkomitees der KPD in Berlin, wurde einstimmig (!) eine Änderung in der Leitung der württembergischen Parteiorganisation beschlossen; als Grund wurden theoretische und praktische Fehler und Schwächen, besonders bei den Gemeindewahlen 1931 angegeben. Die Hauptaufgabe der Partei sei, wie die

«Süddeutsche Arbeiterzeitung» schrieb, die Gewinnung der Klasse.

Darum war es der Hauptfehler der württembergischen Parteiorganisation im Wahlkampf, dass sie das strategische Hauptfeuer gegen den Nazi-Hitler-Faschismus statt gegen die SPD und ihre «linken» Filialen, die SAP und die Renegaten richtete.

Besser lässt sich Schuld und Versagen der KPD am Ende der Weimarer Republik nicht beschreiben! Die permanenten Säuberungen in der Parteiführung dürften auch die Hauptursache dafür sein, dass die KPD im April 1932 immer noch deutlich unter ihrem Ergebnis vom Mai 1924 (11,6%) blieb, während sie es im Reich schon bei den Reichstagswahlen 1930 übertroffen hatte. Die Hochburgen der Partei lagen wie bisher in der Umgebung von Stuttgart. Am besten schnitt die KPD in Nürtingen ab (22,3%), dann folgten Stuttgart-Amt (20,6%), Esslingen (18,3%), Göppingen (16,7%) und Stuttgart-Stadt (15,3%). Schlecht blieben die Ergebnisse in Ostwürttemberg und Oberschwaben. Allerdings musste die Partei auch in ihren Hochburgen im Vergleich zu den Reichstagswahlen 1930 erhebliche Verluste hinnehmen – wohl als Folge der Säuberungen im Januar. So sank sie in Böblingen von 20,2 auf 15,1 Prozent, in Stuttgart von 17,3 auf 15,3 Prozent und in Urach von 16,5 auf 13,7 Prozent. Im Unterschied dazu konnte die KPD ihre Stimmenzahl in ländlichen Gegenden zwischen 1930 und 1932 oft verdoppeln, ohne deshalb dort grössere Bedeutung zu erlangen. So steigerte sie sich in Brackenheim von 1,5 auf 3,2, in Blaubeuren von 2,1 auf 3,6, in Öhringen von 1,5 auf 2,6 und in Wangen von 1,8 auf 3,2 Prozent. Ein grosser Verlierer der Wahl war die SPD. Trotz scharfer Opposition gelang es ihr nicht, auch nur annähernd ihr Ergebnis von 1928 zu halten; sie sackte auf 16,6 Prozent ab. In ihren Hochburgen fielen die Verluste zum Teil noch drastischer aus, so in Heilbronn (37 zu 48,8%), Tuttlingen (22,4 zu 35,1%), Nürtingen (11,4 zu 25,3%), Reutlingen (24,9 zu 36,3%), Maulbronn (19,6 zu 33,1%), Göppingen (21,5 zu 35,5%) und Esslingen (23,4 zu 34,5%), um nur ein paar zu nennen. Nur in der Hochburg Stuttgart blieben die Verluste deutlich unter dem Landesdurchschnitt mit 26 zu 31,5 Prozent. Aber auch in vielen katholischen Oberämtern, in denen die SPD schon vorher keine Rolle spielte, verlor sie die Hälfte oder mehr ihres Stimmenanteils. So kam es, dass die KPD 1932 trotz ihres geringen Anstieges die SPD in 10 von 62 Oberämtern überflügelte, während es 1928 erst ein Oberamt war. Die SPD selbst sah zwei Gründe für ihre Wahlniederlage: einmal die «ausserordentlich komplizierte taktische Situation der Sozialdemokratie im Reich ..., wo sie in ihrem Abwehrkampf gegen den Faschismus aufs Stärkste engagiert ist». Der Tolerierungskurs der SPD im Reichstag, in dem sie Brüning gegen KPD, NSDAP und DNVP stützte, ohne auf dessen Politik grösseren Einfluss nehmen zu können, wurde demnach von den Wählern nicht verstanden. Auch der andere Grund, den die «Schwäbische Tagwacht» für das Wahldebakel verantwortlich machte, hing wohl damit zusammen:

Aber ein zweites nicht entschuldbares Moment ist die schmerzliche Tatsache, dass ein grosser Teil der Arbeiter gerade in den Industriegebieten bei dieser Wahl zu Hause geblieben ist, obwohl ihnen klar war, dass die Sozialdemokratie frei von jeder Schuld an der Regierungspolitik in Württemberg gegen einen Bürgerblock im Lande ankämpfte.

Für diese Erklärung spricht auch, dass die KPD nur halb so viel Stimmen gewann wie die SPD verlor.
Der regierende Bürgerblock hatte allerdings mit Ausnahme des Zentrums noch mehr Federn lassen müssen. Von 31 Sitzen der evangelischen Regierungsparteien im alten Landtag blieben nur noch 16 übrig. Die DVP verschwand mit nur noch 1,5 Prozent der Stimmen sogar vollständig aus dem Landtag. Die DNVP musste zwar gegenüber 1928 noch einmal einen Rück-

gang in Kauf nehmen (von 5,7 auf 4,3% und von 4 auf 3 Sitze), konnte sich aber gegenüber der Reichstagswahl 1930 halten (3,9 zu 4,3%). Dagegen musste der Bauernbund erhebliche Einbussen hinnehmen (1928: 18,1%, 1930: 12,8%, 1932: 10,7%). Besonders hoch waren die Verluste in Gerabronn (27,3 zu 66,6%), Mergentheim (22,7 zu 46,9%), Künzelsau (15,1 zu 37,9%) und Hall (23,8 zu 47,6%) – alles Gebiete mit überdurchschnittlich hohen NSDAP-Gewinnen. Überhaupt waren fast alle NSDAP-Hochburgen ehemalige Bauernbundshochburgen. Die NSDAP hatte sich nämlich von 1928 an immer mehr um die Landwirtschaft und den gewerblichen Mittelstand gekümmert, nachdem sie bis dahin vergeblich versucht hatte, die Arbeiterschaft zu gewinnen. So war es nur folgerichtig, dass die NSDAP besonders auf dem Lande agitierte. In die katholischen Agrargebiete Württembergs gelangen ihr bis 1933 keine Einbrüche, während sie in den evangelischen Land-Gebieten seit 1930 grosse Erfolge erzielte, ohne allerdings den Bauernbund auszuschalten, wie ihr das in anderen Ländern mit den regionalen Bauernbünden schon gelungen war.

Es gab viele Gründe für diese Erfolge. Einmal war die Lage in weiten Teilen der Landwirtschaft trostlos. So fiel etwa der Holzertrag in den Schwarzwaldkreisen unter die Einschlagkosten. Anstatt, wie in früheren Jahren, mit den Holzgewinnen andere Verluste auszugleichen, erhöhten sich die Defizite noch. Der in dieser Notlage entstehende Protest richtete sich natürlich auch gegen eine Partei, die in Württemberg seit acht Jahren Regierungsverantwortung trug. Da der Bauernbund zudem seit Jahren alle Schuld an der Misere dem «Weimarer System» zuschob, ohne dies allerdings grundlegend umstürzen zu können, liefen vor allem die Jungbauern in hellen Scharen zu der Partei über, die ihnen einen grundlegenden Wandel versprach. Dies war weniger eine Kritik an der konkreten Interessenpolitik oder den Führern des Bauernbundes – bei den Landwirtschaftskammerwahlen Anfang 1932 hatten die Nationalsozialisten keine Chance gegen die Kandidaten des Bauernbundes –, als vielmehr eine weitverbreitete Unzufriedenheit mit dem ganzen herrschenden System. Dazu kam noch der interne Streit im Bauernbund über die Reichspräsidentenwahl, vor allem die Kontroverse mit dem Jungbauernbund, der sehr viel stärker radikalisiert war und zu Hitler tendierte.

Von den einstmals so starken liberalen Parteien in Württemberg blieb nur noch die DDP erhalten, die mit 4,8 Prozent der Stimmen gerade noch 4 Sitze im Landtag erringen konnte. Vergleicht man aber die Ergebnisse der beiden liberalen Parteien mit denen in Preussen, Bayern, Hamburg und Anhalt, wo am selben Tag Landtagswahlen stattgefunden hatten, so schnitt Württemberg hier mit Ausnahme des Stadtstaates Hamburg noch am besten ab. In Preussen erreichten die Liberalen zusammen gerade noch 3 Prozent, in Bayern kandidierte die DDP nur noch zusammen mit dem Bayerischen Bauernbund und in Anhalt kamen die Liberalen gemeinsam nur knapp über 5 Prozent. Überall waren die vormals liberalen Wähler zu den Nationalsozialisten umgeschwenkt.

Von einiger Bedeutung war die DDP in Württemberg nur noch in Rottweil (16%), Balingen (13,5%), Heilbronn (9,3%), Reutlingen (8,6%), Tuttlingen (8,5%), Göppingen (7,7%) und Oberndorf (7,5%). Besonders dramatisch war der Rückgang in Stadt und Oberamt Tübingen, wo die Partei bisher ihre stärkste Hochburg hatte. In der Stadt fiel sie von 31,4 auf 6,7 Prozent und im Oberamt von 21,6 auf 5,2 Prozent. Ein Grund dafür war gewiss, dass der bisherige DDP-Abgeordnete und Tübinger Oberbürgermeister Scheef nicht mehr kandidierte und die Universität immer mehr in nationalsozialistisches Fahrwasser geriet.

Der CSVD konnte sich gegenüber der Landtagswahl 1928 von 3,9 auf 4,2 Prozent leicht verbessern und damit seine drei Landtagssitze behaupten. Vergleicht man dagegen das Ergebnis mit der Reichstagswahl von 1930, bei der die

Partei 6,5 Prozent erreicht hatte, so bedeutete diese Wahl einen herben Rückschlag. Die Hochburgen blieben der Nordschwarzwald mit Freudenstadt und Calw sowie die Gegend um Reutlingen mit Tübingen, Nürtingen und Kirchheim. Die übrigen Parteien blieben bedeutungslos.

Eine Regierungsbildung war nach dieser Wahl nahezu unmöglich. Die Kommunisten schieden für alle Parteien als Koalitionspartner aus, wobei bezweifelt werden muss, dass sie überhaupt vorhatten zu koalieren. Die bisherige Regierungskoalition besass selbst unter Einschluss des CSVD nur 36 Sitze und bei Eintritt der SPD in die Regierung wären Bauernbund und DNVP ausgeschieden, womit wiederum eine Mehrheitsbildung ausgeschlossen worden wäre. Sie war somit nur unter Einbeziehung der Nationalsozialisten möglich, die nach Ansicht aller Parteien, mit Ausnahme von SPD und KPD, an der Regierung beteiligt werden sollten, um einmal ihre Fähigkeiten in der Regierungsverantwortung unter Beweis zu stellen. Dabei tauchte auch der vieldiskutierte Gedanke eines rein evangelischen Kabinetts unter Ausschaltung des Zentrums auf, das mit 42 Sitzen eine knappe Mehrheit besessen hätte. Allerdings kamen die Koalitionsverhandlungen nur mühsam voran, da die württembergischen Nationalsozialisten nicht selbständig verhandeln konnten, sondern immer wieder Rücksprache mit dem Münchner Braunen Haus, der Zentrale der NSDAP, halten mussten. Aus München kam wohl auch die Forderung nach dem Posten des Staatspräsidenten, des Innen- und Kultministers.

An diesen Forderungen scheiterten dann auch die Verhandlungen, da weder das Zentrum, das sehr bald zu den Verhandlungen wieder hinzugezogen worden war, noch der Bauernbund und die Demokraten bereit waren, den Nationalsozialisten das Innenministerium und damit die Polizei und die staatliche Verwaltung auszuliefern. Diese Parteien stellten sich auf den Standpunkt, dass die NSDAP hre grossartigen Wahlversprechen im Finanz-, Steuer- und Wirtschaftsbereich am besten im Wirtschafts- und Finanzministerium erfüllen könne. Dazu waren aber bei der württembergischen NSDAP weder die Bereitschaft noch die Fachleute vorhanden. Ausserdem ging es den Nationalsozialisten bei allen Koalitionsverhandlungen, die in diesen Monaten in Deutschland stattfanden, nicht um sachliche Mitarbeit, sondern um die Macht. Dies erkannten zumindest einige Parteien in Württemberg und verwehrten der NSDAP das Innenministerium. Nur der CSVD trat dafür ein, den Nationalsozialisten das Staatspräsidentenamt und das Innenministerium zu überlassen.

Die Forderungen der NSDAP waren konsequent und mit Bedacht überzogen, ihr Scheitern war eingeschlossen: eine verantwortungslose Opposition war allemal werbewirksamer als eine durch Kompromisse bestimmte Regierungsbeteiligung.

Trotzdem kam es im Landtag am 24. Mai 1932 zur Wahl des Staatspräsidenten. Nach der bisherigen Geschäftsordnung des Landtags genügte eine relative Mehrheit zu seiner Wahl, wodurch fast zwangsläufig ein Nationalsozialist als Mitglied der stärksten Fraktion Staatspräsident geworden wäre. Auf Antrag des Zentrums wurde deshalb mit einer Mehrheit, die von den Sozialdemokraten bis zum Bauernbund reichte, die Geschäftsordnung dahingehend verändert, dass zur Staatspräsidenten-Wahl die absolute Mehrheit erforderlich wurde. Da aber keiner der sechs Kandidaten die absolute Mehrheit erhielt, blieb nach der württembergischen Verfassung die alte Regierung als geschäftsführende weiterhin im Amt. An den Ministern und der Ressortverteilung änderte sich nichts. Von Mai 1932 an spielte der Landtag praktisch keine Rolle mehr, da das Kabinett mit Hilfe von Notverordnungen am handlungsunfähigen Parlament vorbeiregierte. Dadurch wurde der Landtag selber immer mehr zur reinen Wahlkampfarena, in der sich fast alle Parteien nur mit werbewirksamen, aber unrealistischen Anträgen hervortaten. Bis zu seiner Auflösung im November 1933 fällte er nur noch eine wichtige Entscheidung, näm-

lich die Wahl des NS-Gauleiters von Württemberg Wilhelm Murr zum Staatspräsidenten am 15. März 1933. Aber diese Entscheidung war schon nicht mehr frei. Am 30.5.1932 wurde Reichskanzler Brüning durch Intrigen aus der Umgebung Hindenburgs gestürzt. Sein Nachfolger Papen, der mehr durch gesellschaftliche Kontakte als durch politische Fähigkeiten dieses Amt erlangt hatte, hob dann das kurz zuvor erlassene Verbot der nationalsozialistischen Privatarmeen SA und SS wieder auf, um Hitler für eine Tolerierung seines Kabinetts zu gewinnen, was ihm aber nicht gelang. Am 4. Juni löste er den Reichstag auf und schrieb Neuwahlen zum 31. Juli 1932 aus. Zuvor enthob Papen in einer Art Staatsstreich von oben die geschäftsführende sozialdemokratische Regierung in Preussen ihres Amtes, die ähnlich wie in Württemberg nach den Landtagswahlen weiterregiert hatte, da keine mehrheitsfähige Koalition zustande gekommen war. Mit der Einsetzung eines Staatskommissars, der auf keinerlei Widerstand stiess, begann schon lange vor Hitler die «Säuberung» der preussischen Verwaltung von sozialdemokratischen und politisch missliebigen höheren Beamten.

Die Wahlen brachten der NSDAP mit 37,4 Prozent einen eindrucksvollen Sieg. Die bürgerlichen Mittelparteien wurden fast völlig aufgerieben. SPD und DNVP erlitten leichte Verluste, während sich KPD und Zentrum etwas verbessern konnten. Das württembergische Ergebnis zeigte den gleichen Trend mit den schon bekannten charakteristischen Abweichungen. Die NSDAP stieg auf 30,3 Prozent, blieb danach aber immer noch um 7 Prozent unter dem Reichsdurchschnitt. Auch die KPD nahm zu. Aber auch sie erreichte in Württemberg nicht ihr Reichsergebnis. Die SPD verlor stärker als im Reich, die DNVP nur unwesentlich und das Zentrum gewann kaum Stimmen hinzu. Die bürgerlichen Mittel- und Rechtsparteien hatten stark verloren, sanken aber nicht, wie im Reich, zur Bedeutungslosigkeit herab (14% zu knapp 5%). Auffallend ist, dass in Württemberg die Wahlbeteiligung sank, während sie im Reich anstieg. Erwähnt sei auch noch, dass NSDAP und KPD, die im Reich eine negative Mehrheit von beinahe 52 Prozent hatten, in Württemberg «nur» etwas über 41 Prozent erhielten.

Nachdem die Regierungsverhandlungen, vor allem zwischen NSDAP und Zentrum, die eine Mehrheit im Reichstag besassen, unter anderem an Hindenburg gescheitert waren, löste Papen nach einem vernichtenden Misstrauensvotum des Reichstags gegen seine Regierung am 12. September 1932 das Parlament kurzerhand wieder auf. Bei den Reichstagswahlen vom 6. November erlitt dann die NSDAP im Reich und in Württemberg eine empfindliche Schlappe, als sie jeweils etwa 4 Prozent verlor. Die grossen Gewinner der Wahl waren DNVP und KPD, also keine demokratischen Parteien. In Württemberg gewann die KPD auf Kosten der SPD überproportional hoch und erhielt nur noch knapp 10‘000 Stimmen oder 0,7 Prozent weniger als die SPD. Erheblich verbessern konnten sich in Württemberg auch die bürgerlichen Mittel- und Rechtsparteien (Bauernbund, DVP, DDP und CSVD), nämlich von 14 auf fast 17 Prozent. Aber auch diese Wahl brachte keine klaren Verhältnisse; die Regierung Papen hatte nur etwas mehr als 10 Prozent der Wähler hinter sich (DNVP+DVP).

Den letzten Versuch, Hitler von der Macht fernzuhalten, unternahm dann der Reichswehrminister General Schleicher, nachdem er Papen gestürzt hatte. Mit Unterstützung der Reichswehr und des Reichspräsidenten sowie einer Gewerkschaftsachse quer durch die Parteien, von der SPD bis zu den kompromissbereiten Nationalsozialisten um Gregor Strasser, gedachte er die sich anbahnende Wende der Wirtschaftslage auszunützen, um das drohende Chaos und die Unregierbarkeit Deutschlands abzuwenden. Nachdem aber die Spaltung der Nationalsozialisten misslungen war, die freien Gewerkschaften auf Druck der SPD die Mitarbeit verweigert und eine Gruppe von Grossagra-

riern und Schwerindustriellen mit Unterstützung Papens bei Hindenburg erfolgreich gegen den Reichskanzler intrigiert hatten, versagte der Reichspräsident Schleicher weitere Vollmachten, worauf dieser zurücktrat.

Am 30. Januar 1933 berief Hindenburg Hitler zum Reichskanzler einer Koalitionsregierung aus NSDAP und DNVP, die aber noch keine Mehrheit im Reichstag besass. Deshalb wurden auf den 5. März erneut Reichstagswahlen ausgeschrieben. Am 27. Februar brannte der Reichstag in Berlin. Dies wurde den Kommunisten unberechtigterweise zur Last gelegt. Unter dem Vorwand einer Staatsgefährdung setzte die Regierung mit einer Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat wichtige Grundrechte der Verfassung ausser Kraft. Mit ihrer Hilfe konnte dann die NSDAP eine grosse Anzahl ihrer politischen Gegner, besonders Kommunisten, verhaften. Die Wahlen fanden somit schon unter irregulären Bedingungen statt, auch wenn es direkte Wahlfälschung wie in späteren Jahren noch nicht gab.

Die Machtergreifung Hitlers hatte in Württemberg zunächst keine Auswirkungen, sieht man einmal von dem Generalstreiksversuch einiger KPD-Anhänger in Mössingen (Oberamt Rottenburg) ab. Die KPD wurde nach dem Reichstagsbrand auch in Württemberg verfolgt und die Nationalsozialisten versuchten, die politischen Gegner im Wahlkampf mit Terror einzuschüchtern. Im Unterschied zu Preussen hatten die Nationalsozialisten in Württemberg aber die Polizei noch nicht in ihrer Hand, was die Entfaltungsmöglichkeiten der übrigen Parteien erleichterte.

Die Wahlen führten im Reich zu einer Steigerung der Wahlbeteiligung um über 8 Prozent und in Württemberg sogar um 14 Prozent. Mit Hilfe dieser neuen Wähler erreichte die NSDAP im Reich 43,9 und in Württemberg 41,9, die DNVP im Reich 8 und in Württemberg 5,1 Prozent. Während aber auf Reichsebene neben der NSDAP nur das Zentrum and die DNVP geringe absolute Gewinne zu verzeichnen hatten, konnten in Württemberg SPD, Zentrum und DNVP sehr deutliche absolute Stimmengewinne erzielen, ohne dass dadurch die Zunahme der Wähler ausgeglichen worden wäre. Dies scheint darauf hinzudeuten, dass die NSDAP in Württemberg weniger Wähler von anderen Parteien als vielmehr fast alle Neuwähler gewann. Bei dieser Wahl gelang es der NSDAP auch zum ersten Mal, in den meisten katholischen Landgebieten grosse Erfolge mit weit über 30 Prozent der Stimmen zu erzielen, ohne dass deshalb die absolute Stimmenzahl des Zentrums sank.

Klit dieser Wahl hatte Hitler das Ziel einer Mehrheit im Reichstag erreicht. In wenigen Monaten schaltete er sowohl seine Gegner als auch seine bürgerlichen Koalitionspartner aus. Am 14. Juli wurde die NSDAP zur einzigen erlaubten Partei und am 12. November erhielt die Einheitsliste der NSDAP, die als einzige zur Wahl stand, 92 Prozent aller Stimmen bei der ersten von den Nationalsozialisten inszenierten Reichstagswahl.

Auch in Württemberg konnte sich nach dem 5. März die Regierung von Staatspräsident Bolz, der im Wahlkampf den Nationalsozialismus scharf attackiert hatte, nicht mehr halten. Nachdem der Reichsinnenminister den SA-Führer Jagow als Polizeikommissar in Württemberg eingesetzt hatte, trat die Regierung zurück. Am 15. März 1933 wählte der Landtag den Führer der württembergischen Nationalsozialisten Murr zum Staatspräsidenten. Da die sieben kommunistischen Landtagsabgeordneten ausgeschlossen worden waren und weitere fünf Abgeordnete fehlten, genügten ihm 36 der 68 Stimmen zu seiner Wahl. Murr wurde von der NSDAP, dem Bauernbund, der DNVP und dem CSVD gewählt. Zentrum und Demokraten gaben weisse Zettel ab und die Sozialdemokraten stimmten für einen eigenen Kandidaten. Murr übernahm noch das Innen- und Wirtschaftsministerium, der bisherige Landtagspräsident Mergenthaler wurde Kult- und Justizminister, Finanzminister blieb Dehlinger von der DNVP.

Murr blieb allerdings nur kurze Zeit Staatspräsident. Nach seiner Ernennung zum Reichsstatthalter am 7. April 1933 wurde Christian Mergenthaler Ministerpräsident, der das Kultministerium beibehielt. Jonathan Schmid übernahm das Innen- und Justizministerium und etwas später wurde Professor Lehnich Wirtschaftsminister. Mit Ausnahme von Dehlinger, der 1942 ausschied, blieb diese Regierung bis zum Kriegsende im Amt.

Der Landtag trat noch einmal kurz am 8. Juni 1933 zusammen, um einem Ermächtigungsgesetz für die württembergische Regierung zuzustimmen. Dabei lehnten nur die Sozialdemokraten eine Teilnahme an der Abstimmung ab. Die übrigen Abgeordneten stimmten zu. Danach tagte bis 1946 kein Landesparlament mehr in Stuttgart. Wer aber glaubte, dass mit der Beseitigung der Parteien und des Landtags Einigkeit in die Landespolitik einzog, sah sich sehr schnell getäuscht.

So verlangte Murr schon im Juni 1933 von Hitler, allerdings ohne Erfolg, Mergenthaler wegen Unfähigkeit abzusetzen. Beide missachteten von nun an bis 1945 mit Vorliebe Entscheidungen und Erlasse des anderen. Die Streitigkeiten zwischen den Parteien wurden also durch die Streitigkeiten innerhalb der NSDAP ersetzt. Nur gab es dafür keine Kontrolle mehr, weder durch das Parlament noch durch eine freie öffentliche Meinung.

Württemberg

Wahlvorschlag	5. 3. 33	6. 11. 32	31. 7. 32	(24. 4. 32)*	14. 9. 30	20. 5. 28
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	663 906 *41,9*	344 840 *26,2*	426 533 *30,3*	(328 320) *(26,4)*	131 684 *9,4*	21 730 *1,9*
Bauern- u. Weingärtnerbund	83 571 *5,3*	105 216 *8,0*	96 851 *6,9*	(133 545) *(10,7)*	180 871[2] *12,8*	199 513 *17,3*
Deutschnationale Volkspartei	81 113[4] *5,1*	69 917 *5,3*	54 123 *3,8*	(53 415) *(4,3)*	55 201 *3,9*	71 685 *6,2*
Christlicher Volksdienst	49 144 *3,1*	55 865 *4,3*	50 368 *3,6*	(52 355) *(4,2)*	91 603 *6,5*	— —
Volksrechtpartei	— —	7 333 *0,6*	8 374 *0,6*	(16 344) *(1,3)*	29 410[3] *2,1*	42 068 *3,7*
Zentrumspartei	280 435 *17,7*	268 765 *20,5*	306 165 *21,8*	(254 680) *(20,4)*	304 325 *21,6*	235 161 *20,4*
Deutsche Volkspartei	10 989 *0,7*	19 515 *1,5*	13 277 *0,9*	(19 312)[1] *(1,6)*	136 781 *9,7*	63 584 *5,5*
Deutsche Demokratische Partei	33 673 *2,1*	39 353 *3,0*	33 869 *2,4*	(59 677) *(4,8)*		109 986 *9,5*
Sozialdemokratische Partei	233 103 *14,7*	200 142 *15,2*	247 651 *17,6*	(206 574) *(16,6)*	283 341 *20,1*	272 018 *23,6*
Unabhängige Sozialdemokrat. Partei	— —	— —	— —	— —	— —	— —
Kommunistische Partei	145 180 *9,2*	190 765 *14,5*	155 499 *11,1*	(116 652) *(9,4)*	131 735 *9,4*	83 121 *7,2*
Sonstige Parteien	1 685 *0,2*	12 058 *0,9*	14 738 *1,0*	(3 902) *(0,3)*	63 854 *4,5*	54 523 *4,7*
Gültige Stimmen	1 582 799	1 313 769	1 407 448	(1 244 776)	1 407 805	1 153 389
Wahlbeteiligung	*85,4*	*72,8*	*76,3*	*(70,1)*	*79,3*	*68,3*
Nichtwähler	265 700	521 593	420 538	(525 013)	368 435	543 754

* = Landtag.
[1] Einschl. Volkskonservativer Vereinigung.
[2] Ohne nationale Volksgemeinschaft (12 918 Stimmen).
[4] Kampffront Schwarz-Weiß-Rot.
[3] Einschließlich Christl. Sozialer Reichspartei.

Ausschnitt
aus den Ergebnissen der Reichstagswahlen in Württemberg einschliesslich den Landtagswahlen am 24. 4. 1932. Quelle: «Stuttgarter Wirtschaftsberichte, Mitteilungen des Statistischen Amts der Stadt Stuttgart». Jahrgang 9, April 1933, Heft 1, Seite 11

Literatur

Zu Clara Zetkin

Dornemann, Luise. Clara Zetkin. Berlin 1973 (DDR – offiziös) Zetkin, Clara. Ich will dort kämpfen wo das Leben ist. Berlin 1955 Zetkin, Clara. Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands. Berlin 1958

Zu Kurt Schumacher

Edinger, Lewis J. Kurt Schumacher. Köln und Opladen 1967
Ritter, Waldemar. Kurt Schumacher: Eine Untersuchung seiner politischen Konzeption und seiner Gesellschafts- und Staatsauffassung. Hannover 1964
Schumacher, Kurt. Die Sozialdemokratie im neuen Deutschland. Hamburg 1946

Zu Reinhold Maier

Maier, Reinhold. Feldpostbriefe. Hrsg. Max Miller. Stuttgart 1966
Maier, Reinhold. Bedrängte Familie. Tübingen 1962
Maier, Reinhold. Ende und Wende. Stuttgart und Tübingen 1948
Maier, Reinhold. Die Reden. Hrsg. Reinhold-Maier-Stiftung Baden-Württemberg. Ulm 1982

Zu Eugen Bolz

Max Miller. Eugen Bolz, Staatsmann und Bekenner. Stuttgart 1951

Zu Wilhelm Bazille

Hauptstaatsarchiv Stuttgart. E 130c Bü 4-6 J 191. Persönlichkeiten: Wilhelm Bazille
Wurm, Theophil. Erinnerungen aus meinem Leben. Stuttgart 1953

Zu Württemberg

Besson, Waldemar. Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928-1933. Stuttgart 1959
Sauer, Paul. Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus. Ulm 1975

Zu Stuttgart

Borst, Otto. Stuttgart – Die Geschichte der Stadt. Stuttgart 1973 Bohn, Willi. Stuttgart: geheim. Frankfurt 1969
Arbeiterbewegung – Arbeiterkultur (1890-1933). Ausstellungskatalog Hrsg. Württ. Landesmuseum. Stuttgart 1981
Kohlhaas, Wilhelm. Chronik der Stadt Stuttgart 1918-1933. Stuttgart 1964
Eberle, Eugen, Grohmann, Peter. Die schlaflosen Nächte des Eugen E. Stuttgart 1982

Zur Geschichte der Parteien

Christlicher Volksdienst und Zentrum in: Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Hrsg, von Paul-Ludwig Weinacht. Stuttgart 1978

DVP und DDP in:
Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Hrsg, von Paul Rathmund und Erhard R. Wiehn. Stuttgart 1979

SPD in:
Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Hrsg, von Jörg Schacht und Wolfgang Schmierer. Stuttgart 1979

KPD in:
Weber, Hermann. Die Wandlung des deutschen Kommunismus. 2 Bände. Frankfurt 1969

Zur Machtergreifung

Bracher, Karl Dietrich. Die Auflösung der Weimarer Republik. Düsseldorf 1978

Matthias, Erich und Morsey, Rudolf.
Das Ende der Parteien. Düsseldorf 1960
Allen, William S. Das haben wir nicht
gewollt! Gütersloh 1966
Burkhardt, Bernd.
Eine Stadt wird braun.
Hamburg 1980
Wenke, Bettina. Interviews mit Über-
lebenden – Verfolgung und Widerstand
in Südwestdeutschland. Stuttgart 1980
Broszat, Martin. Der Staat Hitlers.
Nördlingen 1979
Hallgarten, George W.F.: Hitler, Reichs-
wehr und Industrie. Frankfurt 1962

Zu den Plakaten

Arnold, Friedrich, Hrsg. Anschläge.
Politische Plakate in Deutschland 1900-
1970. Ebenhausen bei München 1972
Burkhardt, Hermann. Politische Plakate.
Klett Schulgalerie, Heft 5.
Stuttgart 1974
Diederich, Reiner, Grübling, Richard,
Bartholl, Max. Die rote Gefahr – Anti-
sozialistische Bildagitation 1918-1976.
Berlin (West) 1976
Duvigneau, Volker. Tendenzen der
Münchner Plakatkunst in den Zwanziger
Jahren. In: Die Zwanziger Jahre in
München. Ausstellungskatalog.
München 1979
Gallo, Max. Geschichte der Plakate.
Herrsching 1975
Hartwig, Helmut, Riha, Karl.
Politische Ästhetik und Öffentlichkeit.
Steinbach/Wismar 1974
Siepmann, Eckhard. Montage:
John Heartfield – Vom Club Dada zur
Arbeiter-Illustrierten-Zeitung.
Berlin (West) 1977
Westphal, Regelindis, (Hrsg.).
Die Frau im politischen Plakat. 1979

Ausstellung
„Entartete Kunst"
Eintritt frei